



Bericht zur sozialen Lage in Dortmund

Stadt Dortmund
Dezernat für Arbeit,
Gesundheit und Soziales



Vorwort.....	4
1. Zusammenfassung	5
2. Einleitung – Vorgeschichte	19
2.1 Wegweisung durch die sozialen Berichtssysteme in Dortmund	19
2.2 Leitbild „Soziale Stadt Dortmund“	23
3. Grundlagen der Sozialberichterstattung	26
3.1 Lebensbedingungen und Lebenslagen, Armut und Reichtum	26
3.2 Sozialraum	34
4. Bedeutung kommunaler Sozialberichterstattung.....	35
5. Rahmenbedingungen der Sozialberichterstattung in Dortmund.....	36
5.1 Ziele und Zielgruppen	36
5.2 Räumliche Gliederung der Stadt Dortmund.....	38
5.3 Datenspektrum.....	41
6. Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsentwicklung	42
6.1 Bevölkerungsentwicklung in Dortmund - Gesamtstadt	42
6.2 Bevölkerungsentwicklung in den Dortmunder Sozialräumen.....	47
7. Beiträge zur sozialen Lage in Dortmund (Gesamtstadt und Sozialraum).....	55
7.1 Erwerbsbeteiligung	55
7.2 Empfänger/-innen von Leistungen nach SGB II und SGB XII	61
7.3 Einkommen.....	66
7.4 Wohnen	75
7.5 Bildung.....	82
7.6 Erziehungshilfen.....	89
7.7 Gesundheit	94
8. Sozialraumtypisierung.....	103
8.1 Methodik der Clusteranalyse	103
8.2 Indikatorenauswahl	104
8.3 Ergebnis	105
9. Perspektiven.....	112
10. Literaturverzeichnis.....	118

Vorwort



Mit dem nun vorliegenden „Bericht zur sozialen Lage“ und dem „Sozialstrukturatlas“ wird die Sozialberichterstattung in Dortmund auf eine neue Grundlage gestellt.

Gemeinsam mit dem „Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung der Ruhr-Universität Bochum“ (ZEFIR) konnte ein fortschreibungsfähiges Instrument entwickelt werden, über das aktuelle Daten für die Arbeit der kommunalpolitischen Gremien auch internetgestützt zur Verfügung stehen.

Eine umfassende Datenbasis und die differenzierte Darstellung der sozialen Lage der Bevölkerung bilden eine notwendige Informationsgrundlage für politische Entscheidungsprozesse zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Dortmund.

Ziel ist dabei, die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am Leben in der Stadt sicherzustellen. Jede Bürgerin und jedem Bürger sollen gute Start- und Rahmenbedingungen und die Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Stadtgesellschaft geboten werden.

Eine wesentliche Voraussetzung hierzu in Dortmund ist, dass ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Denn die Entwicklung von Armutstendenzen und sozialen Problemlagen steht oftmals im engen Zusammenhang zum fehlenden Zugang zur Arbeitswelt. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit und damit von Einkommen sind in diesem Zusammenhang entscheidend. Qualifizierung und Beschäftigung leisten einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung dieser Entwicklung. Es gilt, Arbeitslosigkeit zurückzudrängen und damit eine Abhängigkeit von Transferzahlungen zu vermeiden. Daneben stellen die sich abzeichnenden demografischen Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung die soziale Stadtgesellschaft vor besondere Herausforderungen.

Ich möchte mit diesem Bericht dazu aufrufen, sich an einer Diskussion zur Weiterentwicklung der Sozialpolitik in Dortmund zu beteiligen und freue mich über Ihre Anregungen.

An dieser Stelle möchte ich allen danken, die mit Ihrem Engagement zur Erstellung des Berichtes zur sozialen Lage beigetragen haben.

Siegfried Pogadl
Sozialdezernent

1. Zusammenfassung

Einleitung und Vorgeschichte (Kapitel 2)

Vor allem in den großen Städten unterliegen die Lebens-, Wohn-, Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse einem ständigen Wandel. Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung benötigen Informationen über solche Veränderungen und sich abzeichnende Problemlagen, damit auf dieser Basis Handlungsbedarfe erkannt und zielführende Maßnahmen entwickelt werden können.

In Zusammenarbeit mit dem „Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung der Ruhr-Universität Bochum“ (ZEFIR) wurde daher das Konzept der Berichterstattung als Bestandteil eines flexiblen Sozialplanungsprozesses erarbeitet. Ergebnisse sind der vorliegende „Bericht zur sozialen Lage“ und der „Sozialstrukturatlas“ als Datensammlung. Zweck des Berichtes ist es, sozialpolitische Ziele zu benennen, auf Grundlage einer umfangreichen Datensammlung Strukturen möglichst fachübergreifend abzubilden und zu untersuchen und in der Konsequenz entsprechende Handlungsnotwendigkeiten aufzuzeigen. Ergänzt durch die Berichte einzelner Fachbereiche, in denen Detailfragen konkreter behandelt werden können, bietet er damit das Fundament für eine vorausschauende Sozialpolitik.

Ziel einer solchen präventiv orientierten Sozialpolitik ist die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in der Bevölkerung. In diesem Zusammenhang gilt es, die Teilhabe- und Verwirklichungschancen der Menschen in allen Lebensbereichen zu verbessern. Zentrale Aspekte sind dabei die Zugangschancen zu Erwerbsarbeit, Bildung und Ausbildung.

Grundlagen der Sozialberichterstattung (Kapitel 3)

Der Sozialbericht beschäftigt sich mit den Lebensbedingungen und den Lebenslagen der Menschen in Dortmund. Dabei sollen insbesondere die soziale Struktur in der Stadt und damit die unterschiedliche Verteilung von Teilhabechancen mit Blick auf Aspekte von Armut und Reichtum beschrieben werden.

Für die Bestimmung von Armut müssen allgemeine gesellschaftliche Lebensgewohnheiten, also das ‚soziokulturelle‘ Existenzminimum, als Maßstab dienen: Prüfstein ist die Möglichkeit der Teilhabe an der ‚gesellschaftlichen Normalität‘. Der Mangel an Einkommen ist dabei von besonderer Bedeutung, allerdings ist **Armut ein vielschichtiges Problem**. Mit unzureichendem Einkommen gehen meist soziale Benachteiligungen in weiteren Lebensbereichen (Erwerbstätigkeit, Bildung, Gesundheit, soziale Integration etc.) einher. Das Verständnis von Armut als mehrfache Unterversorgung hat seine Wurzeln im Lebenslagenkonzept von Weisser (1978) und Nahnsen (1975).

In der empirischen Armutsforschung finden vor allem zwei Konzepte zur Armutsmessung Verwendung. Bei der Bestimmung von Einkommensarmut nach dem so genannten ‚Ressourcenansatz‘ wird von den verfügbaren finanziellen Ressourcen indirekt auf das Maß an gesellschaftlicher Teilhabe geschlossen. Nach dem ‚Lebenslagenansatz‘ nach Weisser und Nahnsen soll darüber hinaus Armut anhand direkter Indikatoren des Lebensstandards oder des Handlungsspielraums gemessen werden.

Die Kommunen verfügen allerdings nicht über ausreichende Informationsgrundlagen, um die hohen Ansprüche solcher Konzepte – wie insbesondere dem ‚Lebenslagenansatz‘ – zu verwirklichen. Daher musste für den vorliegenden Sozialbericht ein Kompromiss eingegangen werden: Es wurde weitgehend auf die von der Kommunalstatistik bereits aufbereiteten Daten zurückgegriffen. Der Vorteil ist ein **breiter Überblick über verschiedene Dimensionen der sozialen Situation** in Dortmund, die jedoch ‚nebeneinander‘, nicht verknüpft und nicht in ihrer Wechselwirkung betrachtet werden können.

Die **soziale Lage** und die persönlichen Chancen der Menschen sind eng mit der **Wohnadresse**, dem **Quartier** und dem **Stadtteil**, in dem sie leben, verbunden. Stadtpläne sind gleichsam soziale Landkarten der Städte, in denen Menschen nach Lebenslagen und Lebensformen abgegrenzt leben. Die ungleiche Verteilung der Bevölkerung im Stadtgebiet (Segregation) ist nicht von vornherein bedenklich, sie wird allerdings problematisch, wenn sie soziale Benachteiligung verfestigt oder verstärkt. Dies ist besonders dann der Fall, wenn sich benachteiligte Bevölkerungsgruppen unter Bedingungen schlechter Wohn- und Wohnumfeldqualität und einer unzureichenden Infrastruktur räumlich konzentrieren.

Solche „überforderten Nachbarschaften“¹ wirken dann oft zusätzlich benachteiligend. Denn der soziale (Nah-)Raum stellt eine Grenze und Ressource für die Lebensbewältigung und die Partizipation an sozialen Angeboten und Institutionen dar. Zielgenauigkeit und Wirksamkeit sozialpolitischer Initiativen setzen daher das Wissen um die Lebensbedingungen und Lebensweisen im Quartier voraus.² Politik und Verwaltung reagieren auf die Einsicht, indem sie Planung und Unterstützung vermehrt sozialräumlich ausrichten. Daher richtet auch der ‚Bericht zur Sozialen Lage in Dortmund‘ den Blick auf sozialräumliche Differenzierungen in der Stadt. Anknüpfend an Überlegungen der Jugendhilfeplanung zur räumlichen Gliederung in Dortmund werden dabei die unterschiedlichen Bedingungen in **39 Sozialräumen** betrachtet. Diese Gliederung zielt darauf, Bezüge zwischen der Lebenssituation der Menschen in den Stadtteilen, ihren im Alltag gelebten räumlichen Bezügen und der Effektivität und Effizienz der sozialen Arbeit in Dortmund herzustellen.

Bedeutung kommunaler Sozialberichterstattung (Kapitel 4)

Die kommunale Sozialberichterstattung unterstützt kommunale Sozialplanung, indem sie drei zentrale Funktionen erfüllt. Sie ist Informationsgrundlage für Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit und ermöglicht dadurch Orientierung, Hilfestellung und Transparenz (**Informationsfunktion**). Als Frühwarnsystem hilft sie außerdem, Probleme und Handlungsbedarfe rechtzeitig zu erkennen und bedarfsgerecht zu reagieren (**Planungsfunktion**). Als maßnahmen- und wirkungsorientierte Berichterstattung ermöglicht sie darüber hinaus zielgerichtetes sozialpolitisches Handeln auch unter schwierigen Rahmenbedingungen (**Evaluationsfunktion**).

Rahmenbedingungen der Sozialberichterstattung in Dortmund (Kapitel 5)

Gemeinsam mit dem Trägerkreis „Armut in Dortmund“ und unter Beteiligung weiterer Akteure wurde ein Rahmen für den Bericht zur sozialen Lage geschaffen, indem **Ziele und Zielgruppen** konkretisiert und soziale Problemlagen identifiziert wurden, die Bestandteil des Berichts zur sozialen Lage in Dortmund werden sollten.

Die sozialräumliche Fokussierung des Berichts zur sozialen Lage und die darauf aufbauende **Gliederung des Stadtgebietes** in 39 Sozialräume ist eine pragmatische Lösung. Auf diesem Wege können einerseits zwischen der Lebenssituation der Menschen in den Stadtteilen, ihren im Alltag gelebten räumlichen Bezügen und der Verbesserung der Effizienz und Effektivität sozialer Arbeit in Dortmund Bezüge hergestellt werden. Andererseits ermöglicht der sozialräumliche Ansatz die Kooperation zwischen Fachkräften aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern und weiteren beteiligten Akteuren.

Die soziale Lage in Dortmund wird auf der Grundlage unterschiedlicher **statistischer Quellen** beschrieben:

- Die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarktstatistik und Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende
- Daten des Landesamtes für Statistik (LDS), vor allem Ergebnisse des Mikrozensus und eine Sonderauswertung zu Armutsrisikoquoten sowie die Steuerstatistik, die in Kooperation zwischen dem LDS und der kommunalen Statistikstelle im Drei-Jahres-Turnus aufbereitet wird
- und schließlich die Statistiken der Fachbereiche der Verwaltung: Bevölkerungsstatistik, SGB II-Statistik, Sozialhilfestatistik, Wohnungsmarkt-Statistik, Schulstatistik, Kinder- und Jugendhilfe-Statistik und Statistik zur Schuleingangsuntersuchung

Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsentwicklung (Kapitel 6)

Drei **Trends** prägen die demografische Entwicklung - auch in Dortmund:

- Die Bevölkerung wird weniger, aufgrund abnehmender Geburtenzahlen,
- sie wird älter, da sich die Lebenserwartung erhöht
- und sie wird internationaler durch Zuwanderung aus dem Ausland.

¹ GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (Hg.) 1998

² ISA – Institut für soziale Arbeit e.V. (Hg.) 2001

Dortmund ist mit **585.045 Einwohnern/-innen**³ zum Stichtag 31.12.2006 die zweitgrößte Stadt in Nordrhein-Westfalen. Im Zeitraum von 2000 bis 2006 ist die Bevölkerungszahl in Dortmund nahezu konstant geblieben (-108 Einwohner), während sie in Nordrhein-Westfalen leicht anstieg (+0,1%). Ein etwas stärkerer Verlust um 0,3% zeigt sich in Dortmund zwischen 2004 und 2006. Ein gleich hoher Verlust zeigt sich im selben Zeitraum auch in Nordrhein-Westfalen.⁴ Grund für diese, wenn auch nur **geringe, Abnahme** ist vor allem die negative natürliche Bevölkerungsbilanz: 2006 hat Dortmund eine Geburtenrate von 8,2 Lebendgeborene je 1.000 Einwohner. Die Sterberate lag mit 11,0 Personen je 1.000 der Bevölkerung über der Zahl der Lebendgeborenen. Daraus ergibt sich für 2006 in Dortmund eine **negative natürliche Bevölkerungsbilanz** von -1.657 Einwohnern. **Positive Wanderungsbewegungen**, die bisher den natürlichen Bevölkerungsverlust weitestgehend kompensieren konnten, sind ebenfalls leicht zurückgegangen.

Langfristig wird die Zahl der Geborenen weiter und nachhaltig zurückgehen. Die Zuwanderung wird die natürlichen Bevölkerungsverluste nur verlangsamen, dauerhaft aber nicht ausgleichen können. Die Bevölkerungsprognose für Dortmund sagt eine **kontinuierliche Abnahme der Bevölkerungszahl** von 2005 bis 2025 um 2,5% voraus. Dieses würde einen Bevölkerungsrückgang von ca. 15.000 Einwohnern bedeuten. Der Verlust betrifft zunächst vor allem die jüngeren Altersgruppen. Damit ist eine weitere **Verschiebung der Altersstruktur** hin zur älteren Bevölkerung in Dortmund zu erwarten.

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren sank in Dortmund von 2000 bis 2006 leicht von 17,3% auf 16,7%, während der Anteil der 65-jährigen und Älteren um 2,2 Prozentpunkte von 18,2 auf 20,4% gestiegen ist.

Diese demografischen Veränderungen haben **Auswirkungen** auf viele verschiedene gesellschaftliche Bereiche. Auf lokaler Ebene ist dabei insbesondere von Bedeutung, dass sie sich auf das **Zusammenleben der Generationen** und die damit in Verbindung stehenden **informellen Unterstützungsnetzwerke** auswirken.

Jugend- und Altenquotienten geben Auskunft über die Beanspruchung der informellen Solidarpotenziale in Familien und Nachbarschaften und zeigen einen erhöhten sozialpolitischen Handlungsbedarf an. Dortmund hat 2006 einen Jugendquotienten von 26,5 (0-17-jährige je 100 18- bis unter 65-jährige) und einen Altenquotienten von 32,5 (65-jährige und Ältere je 100 18- bis unter 65-jährige). Während sich der Jugendquotient von 2000 zu 2006 kaum verändert hat (+ 0,4 Prozentpunkte), stieg der Altenquotient um 4,2 Prozentpunkte. Im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen weist Dortmund einen niedrigeren Jugendquotienten (NRW: 29,5) und einen leicht höheren Altenquotienten (NRW: 31,8) auf.⁵

Die für die Gesamtstadt festgestellte Stagnation der Bevölkerungszahl im Zeitraum 2000 und 2006 trifft nicht auf alle **Sozialräume** zu. Hinter der gesamtstädtisch betrachteten stabilen Bevölkerungszahl verbergen sich gravierende Unterschiede zwischen den Sozialräumen. So findet man neben Sozialräumen mit stagnierenden Bevölkerungszahlen (11 Sozialräume) sowohl solche in denen die Bevölkerung gesunken ist (15 Sozialräume) als auch Sozialräume in denen die Bevölkerung zugenommen hat (13 Sozialräume). Die größten Bevölkerungsverluste gab es in den Sozialräumen Scharnhorst-Ost (-7,2%) und Borsigplatz (-5,2%). Zu den Sozialräumen mit einer positiven Bevölkerungsentwicklung zählen insbesondere Wambel (11,7%) und Menglinghausen (10,4%).

Auch in der Altersstruktur sind deutliche Unterschiede zwischen den Sozialräumen zu beobachten. Zieht man wiederum Jugend- und Altenquotient als Indikatoren für die Beanspruchung der informellen Solidarpotenziale heran, so werden deutliche Unterschiede zwischen den Dortmunder Sozialräumen erkennbar:

- Der **Jugendquotient** streut zwischen den Dortmunder Sozialräumen deutlich um den Durchschnittswert der Stadt (26,5). Parallel zu den höchsten Anteilen an Kindern und Jugendlichen ist auch der Jugendquotient in Scharnhorst-Ost (38,6), Nordmarkt (35,6), Lindenhorst/ Eving II (35,6) und Borsigplatz (35,4) am höchsten. Am niedrigsten ist er in den Sozialräumen City (12,3), südliche Gartenstadt/ Ruhrallee/ Westfalendamm (16,8) und Westfalenhalle (17,2).

³ Einwohner, die mit ihrem Erstwohnsitz in Dortmund gemeldet sind.

⁴ Werte für Nordrhein-Westfalen: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen: Landesdatenbank. (<https://www.landesdatenbank-nrw.de/ldb NRW/online/logon>, 08.08.2007)

⁵ Werte für Nordrhein-Westfalen: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen: Landesdatenbank. (<https://www.landesdatenbank-nrw.de/ldb NRW/online/logon>, 08.08.2007)

- Ausgeprägte kleinräumige Unterschiede zeigen sich auch beim **Altenquotienten**. Die höchsten Werte weisen die Sozialräume Brackel (44,3) Alt-Scharnhorst (44,1) und Benninghofen/ Hacheney/ Wellinghofen/ Wichlinghofen (42,8) auf.
- Dabei sind insgesamt sehr **unterschiedliche Kombinationen** des Jugend- und Altenquotienten auf Ebene der Sozialräume zu beobachten. In zwölf Sozialräumen gibt es zugleich einen überdurchschnittlich hohen Jugend- als auch Altenquotienten. Dieser Typus tritt in Eving I/ Kemminghausen, Derne/ Hostedde/ Kirchderne/ Grevel, Wambel und Rahm/ Kirchlinde auf. Diese Konstellation deutet auf eine besondere Beanspruchung der Bevölkerung im mittleren Alter und auf gesteigerte besondere Herausforderungen für die Familie und Nachbarschaften hin.

Vor dem Hintergrund der Zuwanderung von Spätaussiedlern seit Beginn der 1990er Jahre und der Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2000 hat die Stadt Dortmund - in Anlehnung an Arbeiten der Stadt Wiesbaden - ein Verfahren entwickelt, das die Erfassung der **Bevölkerung mit Migrationshintergrund** ermöglicht.⁶ Danach haben 135.591 der Dortmunder/-innen im Jahr 2006 einen Migrationshintergrund - das ist fast ein Viertel der Bevölkerung. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung hat sich von 2004 bis 2006 von 22,3% auf 23,2% erhöht. Die Gruppe der **Nichtdeutschen** umfasst hingegen nur 73.830 Personen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ist im selben Zeitraum von 12,7% auf 12,6% gesunken. Damit hat fast jeder zweite Dortmunder mit Migrationshintergrund mittlerweile einen deutschen Pass und zählt rechtlich und statistisch nicht als Ausländer. Unabhängig davon sind Einwohner mit Migrationshintergrund - ob mit oder ohne deutschen Pass - oft **sozial benachteiligt** und mit **Integrationsproblemen** konfrontiert.

Sozialräumlich verteilt sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund sehr ungleich. Der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe variiert zwischen 6,6% und 63,1%. Die höchsten Anteile verzeichnen die Sozialräume Nordmarkt und Borsigplatz, hier haben fast zwei Drittel der Bevölkerung eine Migrationsgeschichte. In den Sozialräumen Scharnhorst-Ost und Hafen ist fast jeder zweite Bürger dieser Gruppe zuzurechnen. Fast ein Drittel aller Migranten (27,5%) in Dortmund hat seinen Wohnsitz in einem dieser vier Sozialräume.

Beiträge zur sozialen Lage in Dortmund (Kapitel 7)

Erwerbsbeteiligung (Kapitel 7.1)

Erwerbstätigkeit ist ein entscheidender **Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe**. Der Erwerbsstatus ist gleichzeitig eine ausschlaggebende Einflussgröße für den Bezug von Leistungen zur Grundsicherung (nach SGB II bzw. XII), für die Einkommenssituation und auch die Wohnraumversorgung.

Von den rund 585.000 Menschen, die Ende 2006 in Dortmund mit ihrem Hauptwohnsitz gemeldet waren, waren 386.100 (=66%) **im erwerbsfähigen Alter** zwischen 15 und 64 Jahren. Sie unterteilen sich in 281.900 (=73%) zivile **Erwerbspersonen** und 104.200 (=27%) **Nicht-Erwerbspersonen** (z.B. Hausfrauen, Schüler/innen und Studenten/Studentinnen, Frührentner/innen sowie nicht arbeitslose ALG II-, Sozialgeld- und Grundsicherungsempfänger/innen). Von den Erwerbspersonen waren 238.900 erwerbstätig⁷. Das entspricht einem Anteil von 61,9% der erwerbsfähigen Bevölkerung. Der allergrößte Teil von ihnen ist **sozialversicherungspflichtig beschäftigt**. Hinzu kommen ca. 36.700 Personen mit **geringfügiger Beschäftigung** sowie 23.000 **Selbstständige** und 14.000 **Beamte/Beamtinnen**.

43.000 Erwerbspersonen waren **arbeitslos**, das entspricht einer Arbeitslosenquote von 15,3%. Bezogen auf alle erwerbsfähigen Personen liegt der Anteil bei 11,1%. Damit ist jede/r neunte Dortmunder/-in zwischen 15 und 65 Jahren ohne Erwerbsarbeit. Bei mehr als der Hälfte von ihnen hat sich die Arbeitslosigkeit verfestigt: Knapp 23.000 (=53,4%) sind seit mehr als einem Jahr arbeitslos gemeldet.

⁶ Stadt Dortmund, Amt für Statistik und Wahlen 2006a, S. 7ff.; vgl. auch Glossar im Datenanhang „Sozialstrukturatlas 2005“

⁷ Beschäftigte über 64 Jahre sind hier nicht berücksichtigt. Der Mikrozensus ermittelt im Jahresmittel 2005 einen Wert von 234.000 Erwerbstätigen.

- **Frauen** sind mit einer Beschäftigtenquote⁸ von 38,6% weniger häufig beschäftigt als Männer (47,9%). Etwa jede dritte Frau (24.400) arbeitet in Teilzeitbeschäftigung. Allerdings ist der Arbeitslosenanteil der Frauen bezogen auf die jeweils 15- bis 64-jährigen mit 10,2% geringer als bei den Männern (12,0%).
- Bei den **Nichtdeutschen** liegt der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren an der Gesamtbevölkerung mit 78,0% deutlich höher als bei den Deutschen (64,3%). Menschen mit ausländischem Pass sind in sehr viel stärkerem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen: Der Anteil der arbeitslosen Erwerbspersonen liegt bei den Nichtdeutschen bei 17,8% im Vergleich zu 10% bei den Deutschen. Weniger als die Hälfte der nichtdeutschen Erwerbstätigen (46%) ist sozialversicherungspflichtig beschäftigt, bei den Deutschen liegt der Anteil bei 75%.
- Bei den **unter 25- und über 55-jährigen** sind die Erwerbsquoten deutlich niedriger als bei der Kerngruppe der 25- bis unter 55-jährigen. Die Erwerbstätigenrate betrug 2006 bei den unter 25-jährigen 39% und bei den 55-jährigen und Älteren 33%. Dagegen waren 73% der 25- bis unter 55-jährigen erwerbstätig.

Zwischen 2005 und 2006 hat sich die Beschäftigungssituation etwas entspannt, insbesondere ist die Zahl der Arbeitslosen im Jahresverlauf um rund 5.600 rückläufig.

Im Vergleich mit den Landeswerten und auch im Vergleich mit anderen nordrhein-westfälischen Großstädten ist sowohl die Quote der Erwerbstätigen als auch die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Dortmund geringer⁹. Die hohe Zahl der Arbeitslosen bestätigt zusätzlich die Position der Stadt Dortmund im Städtevergleich. Lediglich Gelsenkirchen bleibt mit einer Arbeitslosenquote von 17,1% hinter Dortmund (15,3%) zurück.

Es gibt eine deutliche **sozialräumliche Differenzierung** bei den Anteilen der Zahl der Erwerbstätigen¹⁰ und der Arbeitslosen. Einige Sozialräume weisen relativ niedrige Arbeitslosenanteile auf - zwischen 5% und 8% -, in Hörde und Scharnhorst-Ost steigen die Anteile auf knapp ein Fünftel, in den drei Sozialräumen der Nordstadt liegen sie sogar noch höher: Am Borsigplatz und am Nordmarkt ist fast jede/r Vierte der 15- bis 64-jährigen arbeitslos.

Die höchsten Anteile Erwerbstätiger finden sich in den Brackeler Sozialräumen (Ausnahme: Wickede), in der südlichen Gartenstadt/ Ruhrallee/ Westfalendamm, in Brechten/ Holthausen, in Sölde/ Sölderholz und im Sozialraum Westfalenhalle. Hier liegen die Anteile zwischen 54,8% und 56,3%. In den drei Teilräumen der Nordstadt liegt die Quote unterhalb von 40%, am Nordmarkt und am Borsigplatz sogar bei kaum mehr als einem Drittel.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 2006 spiegelt sich in den allermeisten Sozialräumen in höheren Beschäftigungs- und niedrigeren Arbeitslosenanteilen wider. Dabei korreliert der Beschäftigungszuwachs leicht positiv mit dem Ausgangsniveau, d.h. dort wo der Beschäftigtenanteil schon 2005 hoch war, sind auch die relativen Zuwächse in der Tendenz höher und umgekehrt. In einigen Sozialräumen - Dorstfelder Brücke, Berghofen, Nordmarkt und Borsigplatz - sind allerdings neben den Arbeitslosen- auch die Beschäftigtenanteile rückläufig. Von Berghofen abgesehen sind das Teilbereiche, in denen das Beschäftigungsniveau bereits sehr niedrig war.

Empfänger/innen von Leistungen nach SGB II und SGB XII¹¹ (Kapitel 7.2)

Neben der Frage der Erwerbstätigkeit stellt sich die Frage danach, wie viele Dortmunder/-innen nicht die Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt mit eigenen Mitteln zu gestalten, sondern auf Unterstützung angewiesen sind¹².

⁸ Die Beschäftigtenquote gibt die Relation zwischen den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Erwerbsbevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren an.

⁹ So liegt nach den (vorläufigen) Ergebnissen des Mikrozensus 2006 der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung in NRW bei 43,2%, in Dortmund nur bei 40,0%. Ein ähnlicher Abstand besteht bei der Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung (NRW: 30,3%, Dortmund: 27,8%)

¹⁰ aus methodischen Gründen werden bei der kleinräumigen Betrachtung unter Erwerbstätigen nur Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Selbstständige verstanden.

¹¹ Sozialgesetzbuch Zweites Buch und Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch

¹² Diese Unterstützung erfolgt im Wesentlichen nach dem SGB II (ALG II, Sozialgeld), das im Zuge der Arbeitsmarktreform seit 2005 die ehemalige Sozialhilfe weitgehend abgelöst hat, sowie nach dem SGB XII (Grundsicherung für Ältere, verbleibende Sozialhilfe). Als beitragsfinanzierte Leistung ist auch das Arbeitslosengeld I zu nennen

Die Bundesagentur für Arbeit weist für Dezember 2006 in Dortmund insgesamt rund 85.600 **SGB II- Leistungsempfänger/innen**¹³ aus. Hinzu kommen etwa 7.000 **Grundsicherungs-**, 900 **Sozialhilfeempfänger/innen** und 1.200 Personen, die **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** beziehen. In der Summe liegt der Anteil der Hilfeempfänger/-innen also bei rund 94.700, das entspricht 16,2% der Bevölkerung. Rechnet man die 8.700 Empfänger/-innen von **Arbeitslosengeld I** hinzu, ergeben sich 103.400 Hilfeempfänger/innen (= 17,7% der Bevölkerung). Damit ist mehr als jede sechste Dortmunder Person auf Transferleistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes angewiesen.

Bei einem Vergleich der nordrhein-westfälischen Großstädte im Hinblick auf die Anteile der SGB II-Beziehenden liegt Dortmund mit 14,6% im oberen Bereich vor Gelsenkirchen (17,3%) und Duisburg (14,7%).

Die Anzahl der Transferleistungsempfänger/innen hat 2006 in allen Segmenten **leicht zugenommen**.

- **Männer** sind häufiger auf SGB II- bzw. SGB XII-Leistungen angewiesen als Frauen: 47.300 Männer (16,7%) und 47.400 Frauen (15,7%) bekommen entsprechende Transfers. Nur auf Grundsicherung im Alter sind Frauen stärker angewiesen als Männer: Dies betrifft 4,5% der Frauen und 3,7% der Männer im Alter von 65 und mehr Jahren.
- **Nichtdeutsche** sind in deutlich stärkerem Maße von Transferleistungen abhängig als Deutsche. Mehr als jede/r dritte Dortmunder/in ohne deutschen Pass bekommt Leistungen zur Grundsicherung nach SGB II oder SGB XII, bei den Deutschen liegt der Anteil bei lediglich 13%.
- Unterschiedliche Altersgruppen sind in unterschiedlichem Maße auf Hilfe angewiesen. Besonders hoch ist die Quote der **Kinder unter 15 Jahren**, die Sozialgeld (also SGB II-Leistungen für nichterwerbsfähige Hilfebedürftige) beziehen. Rechnet man diejenigen mit Grundsicherungsanspruch (geschätzt 500) sowie mit Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (rund 400) hinzu, so leben drei von zehn Dortmunder Kindern in Familien ohne oder ohne ausreichendes Erwerbseinkommen.
- Auch die **erwerbsfähige Bevölkerung** ist zu beträchtlichen Teilen auf Hilfe angewiesen. So bezogen insgesamt 62.600 15- bis unter 65-jährige SGB II-Leistungen. Rund 9.200 Dortmunder/innen haben ein Einkommen, das – gemessen an der Grundsicherung – für den Lebensunterhalt nicht ausreicht¹⁴, und müssen SGB II-Leistungen in Anspruch nehmen.
- Im Vergleich dazu spielen Unterstützungsleistungen für **ältere Menschen** gegenwärtig eine geringere Rolle. Rund 5.000 über 64-jährige (=4,2% der Altersgruppe) erhielten Ende 2006 Leistungen zur Grundsicherung im Alter.

Die Anteile der Hilfeempfänger/innen schwanken erheblich zwischen den **Sozialräumen**. Während in Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemberg und Höchsten/ Holzen/ Syburg nur je 4% der Bevölkerung Unterstützungsleistungen beziehen, sind es am Borsigplatz und am Nordmarkt mit je 40% zehn Mal so viele. Nicht viel anders sieht es in Scharnhorst-Ost und am Hafen aus, wo jeweils jede dritte Person entsprechend unterstützt wird. Auch Hörde liegt mit einem Anteil von 28% weit über dem Durchschnitt, den etwa die Teilräume Wickede, Deusen/ Huckarde, Kaiserbrunnen/ Körne/ nördliche Gartenstadt und Lütgendortmund mit Anteilen zwischen 16% und 17% repräsentieren.

Der Anstieg der Quote der Transferempfänger/innen im letzten Jahr spiegelt sich auch in den allermeisten Sozialräumen wider. Nur in vier der 39 Teilräume sind die Anteile 2006 rückläufig. Sieben Sozialräume weisen Steigerungsraten um mehr als einen %-Punkt auf.

¹³ Es handelt sich hier um „endgültige“ Zahlen (=Ergebnisse nach einer Wartezeit von drei Monaten). Die BA veröffentlicht vorweg monatlich auch vorläufige Zahlen, die aber - da die aktuellen Bearbeitungsfälle nicht berücksichtigt werden können - meist deutlich niedriger liegen.

¹⁴ Dieser Wert ist geschätzt aufgrund einer Analyse, die von der BA für den Monat Mai 2006 vorgelegt wurde. Die Werte wurden analog zur Entwicklung der Gesamtzahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen hochgerechnet.

Einkommen (Kapitel 7.3)

Angaben zur Höhe der Einkommen stützen sich auf unterschiedliche Quellen.

- Aussagen über das Einkommen insbesondere der Erwerbstätigen erlaubt die Auswertung der **Lohn- und Einkommensteuerstatistik**. Danach hatten 2001 von insgesamt 197.400 Steuerpflichtigen¹⁵ fast ein Drittel (63.000) Einkünfte von nicht mehr als 15.000 Euro. Diese Gruppe ist aber sicherlich nicht pauschal als „arm“ einzustufen, da es sich zumindest teilweise um Aushilfsjobs von Schülern/-innen, Studenten/Studentinnen etc. handeln dürfte.
- Die Beschreibung der von **staatlichen Transferleistungen** abhängigen Personengruppen in Dortmund erlaubt allerdings bereits wesentliche Rückschlüsse auf die Zahl der Dortmunder/innen, die nur vergleichsweise geringe Einkommen haben. Danach verfügten Ende letzten Jahres rund 94.000 Betroffene über nicht mehr als eine notwendige Grundabsicherung, rund 8.700 weitere liefen als ALG I-Empfänger/innen Gefahr, ebenfalls in diese Lage zu geraten. Das sind in der Summe 17,7% der Bevölkerung.
- Eine Sonderauswertung des **Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NRW** auf Basis des **Mikrozensus 2005** ermittelt für Dortmund in Abhängigkeit von den zu Grunde liegenden Annahmen¹⁶ Armutsrisikoquoten zwischen 14,5% und 17,4%, orientiert jeweils am Dortmunder Einkommensniveau. Gemessen am insgesamt höheren Einkommensniveau auf Landesebene ergeben sich Armutsrisikoquoten zwischen 17,1% und 20,5%. Nach diesem Maßstab wäre also jede/r fünfte Dortmunder/in arm oder von Armut bedroht.
- Nach der am weitesten verbreiteten Berechnungsmethode¹⁷ liegen die Armutsschwellen in Dortmund u. a. für einen Einpersonenhaushalt bei 584 Euro, für einen Zweipersonenhaushalt bei 992 Euro und für einen Vierpersonenhaushalt mit zwei minderjährigen Kindern bei 1.576 Euro. **16,1% der Dortmunder/innen leben in Haushalten, in denen die Schwellenwerte** nach dieser Berechnung **unterschritten werden. Das sind rund 94.000 Personen**, die Zahl liegt damit etwas höher als die der Empfänger/innen von Leistungen nach SGB II bzw. XII Ende 2005 (91.800).
- In einem engen Zusammenhang mit Armut steht auch das Problem der **Überschuldung bzw. der Privatinsolvenz** als deren extremer Ausprägung. 2005 hat es in Dortmund 830 Verbraucherinsolvenzen gegeben, fast sechs Mal mehr als noch fünf Jahre zuvor. Auch der Privatverschuldungsindex der SCHUFA¹⁸ deutet auf hohe Verschuldungsrisiken hin.
- Anteile vergleichsweise reicher Menschen lassen sich analog zu den Armutsquoten auch auf Basis des Mikrozensus berechnen¹⁹. In Dortmund führt das je nach Berechnung der Haushaltsäquivalenzeinkommen zu Anteilen von 5 – 8%.

Das Einkommensniveau in Dortmund liegt unter dem von Düsseldorf, Köln und Essen, aber höher als in Gelsenkirchen und Duisburg.²⁰ In den letzten fünf Jahren gab es nominal einen leichten Anstieg der Durchschnittseinkommen²¹, allerdings sind zugleich die Verbraucherpreise gestiegen.

Nach der Steuerstatistik liegt das durchschnittliche Einkommen in Dortmund bei 26.812 Euro (2001). Die Werte schwanken in den **Sozialräumen** zwischen rund der Hälfte und dem Doppelten dieses Durchschnittswertes.

¹⁵ Zu bedenken ist, dass Steuerpflichtige nicht identisch mit Personen sind. Gemeinsam veranlagte Ehegatten sind ein Steuerpflichtiger. Die Personenzahl liegt etwa um die Hälfte höher als die der Steuerpflichtigen.

¹⁶ Dabei spielen mehrere Variablen eine Rolle. Das sog. Haushaltsäquivalenzeinkommen, das die Abhängigkeit der Lebenshaltungskosten von der Haushaltsgröße berücksichtigt, kann aufgrund unterschiedlicher Gewichte für die einzelnen Haushaltsmitglieder errechnet werden (Personen ab 14 J. 0,7 bzw. 0,5, Personen unter 14 J. 0,5 bzw. 0,3). Als Bezugsgröße sind 50% des arithmetischen Mittels oder 60% des Medians (mittlerer Wert einer aufsteigend sortierten Folge von Messwerten) gebräuchlich. Schließlich sind unterschiedliche regionale Bezugsgrößen (Stadt, Land, Bund) möglich.

¹⁷ 50% des arithmetischen Mittels, Gewichtung Personen ab 14 J. 0,7, < 14 J. 0,5, Dortmunder Einkommensniveau.

¹⁸ Ursprünglich Schutzgemeinschaft für Absatzfinanzierung, heute SCHUFA Holding AG

¹⁹ Üblicherweise werden als „reich“ die Personen in Haushalten eingestuft, die über ein Einkommen verfügen, das mehr als doppelt so hoch ist wie das Durchschnittseinkommen.

²⁰ Der Vergleich erfolgte auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) wird das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ermittelt. Es erlaubt aufgrund der bundesweit einheitlichen Methodik zuverlässige Zeit- und Regionalvergleiche. Die Steuerstatistik bestätigt diese Ergebnisse

²¹ Nach der VGR ist das verfügbare Einkommen der Dortmunder/-innen zwischen 2000 und 2005 pro Kopf von 15.289 auf 16.400 Euro, also um 7,3%, gestiegen. Auch der Mikrozensus ermittelt in der Tendenz steigende Einkommen.

So verdient eine steuerpflichtige Person in Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemberg im Mittel fast vier Mal mehr als eine steuerpflichtige Person am Borsigplatz.

Zur Beschreibung der Relation zwischen hohen und niedrigen Einkommen sind die Steuerpflichtigen mit einem Einkommen über 50.000 Euro den SGB II- Bedarfsgemeinschaften²² gegenüber gestellt worden. Insgesamt sind die Steuerpflichtigen mit Einkommen über 50.000 Euro mit 63 gegenüber 100 Bedarfsgemeinschaften in der Unterzahl. Auch die Relation zwischen hohen und niedrigen Einkommen spiegelt das Nord-Süd-Gefälle wider. Während in der Nordstadt drei begüterten Steuerpflichtigen rund 100 Bedarfsgemeinschaften gegenüberstehen, kommen in Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemberg 595 Begüterte auf 100 Bedarfsgemeinschaften.

Wohnen (Kapitel 7.4)

Die **Lebensverhältnisse** und der **Lebensalltag** werden entscheidend durch die Wohnverhältnisse mitbestimmt.

Zum Stichtag 31.12.2005 belief sich der **Wohnungsbestand** in Dortmund auf 306.577 Wohnungen. Davon sind etwa 180.000 freifinanzierte und rund 42.000 öffentlich geförderte Mietwohnungen. Den Rest bilden selbst genutzte und vermietete Eigentumsmaßnahmen (Ein- und Zweifamilienhäuser und Eigentumswohnungen).

Der Dortmunder Wohnungsmarkt kann zurzeit in allen Teilmärkten als ausgeglichen bis entspannt bezeichnet werden. Aufgrund stabiler Bevölkerungs- und Haushaltszahlen ist mit einer gleich bleibenden quantitativen Wohnungsnachfrage zu rechnen.

Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung und der Zunahme von Ein- und Zwei-Personen-Haushalten steigt die zur Verfügung stehende **Pro-Kopf-Wohnfläche**. 2005 standen jedem Dortmunder Einwohner im Schnitt 38,1 m² Wohnfläche zur Verfügung, 1,8 Quadratmeter mehr als noch im Jahr 2000. Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner liegt in Dortmund knapp unter dem nordrhein-westfälischen Durchschnitt (39,4 m²).

Für benachteiligte Bevölkerungsgruppen stellt die **soziale Wohnraumförderung** auch heute das wichtigste Marktsegment im Wohnungswesen dar. Der Anteil der Sozialwohnungen ist allerdings seit den 1980er Jahren, aufgrund von Tilgungen und vorzeitigen Rückzahlungen der öffentlichen Mittel sowie durch eine geringere Neubautätigkeit im öffentlich geförderten Wohnungsbau, rückläufig. Bis 2006 hat sich die Zahl der Sozialwohnungen auf 37.827 Wohnungen verringert, bis zum Jahr 2016 wird sie auf ca. 21.000 zurückgehen.

Nach einer Umfrage wird der überwiegende Teil der Wohnungsunternehmen die aus der Mietpreis- und Belegungsbindung entfallenden Sozialwohnungen auch weiterhin in ihrem Wohnungsportfolio behalten wollen. Mieterhöhungsmöglichkeiten nach dem BGB werden nur sehr moderat an die Mieter/innen weitergegeben. Rund die Hälfte der Wohnungsunternehmen versucht durch umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen des Wohnungsbestandes den heutigen Wohnansprüchen gerecht zu werden.

Mit Unterstützung des ‚Kundenbereiches Wohnungsraumversorgung‘ konnten im Berichtsjahr **2006** insgesamt **3.879 Haushalte eine geförderte Wohnung beziehen**. Die Zahl der vorgemerkten Wohnungssuchenden ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen. Am 31.12.2006 waren **1.419 Haushalte wohnungssuchend** gemeldet.

Trotz der entspannten Wohnungsmarktsituation ist es für **kinderreiche Familien** in Dortmund nach wie vor schwierig, geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Im Jahr 2006 wurde der Neubau von 163 Wohnungen und acht Wohnheimplätzen mit öffentlichen Mitteln gefördert. 64 dieser geförderten Wohnungen sind dabei für Familien vorgesehen, wovon wiederum 18 Wohnungen speziell für Familien mit drei und mehr Kindern errichtet wurden.

Zudem richtet sich die Neubautätigkeit im öffentlich geförderten Wohnungsbau zunehmend auf die Bedarfe **älterer Menschen** ein, wobei unter anderem Standards der Barrierefreiheit zu berücksichtigen sind. Notwendig sind außerdem Angebote im Bereich ‚Service-Wohnen‘. Mit der Gründung des ‚Seniorenbüro Wohnen‘ am 15.12.2005 wurde der demografischen Entwicklung in Dortmund Rechnung getragen und ein spezieller Service für Seniorenhaushalte angeboten.

Im Zusammenhang mit der **„Hartz IV“- Reform** wurde eine Häufung von Zwangsumzügen erwartet, da nur angemessene Kosten der Unterkunft in die Bedarfsberechnung des Arbeitslosengeldes II einfließen dürfen und viele Städte diesbezüg-

²² Stand: 31.12.2005

lich eine genaue Überprüfung aller Fälle vornehmen. Eine Umzugswelle blieb in Dortmund aber dank einer zwischen ARGE, Stadt Dortmund, Politik und Mietervereinen ausgehandelten Toleranzregelung aus.

Die Stadt Dortmund gehört zu den Kommunen, die seit einigen Jahren intensiv an der Entwicklung einer kleinräumigen Wohnungsmarktbeobachtung arbeitet und im Frühjahr 2007 vorerst in einem Quartier die methodischen Überlegungen in der Praxis erprobt. Die in diesem Bericht verwendeten kleinräumigen Auswertungen können von den zu erwartenden methodischen Fortschritten noch nicht profitieren und müssen sich daher sehr einfacher, in ihrer Aussagefähigkeit eingeschränkter Kennzahlen bedienen.

Für die Ebene der Sozialräume liefert die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner in m² eine recht allgemeine Information über die Wohnflächenversorgung.²³ Die Einwohner der Sozialräume Scharnhorst-Ost, Nordmarkt, Eving I/ Kerminghausen, Lindenhorst/ Eving II, Borsigplatz, Deusen/ Huckarde, Hafen, Alt-Scharnhorst, Rahm/ Kirchlinde und Nette verfügten 2005 über weniger als 35 m². Am höchsten ist die Wohnflächenversorgung je Einwohner/-in in den Sozialräumen Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemborg (49,0 m²). Der Vergleich der Wohnfläche mit dem sozialen Status der Sozialräume, gemessen an dem Anteil der Leistungsempfänger/innen nach SGB II, zeigt einen deutlichen Zusammenhang zwischen beiden Variablen.

Von 2000 bis 2005 hat – wie in der Gesamtstadt – auch in fast allen Sozialräumen die individuelle Wohnfläche zugenommen. Ausnahme ist der Sozialraum Hafen.

Bildung (Kapitel 7.5)

Nicht zuletzt durch die Ergebnisse der PISA-Studien ist das Problem der Bildungsbenachteiligung erneut Gegenstand breiter öffentlicher Diskussion. Die Bildungsforschung belegt, dass die Wahl der Schulform und der Bildungserfolg nach wie vor in einem engen Zusammenhang mit der sozialen und ethnischen Herkunft stehen. Die Schulausbildung ist entscheidend für den Einstieg in das Berufsleben und die späteren Lebenschancen.

Der **Wechsel von der Grundschule auf eine der verschiedenen weiterführenden Schulformen** stellt einen entscheidenden Schritt für die Bildungslaufbahn jeder Schülerin und jedes Schülers dar. Im Schuljahr 2004/2005²⁴ sind 5.258 Schüler/innen in Dortmund zu einer weiterführenden Schule gewechselt.

Davon haben 35,1% nach der Primarstufe ein Gymnasium gewählt, 27,1% der Kinder wechselten zur Realschule und 25,4% zur Gesamtschule. Die Hauptschule hatte lediglich einen Anteil von 11,7%.

Die Bildungsbeteiligung der **nichtdeutschen Bevölkerung** unterscheidet sich deutlich von der Beteiligung der Deutschen. Es zeigt sich, dass Nichtdeutsche deutlich seltener zu einem Gymnasium (20,1% im Vergleich zu 38,5%), aber wesentlich häufiger zur Hauptschule (18,3% im Vergleich zu 10,2%) und zur Gesamtschule (32,9% im Vergleich zu 23,8%) wechseln als deutsche Schüler. Diese Differenzen sind nicht allein durch die Staatsangehörigkeit zu erklären. Vielmehr spielen hier der soziale Status der Eltern sowie die konkreten Lebensumstände vor Ort in den Sozialräumen eine entscheidende Rolle.

Im Vergleich mit NRW-Landeswerten fällt der Hauptschulanteil in Dortmund um ein Drittel niedriger aus (landesweit 17,7%), während die Übergangsquote zur Gesamtschule höher liegt: Jedes vierte Dortmunder Kind besucht nach der Grundschule eine Gesamtschule. Im Landesdurchschnitt beträgt die Quote lediglich 16,3%.

Die Art des erworbenen **Schulabschlusses** hat eine zentrale Bedeutung für den Eintritt in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und damit für die Zuweisung von Berufs- und Lebenschancen. Im Schuljahr 2004/2005 sind in Dortmund 6.140 Schüler/-innen von einer allgemein bildenden Schule entlassen worden. Der größte Anteil entfiel mit 38,7% auf den Realschulabschluss. 26,0% haben die allgemeine Hochschulreife und 4,3% die Fachhochschulreife erlangt. Mit einem

²³ Es ist zu beachten, dass die Wohnfläche je Einwohner/-in entscheidend von der Haushaltsgröße abhängig ist, da ein Mehrpersonenhaushalt in der Regel eine geringere Pro-Kopf-Wohnfläche als ein Einpersonenhaushalt benötigt. Für genauere Analysen wären deshalb differenziertere Daten erforderlich.

²⁴ Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS NRW) 2005b, Stichtag 15.10.2004

Hauptschulabschluss verlassen 22,2% das allgemein bildende Schulsystem, ohne Abschluss blieben 8,9% der Abgänger/innen.

Auch hier bestehen deutliche Diskrepanzen zwischen deutschen und **nichtdeutschen Schulabgängern/-innen**: Von den Deutschen verlassen doppelt so viele Abgänger/-innen die Schule mit dem Abitur (28,6%) als bei den Nichtdeutschen (14,3%). Dagegen verlassen überproportional viele Nichtdeutsche die Schule mit einem niedrigen Schulabschluss – 28,2% der Nichtdeutschen und 20,8% der Deutschen erreichen den Hauptschulabschluss – oder ganz ohne Abschluss (13,0% der Nichtdeutschen und 7,7% der Deutschen).

In Dortmund liegt der Anteil der Abgänger/innen, die ohne einen Schulabschluss aus dem Schulsystem aussteigen um zwei Prozentpunkte über dem nordrhein-westfälischen Durchschnitt. Der Anteil der Abgänger/innen mit einem Realschulabschluss ist in Dortmund um drei Prozentpunkte niedriger als im Landesdurchschnitt.

Für die **kleinräumige Betrachtung** werden die Anmeldequoten auf der Grundlage kommunaler Erhebungen herangezogen. Dabei zeigt sich, dass sich die durch die soziale Herkunft bedingte ungleiche Bildungsbeteiligung auch in den Sozialraumstrukturen niederschlägt: In den wenig von Armut betroffenen Sozialräumen geht der größte Teil der Kinder nach der Grundschule auf ein Gymnasium. In den Sozialräumen mit hoher Armutsquote zeigen sich hingegen sehr geringe Anmeldequoten zum Gymnasium. Die höchsten Anmeldequoten zum Gymnasium zeigen sich in der südlichen Gartenstadt/ Ruhrallee/ Westfalendamm (50,2%), Westfalahalle (49,2%) und Brechten/ Holthausen (48,2%). Hier geht etwa die Hälfte der Schüler/innen nach der Grundschule auf ein Gymnasium. In den Sozialräumen Dorstfelder Brücke, Bövinghausen/ Westrich und Borsigplatz hingegen wechseln lediglich zwischen 8,0% und 13,4% der Schüler/innen auf ein Gymnasium.

Betrachtet man auf der anderen Seite die Anmeldungen an Hauptschulen, so kann hier kein eindeutiger Zusammenhang festgestellt werden, da in einigen Sozialräumen wie Nordmarkt und Hafen die Anmeldequote zur Hauptschule trotz sozial benachteiligter Struktur sehr gering sind: Hier wählen viele die ortsnahe Gesamtschule.

Erziehungshilfen (Kapitel 7.6)

Junge Menschen müssen auf zukünftige Anforderungen vorbereitet werden. Dabei hat insbesondere der Ausgleich von sozial bedingten ungleichen Entwicklungschancen eine zentrale Bedeutung. Denn die oft schwierige wirtschaftliche Situation von Familien mit Kindern, nicht mehr tragfähige soziale Netzwerke und wachsende Anforderungen an die Erziehungskompetenz der Eltern führen heute häufig zu Belastungen innerhalb der Familie.

Erziehungsberechtigte haben nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) einen Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung für sich und ihr Kind, „wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist“.²⁵ Sie reichen von ambulanten Hilfen innerhalb der Familie, wie beispielsweise der sozialpädagogischen Familienhilfe, bis zu stationären Hilfen, wie z.B. der Heimunterbringung.

Insgesamt wurde 2006 in Dortmund in **3.161 Fällen Erziehungshilfe** gewährt. 27,1 je 1.000 der in Dortmund lebenden Kinder und Jugendlichen unter 21 Jahren erhielten Hilfen zur Erziehung. 1.480 Hilfen wurden ambulant (46,8%) und 1.681 (53,2%) in stationärer Form bewilligt. **Jungen** sind dabei mit einem Anteil von 56,9% an allen Leistungen überrepräsentiert. Der höhere Anteil der Jungen ist insbesondere auf deren hohe Inanspruchnahme von ‚Hilfen innerhalb der Familie‘ zurückzuführen.

Die Zahl der Erziehungshilfen ist 2006 im Vergleich zu 2005 **deutlich angestiegen**. 2006 sind 420 Fälle mehr registriert worden, was eine Steigerung von 15,3% bedeutet. Der Anteil der unter 21-jährigen, der Hilfen zur Erziehung erhalten hat, hat sich von 23,3 je 1.000 auf 27,1 erhöht. Der Anstieg ist insbesondere durch die Zunahme der ambulanten Hilfen begründet. Allerdings hat auch die Zahl der stationären Hilfen zugenommen. Für die Zunahme der Hilfen zur Erziehung ist ein ganzes Bündel von Ursachen verantwortlich.

²⁵ §27 Abs. 1 KJHG/SGB VIII

- So sind durch die **Einführung des Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetzes – KICK – Ende 2005** vermehrte Meldungen von Kindeswohlgefährdungen und die Übernahme von Fällen seelisch behinderter junger Menschen, die bisher durch den Landschaftsverband betreut wurden, mit erfasst worden.
- Die Zunahme der ambulanten Hilfe ist insbesondere auf den bewussten **Ausbau ambulanter sozialpädagogischer Maßnahmen** zurückzuführen.
- Ein weiterer Grund für den Anstieg der ambulanten Hilfe ist in einem **positiven Imagewandel** der Leistungen des Jugendamtes zu sehen.
- Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die **Belastung der sozioökonomischen Lebenslagen** von jungen Menschen und deren Familien ein Grund für das Ansteigen der Inanspruchnahme der Hilfen ist, denn „die Zunahme von belastenden sozialstrukturellen Lebensbedingungen für junge Menschen und deren Familien erzeugen grundsätzlich einen Bedarf an Leistungen der Hilfen zur Erziehung. [...]“²⁶

Die Inanspruchnahme von Erziehungshilfen unterscheidet sich gravierend zwischen den 39 Dortmunder **Sozialräumen**. So wird die durchschnittliche Zahl der registrierten Fälle von 27,1 je 1.000 junger Menschen im Alter von unter 21 Jahren insbesondere im Sozialraum Hafen extrem überschritten: Hier haben 63,0 je 1.000 dieser Altersgruppe Erziehungshilfe in Anspruch genommen. Ebenfalls sehr hohe Werte finden wir am Borsigplatz (50,7%), Nordmarkt (41,8%) und Hörde (38,6%). Im Gegensatz dazu ist die Inanspruchnahme u. a. in Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemborg (11,0%) am geringsten. Auf der räumlichen Ebene zeigt sich ein unmittelbarer statistischer Zusammenhang zwischen dem Ausmaß von Kinderarmut – gemessen über den Anteil der Kinder mit Bezug von Sozialgeld – und dem Bedarf an unterstützenden Hilfen.

Die Zahl der Inanspruchnahme von Erziehungshilfen hat sich von 2005 auf 2006 in den sieben Sozialräumen Nette, Borsigplatz, südliche Gartenstadt/ Ruhrallee/ Westfalendamm, Westfalahalle, Scharnhorst-Ost, Benninghofen/ Hacheney/ Wellinghofen/ Wichlinghofen und Marten reduziert. Besonders erhöht haben sich hingegen die Fälle im Sozialraum Hafen.

Gesundheit (Kapitel 7.7)

Die **sozialen Verhältnisse**, unter denen Kinder aufwachsen, beeinflussen den **Gesundheitszustand**, die **Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten**. Kinder, die in Armut, in instabilen Familien leben oder Vernachlässigung erfahren, verfügen i. d. R. über weniger Bewältigungsressourcen und sind gesundheitlichen Belastungen stärker ausgesetzt. Gesundheitliche Beeinträchtigungen und Entwicklungsstörungen im Kindesalter haben Folgen für die späteren Lebensphasen.

Die jährlichen **Schuleingangsuntersuchungen** liefern hierzu einige Hinweise²⁷. Die häufigsten diagnostizierten Befunde bei der Dortmunder Schuleingangsuntersuchung sind: Sprachstörungen (26,3%), Koordinationsstörungen (14,5%), Defizite in der visuellen Wahrnehmung (12,3%) und der Visuomotorik²⁸ (11,5%). Zudem waren 13,4% der Dortmunder Einschüler/innen übergewichtig. Ein großer Teil der bei der Schuleingangsuntersuchung festgestellten Befunde wurde bereits ausreichend behandelt oder galt als nicht behandlungsbedürftig.

Vergleicht man die Häufigkeit der in Dortmund festgestellten Befunde mit den nordrhein-westfälischen Durchschnittswerten, so fallen die Einschüler/innen in der Stadt Dortmund durch eine **überdurchschnittliche Verbreitung von Sprachstörungen und von Übergewicht** sowie außerdem häufigere Probleme in der visuellen Wahrnehmung auf²⁹. Diese Unterschiede dürften zu einem großen Teil auf die Zusammenhänge zwischen der sozialen Lage und dem Gesundheitszustand zurückzuführen sein: Hier wirkt sich der höhere Anteil von sozial benachteiligten Kindern in Dortmund aus.

Jungen sind von Sprachstörungen (30,3% zu 21,8%), Koordinationsstörungen (18,5% zu 10,1%) sowie Auffälligkeiten in der visuellen Wahrnehmung (14,3% zu 10,0%) und der Visuomotorik (13,9% zu 8,8%) deutlich häufiger betroffen als

²⁶ Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen (MSJK) 2005, S. 167

²⁷ Die Schuleingangsuntersuchung ist eine Pflichtuntersuchung, die alle Kinder im Schuleintrittsalter individualmedizinisch nach schulrelevanten Gesundheits- und Entwicklungsaspekten untersucht.

²⁸ Unter Visuomotorik versteht man die Aufnahme und Verarbeitung visueller Symbole sowie die Fähigkeit, das Wahrgenommene handmotorisch umzusetzen.

²⁹ Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst NRW (Iögd) 2006.

Mädchen. Bei der Verbreitung von Gewichtsproblemen sind dagegen keine geschlechtsspezifischen Unterschiede zu erkennen.

Im Rahmen der Dortmunder Schuleingangsuntersuchung wird auch der Wohnort des Kindes dokumentiert, so dass eine **kleinräumige Betrachtung** möglich ist.³⁰ Für diese wurde ein Gesamtindikator „Kinder ohne Befund“³¹ gebildet. Gesamtstädtisch haben 39,9% aller untersuchten Kinder keinen Befund. Im Vergleich der Sozialräume zeigen sich jedoch gravierende Unterschiede: Im Sozialraum Borsigplatz haben lediglich 14,1% der Kinder keinen Befund, in Sölde/ Söldeholz (17,1%), Schüren (17,5), Nordmarkt (22,6%), City (22,9%) und Hafen (26,5%) konnten ebenfalls weit unterdurchschnittliche Werte festgestellt werden. Im Kontrast dazu weisen in Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemborg 69,5% der untersuchten Kinder keine Auffälligkeiten auf. Es gibt auf räumlicher Ebene einen klaren Zusammenhang zwischen der sozialen Lage und der Gesundheit der Kinder: In den ärmeren Sozialräumen mit hoher SGB II-Quote, in denen zugleich viele Kinder leben, bleibt nur ein kleiner Teil der Kinder ohne Befund. Auswertungen für einzelne Befunde auf der Ebene der Stadtbezirke³² bestätigen dies.

Eine Reihe von gesundheitlichen Beeinträchtigungen könnte bei frühzeitiger Diagnose und Behandlung positiv beeinflusst werden. Die **Früherkennungsuntersuchungen** für Kinder U1 bis U9 zu jeweils altersabhängig festgelegten Terminen werden kostenlos von den Krankenkassen angeboten. Zur Einschulungsuntersuchung wurden in Dortmund von den Eltern 4.483 Vorsorgehefte vorgelegt (das entspricht 85,1%). In ihnen ist die Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen dokumentiert. Es zeigt sich, dass die Teilnahme an den späteren Untersuchungen deutlich abnimmt: Während 91,3% der Kinder (4.091) an der Untersuchung U7 teilgenommen haben (NRW-Schnitt: 92,7%), wurde die letzte durchzuführende Untersuchung U9 lediglich von 85,3% (3.823) der Kinder mit vorgelegtem Vorsorgeheft wahrgenommen (NRW-Schnitt: 85,1%). Insgesamt liegen die Teilnahmequoten in Dortmund leicht unter dem Landesdurchschnitt. Auch bei der Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen lassen sich auf räumlicher Ebene (hier: den Stadtbezirken) deutliche Unterschiede feststellen.

Sozialraumtypisierung (Kapitel 8)

Im Rahmen dieses Berichtes wurde eine Typisierung der 39 Dortmunder Sozialräume mittels einer hierarchischen Clusteranalyse vorgenommen und damit die bisherigen Ergebnisse verdichtet. Ziel dieser Clusteranalyse war es, das Ausmaß der Segregation und ihre Struktur zu erfassen und so die sozialräumliche Differenzierung der Stadt Dortmund transparent zu machen. Mit Hilfe einer Clusteranalyse werden einander ähnliche Sozialräume zu Typen (Clustern) zusammengefasst.

Für die Stadt Dortmund wurden folgende acht Indikatoren für diese Analyse ausgewählt:

- Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahre
- Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund
- SGB II-Quote
- Einkommensindex
- Anmeldequote zum Gymnasium
- Quote der Hilfen zur Erziehung
- Anteil der übergewichtigen Kinder
- Beschäftigtenquote

Als Ergebnis der Clusteranalyse wurden fünf Cluster ermittelt, denen die 39 Sozialräume zugeordnet wurden. Die Reihenfolge der Cluster zeigt eine Abstufung von nicht benachteiligten zu benachteiligten Räumen. So bildet Cluster 1 die sozial stabilsten und Cluster 5 die am stärksten benachteiligten Sozialräume ab.

³⁰ Für gezielte Interventionen wären noch weitaus differenziertere Ergebnisse als die hier vorliegenden notwendig, insbesondere Daten zur sozialen und ethnischen Herkunft der Kinder.

³¹ Kein Befund in den Bereichen Sehen und Hören, Verhalten, Koordination, Visuomotorik, visuelle Wahrnehmung, Sprache, zerebrale Anfallsleiden und Bewegungsstörungen, geistige Behinderung und Lernbehinderung.

³² Diese Gliederungsebene wurde hier aufgrund der geringen Fallzahlen auf der Sozialraumebene herangezogen.

17 der 39 Dortmunder Sozialräume sind den beiden **sozial stabileren** Clustern 1 und 2 zugeordnet. Diese zeichnen sich insbesondere durch einen **hohen Einkommensindex** und eine **geringe SGB II-Quote** aus. Der Anteil der Bevölkerung mit **Migrationshintergrund ist deutlich unterdurchschnittlich**. Zudem verzeichnen die diesen Clustern zugeordneten Sozialräume deutlich **weniger Probleme im Hinblick auf die Merkmale ‚Hilfen zur Erziehung‘ und ‚Übergewichtige Kinder‘**. Die **Anmeldequote zum Gymnasium** ist hier am höchsten. Diese Sozialräume liegen räumlich insbesondere im Süden der Stadt.

Neun Sozialräume weisen als Ergebnis der Typisierung eher **durchschnittliche Merkmalsausprägungen** auf und sind daher dem Cluster 3 zugeordnet. Lokalisiert sind diese Sozialräume vor allem am Dortmunder Stadtrand.

In den Clustern 4 und 5 befinden sich **13 Sozialräume**. Dabei handelt es sich um **ethnisch stark segregierte** Sozialräume mit einer gleichzeitig **hohen Armutsverdichtung**. Zudem konnten eine **Bildungsbenachteiligung**, eine hohe **Erziehungshilfebedürftigkeit** und **gesundheitliche Beeinträchtigungen** der nachwachsenden Generation festgestellt werden. Bei diesen kann daher von einer **Benachteiligung** bzw. einer Kumulation von negativen Ausprägungen der untersuchten Merkmale gesprochen werden. Insbesondere das Cluster 5 weist darüber hinaus eine **hohe Familienprägung** auf (hoher Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahre). Die diesen Clustern zugeordneten Sozialräume liegen überwiegend im Zentrum und nördlichen Teil der Stadt Dortmund.

Perspektiven (Kapitel 9)

Zur Entwicklung konkreter Handlungsmaßnahmen soll auf Basis der analysierten Wirkungszusammenhänge ein Verständigungsprozess über die Weiterentwicklung der kommunalen Sozialpolitik eingeleitet werden.

Dazu bedarf es der dialogorientierten Vernetzung mit allen Beteiligten.

Geleitet durch die bisher erarbeiteten Ergebnisse und die weitergehende Aktualisierung der Datenbestände in dem internetgestützten Rauminformationssystem DORA soll gemeinsam mit den Akteuren in Verbänden und Organisationen und mit den Bürgerinnen und Bürgern ein **Aktionsplan „Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Dortmund“** entwickelt werden.

Wesentliche Aufgabe wird dabei die Erarbeitung sozialräumlicher und quartiersbezogener Konzepte sein, in der die Zielsetzungen der Ausgestaltung der sozialen Stadt durch Beteiligung als Leitlinie dienen sollen. Folgende Themen werden als Prozessbausteine vorgeschlagen:

- Der **demografische Wandel** wird in vielfältiger Form die einzelnen Handlungsfelder sozialer Arbeit berühren, die Auswertungen der Bevölkerungsstatistik eine wesentliche Grundlage bei der Entwicklung von Handlungsvorschlägen sein.
- Der **Zugang zur Arbeitswelt** soll durch die Einrichtung eines dauerhaften und öffentlich geförderten **sozialen Arbeitsmarktes** für Bewerber/innen erleichtert, die aufgrund vielfacher Vermittlungshemmnisse bisher nur geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt hatten.
- Auch die **Fördermöglichkeiten für erwerbslose junge Erwachsene unter 25 Jahren** sollen weiterentwickelt werden.
- Auf der Basis eines weit über die Zielgruppen des Wohnraumförderungsgesetzes hinausgehenden **kommunalen Wohnraumversorgungskonzeptes** soll der Strukturwandel auf dem Wohnungsmarkt durch Steuerungs- und Kooperationsprozesse und breit abgestimmte Handlungskonzeptionen aktiv und nachhaltig gestaltet werden.
- Im Rahmen der Entwicklung einer **kleinräumigen Wohnungsmarktbeobachtung** sollen auf Basis einer Quartiersanalyse Handlungsempfehlungen entwickelt werden.
- Die Hilfsangebote zur Verbesserung der Situation von **Kindern alkoholkranker Eltern** müssen ausgebaut werden, Suchterkrankungen der nachwachsenden Generation gilt es vorzubeugen.
- Auf der Basis der Erkenntnisse aus den Schuleingangsuntersuchungen sollen gezielt **Projekte für Vorschulkin-**
der entwickelt werden.

- In den **Sozialräumen mit Integrationsdefiziten** ist insbesondere die Unterstützung von Netzwerkbildung wichtig, Handlungsschwerpunkte und Prioritäten sind festzulegen.
- Über eine verstärkte Kooperation von Schule, Jugendhilfe und Wirtschaftsförderung sowie in Zusammenarbeit mit den vielfältigen regionalen Partnern/-innen in Schule und Ausbildung werden die Voraussetzungen für die Integration **zugewanderter Jugendlicher ohne Ausbildung** in das Berufsleben geschaffen.
- Im Zuge der Optimierung frühkindlicher Bildungsprozesse durch kontinuierliche Bildungs- und Förderkette soll unter Ausschöpfung der vorhandenen Potenziale jedes Kind frühestmöglich und entsprechend seinen individuellen Möglichkeiten in seiner Entwicklung gefördert werden. Dazu gehört auch die **sprachliche Förderung**.
- Zur Erfassung der **sozialen Situation wohnungsloser Menschen** wird eine qualitative Untersuchung angeregt. Die Hilfemöglichkeiten zum Ausstieg aus geschlossenen Systemen (Suppenküche, Dortmunder Tafel usw.) soll in einem gemeinsamen Austausch mit den „Armutsprojekten“ erörtert werden.
- **Erwerbsunfähige junge Menschen** müssen über die soziale Arbeit des örtlichen und des überörtlichen Sozialhilfeträgers unterstützt werden, ihre Lebensumstände sind genauer zu beleuchten.
- **Erwerbslose Frauen ab 50** müssen über ihre Möglichkeiten in den bestehenden Beschäftigungsförderungsmaßnahmen besser informiert sein.
- Junge Menschen, die entweder **homosexuell oder sich über ihre sexuelle Orientierung unklar** sind, sollen in der Entwicklung eines selbstbestimmten und von der Gesellschaft akzeptierten Leben gefördert, vor Diskriminierung und Benachteiligung geschützt werden.
- Das Thema **„Soziale Auswirkungen suchtkrank (-legal, -illegal) als Folge sozialer Desintegration“** wird im Zusammenhang mit dem Thema „Situation wohnungsloser Menschen“ weiter bearbeitet.

Als ein Meilenstein im Gesamtprozess ist ein Resümee zur Umsetzung der im Aktionsplan festzulegenden Handlungsschritte im Rahmen des „Europäischen Jahres der Bekämpfung von Ausgrenzung und Armut 2010“ geplant.

2. Einleitung – Vorgeschichte

Der erste Bericht zur sozialen Lage in Dortmund erschien 1995. Er wurde von der Sozialforschungsstelle gemeinsam mit einer Begleitgruppe aus Verbänden und Verwaltung erstellt. In der Folgezeit wurden in regelmäßigen Abständen Themenhefte zur Sozialhilfeberichterstattung veröffentlicht.

Im Jahr 2000 wurde gemeinsam mit dem Trägerkreis „Armut in Dortmund“ ein Leitbildprozess für eine soziale und beteiligungsorientierte Stadt Dortmund eingeleitet. Dieser Prozess bildet die Grundlage für das im Kapitel 5 dargestellte Leitbild „Soziale Stadt Dortmund“.

Die Ergebnisse der sozialräumlichen Jugendhilfeplanung in den Dortmunder Stadtbezirken wurden im Mai 2005 zur Diskussion in die kommunalpolitischen Gremien eingebracht. Die Sozialraumabgrenzungen aus diesem Planungsprozess wurden im Bericht zur sozialen Lage und dem Sozialstrukturatlas übernommen (vg. Kapitel 7.2).

Am 30. Juni 2005 beauftragte der Rat der Stadt Dortmund die Verwaltung, den Bericht zur sozialen Lage in Dortmund und die Sozialhilfeberichterstattung der letzten Jahre unter den veränderten Rahmenbedingungen des Sozialgesetzbuches II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und XII (Sozialhilfe) zu einem neuen erweiterten Bericht zur sozialen Lage in Dortmund fortzuentwickeln.³³ Dabei sollten entsprechend der Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Bundes und des Landes NRW auch Auswertungen der Einkommens- und Lohnsteuerstatistik mit aufgenommen werden. Eine detaillierte Datensammlung in Form eines Sozialstrukturatlases, in dem die Datenbestände sozialraumorientiert aufbereitet werden, war als Anlage vorgesehen.

Auf dieser Grundlage wurde gemeinsam mit dem „Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung der Ruhr-Universität Bochum“ ein Konzeptvorschlag erarbeitet, der zu dem jetzt vorliegenden Bericht zur sozialen Lage und damit zu einer Informationsbasis für politische Entscheidungsprozesse in Dortmund weiterentwickelt wurde. Die in diesem Rahmen entstandene Berichterstattung ist Bestandteil eines flexiblen Sozialplanungsprozesses und bietet damit ein solides Fundament für eine präventiv orientierte Politik. Der Bericht zur sozialen Lage geht dabei über eine quantitative Beschreibung von Lebenslagen hinaus und benennt Ziele und gibt Hinweise auf Handlungsnotwendigkeiten.

2.1 Wegweisung durch die sozialen Berichtssysteme in Dortmund

Die Lebens-, Wohn-, Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse sind einem ständigen Wandel ausgesetzt. Gerade in großen Städten sind die Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung auf Informationen angewiesen, die solche teilweise gravierenden Veränderungen beschreiben und auf diesem Wege Problemlagen identifizieren helfen. Denn nur auf dieser Grundlage können sachgerechte Diagnosen und letztendlich wirksame Maßnahmen entwickelt werden. Diese entscheidungsrelevanten Informationen liefern Berichte, die – je nach Charakter der einzelnen Berichtssystematik – aktuelle Daten punktuell oder fortlaufend erfassen und fachlich auswerten.

Der vorliegende Bericht zur sozialen Lage ist konzipiert als integrierte Sozialberichterstattung, die komplexe Wirkungszusammenhänge interdisziplinär, also fachübergreifend, beleuchtet. Die Berichte einzelner Fachbereiche können dagegen konkrete Inhalte detaillierter darstellen.

Ein Anliegen der sozialen Berichterstattung in Dortmund muss es daher sein, dass sich alle Berichtssysteme aus eben den sozial relevanten Fachbereichen bestmöglich ergänzen.

Aktuell sind neben dem vorliegenden Bericht zur sozialen Lage und dem Sozialstrukturatlas unter anderem folgende Berichte verfügbar oder in der Entwicklung:

³³ vgl. Verwaltungsvorlage an den Rat der Stadt Dortmund Drucksachen-Nr. 02286-05

Dortmunder Statistik: Statistikatlas 2007

Regelmäßig veröffentlicht der Fachbereich Statistik zeitlich und sachlich differenzierte Daten und Informationen zu entwicklungsrelevanten Sachverhalten in Dortmund. Aktuell besonders hervorzuheben ist der „Statistikatlas 2007“, der im Juni 2007 zum ersten Mal veröffentlicht wurde. Der Bericht liefert für die 170 statistischen Unterbezirke Daten zu den Themen Bevölkerung, Wohnen, Arbeitsmarkt und soziale Lage. Für die zwölf Stadtbezirke wurde jeweils ein charakteristisches Profil erarbeitet. Ab der zweiten Jahreshälfte 2007 soll die aufgebaute Datensammlung unter Beteiligung der jeweiligen städtischen Fachbereiche zu einem Monitoringsystem weiter entwickelt werden.

Darüber hinaus veröffentlicht der Fachbereich Statistik jährliche Berichtshefte zu den Themen Bevölkerung, Wirtschaft und Lebensraum Dortmund. Ein Datenfundus über alle Themenbereiche der Statistik findet sich im Statistischen Jahrbuch. Das Angebot wird durch anlassbezogene Themenhefte oder Kurz-Infos, u. a. zu Bevölkerungsumfragen und Wahlen, abgerundet.³⁴

Wohnungsmarktbericht

Das Wohnungsamt der Stadt Dortmund veröffentlicht jährlich einen „Bericht zur Einschätzung der aktuellen Situation und zu den Entwicklungsaussichten auf dem Dortmunder Wohnungsmarkt“. Verwendet werden alle verfügbaren wohnungsmarktrelevanten Daten u. a. der Stadt Dortmund, des Bundes und des Landes. Das System der Wohnungsmarktbeobachtung wird seit 1991 sukzessive weiterentwickelt und bildet als Analyse- und Kommunikationsinstrument die Informationsgrundlage für wohnungswirtschaftliche Investitionen und wohnungspolitische Entscheidungen.

Der Wohnungsmarktbericht 2006 beinhaltet Daten zu den Themen Grundstücks- und Immobilienmarkt, Wohnungsangebot und Wohnungsnachfrage und zur Mietentwicklung. Eine Prognose zu voraussichtlichen kurz- und mittelfristigen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt wird ergänzt um die Einschätzung der lokalen und regionalen Wohnungsmarktsituation durch Experten der Bau-, Wohnungs- und Finanzwirtschaft („Stimmungsbarometer“). Erweitert wird die gesamtstädtische Wohnungsmarktbeobachtung in 2007 mit der Erprobung einer kleinräumigen Wohnungsmarktanalyse in einem ausgewählten Wohnquartier.³⁵

Bildungsbericht der Stadt Dortmund

Die vom Oberbürgermeister, Herrn Dr. Langemeyer, berufene 2. Dortmunder Bildungskommission hat den Aufbau einer regionalen Bildungsberichterstattung als eines ihrer Schwerpunktthemen benannt.

Mit der Entwicklung eines Konzepts und eines ersten Entwurfs sind das Institut für Schulentwicklungsforschung der Universität Dortmund (IFS) und der Fachbereich Schule beauftragt.

Die regionale Bildungsberichterstattung soll zukünftig als Grundlage für die Identifizierung aktueller Handlungsbedarfe und daraus abzuleitender Maßnahmenplanungen dienen. Im Unterschied zur „klassischen Schulentwicklungsplanung“ soll die regionale Bildungsberichterstattung – zusätzlich zu quantitativen – verstärkt soziale und qualitative Aspekte des Bildungsangebots und der Bildungsbeteiligung in den Blick nehmen.

Sozialräumliche Jugendhilfeplanung in den Dortmunder Stadtbezirken

Auf der Grundlage des Modellversuchs zur „Sozialräumlichen Jugendhilfeplanung im Stadtbezirk Lütgendortmund im Jahr 2000“ entwickelte das Jugendamt der Stadt Dortmund im Laufe der Jahre die Planungsprozesse für alle Stadtbezirke praxisorientiert fort.

Die sozialräumliche Jugendhilfeplanung sammelt sozialraumscharf Informationen über die Lebensverhältnisse und die Lebenswirklichkeit von Kindern, Jugendlichen und deren Familien in ihrem Lebensraum und bereitet diese auf. Ziel ist die Erarbeitung konkreter Maßnahmen für eine praktische Umsetzung. Hierfür arbeiten die Analyse- und die Praxisebene kooperativ zusammen.³⁶

³⁴ weitere Informationen: www.statistik.dortmund.de

³⁵ weitere Informationen: www.wohnungswesen.dortmund.de

³⁶ weitere Informationen beim Jugendamt der Stadt Dortmund und unter www.jugendamt.dortmund.de

Schuleingangsuntersuchungen

Bereits 1997 wurde mit dem Bericht „Die Gesundheit der Schulanfängerinnen und Schulanfänger in Dortmund – Ergebnisse der schulärztlichen Untersuchungen von 1985 – 1996“ ein umfangreicher Bericht zur Kindergesundheit veröffentlicht. Der Bericht über die Einschulungsuntersuchungen 2000 wurde im Jahr 2001 vorgelegt.

Im Herbst 2007 wird ein Bericht erscheinen, der die Schuleingangsuntersuchungen der Jahre 2004 bis 2006 abbildet.

Psychiatriebericht der Stadt Dortmund

Das Gesundheitsamt veröffentlichte im Jahr 2005 den Psychiatriebericht 2005, in dem relevante Daten der Jahre 1998 – 2003 dargestellt sind. Mit diesem Bericht wurde die Berichterstattung fortgeschrieben, die auf Basis von Daten aus dem Jahre 1998 mit dem Psychiatriebericht Dortmund 2000 begonnen wurde. Mit den beiden Psychiatrieberichten liegt somit Datenmaterial aus sechs aufeinander folgenden Jahren vor.

Nach Fertigstellung des ersten Psychiatrieberichtes Dortmund 2000 wurden im September 2001 in der Psychosozialen Konferenz und der Dortmunder Gesundheitskonferenz „Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung“ verabschiedet, die in den Psychiatriebericht 2005 einfließen. Die auf dieser Basis erhobenen Leistungsdaten informieren für die Jahre 1998 – 2003 über die wesentlichen Leistungsaspekte in den Dortmunder Diensten und Einrichtungen, die mit psychisch kranken Menschen arbeiten.³⁷

Dortmunder Berichte: Dortmunder Konzept zur Verhinderung drohender und Beseitigung bestehender Wohnungslosigkeit und Dortmunder Pflegemarktbericht

Mitte der Neunziger Jahre begann die Sozialverwaltung unter dem Stichwort „Dortmunder Berichte“ regelmäßig Berichte mit Daten und Fakten unterschiedlicher aktueller Fachthemen zu veröffentlichen. Thema der Berichtsreihe 2007 ist das „Dortmunder Konzept zur Verhinderung drohender und Beseitigung bestehender Wohnungslosigkeit“.

Auf der Grundlage eines Ratsbeschlusses aus Februar 2006 erarbeitete die Dortmunder Sozialverwaltung ein Konzept zur Verbesserung der Situation obdachloser Menschen. In diesem Zusammenhang wurden unter anderem die Einrichtung eines mobilen medizinischen Dienstes für wohnungslose Menschen und die Ergänzung des Netzwerkes wohnungsintegrativer Hilfen um den Baustein „Wohntraining“ vorangetrieben. Der Bericht stellt die Strukturen und Zahlen aller aktuellen Maßnahmen des Gesamtsystems der Dortmunder Wohnungslosenhilfe dar.

Demnächst wird in der Reihe der erste Dortmunder Pflegemarktbericht erscheinen.³⁸

Dortmunder Masterpläne und Stadtbezirksentwicklungskonzepte

Im Zusammenhang mit der Aufstellung eines neuen Dortmunder Flächennutzungsplanes hat der Rat der Stadt Dortmund am 14.12.2000 die Entwicklung unterschiedlicher integrierter und teilräumlicher Stadtbezirksentwicklungskonzepte und Masterpläne zu einzelnen Themen beschlossen. Beide nicht normierten Planungsprozesse begleiten die Entwicklung des Flächennutzungsplanes dialogorientiert gemeinsam mit Fachleuten und weiteren Interessengruppen.

Masterplan Wohnen

Der „Masterplan Wohnen“ ist gemeinsam von Vertreterinnen und Vertretern aus Kommunalpolitik, Wissenschaft, Wohnungswirtschaft, Interessenvertretern und Verwaltung entwickelt und erarbeitet und vom Rat der Stadt Dortmund am 13. Mai 2004 beschlossen worden. Er bildet den Orientierungsrahmen für die Entwicklung des Wohnstandortes Dortmund in den nächsten zehn bis 15 Jahren und formuliert drei Ziele für die künftige Wohnungspolitik:

- Stützung des Strukturwandels,
- Weiterentwicklung des Wohnungsmarktes in Richtung Qualität und Eigentumsbildung und
- Stärkung der Attraktivität Dortmunds als Wohnstandort.

³⁷ weitere Informationen: www.gesundheitsamt.dortmund.de

³⁸ weitere Informationen: www.sozialamt.dortmund.de

Der Masterplan Wohnen wird seitens der Stadt Dortmund in jedem Jahr mit einem Schwerpunktthema in einem dialogorientierten Prozess mit Experten und Akteuren des Wohnungsmarktes weiterentwickelt. Im Jahre 2005 stand das Thema "Wohnen im Alter" im Fokus verschiedener Tagungen und Workshops.

Mit dem Schwerpunktthema im Jahre 2006 „Kommunale Wohnungsmarktbeobachtung“ wurde das bislang gesamtstädtische kommunale Wohnungsmarktbeobachtungssystem mit den zukunftsweisenden Themenfeldern „Kleinräumige Wohnungsmarktbeobachtung“ und „Regionale Zusammenarbeit“ weiterentwickelt. Aus aktuellem Anlass wurde für das Jahr 2007 vom Rat der Stadt Dortmund das Thema „Kommunales Wohnraumversorgungskonzept“ beschlossen.³⁹

Neben der Bearbeitung dieses Schwerpunktthemas werden im Rahmen des Masterplan Wohnen die Themenfelder „Immobilienentwicklung Nordstadt“, „Wohnen im Alter“ und die „Zusammenarbeit mit Wissenschaft“ mit den Akteuren und Prozessbeteiligten weiterentwickelt.⁴⁰

Masterplan Einzelhandel

Der „Masterplan Einzelhandel“ beleuchtet örtliche, aber auch überregionale Entwicklungen z.B. in Münster, Düsseldorf und Duisburg. Themen im Jahr 2006 waren die „Immobilien- und Standortgemeinschaften“ und das „Ladenflächenmanagement“. Es folgte der Bereich „Innovative Konzepte der Nahversorgung“.

Die verbesserte Versorgung der Bevölkerung vor allem in unterversorgten Bereichen ist auch Thema des Jahres 2007.

Außerdem wird im Jahr 2007 die interkommunale Zusammenarbeit mit benachbarten Kommunen im Zusammenhang des „Regionalen Einzelhandelskonzept Östliches Ruhrgebiet und angrenzende Bereiche“ (REHK) und mit den Kommunen der Städteregion Ruhr 2030 auf der Tagesordnung stehen.⁴¹

Integrierte Stadtbezirksentwicklungskonzepte (InSEKt)

Auf Beschluss des Rates vom 17. Juni 2004 werden die „Integrierten Stadtbezirksentwicklungskonzepte“ – InSEKts – unter der Regie des Stadtplanungsamtes seit Mitte 2007 bis zum Ende der Ratsperiode (2009) fortgeschrieben. Unter Beteiligung der jeweiligen Bevölkerung münden sie für jeden Stadtbezirk in einem Endbericht.

Kerninhalte sind die in den Stadtbezirken zwischen 2004 und 2006 eingetretenen Veränderungen in den Themenbereichen Einzelhandel, Wohnen, Freiraum und Umwelt, Wirtschaft, Soziale Infrastruktur, Sportstätten, Freizeit und Kultur, Weiterbildung, Verkehr und Mobilität, Technische Infrastruktur, Öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Denkmalpflege. Die InSEKts liefern damit eine umfassende Einschätzung der Entwicklungspotenziale und -perspektiven in den einzelnen Stadtbezirken und beschreiben gleichzeitig ihre lokalen Besonderheiten, Funktionen und Aufgaben.⁴²

Masterplan Integration

Der „Masterplan Integration“ ist ein unter Federführung des Integrationsbeauftragten der Stadt Dortmund entwickeltes Planungsinstrument. Der Startschuss für diesen Planungsprozess fiel auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 15.12.2005. Als Orientierungsrahmen konzipiert ordnet der Masterplan Einzelprojekte in einen größeren Zusammenhang ein. Er wird wissenschaftlich begleitet und im Dialog mit möglichst vielen Akteuren der Dortmunder Integrationsarbeit entwickelt. Bisher konnten folgende Ziele erreicht werden:

- eine dortmundspezifische Definition des Begriffs „Integration in Dortmund“,
- ein integrationspolitisches Leitbild für die Stadt und
- eine Aufstellung integrationspolitischer Handlungsfelder.

Gesonderte Informationen finden sich in der Tagungsdokumentation „Gemeinsam in Vielfalt – zu Hause in Dortmund. Auftaktveranstaltung Masterplan Integration“.

Bis zum Ende des Jahres 2007 werden die Ziele und Prioritäten der Integrationspolitik in Dortmund konkretisiert. Die integrationspolitischen Handlungsansätze in der Verwaltung werden nachhaltig vernetzt.⁴³

³⁹ Zu den Zielen des „Kommunalen Wohnraumkonzeptes“ siehe Kapitel 10. Perspektiven

⁴⁰ weitere Informationen: www.wohnungswesen.dortmund.de)

⁴¹ weitere Informationen: www.stadtplanungsamt.dortmund.de)

⁴² weitere Informationen: www.stadtplanungsamt.dortmund.de

⁴³ weitere Informationen: www.integrationsbuero.dortmund.de

2.2 Leitbild „Soziale Stadt Dortmund“

Eine zentrale Zielsetzung des Leitbildes „Soziale Stadt Dortmund“ ist die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in der Bevölkerung. Als kommunalpolitische Handlungsstrategie gilt es dabei, einen Beitrag zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit zu leisten. „Soziale Gerechtigkeit orientiert sich nicht nur an materiellen Verteilungsaspekten, sondern bedeutet auch ein Mehr an Gleichheit bei den Teilhabe- und Verwirklichungschancen der Menschen in allen Lebensbereichen. Zu den Zielsetzungen gehört unter anderem auch die Erweiterung der Zugangsmöglichkeiten zur Erwerbsarbeit. Ebenso ist ganz zentral der Zugang zu und die Sicherung von bestmöglicher Bildung und Ausbildung.“⁴⁴

In einer sozialen Stadtgesellschaft ist dabei die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am Leben in der Stadt sicherzustellen. Jeder Bürgerin und jedem Bürger sollen gute Start- und Rahmenbedingungen für ein glückliches und sinnerfülltes Leben und die Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Stadtgesellschaft geboten werden. Die sich abzeichnenden demografischen Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung stellen die soziale Stadtgesellschaft hierbei vor besondere Herausforderungen.

Eine wesentliche Voraussetzung hierzu in Dortmund ist, dass ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Denn die Entwicklung von Armutstendenzen und sozialen Problemlagen stehen in einem engen Zusammenhang mit fehlenden Zugangschancen zur Arbeitswelt. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit und damit auch von Einkommen sind in diesem Zusammenhang entscheidend. Qualifizierung und Beschäftigung leisten einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung dieser Entwicklung. Es gilt, Arbeitslosigkeit zurückzudrängen und damit eine Abhängigkeit von Transferzahlungen zu vermeiden.

Kinder und Jugendliche müssen dahingehend unterstützt werden, dass ihnen möglichst gleiche Zukunftschancen offen stehen. Bildung und Ausbildung sind dabei von zentraler Bedeutung.

Bürgerinnen und Bürger, die aufgrund ihres Alters oder einer Behinderung nicht an dem Erwerbsprozess teilnehmen können, sind gleichberechtigte Mitglieder der Stadtgesellschaft und gestalten sie mit. Ihre soziale Teilhabe am Leben in der Stadt ist sicherzustellen, ihre selbstbestimmte Lebensführung muss möglich sein.

Ebenso soll das Zusammenleben von „alteingesessenen“ und „zugewanderten“ Dortmunder/innen auf gegenseitigem Respekt basieren. Auf der gemeinsamen Grundlage der Menschenrechte und des Grundgesetzes werden unterschiedliche Lebensentwürfe geachtet und ein friedliches Miteinander gesichert.

Soziale Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit ist sozialer Ausgleich. Sie sichert Zugang und gesellschaftliche Teilhabe gerade für die Menschen, die angesichts ihrer eigenen drückenden Probleme nicht in der Lage sind, sich selbst zu helfen.

Gleiche Lebensbedingungen sind zu fördern, strukturelle Benachteiligungen in Dortmund abzubauen. Verschiedene sozialpolitische Entwürfe und Leitvorstellungen hierzu müssen einer kritischen Auseinandersetzung unterzogen werden. Gerechtigkeit bedeutet, einen Ausgleich zu schaffen in der Verteilung von Arbeit und Einkommen, aber auch Zugang zu Ausbildung und Bildung, zu Kultur und zu gesellschaftlichen und politischen Beteiligungsmöglichkeiten.

Die Chancengleichheit zum Erreichen einer guten Schulbildung muss, unabhängig von der sozialen, ethnischen oder lokalen Herkunft, weiter verbessert werden. Schulen in Dortmund nehmen ihren Sozialisations- und Integrationsauftrag konsequent wahr und müssen dabei personell und organisatorisch durch Stadt, Land und weitere Kooperationspartner unterstützt werden.

⁴⁴ vgl. Stadt Dortmund, Bericht zur sozialen Lage, Drucksache Nr.: 02286-05

Dabei darf nicht verkannt werden, dass soziale Gerechtigkeit im Spannungsfeld zwischen notwendiger Hilfe und den finanziellen Möglichkeiten definiert werden muss. Entscheidend ist, dass soziale Infrastruktur bedarfsgerecht ist und sich flexibel und zukunftsfähig an den Entwicklungen in Bevölkerung und Gesellschaft orientiert.

Soziale Stabilität

Menschen müssen sich in einer sozialen Stadt darauf verlassen können, in Notfällen bedarfsgerechte Hilfen zu bekommen. Dies ist ein wichtiges Element für soziale Stabilität in der Stadt. Die gesetzlichen Grundlagen werden mit allen rechtlichen Möglichkeiten bedarfsorientiert angewendet und damit zu einem wirkungsvollen Instrument der Daseinsvorsorge und Armutsbekämpfung.

Zur Ausgestaltung dieser Grundvoraussetzungen für soziale Stabilität ist eine aufgabengerechtere Verteilung von finanziellen Ressourcen zwischen Bund, Land und Kommune erforderlich.

Unterstützung zur Verselbständigung

Die Menschen in Dortmund sollen sich versorgen können. In erster Linie bedeutet dies, dass sie für ihren eigenen Lebensunterhalt selber verantwortlich sind. Dazu dienen Rahmenbedingungen wie Arbeit oder alternativ entsprechende Unterstützung bis hin zur Grundsicherung für Arbeitssuchende und zur Sozialhilfe. Unternehmen, private und öffentliche Arbeitgeber, müssen ihrer sozialen Verantwortung nachkommen und ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Für die Menschen, die arbeitslos sind, müssen ausreichende Beschäftigungs- und Qualifizierungshilfen zur Verfügung gestellt werden. Unterstützungsangebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, unter anderem durch die Ausweitung von Ganztagsangeboten für Kinder, müssen erweitert werden.

Verantwortungsvolle Sozialpolitik heißt, eine effektive Unterstützung zur Verselbständigung zu ermöglichen und die Bedingungen zu schaffen, von Transferleistungen dauerhaft unabhängig zu werden. Unterstützung zur Verselbständigung darf die Menschen nicht alleine lassen.

Sozialpolitik ist ein bedeutender Faktor der Lebensqualität in der Stadt

Eine Stadt, die zukunftsorientiert und attraktiv ist, stellt sich den sozialen Herausforderungen. Sozialer Frieden in der Stadt ist auch ein Standortfaktor, Wirtschafts- und Sozialpolitik sind zwei Seiten ein und derselben Medaille in einer Kommune.

Dortmund sieht die großen Herausforderungen und stellt sich der finanziellen Verantwortung im Sozialbereich. Denn sozialpolitische Vielfalt, die zur Entwicklung einer gesunden Stadt beiträgt, ist integraler Bestandteil einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Stadtentwicklung und ein bedeutender Faktor zur Steigerung der Lebensqualität.

Stärkung kleinerer Netzwerke/Motivierung zum bürgerschaftlichen Engagement

In der sozialen Stadt lautet die Aufgabe, die Menschen mit ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten zu unterstützen und zu fördern. Neue Modelle des Zusammenlebens müssen erprobt werden, die das gegenseitige Helfen und die Selbsthilfe stärken.

Dazu ist die Stärkung vorhandener sozialer Netze und des bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements ein Schlüsselbaustein. Von diesem Punkt ausgehend sorgt eine effektive Sozialpolitik in Dortmund auch dafür, dass die Menschen über die Aktivierung hinaus zu einer wirklichen Beteiligung und Regelung ihrer Angelegenheiten kommen.

Eine zentrale Bedeutung in der Stadtgesellschaft haben Familien in ihren vielfältigen Ausprägungen. Durch die familienpolitische Leitlinie in Dortmund wird dieser Stellenwert betont und es werden Rahmenbedingungen verbessert. Die familienpolitische Leitlinie wird in einem beteiligungsorientierten Prozess weiterentwickelt.

Ausgestaltung der sozialen Stadt durch Beteiligung

Es kommt entscheidend darauf an, kleinräumige und bürgernahe Beteiligungsstrukturen zu entwickeln. Dazu sind Kommunikationsverfahren herzustellen und die lokalen Akteure und Institutionen zu vernetzen.

Eine ausgewogene Sozialplanung und Sozialpolitik zwischen öffentlichen Aufgaben einerseits und Formen der Selbsthilfe andererseits braucht einen Prozess breiter Verständigung und Vernetzung mit den Akteuren, ihren Verbänden und Organisationen in diesem Feld. Transparenz von Planungsprozessen und die Entwicklung von Möglichkeiten der Beteiligung sind dabei grundlegende Faktoren.

Dabei ist es ein Ziel, unterschiedliche Formen von Engagement, Selbsthilfe und Selbstorganisation in den Lebensräumen der Menschen zu fördern. Soziale, wirtschaftliche, stadtplanerische und ökologische Themen sind gleichermaßen Themen der lokalen Entwicklung, die im Bürgerengagement vernetzt werden müssen.

Ein Weg dazu ist zum einen die stadtteil- und quartiersbezogene Ermittlung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen, also das Zusammenleben betreffenden Themen unter Beteiligung möglichst aller relevanten Akteure und Initiativen vor Ort. Dies wird ergänzend durch kleinräumige Sozialberichterstattung begleitet.

Zum anderen ist ein wichtiger Weg die Entwicklung aktivierender Beteiligungsformen bei einzelnen Planungsvorhaben, bei der Entwicklung räumlicher Visionen und Leitbilder für eine soziale Stadtentwicklung sowie beim Aushandeln von unterschiedlichen Interessen mit Blick auf realisierbare und milieugerechte Projekte. Solche Beteiligungsformen sind z. B. bürgernahe Foren, runde Tische, Zukunftswerkstätten und Open-Space-Projekte.

Abgerundet werden diese Vorhaben erst, wenn eine Rückkoppelung der Erneuerungsinitiativen an die repräsentativen politischen Gremien und Verantwortungsträger vorgenommen wird.

3. Grundlagen der Sozialberichterstattung

3.1 Lebensbedingungen und Lebenslagen, Armut und Reichtum

Der vorliegende Sozialbericht beschäftigt sich mit den Lebensbedingungen und den Lebenslagen der Menschen in Dortmund. Der Bericht hat den Anspruch, soziale Ungleichheit und Armut nicht nur anhand des Einkommens und des Vermögens zu beschreiben. Er folgt vielmehr dem Konsens in der deutschen Armutsforschung, Armut und Benachteiligung mehrdimensional zu verstehen.

Das Lebenslagenkonzept nach Weisser und Nahnsen

Das Verständnis von Armut als mehrfache Unterversorgung (Deprivation) hat seine Wurzeln im Lebenslagenkonzept von Weisser (1978) und Nahnsen (1975). Demnach besteht die ‚Lebenslage Armut‘ in der Einschränkung des Spielraums, der dem Einzelnen zur Entfaltung und Befriedigung seiner wichtigen Interessen mindestens zur Verfügung stehen sollte, bzw. für das Unterschreiten entsprechender Minimalstandards.

Nach Nahnsen lassen sich folgende Handlungsspielräume, die die Lebenslage von Individuen beeinflussen und sozialpolitischer Praxis zugänglich sind, unterscheiden: Versorgungs- und Einkommensspielraum, Kontakt- und Kooperationspielraum, Lern- und Erfahrungsspielraum, Muße- und Regenerationsspielraum sowie Dispositionsspielraum (vgl. Tab. 1).

Tabelle 1: Lebenslagen und Handlungsspielräume nach Nahnsen⁴⁵

Versorgungs- und Einkommensspielraum	Umfang der Versorgung mit Gütern und Diensten; Zugang zu Ressourcen
Kontakt- und Kooperationspielraum	Möglichkeiten der Kommunikation und Interaktion; soziale Netze
Lern- und Erfahrungsspielraum	Möglichkeiten der Entfaltung und Realisierung von Interessen, je nach Sozialisation schulische und berufliche Bildung, Erfahrungen in der Arbeitswelt und Ausmaß an sozialer und räumlicher Mobilität
Regenerations- und Mußespielraum	Möglichkeiten des Ausgleichs psycho-physischer Belastungen durch Arbeits-, Wohn- und Umweltbedingungen
Dispositions- und Partizipationsspielraum	Ausmaß der Teilnahme, Mitbestimmung und Mitentscheidung in verschiedenen Lebensbereichen

Erklärungsansätze

Obwohl die Existenz von Armut und Unterversorgung in Deutschland spätestens seit der Veröffentlichung des ersten ‚Armuts- und Reichtumsberichtes‘ der Bundesregierung im Frühjahr 2001 nicht mehr bestritten werden kann, so wird die Frage, wie Armut exakt definiert und gemessen werden soll, kontrovers diskutiert. Gleichwohl herrscht in der nationalen Armutsforschung über zentrale Aspekte weitgehend Einvernehmen: Für die Bestimmung von Armut und Bedürftigkeit müssen allgemeine gesellschaftliche Lebensgewohnheiten, also das ‚soziokulturelle‘ und nicht lediglich das physische Existenzminimum, als Maßstab dienen. Prüfstein ist die Möglichkeit der Teilhabe an der ‚gesellschaftlichen Normalität‘.

⁴⁵ Nach: <http://www.bmfsfj.de/gm/wissensnetz,did=16796.html>, 20.07.2007

Armut muss umfassend verstanden werden

Zwar ist der Mangel an Einkommen von eminenter Bedeutung, dennoch ist Armut ein vielschichtiges Problem. Mit unzureichendem Einkommen gehen meist soziale Benachteiligungen in weiteren Lebensbereichen (Erwerbstätigkeit, Bildung, Gesundheit, soziale Integration etc.), eingeschränkte Handlungsspielräume und ungleiche gesellschaftliche Rahmenbedingungen einher. Diese Überlegungen kommen in der Definition des Rates der EU zum Ausdruck. Dort heißt es:

*„Verarmte Personen sind Einzelpersonen, Familien, Personengruppen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“.*⁴⁶

Erfassen von Armut anhand der zur Verfügung stehenden Handlungsmöglichkeiten

Die deutsche Sozialberichterstattung bemüht sich, einfachere und komplexere Konzepte der Armutsmessung miteinander zu kombinieren: Die Varianten zur Bestimmung von Einkommensarmut nach dem so genannten ‚Ressourcenansatz‘ schließen von den verfügbaren finanziellen Ressourcen indirekt auf das Maß an gesellschaftlicher Teilhabe. Schwellenwerte der Einkommensarmut werden entweder vom statistischen Abstand zum durchschnittlichen oder mittleren nach Haushaltsgröße gewichteten Nettoeinkommen, von politischen Mindesteinkommensstandards wie dem sozialhilferechtlichen Bedarf oder von Umfrageergebnissen über das als unbedingt notwendig erachtete Einkommen abgeleitet.

Nach dem ‚Lebenslagenansatz‘ soll darüber hinaus Armut anhand direkter Indikatoren des Lebensstandards oder des Handlungsspielraums gemessen werden, den Haushalte als Ergebnis der Ressourcenverwendung tatsächlich realisieren. Dabei soll einbezogen werden, wie Haushalte und Individuen ihre soziale Lage subjektiv wahrnehmen. Diese mehrdimensionale Vorgehensweise verlangt die Definition einer Vielzahl von Unterversorgungsschwellen und gilt als methodisch sehr anspruchsvoll.

Eine neuere Variante zur Operationalisierung von Armut und Reichtum, die Eingang in die Berichterstattung des Bundes gefunden hat, geht von Amartya Sens Konzept der Verwirklichungschancen aus.⁴⁷

Die Autoren unterscheiden individuelle und gesellschaftliche Bestimmungsgründe für die Verwirklichung von Lebenszielen: Zu den individuellen Potenzialen zählen materielle und nicht-materielle Ressourcen, zu den gesellschaftlich bedingten Chancen politische und ökonomische Chancen, soziale Zugangschancen (etwa zu Bildung und zum Gesundheitswesen) sowie durch das System sozialer Sicherheit garantierte Chancen.

Armut geht demnach einher mit einem Mangel an Verwirklichungschancen, was sich als „Erleiden von Ausgrenzung“ interpretieren lässt, Reichtum mit einem sehr hohen Maß an Verwirklichungschancen, was gleichbedeutend mit „Privilegierung oder Macht“ wäre.⁴⁸

Einkommen als zentraler Maßstab von Armut

Bei der konkreten Analyse von Armut steht fast immer das Einkommen im Mittelpunkt. Nach dem ‚relativen Armutskonzept‘⁴⁹ gelten Personen als arm, die über weniger als die Hälfte des bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens verfügen. Diese Schwelle lag 2005 in NRW für einen Einpersonenhaushalt bei 615 EURO,⁵⁰ für allein Erziehende mit einem Kind unter 14 Jahren bei 923 EURO und für ein Ehepaar mit einem Kind von unter 14 Jahren bei 1.353 EURO.

Die davon ausgehend berechnete Armutsquote betrug landesweit 14,3 %. 1996 lag die Quote noch bei 12,5 %. Konkreter formuliert heißt das, jede siebte Person lebt hierzulande mittlerweile in (Einkommens-)Armut.

⁴⁶ Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (MASSKS) 1999, S.9.

⁴⁷ Volkert et al. 2004

⁴⁸ Bartelheimer, P.; Schultz, A.; Kersting, V. 2005

⁴⁹ Im Unterschied zur ‚relativen Armut‘ besteht absolute Armut dann, wenn die physische Existenz von Menschen aufgrund von Mangelzuständen, vor allem in den Bereichen Ernährung, Kleidung, Unterkunft und gesundheitliche Fürsorge unmittelbar oder mittelbar bedroht ist.

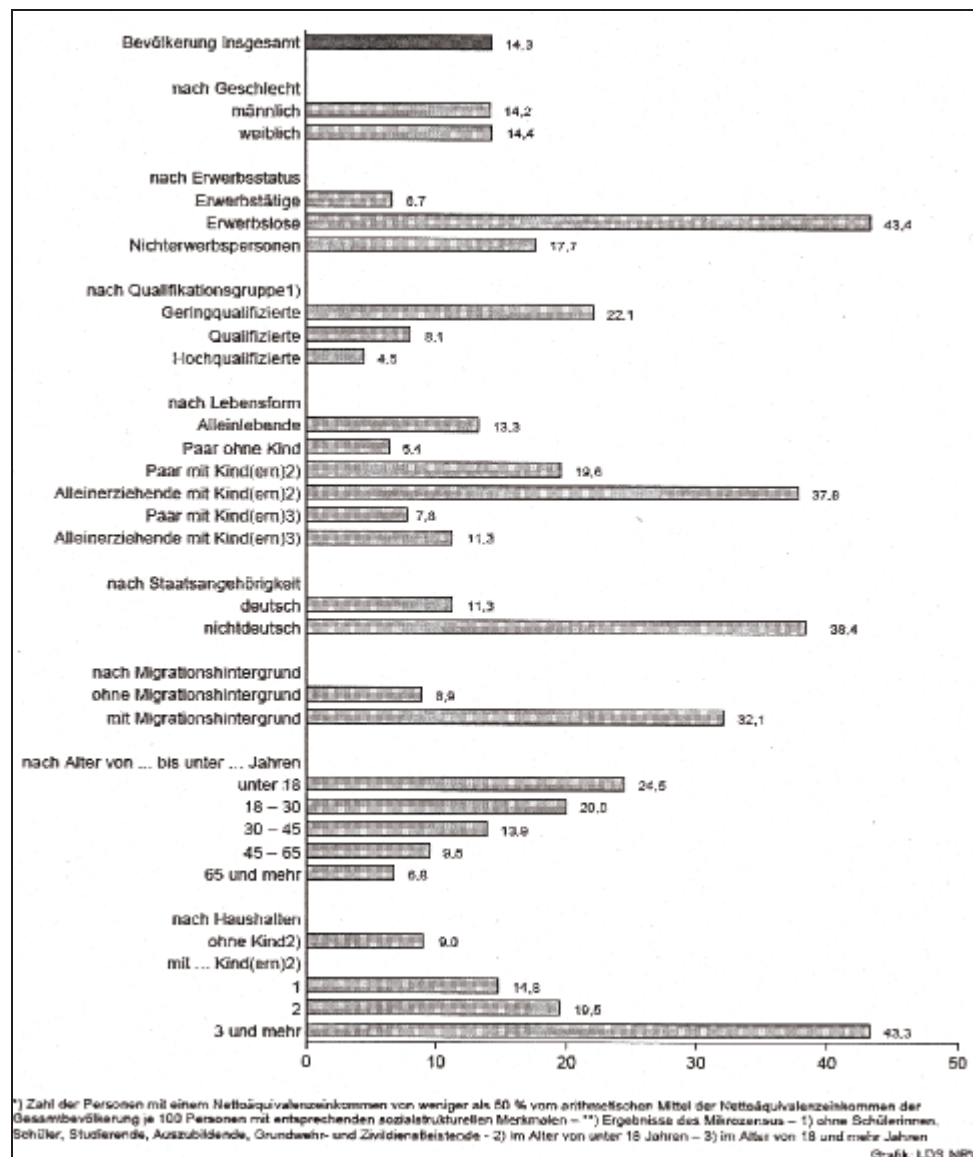
⁵⁰ berechnet auf der Grundlage des nordrhein-westfälischen Durchschnittseinkommens. (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen 2007)

In Dortmund liegt das durchschnittliche bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen deutlich unter und die Armutsquote der Bevölkerung deutlich über dem Landesdurchschnitt. Mit Gelsenkirchen und Duisburg bildet Dortmund zudem das Schlusslicht innerhalb der ohnehin schlecht gestellten Kernzone des Ruhrgebietes.⁵¹

Nicht alle Personengruppen sind gleichermaßen armutsgefährdet

Besondere Risikofaktoren sind Erwerbslosigkeit, niedrige Qualifikation, Migrationshintergrund oder zu versorgende Kinder im Haushalt und vor allem Kombinationen dieser Faktoren. Die Abbildung 1 weist spezifische Armuts(risiko)quoten⁵² nach sozialstrukturellen Merkmalen aus:

Abbildung 1: Armutsrisikoquoten*) in NRW 2005 nach sozialstrukturellen Merkmalen)**⁵³



Möglichkeiten zur Armutsmessung auf kommunaler Ebene

⁵¹ weitere Ergebnisse für die Stadt Dortmund werden in Kapitel 7.3. („Einkommen“) dargestellt.

⁵² Neuerdings wird statt des Begriffes „Armutsquote“ häufiger der Begriff „Armutsrisikoquote“ verwendet, so auch im Landessozialbericht 2007 für NRW. Mit der Begriffsänderung soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass Armut von mehreren Faktoren und nicht allein vom Einkommen abhängig ist.

⁵³ MAGS 2007

Derartige am Einkommen orientierte Armutsberechnungen können für die kommunale Ebene allenfalls in begrenztem Maße vorgenommen werden. In der Vergangenheit wurden auch aus diesem Grunde alternativ der ‚Sozialhilfebezug‘ (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt) bzw. gruppenspezifische Sozialhilfe-Quoten als Armutsindikatoren herangezogen.

Anders als das Konzept relativer Einkommensarmut geht der „bedarfsorientierte“ Ansatz der „Sozialhilfebedürftigkeit“, die als quasi offizielle, „politisch-normative“ Armutsgrenze betrachtet wird, davon aus, dass jene Personen arm sind, die Anspruch auf „laufende Hilfe zum Lebensunterhalt“ haben. Dieser Interpretation wird mitunter entgegen gehalten, Sozialhilfebezug stehe für „bekämpfte Armut“. Nur, wer seinen Anspruch nicht wahrnehme, sei arm („verdeckte Armut“). Verkannt wird dabei, dass Sozialhilfeabhängigkeit eine benachteiligende Lebenssituation am Rande des Existenzminimums beschreibt, deren Überwindung erklärtes Ziel der Sozialpolitik ist.

Wenngleich beiden Einkommensansätzen sehr unterschiedliche Definitionen zugrunde liegen, gab es in der Vergangenheit eine große „Schnittmenge“ von Personen und Haushalten, die mit beiden Verfahren erfasst wurden. Sozialhilfebeziehende verfügten in der Regel über 40% bis 50% des durchschnittlichen Einkommens.

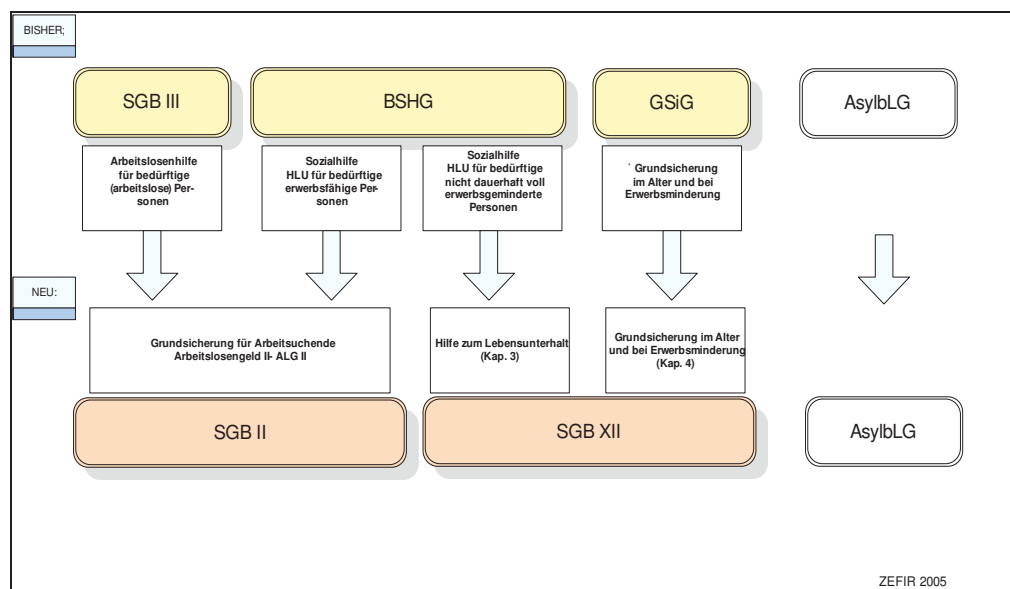
Der wesentliche Grund für die quantitative Differenz zwischen der Personengruppe der Sozialhilfebeziehenden und derjenigen, die unter die relative Einkommensarmutsschwelle fällt, liegt darin, dass ein Teil der einkommensarmen Personen ihren bestehenden Anspruch nicht wahrnimmt und somit in „verdeckter Armut“ lebt.⁵⁴

Änderungen des Sozialleistungssystems seit Januar 2005

Durch das Inkrafttreten des Sozialgesetzbuches (SGB) XII (Sozialhilferecht) und des Sozialgesetzbuches (SGB) II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) zum 1. Januar 2005 ergeben sich jedoch folgenreiche Änderungen des Sozialleistungssystems zur Existenzsicherung.

Infolge der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer einheitlichen Grundsicherung unterliegt der mit Abstand größte Teil der in der Vergangenheit Sozialhilfe (HLU) beziehenden Personengruppen nunmehr dem Geltungsbereich des SGB II. Die betroffenen Personen beziehen ab 2005 auf dieser Gesetzesgrundlage Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld.

Abbildung 2: Das neue System der Existenzsicherung⁵⁵



⁵⁴ Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (MGSFF)

⁵⁵ Strohmeier K. P., Kersting V., Schultz A. 2005

Eine weitere große Gruppe, die durch die Neuordnung unter das SGB II fällt und Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld bezieht, besteht aus ehemaligen Arbeitslosenhilfe-Beziehenden und ihren Haushaltsangehörigen, da die vom Erwerbseinkommen abhängige Arbeitslosenhilfe zum 31.12.2004 weggefallen ist.

Ebenso wie die vormalige Sozialhilfe ist die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II eine existenzsichernde Hilfe, die strengen Bedürftigkeitskriterien unterliegt. Anspruchsvoraussetzungen, Regelsätze und Leistungen ähneln der ursprünglichen Sozialhilfe. Nach der neuen Regelung erhalten erwerbsfähige hilfebedürftige Personen Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach SGB II. Diese Leistungen „entsprechen in der Regel dem Niveau der Sozialhilfe“. Auch die Bedürftigkeitsprüfung (Einkommens- und Vermögenseinsatz) orientiert sich weitgehend an der Sozialhilfe“.⁵⁶

Abbildung 3: Modellrechnung des Bedarfsniveaus von Sozialhilfe⁵⁷ und Grundsicherung für Arbeitssuchende⁵⁸

Nach Haushaltstypen, in Euro monatlich; Stand: Juli 2006				
	Regelsätze	Mehrbedarf	Katmiets ^b	Heizkosten ^c
Alte Bundesländer einschl. Berlin				
Alleinlebend/alt	345		278	53
Ehepaar ohne Kinder	622		358	73
Ehepaar mit				
- 1 Kind ^b	863		424	81
- 2 Kindern ^b	1.104		490	81
- 3 Kindern ^b	1.346		537	97
Alleinerziehende mit				
- 1 Kind unter 7 Jahren	552	124	358	73
- 2 Kindern zwischen 7 und 14 Jahren	626	124	424	81
Neue Bundesländer				
Alleinlebend/alt	345		211	49
Ehepaar ohne Kinder	622		290	64
Ehepaar mit				
- 1 Kind ^b	863		336	76
- 2 Kindern ^b	1.104		378	86
- 3 Kindern ^b	1.346		422	87
Alleinerziehende mit				
- 1 Kind unter 7 Jahren	552	124	290	64
- 2 Kindern zwischen 7 und 14 Jahren	626	124	336	76

^b Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
Berechnet mit dem Mittelwert bei der Alterszusammensetzung, das entspricht einem Regelsatzanteileiner

^c Äquivalenzzote je Kind von 70 %
Stand: Januar 2006

Quelle: Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) (2006): Der Abstand zwischen dem Leistungsniveau der Hilfe zum Lebensunterhalt und unterem Arbeitnehmerinkommen; eigene Berechnungen

Sozialpolitik
aktuell.de

Quelle: URL http://www.sozialpolitik-aktuell.de/docs/DPWW_%20ZumLebenzuwenig_2006.pdf (23.03.07)

Gesetzliche Änderungen bewirken erhöhte Quote der SGB II- Beziehenden

Der Kreis der Beziehenden von ALG II und Sozialgeld bietet die Grundlage für die Berechnung neuer ‚Armuts- bzw. Unterversorgungs-Quoten‘ auf der kommunalen Ebene. Die Quoten lassen sich analog zu der bis 2004 verwendeten Sozialhilfedichte durch Prozentuierung auf die Wohnbevölkerung bilden. Sie liegen vor allem aufgrund der nunmehr betroffenen und einbezogenen ehemaligen Arbeitslosenhilfebeziehenden und ihren Angehörigen erheblich über den Werten der Sozialhilfedichten.

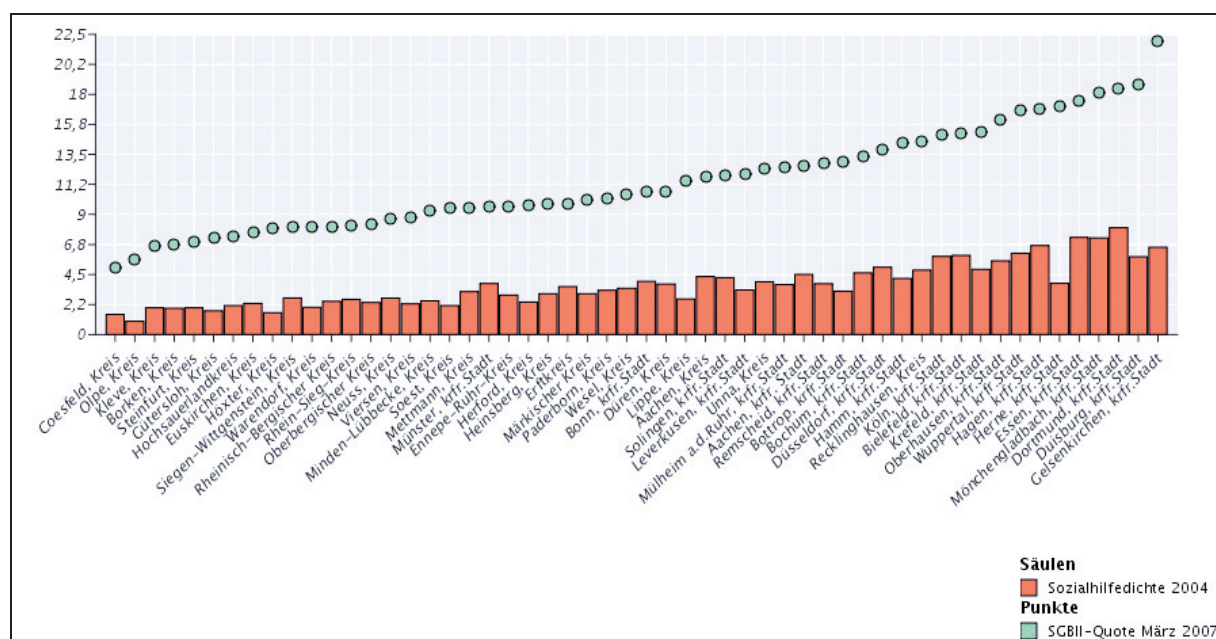
Die Zahl und die Quote der SGB II-Beziehenden ist landesweit und auch in allen Kreisen und kreisfreien Städten mehr als doppelt so hoch wie die ursprüngliche Sozialhilfedichte (s. Abb. 4). In Nordrhein-Westfalen war Anfang 2007 mehr als jede zehnte Person auf SGB II-Leistungen angewiesen (Dortmund 17,8%). Kinder und Jugendliche (0 – 15 Jahre) sind noch weitaus stärker betroffen. Etwa jedes sechste Kind im Land lebt von Sozialgeld (Dortmund 27,6 %) und damit an der Grenze des offiziellen ‚sozioökonomischen Existenzminimums‘. (s. Abb. 5)

⁵⁶ BT-Dr. 15/1516, 46 URL: <http://dip.bundestag.de/btd/15/015/1501516.pdf> (28.03.07); vgl. Renn, H./ Schoch, D. 2005

⁵⁷ Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

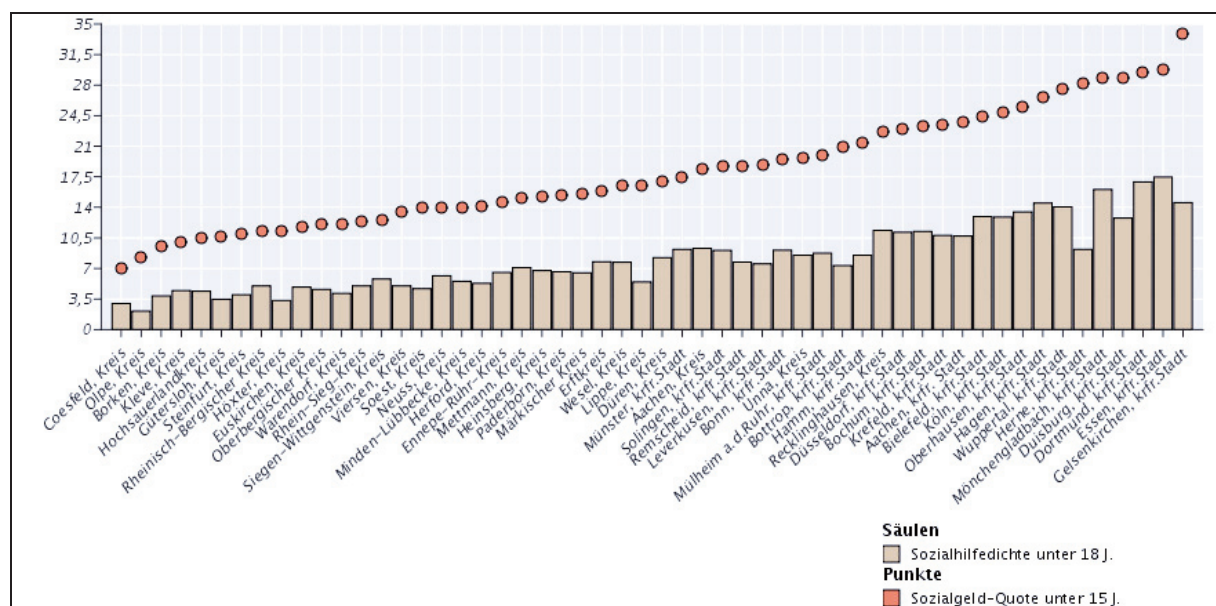
⁵⁸ Sozialverbände haben wiederholt das niedrige Niveau der Regelsätze als nicht bedarfsdeckend kritisiert. Der DPWW hält eine Steigerung des Satzes um mindestens 20 Prozent für erforderlich. Die Kritik am zu geringen Niveau der Leistungen wird durch verschiedene wissenschaftliche Studien gestützt. Paritätischer Wohlfahrtsverband/Martens, R. 2006.

Abbildung 4: Sozialhilfedichte 2004 (31.12.) und Leistungsempfänger/innen nach SGB II 2007 (März) auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte NRW



Quelle: ZEFIR Sozioökonomisches Informationssystem (SIS)

Abbildung 5: Sozialhilfedichte der unter 18-jährigen 2004 (31.12.) und Leistungsempfänger/innen von Sozialgeld 2007 (März) auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte NRW



Quelle: ZEFIR Sozioökonomisches Informationssystem (SIS)

Zu bedenken gilt es zudem, dass die Statistik lediglich jene Personen erfasst, die ihren Anspruch auch geltend machen. Insofern ist von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen.⁵⁹

⁵⁹ Die Simulationsrechnung ergibt, dass etwa 10 Mio. potentiell Anspruchsberechtigten im Sinne des SGB 7 Mio. Leistungsempfänger/innen gegenüberstehen. (vgl. Becker, I. (2006): URL: http://www.boeckler.de/pdf/_fof/S-2006-863-4-3 (23.03.07); URL: <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2006/fb1906.pdf> (23.03.07)

Exkurs: Reichtum

Die Definition vom Reichtum ist weitaus komplizierter als die von Armut. Anknüpfend an das Konzept der Verwirklichungschancen ließe sich Reichtum in einem sehr umfassenden Sinne als Höchstmaß an Privilegien, Verwirklichungs- und Teilhabechancen deuten. Solche Privilegien beinhalten einen besseren Zugang zu Leistungen der gesundheitlichen Versorgung und zu Bildungseinrichtungen, ein ausgeprägtes ‚soziales und kulturelles Kapital‘ oder auch besonders attraktive Wohn- und Wohnumfeldbedingungen. Eine entsprechende Bestimmung von Reichtum lässt sich allerdings mit den verfügbaren Daten nicht umsetzen. Die empirische Reichtumsberichterstattung konzentriert sich daher meist auf die finanzielle Darstellung und betrachtet dabei die Aspekte des Einkommens und des Vermögens. Beide sind eng miteinander verknüpft.

Setzt man die Reichtumsschwelle bei einem zu versteuernden Einkommen von einer Million, zeigt sich, dass 2001 in NRW mehr als 3.000 Steuerpflichtige mit über einer Million Euro veranlagt wurden. Damit kamen 1,7 Einkommensmillionäre auf 10.000 Einwohner. In Dortmund hatten 56 ein derart hohes Einkommen. Dies entspricht einer Quote von einem Einkommensmillionär pro 10.000 Einwohner.⁶⁰

Dass das obere Zehntel der Einkommensbeziehenden über 31,5% des gesamten Nettoeinkommens des Landes verfügt, ist ebenfalls ein Beleg der sehr ungleich verteilten Einkommen.⁶¹

Häufig wird Reichtum analog zur Armut auch im Verhältnis zum durchschnittlichen Einkommen bestimmt. Für Dortmund liegen lediglich Daten über ‚höhere Einkommen‘ vor, das sind solche, die doppelt so hoch sind wie die durchschnittlichen. Laut Mikrozensus hätte ein Alleinstehender mit einem Einkommen von 2.330 EURO solch ein höheres bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen. Berechnet auf die Bevölkerung lebt demnach jeder 20. Dortmunder in einem Haushalt mit einem bedarfsgewichteten Einkommen über dieser Schwelle (vgl. Kapitel 9.3).

Beklagt werden einerseits die zunehmende Armut und die wachsende Einkommens- und Vermögensentwicklung im oberen Segment der Privathaushalte andererseits. Die unzureichende steuerliche Beteiligung hoher Einkommen und der drastische Rückgang der Gewinnsteuern trage zu Einbußen in den öffentlichen Kassen und damit auch zur ‚öffentlichen Armut‘ bei (vgl. Sozialbericht NRW 2004). Die Frage der Steuerbelastung reicher Haushalte – und somit der Begrenzung des Reichtums – entscheide folglich mit darüber, welche Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Kommunen möglich sei. Die Diskussion hierüber unter dem Stichwort ‚Neidebatte‘ zu verweigern, verkenne den „vitalen Zusammenhang von Steueraufkommen und der Produktion oder Vermeidung öffentlicher Armut“. ⁶² Im Landessozialbericht NRW wird daher angesichts der dort vorgelegten Analysen die Frage gestellt, „ob die einkommensstärkeren Gruppen nicht einen größeren Beitrag zur Finanzierung der dem Allgemeinwohl dienenden Aufgaben leisten könnten (und sollten)“. ⁶³

Wie Huster anmerkt, soll und darf die Diskussion über Reichtum allerdings nicht zu dessen Dämonisierung führen. Reichtum hat wichtige Funktionen im ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereich und ist damit eine wichtige Ressource für die städtische Entwicklung. Gleichwohl stelle sich die Frage, wozu Reichtum dient, was Sozialbindung von Eigentum konkret heißen soll und welcher Grad sozialer Ungleichheit und Polarisierung für die Stadtgesellschaft destruktiv ist. ⁶⁴

Besondere Probleme können sich somit ergeben, wenn sich der Gegensatz zwischen Armut und Reichtum auch räumlich verfestigt und sich abgeschottete Milieus unterschiedlicher Lebensqualitäten und Versorgungsstandards bilden. Zumindest in Bezug auf einige wenige Einkommensindikatoren können hierzu im Weiteren für Dortmund Fakten präsentiert werden, die auf eine z. T. nicht unerhebliche Polarisierung innerhalb des Stadtgebietes hinweisen (vgl. vor allem Kapitel 7.3).

⁶⁰ zusammen veranlagte Ehegatten gelten als eine Person. (Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS NRW) 2001; http://www.lids.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2005/pdf/76_05.pdf (21.07.07))

⁶¹ Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) 2007

⁶² Becker, U. 2006; http://www.ekd.de/synode2006/kurzreferat_becker.html (21.07.07)

⁶³ Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (MGFF) 2004

⁶⁴ Huster, E.-U. 2005 (<http://www.ruhr-uni-bochum.de/sozialreformen/downloads/RUB%2001%20-%2005.pdf> (21.07.07))

Die kommunale Praxis

Die formulierten hohen und recht abstrakten Ansprüche der genannten Konzepte des ‚Ressourcen‘- vor allem aber des ‚Lebenslagenansatzes‘ lassen sich selbst unter großem Forschungsaufwand nur schwer verwirklichen. Sie setzen detaillierte Information in Form von Individualdatensätzen über die Lebenslagen der Individuen und der Haushalte voraus, wie sie allenfalls große bundesweite repräsentative Bevölkerungsumfragen (Mikrozensus, SOEP) bieten.

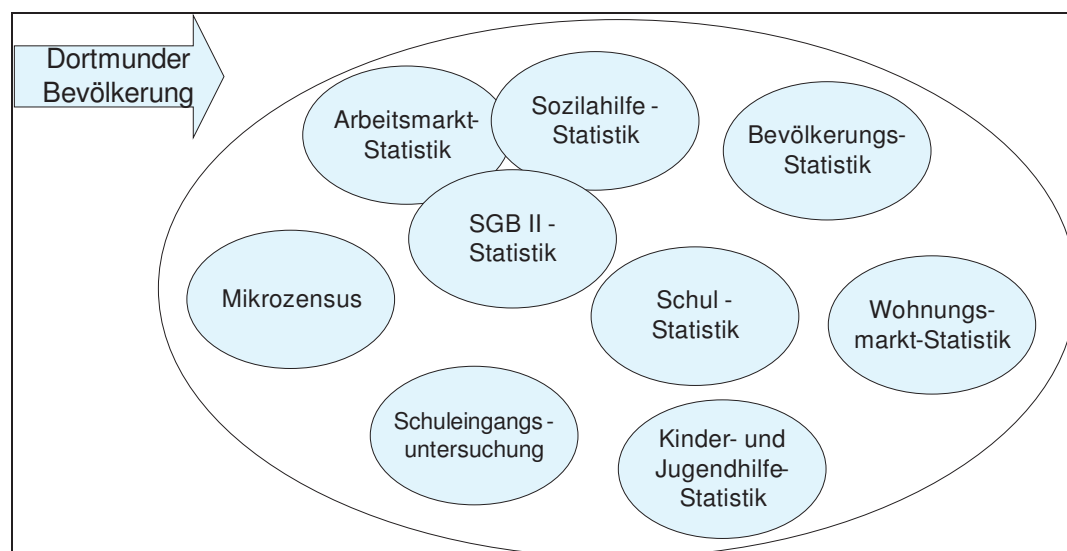
Die Kommunen verfügen nicht über derartige Informationsgrundlagen. Die in den Kommunen erhobenen und nutzbaren Daten dienen hingegen in erster Linie der Leistungserbringung für bedürftige Individuen und der Verwaltungssteuerung. Dementsprechend beziehen sich die dabei anfallenden Daten auf unterschiedliche Grundgesamtheiten (SGB II-Beziehende, Arbeitslose, Wohngeldbeziehende etc.) und sind nicht miteinander kompatibel. Kumulationen von Problemen oder Mehrfachbetroffenheit können so kaum dargestellt werden (Mardorf 2006: 239, 253). Zwar böten einige der den kommunalen Statistiken zugrunde liegenden Datenquellen generell die Möglichkeit, ein genaueres Bild der Lebenslage und Mehrfachbetroffenheit von Personen und Haushalten zu zeichnen. Probleme des Datenzugangs und der Mangel an zeitlichen und fachlichen Ressourcen verhindern jedoch bislang meist, dass diese Chance auch wahrgenommen wird.⁶⁵ Symptomatisch dafür ist die Datenlage im Bereich des SGB II. Die im Verwaltungsvollzug anfallenden und bei der Bundesagentur in Nürnberg gespeicherten Datensätze böten jeder Kommune eine ausgezeichnete Grundlage für eine differenzierte und an Handlungsmöglichkeiten orientierte Analyse der besonders von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen. Bis Mitte 2007 standen die Datensätze den Kommunen allerdings nicht für die Auswertung zur Verfügung. Dies gilt auch für Dortmund.

Eine bessere Ausschöpfung nicht nur dieser, sondern auch anderer Datenquellen wäre grundsätzlich möglich und im Sinne einer zielgenauen kommunalen Sozialpolitik wünschenswert.

Für den vorliegenden Sozialbericht mussten aus den genannten Gründen Kompromisse eingegangen werden: Es wurde weitgehend auf die von der Kommunalstatistik bereits aufbereiteten aggregierten Daten zurückgegriffen, die den jeweiligen Fachstatistiken entstammen.

Der Vorteil ist ein breit gefächelter Überblick über verschiedene Dimensionen der sozialen Situation in Dortmund. Diese werden jedoch ‚nebeneinander‘, nicht verknüpft und nicht in ihrer Wechselwirkung betrachtet. ‚Lebenslagen‘ in ihrer Komplexität lassen sich mit solchen Daten nicht und Mehrfachbetroffenheit und multiple Benachteiligungen nur punktuell abbilden.

Abbildung 6: Statistiken



Quelle: ZEFIR

⁶⁵ Wie hilfreich solche Analysen für das ‚operative Geschäft‘ und das ‚Fördern‘ der Klienten durch die Sozialverwaltung sein können, zeigen die Analysen der Stadt Wiesbaden auf der Grundlage der Einzeldaten der Sozialhilfeempfänger. Vgl. auch Brennecke, J.; Knap, K. 2001

3.2 Sozialraum

„Sage mir, wo du wohnst, und ich sage dir, wer du bist und welche Chancen du hast“, so lautet das harte Credo der Marktforschung und der Kreditinstitute – woraus deutlich wird: Die soziale Lage und die persönlichen Chancen der Menschen sind eng mit der Wohnadresse, dem Quartier und dem Stadtteil, in dem sie leben, verbunden. Die Menschen wohnen dort, wo sie es sich leisten können und wo sie sich wohl fühlen. Stadtpläne sind also gleichsam soziale Landkarten der Städte, in denen Menschen nach Lebenslagen und Lebensformen getrennt leben. Dies ist auch in Dortmund so.

Gesellschaftlicher Wandel und die soziale Polarisierung schlagen sich vor allem in den Quartieren der Städte nieder. In den schrumpfenden Städten beobachten wir eine zunehmende Polarisierung von Lebensbedingungen, Lebenslagen und Lebensformen der Bevölkerung. Arme und Reiche, Menschen mit und ohne Kinder, „Einheimische“ und „Ausländer“ rücken weiter auseinander. Auffällig ist: In den Stadtteilen, wo heute die meisten „Ausländer“ leben, leben auch die meisten armen „Inländer“, und dort gibt es mittlerweile auch die meisten Kinder.⁶⁶

Die Enquetekommission ‚Zukunft der Städte‘, die sich eingehend mit der fortschreitenden Spaltung der Städte beschäftigt hat, spricht in Anlehnung an die Stadtforschung daher von einer anwachsenden ‚sozialräumlichen Segregation‘. Analog verschiedener Dimensionen sozialer und kultureller Ungleichheit können auch verschiedene Formen sozialräumlicher Segregation unterschieden werden. Soziale bzw. sozio-ökonomische Segregation nach den Merkmalen Einkommen, Schulbildung, Gesundheit, Position auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und ethnisch-kulturelle Segregation nach Herkunft, Nationalität und Religion stehen seit langem im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. In jüngerer Zeit gewinnt auch die demografische Segregation, die durch die Merkmale Alter, Haushaltstyp bzw. Lebenszyklusphase gekennzeichnet ist, an Bedeutung.⁶⁷

Die ungleiche Verteilung der Bevölkerung im Stadtgebiet ist nicht von vornherein bedenklich, sie wird allerdings problematisch, wenn sie soziale Benachteiligung verfestigt oder verstärkt. Dies ist besonders dann der Fall, wenn sich benachteiligte Bevölkerungsgruppen unter Bedingungen schlechter Wohn- und Wohnumfeldqualität und einer unzureichenden Infrastruktur räumlich konzentrieren. Solche „überforderten Nachbarschaften“ (GdW 1998) wirken dann oft zusätzlich benachteiligend. Dies verweist auf den sozialen (Nah-)Raum als Grenze und Ressource für die Lebensbewältigung und die Partizipation an sozialen Angeboten und Institutionen. Zielgenauigkeit und Wirksamkeit sozialpolitischer Initiativen setzen daher das Wissen um die Lebensbedingungen und Lebensweisen im Quartier voraus (ISA 2001).

Politik und Verwaltung reagieren auf die Einsicht, indem sie Planung und Unterstützung vermehrt sozialräumlich ausrichten. Das Programm ‚Soziale Stadt NRW‘, an dem sich Dortmund mit den Programmgebieten Clarenberg, Nordstadt und Scharnhorst-Ost beteiligt, ist ebenso ein Indiz für diese Strategie wie der Ansatz der ‚Sozialräumlichen Jugendhilfeplanung‘ der Stadt Dortmund. Auch der ‚Bericht zur Sozialen Lage in Dortmund‘ richtet bei der Analyse den Blick auf die Bezirke und Sozialräume. (vgl. Kapitel 5.2)

⁶⁶ Strohmeier, K.-P.; Kersting, V. 2003

⁶⁷ vgl. Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW); Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung der Ruhr-Universität Bochum (ZEFIR) 2003

4. Bedeutung kommunaler Sozialberichterstattung

Die Aufgabe kommunaler Sozialberichterstattung ist es, über die Lebensverhältnisse in Dortmund zu informieren und damit die kommunale Sozialplanung zu unterstützen. Drei zentrale Funktionen lassen sich neben anderen unterscheiden.⁶⁸

Orientierung, Hilfestellung und Transparenz durch Information

Der vorliegende Bericht soll eine breite Informationsgrundlage für Politik, Verwaltung und die Öffentlichkeit bieten.

Hierbei unterscheiden sich die Funktionen je nach Adressatengruppe:

Für die Sozialverwaltung, die politischen Gremien und die freien Träger vor Ort soll er bei der praktischen Arbeit Orientierung und Hilfestellung bieten und die Bewertung der praktizierten Strategien ermöglichen.

Für die Bürgerinnen und Bürger dient der Bericht dazu, die sozialen Entwicklungen und Probleme in ihrer Stadt nachzuvollziehen und Transparenz über das Handeln der gewählten Vertreterinnen und Vertreter zu gewinnen.

Aus sozialpolitischer Sicht ist die Berichterstattung zudem auch „offensive Öffentlichkeitsarbeit“, um die in der Öffentlichkeit oft vorherrschende Verdrängung und Tabuisierung von Armut und sozialer Benachteiligung zu durchbrechen und die Bereitschaft für solidarische Lösungs- und Bewältigungsformen zu fördern⁶⁹ (Informationsfunktion).

Darüber hinaus bieten die Informationen Ansatzpunkte für bürgerschaftliche und politische Initiativen.

Chancen für Planung und Evaluation

Für die Politik und die Verwaltung können die bereitgestellten Informationen außerdem zwei weitere Funktionen erfüllen:

Indem die Dortmunder ‚Sozialberichterstattung‘ zeitnahe Informationen für die planende Verwaltung und die Politik bietet, kann sie dazu beitragen, Probleme und Handlungsbedarfe rechtzeitig zu erkennen. Als Frühwarnsystem unterstützt sie so, abhängig von den jeweiligen sozialpolitischen Zielen, ein angemessenes und bedarfsgerechtes Reagieren (Planungsfunktion).

Zugleich kann Sozialberichterstattung darüber informieren, ob bestehende und vollzogene Maßnahmen wirksam sind, und in welchem Maße politische Ziele verwirklicht wurden. Eine maßnahmen- und wirkungsorientierte Sozialberichterstattung bietet somit eine Grundlage, um „eine kommunale Sozialpolitik unter schwierigen Rahmenbedingungen zu ermöglichen“⁷⁰ (Evaluationsfunktion).

⁶⁸ Kersting, V. / Strohmeier, K.-P. et al. 2003

⁶⁹ Hanesch, W. 1990, S. 90.

⁷⁰ ebenda, S. 58 - 76.

5. Rahmenbedingungen der Sozialberichterstattung in Dortmund

5.1 Ziele und Zielgruppen

Im Februar 2006 veranstaltete die Stadt Dortmund gemeinsam mit dem Trägerkreis „Armut in Dortmund“ den „Workshop zur Sozialberichterstattung in Dortmund“. Absicht der Veranstaltung war es, die Ziele und Zielgruppen zu konkretisieren und einen Rahmen für den Bericht zur sozialen Lage zu schaffen.

Breite Teilnehmer/-innenstruktur

Neben dem Trägerkreis und der Stadtverwaltung waren auch die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände und der Jugendverbände, die Ratsfraktionen, der Seniorenbeirat und der Ausländerbeirat, Armutsprojekte wie die Suppenküche *Kana*, Organisationen der Menschen mit Behinderungen und der Schwulen und Lesben aufgerufen, an dem Workshop teilzunehmen und Antworten auf die Frage zu finden: Welche sozialen Problemlagen kennen Sie, die Bestandteil des Berichts zur sozialen Lage in Dortmund werden sollen?

Identifizierung der vordringlichen Problemlagen

Um die Ziele zu erarbeiten, identifizierten die Mitwirkenden solche Problemlagen, die sie in ihrer Praxis als besonders dringlich empfinden. Hierzu wurde die Methode der „Gruppen-Kaskade“ gewählt.

Hier wird in einem moderierten Prozess mit klarer Fragestellung der „größte gemeinsame Nenner“ einer heterogen zusammengesetzten Gruppe herausgearbeitet. Dies geschieht in insgesamt vier Phasen. In Phase 1 teilt sich das Plenum in acht Gruppen. Jede Gruppe erarbeitet jeweils drei Leitsätze zur Thematik. Dafür stehen 20 Minuten Zeit zur Verfügung. In Phase 2 bildet das Plenum vier Gruppen. Jede Gruppe entwickelt in 30 Minuten vier Leitsätze zum Thema. In Phase 3 werden nur noch zwei Gruppen gebildet, die jeweils fünf Leitsätze in insgesamt 40 Minuten formulieren. Schließlich erarbeitet das Plenum in Phase 4 auf Grundlage der Teilergebnisse aus Phase 3 das Gesamtergebnis. Jenseits der Arbeitsfragestellungen wurde in den Gesprächen innerhalb der Arbeitsgruppen deutlich, dass eine differenzierte Betrachtung einzelner Lebenslagen für einzelne Zielgruppen gewünscht wurde.

Ergebnis des Workshops waren die folgenden Themen, die als Inhalte in den Bericht zur sozialen Lage einfließen sollten:

1. Jugendliche mit Migrationshintergrund ohne Ausbildung (13 Punkte)
 2. differenzierte Datenauswertungen (11 Punkte)
 3. Sprachkompetenz bei der Einschulung (8 Punkte)
 4. „Rand“-Gruppen: Obdachlose/Anzahl besonders hilfsbedürftiger Obdachloser, Wanderarbeiter, besonders Arme (6 Punkte)
 5. Erwerbsunfähigkeit von jungen Menschen (5 Punkte)
 6. Arbeit und Armut von Frauen ab 50 (5 Punkte)
 7. Sexuelle Orientierung in der Pubertät (4 Punkte)
 8. Soziale Auswirkungen Suchtkrankheit (-legal, -illegal) als Folge sozialer Desintegration (1 Punkt)
- (die Punkte geben die abschließende Bewertung durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops wieder).⁷¹

⁷¹ Genannte, aber in den Phasen 1 bis 3 zurückgestellte soziale Problemlagen waren: Diskriminierung im Rahmen Gewalt, Unterdrückung; Haushaltseinkommen nach Köpfen; (Jugend-) Arbeitslosigkeit; junge Familien Begleitung; Verknüpfung (Daten) Arbeitslosigkeit, familiäre Schwierigkeiten, Gesundheit, Sozialraum, Hilfen zur Erziehung; Kinder Bildungschancen – soziale Herkunft und regionale Bildungschancen; Übermäßiger Reichtum; Migranten/innen; Armut im Alter – Verfügungsgeld in Pflegeheimen – Prozentsatz der Älteren Menschen in Pflegeheimen; Arbeitslosigkeit – Wie viele Menschen leben in Bedarfsgemeinschaften (SGB II)? – Prozentsätze der Langzeitarbeitslosigkeit – Physische und psychische Erkrankungen bei Mitgliedern von Bedarfsgemeinschaften; Bildung/Ausbildung – auf Stadtbezirksebene die jeweiligen Prozentsätze der Schulabschlüsse, Abgänger/innen ohne Schulabschluss.

Anregungen des Trägerkreises Armut in Dortmund

Der Trägerkreis Armut in Dortmund hat im Nachgang zum „Workshop zur Sozialberichterstattung in Dortmund“ folgende (ergänzende) Anforderungen an die Armuts- und Reichtumsberichterstattung in Dortmund formuliert:

„Problemlagen

Die mehrdimensionalen Zusammenhänge der verschiedenen Aspekte von Armut sollen in einem integrierten Bericht aufgezeigt werden. Zentrale Aspekte sind dabei zu berücksichtigen, z.B.:

Teilhabe: soziale, kulturelle, gesellschaftliche, politische Teilhabe

Arbeit / Qualität der Arbeit / Gefährdung von Arbeit / prekäre Arbeitsverhältnisse

Bildung / Qualifizierung / Weiterbildung

Einkommen / Vermögen

Gesundheit

Wohnen

Auch wenn nicht alle Dimensionen mit quantitativen Daten kleinräumig für Dortmund darzustellen sind, so sollten durch **qualitative Erhebungen und Analysen** und ggf. überregionale Daten die Zusammenhänge aufgezeigt, analysiert und bewertet werden. Ein besonderer Aspekt sollte untersucht werden: das **abhängige Leben in (geschlossenen) Subsystemen** und die Möglichkeiten des Ausstiegs. Es scheint, dass zunehmend Personen von und in verschiedenen Hilfeinrichtungen (wie z.B. Suppenküche, Dortmunder Tafel usw.) leben und sie unzureichend Hilfe zum Ausstieg erhalten. Folgende **übergreifende Dimensionen** sollten durchgängig bei (fast) allen Erhebungen und Analysen berücksichtigt werden:

- Migration
- Geschlecht
- Alleinerziehende
- Alter
- Behinderung

Reichtum

Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist Aufgabe der Politik auch auf kommunaler Ebene. Der Ausgleich zwischen Arm und Reich erfolgt zwar vorwiegend über Bundesgesetze (Steuer, soziale Sicherungssysteme). Trotzdem sollte die Beschreibung der Veränderungen in der Kommune dargestellt und analysiert werden. Der Bericht sollte insbesondere auch Fragen der **Ethik und der Verantwortung** von Reichtum thematisieren. Die Werte-Debatte sollte aufgenommen werden.

Prozess der Berichterstattung

Der Prozess der Berichterstattung sollte **nachhaltig** begleitet werden u.a. durch

- Den Trägerkreis Armut in Dortmund und
- Die AG der Wohlfahrtsverbände

Differenzierte Beteiligung: je nach Handlungsstrategien und Projekten

Ziel / Ergebnis

Die Ergebnisse der Berichterstattung sollten politisch zugespitzt und insbesondere auf den kommunalen Handlungsrahmen bezogen werden. Kommunale Handlungsstrategien, -projekte sollten entwickelt werden. Auch die Umsetzung sollte durch die AG der Wohlfahrtsverbände und dem Trägerkreis Armut in Dortmund begleitet werden.

Zu klären ist noch die zeitliche Dimension der Berichterstattung und in welcher Form eine Fortschreibung erfolgt. “

5.2 Räumliche Gliederung der Stadt Dortmund

Dortmund ist mit 585.045 Einwohner/-innen (Stand 31.12.06) die sechstgrößte Stadt Deutschlands. Nach Köln ist sie die zweitgrößte Stadt Nordrhein-Westfalens und mit 280,4 qkm flächenmäßig die neuntgrößte kreisfreie deutsche Stadt. Dortmund liegt im östlichen Ruhrgebiet und damit im Zentrum Nordrhein-Westfalens. Die Stadt gehört zum Regierungsbezirk Arnsberg, ist Mitglied im Landschaftsverband Westfalen-Lippe und im Regionalverband Ruhr.

Dortmund ist Dienstleistungs-, Forschungs- und Hochtechnologiestandort

Lange waren Kohle und Stahl die tragenden Säulen der Dortmunder Wirtschaft. Im Laufe des Strukturwandels wurden in Schachtanlagen und Stahlwerken aber zunehmend Arbeitsplätze abgebaut. Insgesamt verringerte sich die Zahl der Industriebeschäftigten im Zeitraum 1960 bis 1994 von 127.000 auf 37.000 Personen.

Parallel entwickelt sich die Stadt zu einem der führenden Wissenschaftsstandorte. Seit 1968 ist Dortmund Universitätsstadt, im Jahr 1971 wurde die Fachhochschule Dortmund gegründet. Seit den Achtzigerjahren ergänzen das Fraunhofer-Institut, das TechnologieZentrum und der TechnologiePark, aber auch städtische und andere Institute und Einrichtungen die Hochschulen.

Dortmund ist heute ein bedeutender Dienstleistungs-, Forschungs- und Hochtechnologiestandort. Informations- und Kommunikationstechnologien gehören ebenso dazu wie Logistik und Mikrotechnik. Arbeitslosigkeit als immer noch wirkende Folge der Strukturkrise, aber auch hervorragende Chancen im Bereich der neuen Technologien prägen die Stadt.

Dortmund ist außerdem seit über 100 Jahren attraktiv für Zuwanderinnen und Zuwanderer. Mit den Anfängen der Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kamen Menschen aus Oberschlesien, aus Ost- und Westpreußen sowie aus Posen in die Ruhrgebietsstadt und trugen zum Wachstum Dortmunds bei. Im Laufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde die Gruppe der Zuwandernden zunehmend heterogen: Flüchtlinge und Vertriebene, „Gastarbeiter/-innen“, Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge kamen ebenso nach Dortmund wie Spätaussiedler/-innen und jüdische Emigranten/-innen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion.

Stadtbezirke und Sozialräume

Die Stadt Dortmund gliedert sich räumlich in drei Innenstadtbezirke und neun Außenstadtbezirke. Die zwölf Stadtbezirke sind mit 35.971 bis 56.417 Einwohnerinnen und Einwohnern (Stand 31.12.05) zu groß, um von den dort lebenden Dortmundern/-innen als Lebensmittelpunkt und alltägliches Umfeld begriffen zu werden.

Für eine kleinräumige Vorgehensweise, die tatsächliche Lebenssituationen in den Fokus rückt, sind diese Räume zu groß. Zudem sind sie aus verschiedenen Ortsteilen zusammengesetzt, die sich stark unterscheiden können. Dortmund ist eher eine „Stadt der Dörfer“.

Gliederung des Stadtgebietes in 39 Sozialräume

Der hier vorgelegte Bericht zur sozialen Lage in Dortmund baut daher auf den Überlegungen der Jugendhilfeplanung zur räumlichen Gliederung auf (Merchel 1999) und legt diese der Analyse zugrunde. Die Gliederung des Stadtgebietes in 39 Sozialräume ist eine pragmatische Lösung. Sie zielt darauf, zwischen der Lebenssituation der Menschen in den Stadtteilen, ihren im Alltag gelebten räumlichen Bezügen und der Verbesserung der Effizienz und Effektivität sozialer Arbeit in Dortmund Bezüge herzustellen.

Auf fachlicher Ebene soll mit dem sozialräumlichen Ansatz die Kooperation zwischen Fachkräften aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern und weiteren ortsnahen Akteuren gefördert werden (vgl. Kapitel 3.2).

Insgesamt gliedert sich Dortmund in 39 Sozialräume. Alle Stadtbezirke sind aus mindestens zwei (z.B. Huckarde) bis maximal vier (z.B. Innenstadt-West) Sozialräumen zusammengesetzt. Sie unterscheiden sich außerdem in ihrer Größe und ihrer Bevölkerungsdichte.

Abbildung 7: Dortmund, Stadtbezirke und Sozialräume

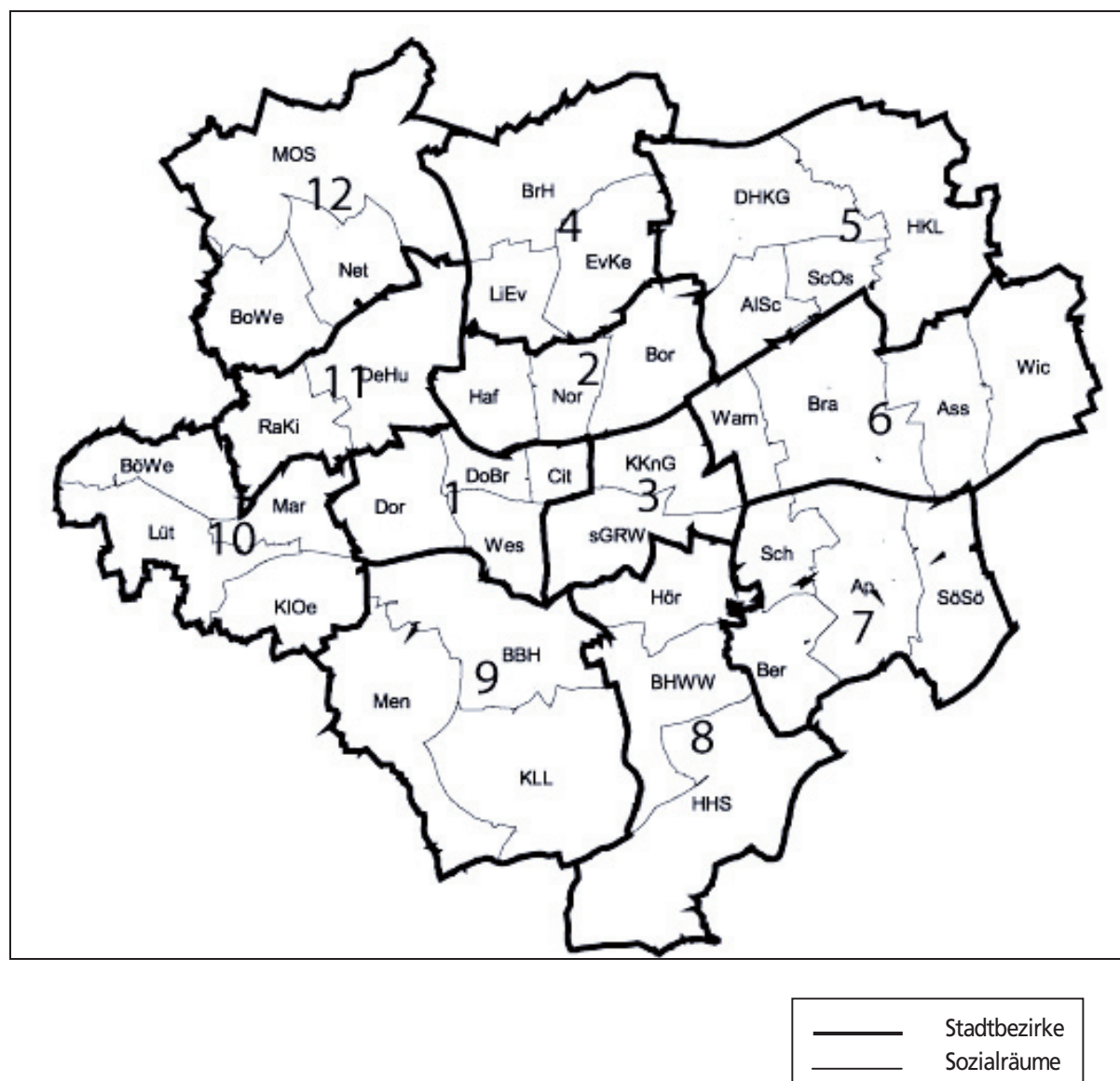


Tabelle 2: Dortmunder Stadtbezirke und Sozialräume

Stadtbezirk	Gesamt- fläche in Hektar	Bevölke- rungszahl (Stand 31.12.05)	Einwohner/innen pro ha (Stand 31.12.05)	Sozialräume im Stadtbezirk (Kennziffer, Abkürzung)		
1. Innenstadt-West	1.374,5	51.777	37,7	City	01/1	Cit
				Westfalenhalle	01/2	Wes
				Dorstfelder Brücke	01/3	DoBr
				Dorstfeld	01/4	Dor
2. Innenstadt-Nord	1.439,9	53.860	37,4	Hafen	02/1	Haf
				Nordmarkt	02/2	Nor
				Borsigplatz	02/3	Bor
3. Innenstadt-Ost	1.126,8	52.878	46,9	Kaiserbrunnen/ Körne/ nördl. Gartenstadt	03/1	KKnG
				südl. Gartenstadt/ Ruhrallee/ Westfalendamm	03/2	sGRW
4. Eving	2.286,7	35.971	15,7	Brechten/ Holthausen	04/1	BrH
				Lindenhorst/Eving II	04/2	LiEv
				Eving I/ Kemminghausen	04/3	EvKe
5. Scharnhorst	3.170,7	46.409	14,6	Derne/ Hostedde/ Kirchderne/ Grevel	05/1	DHKG
				Husen/ Kurl/ Lanstrop	05/2	HKL
				Alt-Scharnhorst	05/3	AlSc
				Scharnhorst-Ost	05/4	ScOs
6. Brackel	3.053,9	55.169	18,1	Asseln	06/1	Ass
				Brackel	06/2	Bra
				Wambel	06/3	Wam
				Wickede	06/4	Wic
7. Aplerbeck	2.493,8	55.348	22,2	Aplerbeck	07/1	Apl
				Berghofen	07/2	Ber
				Schüren	07/3	Sch
				Sölde/ Söldeholz	07/4	SöSö
8. Hörde	2.975,4	53.879	18,1	Benninghausen/ Hachene/ Wellinghofen/ Wichlinghofen	08/1	BHWW
				Hörde	08/2	Hör
				Höchst/ Holzen/ Syburg	08/3	HHS
9. Hombruch	3.493,6	56.417	16,1	Barop/ Brünninghausen/ Hombruch	09/1	BBH
				Menglinghausen	09/2	Men
				Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemburg	09/3	KLL
10. Lütgendortmund	2.241,7	48.937	21,8	Lütgendortmund	10/1	Lüt
				Marten	10/2	Mar
				Bövinghausen/ Westrich	10/3	BöWe
				Kley/Oespel	10/4	KIOe
11. Huckarde	1.508,4	36.827	24,4	Deuser/ Huckarde	11/1	DeHu
				Rahm/ Kirchlinde	11/2	RaKi
12. Mengede	2.873,4	38.206	13,3	Bodelschwingh/ Westerfild	12/1	BoWe
				Mengede/ Oestrich/ Schwieringhausen	12/2	MOS
				Nette	12/3	Net

5.3 Datenspektrum

Um die unterschiedlichen Facetten zur sozialen Lage in Dortmund beschreiben zu können, ist der Rückgriff auf eine Vielzahl statistischer Quellen mit amtlicher, kommunaler und fachlicher Ausrichtung notwendig.

In erster Linie zu nennen ist in diesem Zusammenhang die Statistik der Bundesagentur für Arbeit, die in Ergänzung zur Arbeitsmarktstatistik nach der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Zuge der Arbeitsmarktreformen die Federführung für die Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende hat und dazu ein stetig wachsendes Angebot bereitstellt. Zu nennen sind hier die aktuellen Monatsberichte und die kleinräumigen Daten zu Arbeitslosigkeit, Beschäftigung und Leistungsbezug, ergänzt um spezielle Auswertungen seitens der örtlichen Arbeitsagentur.

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS) in Düsseldorf hat vor allem Ergebnisse des Mikrozensus und eine Sonderauswertung zu Armutsrisikoquoten in Dortmund zur Verfügung gestellt. Hinzu kommen die Ergebnisse der Steuerstatistik, die in Kooperation zwischen dem LDS und den kommunalen Statistikstellen im Drei-Jahres-Turnus aufbereitet werden.

Wichtige Datenlieferanten sind die Fachbereiche der Verwaltung. Das gilt insbesondere für die Sozialverwaltung mit Angaben u. a. zu Grundsicherungsempfängern im Alter, (verbliebenen) Sozialhilfeempfängern, Hilfen zur Erziehung, Anmeldeverhalten zu den weiterführenden Schulen, den Ergebnissen der Schuleingangsuntersuchungen und zur Wohnraumversorgung.

Wie die „amtlichen“ Daten, ist auch ein Großteil dieser Angaben in die Datenbanken des Fachbereichs Statistik eingestellt. Der Fachbereich hat darüber hinaus aus „eigenen“ Beständen insbesondere die Daten zur Bevölkerungsentwicklung bereitgestellt.

6. Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsentwicklung

Drei Trends prägen die demografische Entwicklung - auch in Dortmund. Die Bevölkerung wird

- weniger, denn es werden immer weniger Kinder geboren
- älter, weil sich die Lebenserwartung erhöht und
- internationaler, weil Menschen aus anderen Ländern und Kulturen nach Dortmund kommen.

Maßgeblich für den Rückgang der Bevölkerung und die Verschiebung der Altersstruktur sind die abnehmenden Geburtenzahlen. In Deutschland werden durchschnittlich 1,4 Kinder pro Frau geboren. Daran hat sich in den letzten Jahren wenig verändert. Um den aktuellen Bevölkerungsstand halten zu können, müssten im Schnitt jedoch 2,1 Kinder je Frau geboren werden.

Nachhaltig auf den Bevölkerungsprozess wirkt auch die zunehmende Lebenserwartung. Heute haben Männer eine durchschnittliche Lebenserwartung von 76,2 Jahren, bei den Frauen liegt sie um 5,6 Jahre höher bei 81,8 Jahren (Durchschnitt 2003/2005). Bis zum Jahr 2050 werden die Menschen im Durchschnitt um 6 Jahre länger leben als heute.⁷²

Als weitere Komponente trägt die Zuwanderung aus dem Ausland zur Veränderung der Bevölkerungsstruktur bei. Doch auch der Zuzug aus dem Ausland und die allgemein höhere Geburtenrate der Migrantinnen und Migranten können den Bevölkerungsrückgang lediglich verlangsamen, nicht aber aufhalten. Die zukünftige und bereits jetzt spürbare Bevölkerungsveränderung kann treffend mit den Worten ‚Weniger, älter, bunter‘ beschrieben werden.⁷³

Demografische Veränderungen erfordern Reaktionen

Das Schrumpfen der Bevölkerung, die Verschiebung der Altersstruktur und die Zuwanderung aus dem Ausland haben Auswirkungen auf viele verschiedene gesellschaftliche Bereiche, wie beispielsweise auf das Erwerbspotenzial und damit auf die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung, auf die sozialen Sicherungssysteme, das Bildungswesen und die Nachfrage nach Wohnraum. Insbesondere auf lokaler Ebene werden zudem soziale Institutionen sowie das Zusammenleben der Generationen und die damit in Verbindung stehenden informellen Unterstützungsnetzwerke (Stichwort: familiäre Solidarpotenziale) von den demografischen Veränderungen tangiert.

Bevölkerungsdaten liefern somit die erforderlichen Informationen für verschiedene Planungsbereiche wie die Stadtentwicklung und die Infrastrukturplanung und bilden die wesentliche Basis für sozialpolitische Maßnahmenentwicklungen und Entscheidungen.

Die Darstellung der demografischen Entwicklung und der Bevölkerungsstruktur in Dortmund fokussiert auf die Jahre 2000 und 2006. Zunächst erfolgt eine Betrachtung auf der Gesamtstadtebene und im Anschluss kleinräumig auf der Ebene der 39 Dortmunder Sozialräume. Als Quelle liegt die Einwohnermeldestatistik der Stadt Dortmund zugrunde. Stichtag ist hier durchgehend der 31.12. der Jahre 2000 und 2006. Die Vergleichsdaten für Nordrhein-Westfalen stammen vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW).

6.1 Bevölkerungsentwicklung in Dortmund – Gesamtstadt

Dortmund ist mit 585.045 Einwohnerinnen und Einwohnern⁷⁴ zum Stichtag 31.12.2006 die zweitgrößte Stadt in Nordrhein-Westfalen.

Der Anteil der weiblichen Bevölkerung liegt mit 51,5% leicht über dem Anteil der männlichen Bevölkerung.

⁷² Statistisches Bundesamt (Hg.) 2006

⁷³ Schöning, W. 2003

⁷⁴ Einwohner, die mit ihrem Erstwohnsitz in Dortmund gemeldet sind.

Im Zeitraum von 2000 bis 2006 ist die Bevölkerungszahl in Dortmund nahezu konstant geblieben (-108 Einwohner), während sie in Nordrhein-Westfalen leicht anstieg (+0,1%). Ein etwas stärkerer Verlust um 0,3% zeigt sich in Dortmund zwischen 2004 und 2006. Ein gleich hoher Verlust zeigt sich im selben Zeitraum auch in Nordrhein-Westfalen.⁷⁵ Grund für diese, wenn auch nur geringe, Abnahme ist vor allem die negative natürliche Bevölkerungsbilanz, auf die später noch eingegangen wird. Positive Wanderungsbewegungen, die bisher den natürlichen Bevölkerungsverlust weitestgehend kompensieren konnten, sind 2004 und 2005 ebenfalls leicht zurückgegangen. Während 2003 ein Wanderungsgewinn von 2.023 Personen erreicht werden konnte, lag der Gewinn 2005 nur noch bei 605 Personen.

Natürliche Bevölkerungsentwicklung – Trend zu weniger Geburten in Dortmund

Der Grund für die demografische Alterung sind vor allem die geringen und abnehmenden Geburtenzahlen. Ein Blick auf die Geburtenrate in Dortmund lässt darauf schließen, dass die Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen und damit auch die Gesamtbevölkerung weiterhin abnehmen werden: 2006 hat Dortmund eine Geburtenrate von 8,2 je 1.000 Einwohner. Insgesamt wurden in diesem Jahr 4.773 Kinder geboren. 2000 waren es 5.288 Kinder bei einer Geburtenrate von 9,3. Die Zahl der Geburten ist zwischen den Jahren 2000 und 2006 um 9,7% gesunken.

Im Jahr 2006 sind 6.430 Menschen gestorben. Das entspricht einer Sterberate von 11,0 je 1.000 der Bevölkerung. Die Zahl der Sterbefälle liegt somit über der Zahl der Lebendgeborenen. Daraus ergibt sich für 2006 in Dortmund eine negative natürliche Bevölkerungsbilanz von -1.657 Einwohnern.

Was bringt die Zukunft?

Langfristig wird die Zahl der Geborenen – so die Bevölkerungsprognose für Dortmund – weiter und nachhaltig zurückgehen. „Auch wenn durch unterschiedliche staatliche Maßnahmen wieder mehr Kinder pro Frau geboren würden, derzeit sind es knapp 1,4 im Durchschnitt, so ist doch die Generation möglicher Eltern innerhalb einer Generation bereits um ein Drittel kleiner geworden.“⁷⁶ Auch die Zuwanderung wird die natürlichen Bevölkerungsverluste nur verlangsamen, dauerhaft aber nicht ausgleichen können.

Kontinuierlicher Rückgang der Bevölkerungszahl in Dortmund

Die Bevölkerungsprognose für Dortmund sagt eine kontinuierliche Abnahme der Bevölkerungszahl von 2005 bis 2025 um 2,5% voraus. Dieses würde einen Bevölkerungsrückgang von ca. 15.000 Einwohnern bedeuten. Der Verlust betrifft zunächst vor allem die jüngeren Altersgruppen. So wird die Zahl der unter 18-jährigen um 10.000 sinken, während die Zahl der 45- bis unter 65-jährigen von 149.000 auf 160.000 und die der über 80-jährigen von knapp 27.000 auf über 37.000 ansteigen wird. Insgesamt ist demnach eine weitere Verschiebung der Altersstruktur hin zur älteren Bevölkerung in Dortmund zu erwarten.

Die Herausforderungen, die sich für die Städte und Gemeinden aufgrund der demografischen Entwicklungen ergeben, resultieren jedoch nicht allein aus sinkenden Bevölkerungszahlen. Bedeutender ist die mit dem Bevölkerungsrückgang verbundene Verschiebung der Altersstruktur.

Mehr 65-jährige und Ältere

Der Bevölkerungsrückgang trifft in Dortmund die Altersgruppen in unterschiedlicher Weise und führt dadurch zu einer Veränderung der Altersstruktur.

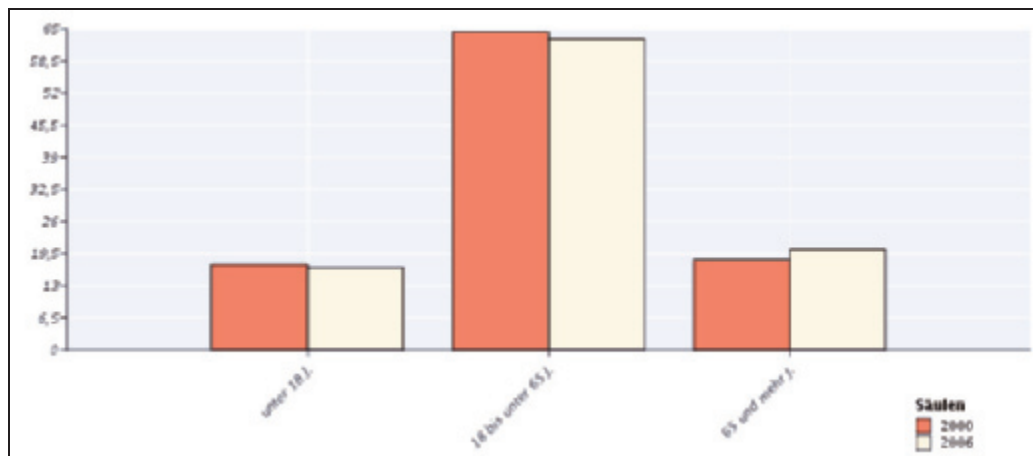
Im Zeitraum 2000 bis 2006 sank der Anteil der unter 18-jährigen leicht von 17,3% auf 16,7%.

⁷⁵ Werte für Nordrhein-Westfalen: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen: Landesdatenbank. (<https://www.landesdatenbank-nrw.de/ldbnrw/online/logon>, 08.08.2007)

⁷⁶ Stadt Dortmund, Amt für Statistik und Wahlen 2006b

Die Altersgruppe umfasst 97.539 Kinder und Jugendliche im Jahr 2006. Der Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren hingegen stieg um 2,2 Prozentpunkte von 18,2% auf 20,4% (2006: 119.441) an. Der Anteil der 65-jährigen und Älteren übertrifft damit heute den Anteil der Kinder und Jugendlichen um 3,7 Prozentpunkte. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (18 bis unter 65 Jahre) macht gut zwei Drittel der Bevölkerung aus. Auch hier ist eine Abnahme des Anteils (-1,3 Prozentpunkte) ersichtlich (vgl. Abb. 8).

Abbildung 8: Bevölkerung nach Altersgruppen 2000 und 2006 (31.12.)



Setzt man die drei Altersgruppen zueinander in Beziehung, so lassen sich daraus Hinweise auf informelle Unterstützungspotenziale zwischen den Generationen ableiten. Geeignete Indikatoren, die Informationen über solche informellen Unterstützungspotenziale liefern und Aussagen zur Familienprägung der Stadt und ihrer Sozialräume ermöglichen, sind der Alten- und Jugendquotient. Darüber hinaus zeigen diese Indikatoren die Verteilung relevanter Zielgruppen der kommunalen Sozialpolitik innerhalb der Städte.

Gleichbleibender Jugend- und steigender Altenquotient – das Ausmaß der demografischen Entwicklung

Dortmund hat 2006 einen Jugendquotienten von 26,5 (0 – 17-jährige je 100 18- bis unter 65-jährige) und einen Altenquotienten von 32,5 (65-jährige und Ältere je 100 18- bis unter 65-jährige). Während sich der Jugendquotient von 2000 zu 2006 kaum verändert hat (+ 0,4 Prozentpunkte), stieg der Altenquotient um 4,2 Prozentpunkte.

Im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen weist Dortmund einen niedrigeren Jugendquotienten (NRW: 29,5) und einen leicht höheren Altenquotienten (NRW: 31,8) auf.⁷⁷

Der Jugendquotient gibt an, wie viele Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre jeweils 100 Erwachsenen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren gegenüberstehen. Dieser Quotient wird häufig als Maß für die Familienprägung einer Stadt und ihrer Teilräume verwendet.⁷⁸ Ein hoher Jugendquotient deutet auf eine besondere Beanspruchung der informellen Solidarpotenziale in Familien und Nachbarschaften hin.

Für die örtliche Sozialpolitik bedeutet dies, u. a. in besonderem Maße bedarfsgerechte familienunterstützende Leistungen anzubieten. Eine Reihe von Veränderungen im Bereich der Familien- und Haushaltsstrukturen verstärken diesen Handlungsbedarf zusätzlich, indem sie zu einer „Ausdünnung der familialen Netze“⁷⁹ führen. Zu diesen Veränderungen zählen der Rückgang der Dreigenerationenhaushalte, die wachsende Zahl von Erwachsenen, die kinderlos bleiben und die abnehmende Zahl von Kindern in Familien. Dadurch reduziert sich der Rahmen sozialer Erfahrungs- und Unterstüt-

⁷⁷ Werte für Nordrhein-Westfalen: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen: Landesdatenbank. (<https://www.landesdatenbank-nrw.de/ldbnrw/online/login>, 08.08.2007)

⁷⁸ Strohmeier, K.P. 2002

⁷⁹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 1995

zungsmöglichkeiten von Familien. Hinzu kommen eine geringer gewordene Stabilität traditioneller Familienstrukturen und die wachsende Bedeutung der Frauenerwerbstätigkeit. Diese Veränderungen beeinflussen die Sozialisationsbedingungen für Kinder und stellen neue besondere Anforderungen an die kommunale Politik. Ausgleichende familienergänzende Dienstleistungsangebote wie beispielsweise der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen aller Altersstufen sind notwendig.

Der Altenquotient setzt die Zahl der 65-jährigen und Älteren mit der Zahl der Bevölkerung im mittleren Alter von 18 bis unter 65 Jahren zueinander in Beziehung und zeigt damit das Ausmaß der demografischen Alterung an. Auch hier kann ein Abhängigkeitsverhältnis (Unterstützung im Alltag, Pflege) der 65-jährigen und Älteren zur Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren angenommen werden. Ein Großteil der Unterstützung und der Pflege alter Menschen, die ihr Leben nicht mehr alleine führen können, wird von nahen Angehörigen übernommen. Durch den Rückgang der Bevölkerung im mittleren Alter, der Zunahme der älteren Bevölkerung sowie der wachsenden räumlichen Distanz von Familienangehörigen wird die familiäre Pflege zurückgehen und die Zahl der durch Dritte Hilfe- und Pflegebedürftigen steigen.

Hohe Jugend- und Altenquotienten signalisieren eine besondere Beanspruchung der informellen Solidarpotenziale in Familien und Nachbarschaften und somit einen erhöhten sozialpolitischen Handlungsbedarf (vgl. Kap. 7.2.1) Das Augenmerk richtet sich dabei zunehmend auf die Gruppe der Älteren und Hochbetagten, die quantitativ mittlerweile größer ist als die der Kinder und Jugendlichen.

Auf diesen Wandel und die damit verbundenen Anforderungen muss sich die kommunale Sozialpolitik einstellen, ausgleichende Maßnahmen einleiten und den Ausbau familienergänzender Angebote (z.B. Kinderbetreuung, Altenpflege) forcieren.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Die Zuwanderung von Spätaussiedlern seit Beginn der 1990er Jahre und die Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2000 haben dazu geführt, dass mit dem Indikator ‚Anteil der Nichtdeutschen‘ bei weitem nicht alle und Jahr für Jahr weniger Personen mit Migrationshintergrund erfasst werden können. Denn seit dem Jahr 2000 erhält die Mehrzahl der in Deutschland geborenen Kinder von Nichtdeutschen automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft.

Fast jeder zweite Dortmunder mit Migrationshintergrund hat mittlerweile einen deutschen Pass

Die Stadt Dortmund hat auf Grund dessen in Anlehnung an Arbeiten der Stadt Wiesbaden ein Verfahren entwickelt, das die Ermittlung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ermöglicht.⁸⁰

Danach haben 135.591 der Dortmunder/-innen im Jahr 2006 einen Migrationshintergrund – das ist fast ein Viertel der Bevölkerung. Die Gruppe der Nichtdeutschen – als Teil der Gesamtgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund – umfasst hingegen nur 73.830 Personen. Die enorme Differenz von rund 60.000 Personen macht deutlich: Fast jeder zweite Dortmunder mit Migrationshintergrund hat mittlerweile einen deutschen Pass und zählt rechtlich und statistisch nicht als Ausländer. Unabhängig vom Rechtsstatus sind beide Gruppen oft sozial benachteiligt und mit denselben Integrationsproblemen konfrontiert.

Die nichtdeutsche Bevölkerung ist von 74.034 im Jahr 2000 auf 73.830 Personen (2006) zurückgegangen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ist im selben Zeitraum von 12,7% auf 12,6% gesunken. Wie unterschiedlich sich die beiden Gruppen entwickeln, zeigt der Vergleich von 2004 zu 2006⁸¹: In dieser Zeit hat sich die Zahl der Nichtdeutschen um -0,9% verringert. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt ist hingegen um 3,5% gestiegen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung hat sich von 22,3 % auf 23,2% erhöht.

⁸⁰ Stadt Dortmund, Amt für Statistik und Wahlen (Hg.) 2006a; vgl. auch Glossar im Datenanhang „Sozialstrukturatlas 2005“

⁸¹ Aufgrund der Datenlage ist ein Vergleich beider Gruppen nur von 2004 zu 2005 möglich.

Erfassung des Migrationshintergrundes wichtig für sozialpolitische Planung

Die Zahlen zeigen, dass der nominelle Ausländerstatus für die sozialstatistische Analyse zunehmend an Bedeutung verliert und der Migrationshintergrund ein notwendiger, wenn nicht der geeignetere Indikator ist. Für die sozialpolitische Planung und die Entwicklung von zielgenauen und effizienten Förderinstrumenten sind zumindest beide Indikatoren unabhängig voneinander relevant.

Erwähnt sei an dieser Stelle jedoch, dass das Merkmal ‚Bevölkerung mit Migrationshintergrund‘ für sich betrachtet nichts über den Förderungsbedarf aussagt. Dieser hängt vielmehr eng mit weiteren Aspekten wie dem Sozialstatus, dem Bildungsgrad und der Erwerbsintegration der Migranten zusammen.

Da die Methode zur Erfassung der Migranten noch in den ‚Kinderschuhen‘ steckt, bestehen noch methodische Probleme. Eine Differenzierung z.B. nach Geschlecht und Alter kann noch nicht vorgenommen werden. Diese ist lediglich für die Gruppe der Nichtdeutschen möglich, die im Folgenden näher betrachtet wird.

Altersstruktur der Nichtdeutschen

Die Altersstruktur der Nichtdeutschen – gegliedert in die drei Hauptaltersgruppen – unterscheidet sich leicht von der Altersstruktur der Deutschen.

Während die nichtdeutsche Bevölkerung einen höheren Anteil unter 18-jähriger und einen deutlich geringeren Anteil an 65-jährigen und Älteren (7,7% im Vergleich zu 22,3% der deutschen Bevölkerung) aufweist, ist die nichtdeutsche Bevölkerung im mittleren Alter stärker vertreten (vgl. Abb. 9).

Abbildung 9: Nichtdeutsche und deutsche Bevölkerung nach Altersgruppen 2006 (31.12.)

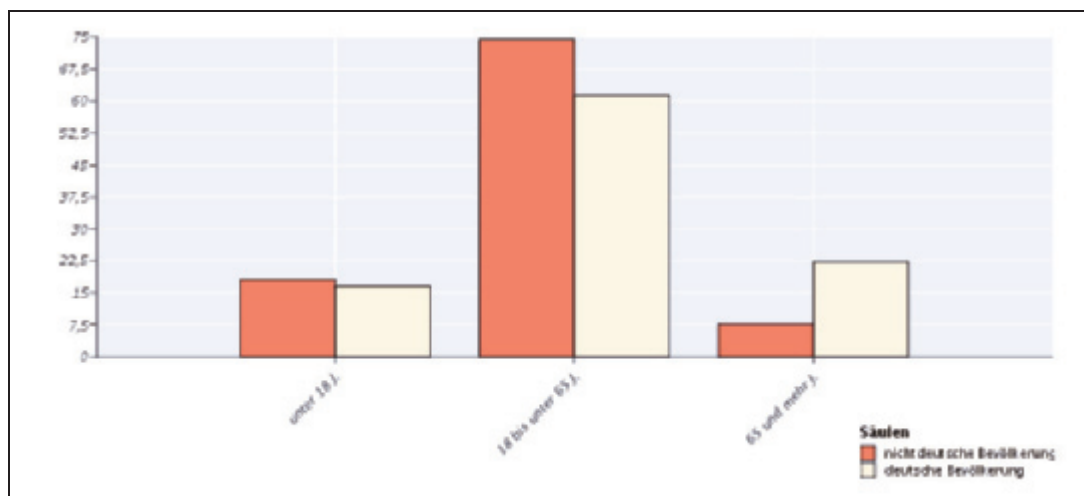
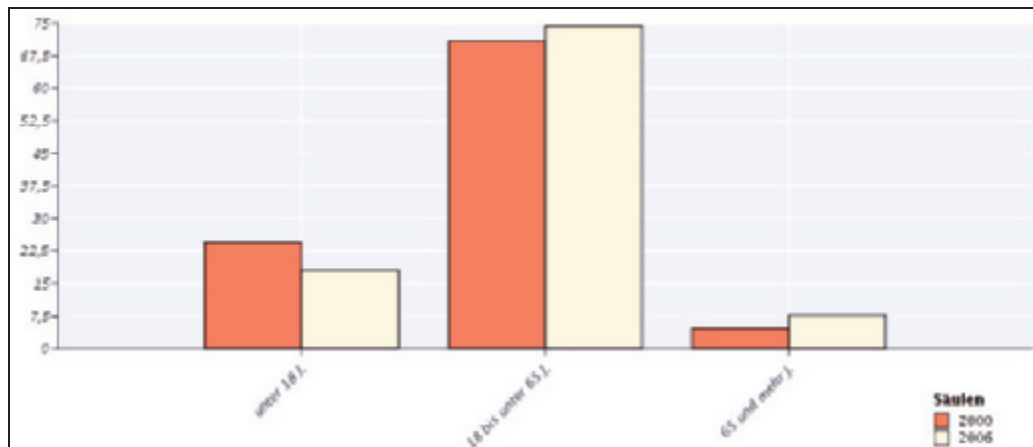


Abbildung 10 macht deutlich, dass auch bei den Nichtdeutschen der Anteil der unter 18-jährigen in den letzten sechs Jahren abgenommen und der Anteil der Älteren zugenommen hat. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen hat sich um 6,5 Prozentpunkte verringert und der Anteil der Älteren um 3,1 Prozentpunkte erhöht.

Der Rückgang der unteren Altersgruppe ist in erster Linie auf die eingangs beschriebenen gesetzlichen Änderungen zurückzuführen: Ein Teil der Neugeborenen nichtdeutscher Eltern hat durch die Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2000 eine doppelte Staatsbürgerschaft erhalten und wird dadurch zur deutschen Bevölkerung gezählt. Der Anteil der nichtdeutschen Kinder und Jugendlichen verringert sich entsprechend.

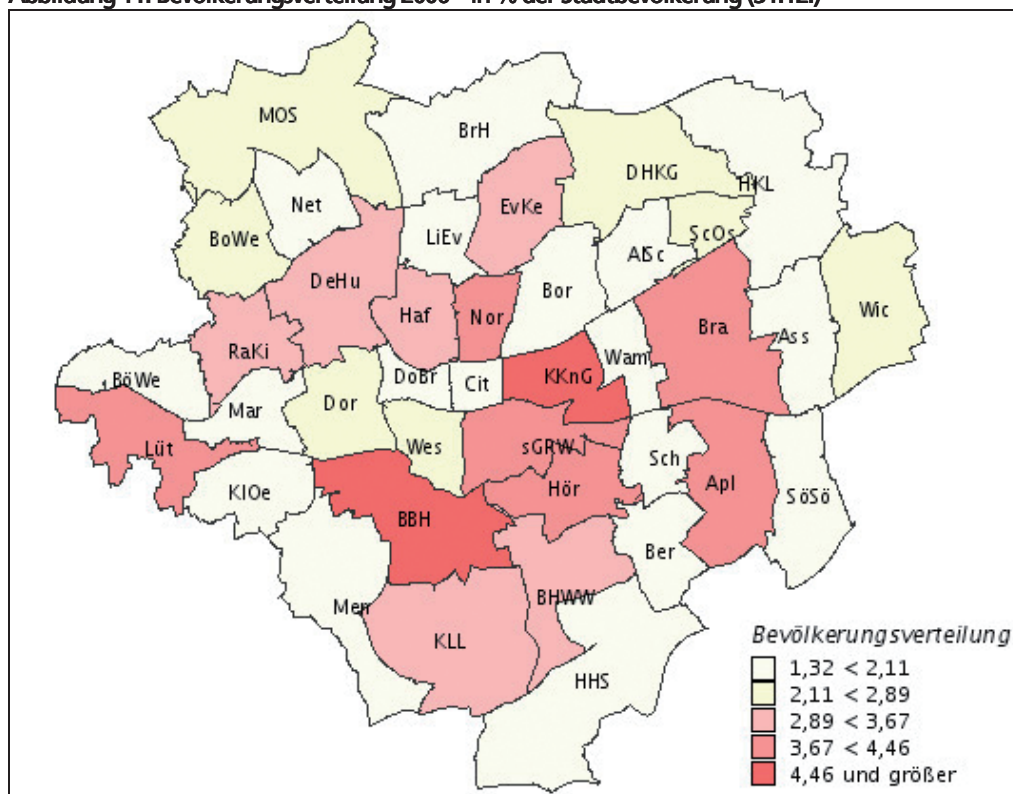
Abbildung 10: Nichtdeutsche Bevölkerung nach Altersgruppen 2000 und 2006 (31.12.)



6.2 Bevölkerungsentwicklung in den Dortmunder Sozialräumen

Die 39 Dortmunder Sozialräume unterscheiden sich deutlich in ihrer Bevölkerungszahl, der Wert variiert zwischen 30.653 Einwohnern im Sozialraum Kaiserbrunnen/ Körne/ nördliche Gartenstadt und 7.732 Einwohnern im Sozialraum Wambel. Die Abbildung 11 spiegelt die prozentuale Verteilung der Bevölkerung im Dortmunder Stadtgebiet wider.

Abbildung 11: Bevölkerungsverteilung 2006 – in % der Stadtbevölkerung (31.12.)



Hinter der gesamtstädtischen stabilen Bevölkerungszahl verbergen sich gravierende kleinräumige Unterschiede

Die für die Gesamtstadt festgestellte Stagnation der Bevölkerungszahl im Zeitraum 2000 und 2006 (vgl. Kapitel 6.2.1) trifft nicht auf alle Sozialräume zu. Neben Sozialräumen mit stagnierenden Bevölkerungszahlen (11 Sozialräume) findet man sowohl Sozialräume, in denen die Bevölkerung abgenommen hat (15 Sozialräume), als auch solche, in denen die Bevölkerung zugenommen hat (13 Sozialräume) (s. Abb. 12).

Einen besonders starken Rückgang verzeichnen die Sozialräume Scharnhorst-Ost (-7,2%) und Borsigplatz (-5,2%). Weitere Sozialräume, in denen die Bevölkerung geschrumpft ist, sind: Kley/ Oespel (-4,5%), Wickedede (-4,3%), Bövinghausen/ Westrich (-4,1%), Bodelschwingh/ Westerfilde (-3,9%), Brackel (-3,7%), Dorstfelder Brücke (-3,7%), Sölde/ Söldeholz (-3,6%), Nette (-3,5%), Alt-Scharnhorst (2,8%), Asseln (-2,7%), Dorstfeld (-2,3%), Südliche Gartenstadt/ Ruhrallee/ Westfalendamm (-1,5%), Hörde (-1,5%), Berghofen (-1,1%), City (-0,7%), Rahm/ Kirchlinde (-0,6%), Nordmarkt (-0,4%), Benninghofen/ Hacheney/ Wellinghofen/ Wichlinghofen (-0,4%) und Husen/ Kurl/ Lanstrop (-0,2%).

Zu den Sozialräumen mit einer positiven Bevölkerungsentwicklung zählen insbesondere Wambel (11,7%), Menglinghausen (10,4%), Schüren (8,5%) und Höchstn/ Holzen/ Syburg (7,9%).

Abbildung 12: Bevölkerungsentwicklung 2000 – 2006 (31.12.)



Altersstrukturelle Besonderheiten in den Dortmunder Sozialräumen

Nicht nur die Gesamtbevölkerung verteilt sich ungleich auf die Sozialräume. Auch in der Altersstruktur sind deutliche Unterschiede zu beobachten.

Fast jede(r) sechste Dortmunder/in ist 2006 unter 18 Jahre alt (16,7%). Die Werte variieren in den Sozialräumen jedoch zwischen 9,0% in der City und 23,0% am Nordmarkt, unmittelbar nördlich der City gelegen. Tendenziell zeigen sich in den nördlichen Sozialräumen höhere Anteile der Kinder und Jugendlichen, während der Süden eher geringere Anteile aufweist. Eine Ausnahme bildet im Norden der Sozialraum Brechten/ Holthausen. Hier beträgt der Anteil der unter 18-jährigen 15,4%. (s. Abb. 13)

Die südlich gelegenen Sozialräume weisen außerdem deutlich überdurchschnittliche Anteile der über 65-jährigen auf. Der Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter beträgt gesamtstädtisch 20,1% und streut beträchtlich zwischen den Sozialräumen. Die höchsten Werte findet man in Brackel (26,4%), Alt-Scharnhorst (25,7%) und Benninghofen/ Hacheneu/ Wellinghofen/ Wichlinghofen (25,4%). Deutlich unterdurchschnittlich sind die Werte im Zentrum der Stadt (Nordmarkt (12,1%), Borsigplatz (12,6%), Dorstfelder Brücke (13,5), Hafen (14,2%) (s. Abb. 14).

Abbildung 13: Anteil der Kinder und Jugendlichen 2006 (31.12.)

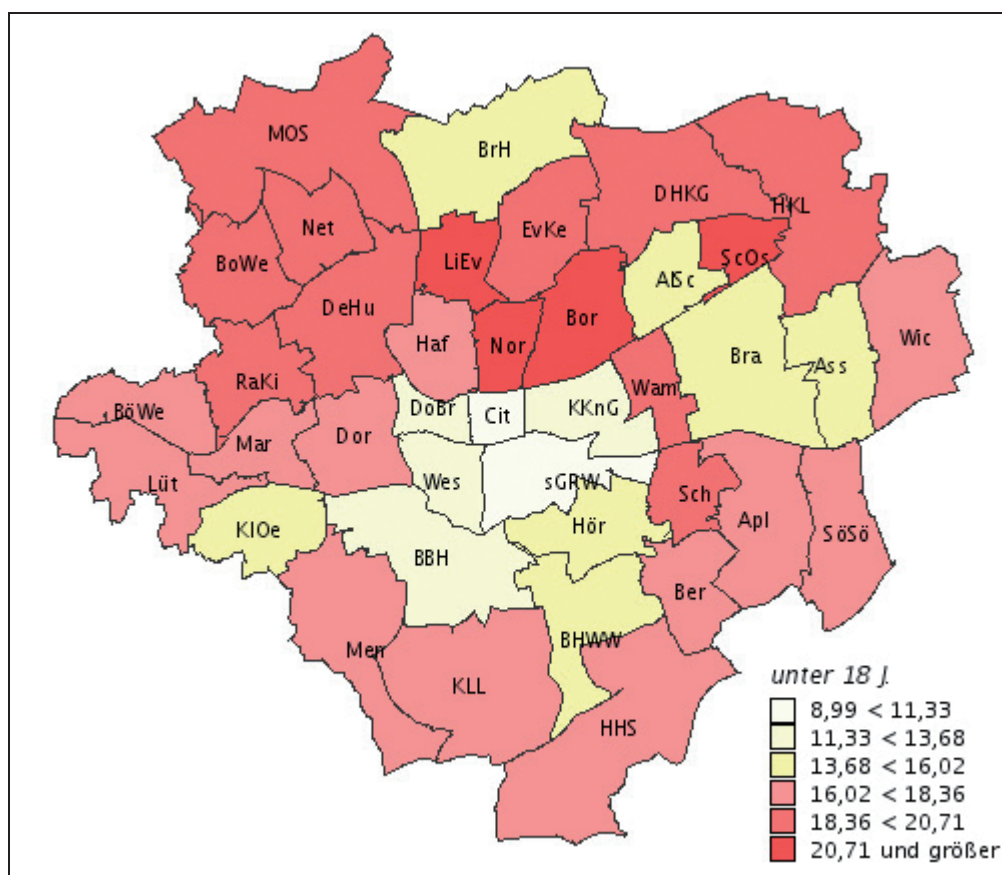
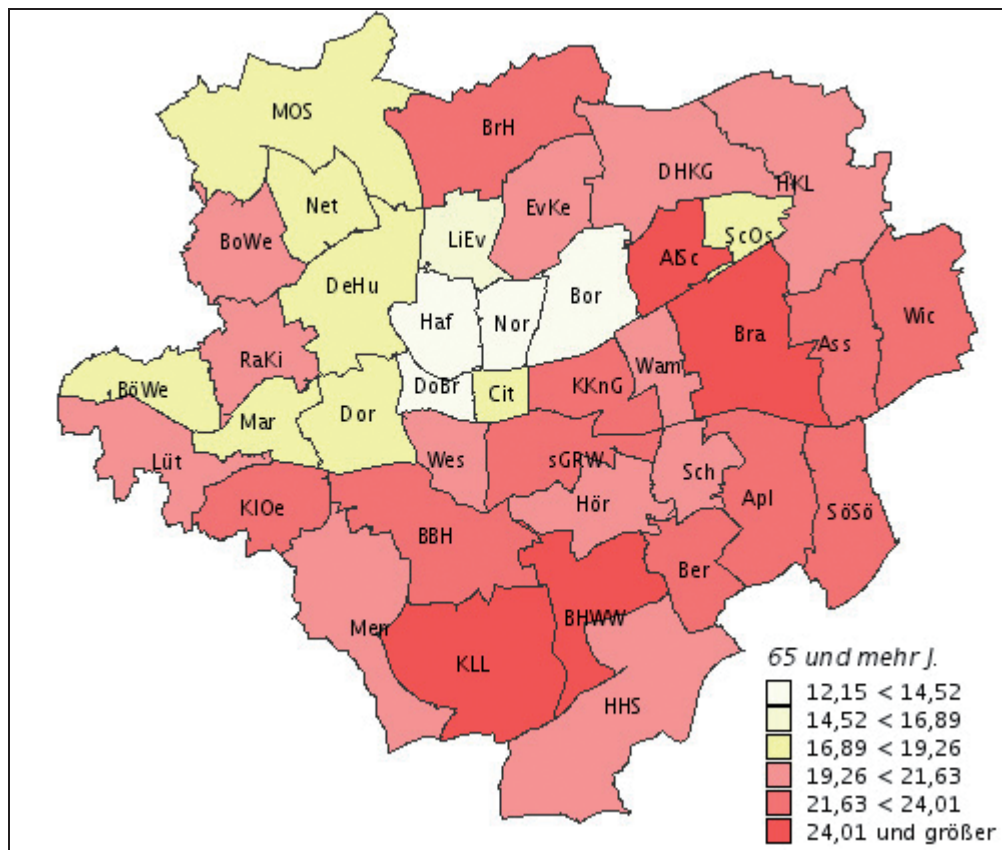


Abbildung 14: Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter 2006 (31.12.)



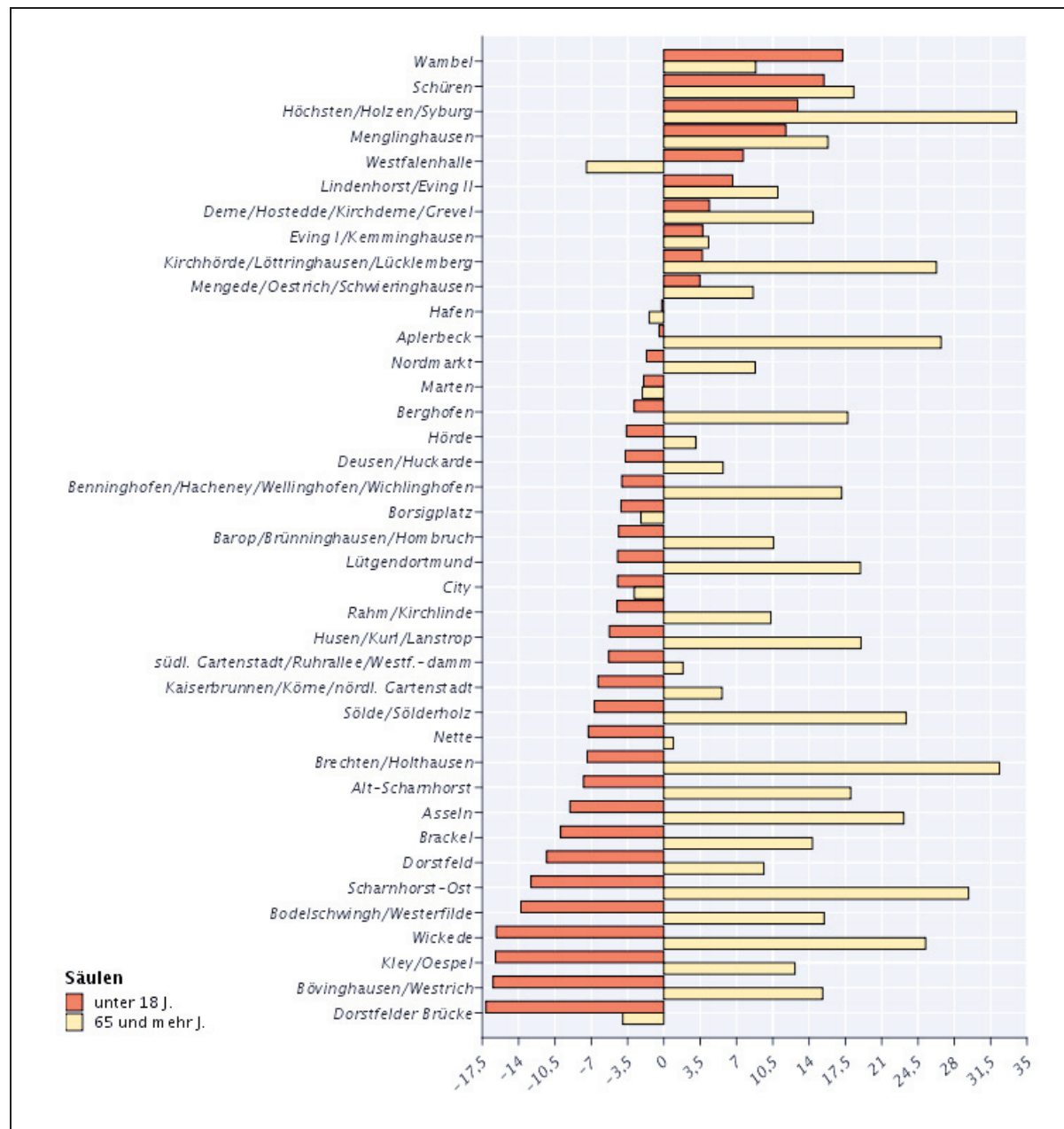
Der Alterungsprozess zeigt sich in den 39 Sozialräumen nicht gleichermaßen.

Im überwiegenden Teil der Sozialräume entwickelt sich die Bevölkerungszahl der Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren positiv. Am stärksten ist die Zahl der älteren Bevölkerung in Höchsten/ Holzen/ Syburg (34,0%), Brechten/ Holthausen (32,2%) und Scharnhorst-Ost (29,4%) angestiegen (vgl. Abb. 15). In sechs Sozialräumen schrumpft diese Bevölkerungsgruppe. Betroffen sind die Sozialräume Westfalenhalle (-7,5%), Dorstfelder Brücke (-3,9%), City (-2,8%), Borsigplatz (-2,2%), Marten (-2,1%) und Hafen (-1,4%). Dabei handelt es sich insbesondere um Sozialräume, in denen ohnehin bereits ein vergleichsweise geringer Anteil an Personen im Rentenalter wohnt.

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen hat sich in Dortmund von 2000 bis 2006 um 3,8% verringert. In den einzelnen Sozialräumen sind jedoch unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten.

Mit Wambel (17,2%) an der Spitze, gefolgt von Schüren (15,4%), Höchsten/ Holzen/ Syburg (12,9%) und Menglinghausen (11,7%), findet man Gebiete, in denen die Zahl der unter 18-jährigen deutlich gestiegen ist. Insgesamt ist in zehn Dortmunder Sozialräumen die Bevölkerung im Alter von unter 18 Jahren gewachsen. In Wambel ist der Anstieg der unter 18-jährigen sogar stärker ausgeprägt als die Zunahme der 65-jährigen und Älteren. Westfalenhalle ist der einzige Sozialraum, in dem eine Abnahme der Älteren (-7,5%) und eine Zunahme der Jüngeren (+7,7%) zu beobachten ist. Den stärksten Rückgang der Kinder und Jugendlichen haben die Sozialräume Dorstfelder Brücke (-17,1%), Bövinghausen/ Westrich (-16,5%), Kley/ Oespel (-16,2%), Wickede (-16,2%) und Bodelschwingh/ Westerfilde (-13,8%) erfahren.

Abbildung 15: Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen 2000/2006 (31.12.)



Sozialräumliche Unterschiede bei den Jugend- und Altenquotienten

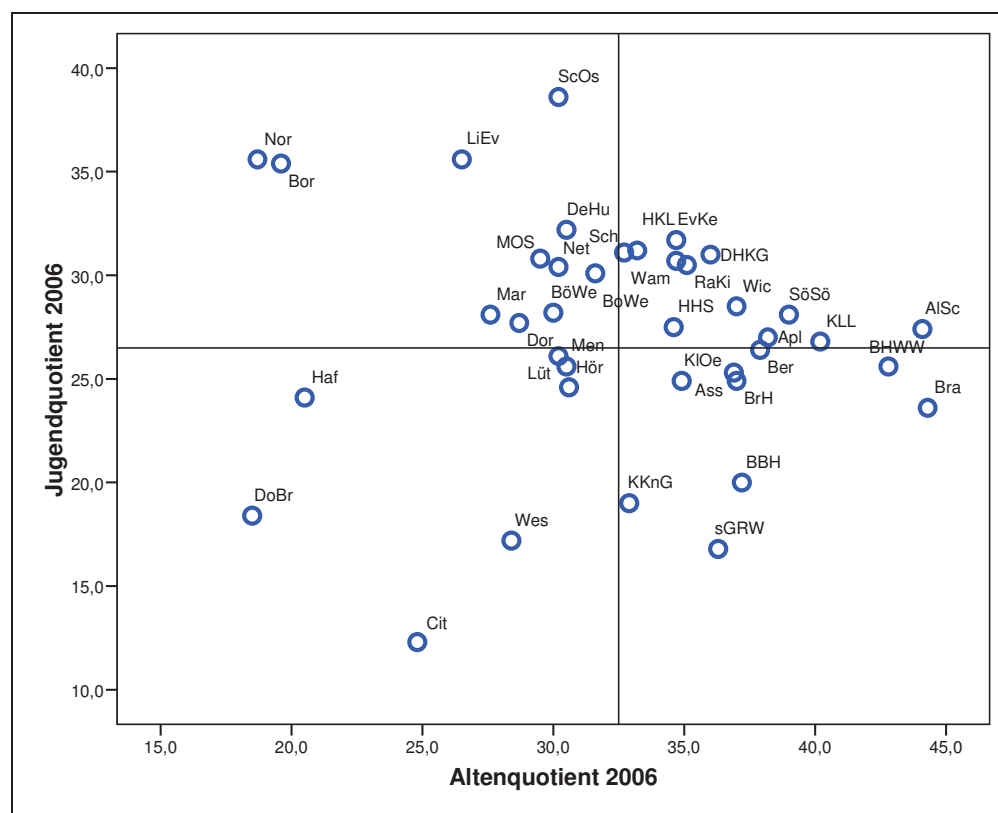
Setzt man – wie dies bereits für die gesamtstädtische Ebene erfolgt ist – die Altersgruppe der 65-jährigen und Älteren und die der unter 18-jährigen jeweils mit der Gruppe der 18- bis unter 65-jährigen in Beziehung und berechnet so den Jugend- und Altenquotienten, so lassen sich Aussagen darüber machen, wie viele wirtschaftlich und sozial ‚abhängige‘ Kinder und Jugendliche und Ältere der Altersgruppe der 18- bis unter 65-jährigen Bevölkerung in den einzelnen Sozialräumen gegenüberstehen.

Der Jugendquotient streut zwischen den Dortmunder Sozialräumen deutlich um den Durchschnittswert der Stadt (26,5). Parallel zu den höchsten Anteilen an Kindern und Jugendlichen ist auch der Jugendquotient in Scharnhorst-Ost (38,6), Nordmarkt (35,6), Lindenhorst/ Eving II (35,6%) und Borsigplatz (35,4) am höchsten. Die niedrigsten findet man in City (12,3), südliche Gartenstadt/ Ruhrallee/ Westfalendamm (16,8) und Westfalahalle (17,2).

Ausgeprägte kleinräumige Unterschiede zeigen sich auch beim Altenquotienten, also dem quantitativen Verhältnis zwischen den 65-jährigen und Älteren zu den 18- bis unter 65-jährigen. Die höchsten Werte weisen die Sozialräume Brackel (44,3), Alt-Scharnhorst (44,1) und Benninghofen/ Hachene/ Wellinghofen/ Wichlinghofen (42,8) auf. Die Abbildung 16 verdeutlicht die sehr unterschiedlichen Kombinationen des Jugend- und Altenquotienten auf Ebene der Dortmunder Sozialräume. In 20 Dortmunder Sozialräumen ist mit einem hohen Altenquotienten ein relativ niedriger Jugendquotient verbunden und umgekehrt (u. a. südliche Gartenstadt/ Ruhrallee/ Westfalendamm, Barop/ Brüninghausen/ Hombruch, Brackel, Brechten/ Holthausen und Scharnhorst-Ost). Bei sieben der 39 Sozialräume ist jedoch sowohl ein niedriger Altenquotient als auch ein niedriger Jugendquotient festzustellen. So hat City beispielsweise mit 12,3 den geringsten Jugendquotienten und mit 24,8 auch einen weit unterdurchschnittlichen Altenquotienten. Weitere Sozialräume, in denen man sowohl einen niedrigen Jugendquotienten als auch einen niedrigen Altenquotienten findet, sind die Sozialräume Westfalenhalle, Dorstfelder Brücke, Hafen, Hörde, Lütgendortmund und Menglinghausen. In diesen zumeist zentrumsnahen Sozialräumen wohnen sowohl Familien mit Kindern als auch ältere Menschen vergleichsweise selten. Diese Sozialräume sind somit eher durch einen hohen Anteil der Bevölkerung im mittleren Alter geprägt.

Im Kontrast dazu gibt es in Dortmund zwölf Sozialräume, die zugleich einen überdurchschnittlich hohen Jugend- als auch Altenquotienten haben. Dieser Typus tritt beispielsweise in Eving I/ Kemminghausen, Derne/ Hostedde/ Kirchderne/ Grevel, Wambel und Rahm/ Kirchlinde auf. Die Konstellation deutet z. T. auf eine besondere Beanspruchung der Bevölkerung im mittleren Alter und auf gesteigerte besondere Herausforderungen für die Familien und Nachbarschaften in den betroffenen Sozialräumen hin. Veränderungen im Bereich der Familien- und Haushaltsstrukturen verstärken den Handlungs- und Unterstützungsbedarf vor allem für sozial benachteiligte Gruppen, da sie in erster Linie von der Erosion traditioneller Lebensformen und der ‚Ausdünnung der familialen Netze‘ betroffen sind⁸².

Abbildung 16: Jugend- und Altenquotient 2006 (31.12.)



⁸² Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 1995

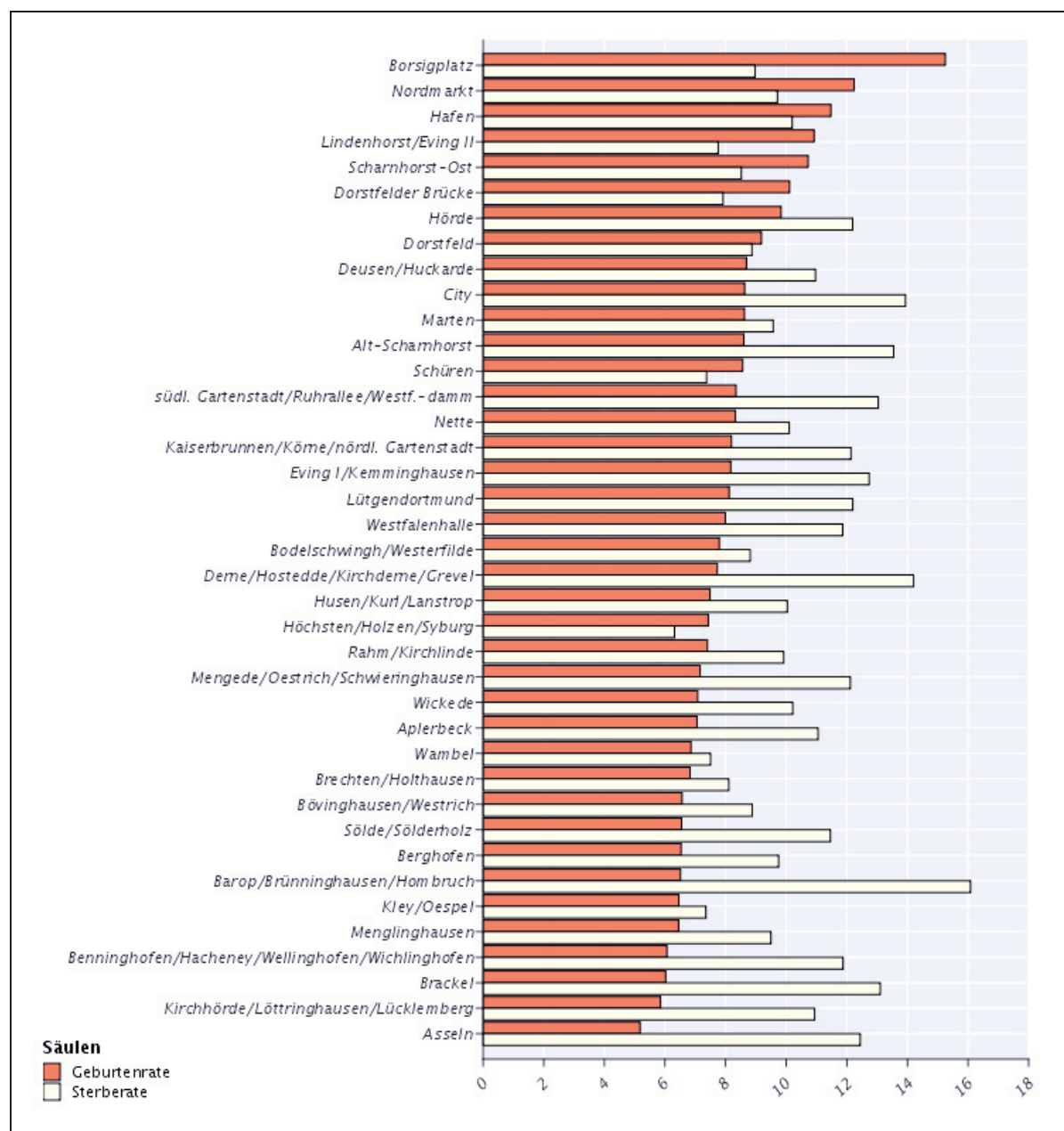
Sozialräumliche Besonderheiten in der natürlichen Bevölkerungsentwicklung

Wie nicht anders zu erwarten, finden sich in den Sozialräumen mit einem hohen Anteil von Kindern und Jugendlichen zugleich hohe Geburtenraten. Insgesamt wurden 2006 in Dortmund 8,2 Kinder je 1.000 Einwohner geboren. Weit überdurchschnittlich viele Kinder kamen in den kinderreichen Sozialräumen Borsigplatz (15,2), Nordmarkt (12,2), Hafen (11,5), Lindenhorst/ Eving II (10,9) und Scharnhorst-Ost (10,7) zur Welt. Demgegenüber werden u. a. in den kinderarmen Sozialräumen Asseln (5,2), Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemborg (5,9), Brackel (6,0) und Benninghofen/ Hachenei/ Wellinghofen/ Wichlinghofen (6,1) vergleichsweise wenige Kinder geboren.

Gestorben sind im Jahr 2006 in Dortmund 6.430 Menschen. Das entspricht einer Sterberate von 11,0 je 1.000 der Bevölkerung. Barop/ Brünninghausen/ Hombruch hat mit 16,1 je 1.000 Einwohner/innen die höchste Sterberate, bei einer zugleich sehr geringen Geburtenrate (6,5).

Lediglich in neun der Dortmunder Sozialräume liegt die Geburtenrate über der Sterberate. Die höchste positive natürliche Bevölkerungsentwicklung weist der Sozialraum Borsigplatz, gefolgt von Nordmarkt, auf. Natürliche Bevölkerungsverluste verzeichnet insbesondere der Sozialraum Barop/ Brünninghausen/ Hombruch (-9,6 je 1.000 der Bevölkerung) (s. Abb. 17).

Abbildung 17: Geborene und Gestorbene je 1.000 der Bevölkerung 2006

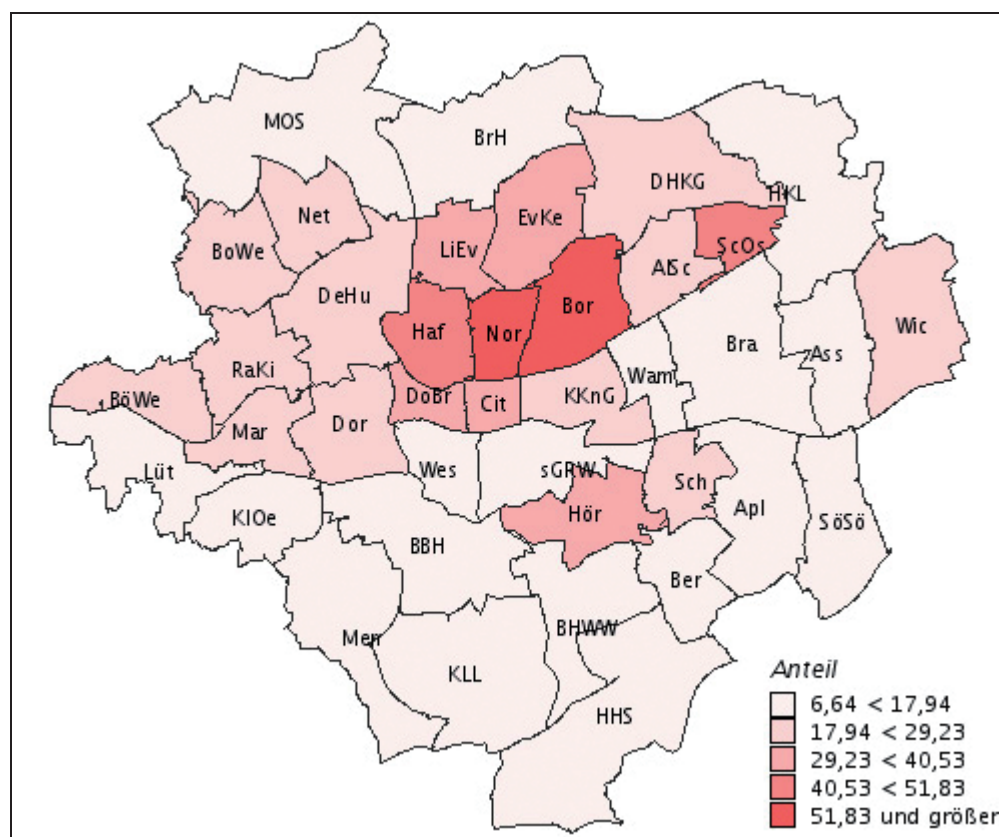


Bevölkerung mit Migrationshintergrund – deutliche sozialräumliche Unterschiede

Die Einführung des neuen Staatsbürgerschaftsrechts hat dazu geführt, dass der Anteil Nichtdeutscher stetig sinkt, obwohl die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Dortmund zunimmt. (vgl. Kapitel 6.2.1) Vor diesem Hintergrund ist eine Betrachtung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund von besonderer Bedeutung. Das in Dortmund entwickelte Verfahren⁸³ zur Erfassung von Menschen mit Migrationshintergrund ermöglicht auch eine kleinräumige Auswertung.

Die in Dortmund lebenden 135.591 Einwohner mit einem Migrationshintergrund verteilen sich sehr ungleich auf die 39 Dortmunder Sozialräume. Der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe variiert enorm – und zwar zwischen 6,6% und 63,1%. Die höchsten Anteile der Bevölkerung mit Migrationshintergrund finden sich in den Sozialräumen Nordmarkt und Borsigplatz, hier haben fast zwei Drittel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. In den Sozialräumen Scharnhorst-Ost und Hafen ist fast jeder zweite Bürger nichtdeutscher Herkunft. Fast ein Drittel aller Migranten (27,5%) in Dortmund hat seinen Wohnsitz in einem dieser vier Sozialräume. Die niedrigsten Migrantenanteile findet man in Sölde/ Söldeholz (6,6%), Brechten/ Holthausen (7,1%), Höchsten/ Holzen/ Syburg (7,4%) und Asseln (8,2%). (s. Abb. 18)

Abbildung 18: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2006 (31.12.)



⁸³ Stadt Dortmund, Amt für Statistik und Wahlen (Hg.) 2006a; vgl. auch Glossar im Datenanhang „Sozialstrukturatlas 2005“

7. Beiträge zur sozialen Lage in Dortmund (Gesamtstadt und Sozialraum)

In den folgenden Kapiteln 7.1 bis 7.7 werden unterschiedliche Themen mit Relevanz zur sozialen Lage beleuchtet. Die einzelnen Kapitel sind weitgehend vergleichbar aufgebaut: Am Anfang steht jeweils die Betrachtung der Gesamtstadt. Soweit von der Datenlage möglich und von der Sache sinnvoll werden die Ergebnisse nach Geschlecht, Altersgruppen und Deutschen bzw. Nichtdeutschen differenziert. Dem schließt sich ein Zeitvergleich (möglichst fünf Jahre) und ein Städtevergleich (mit Essen, Duisburg, Gelsenkirchen, Bochum, Düsseldorf und Köln) an. Im jeweils zweiten Teil ist der Blick auf die Sozialräume gerichtet. Diese kleinräumige Betrachtung beschränkt sich auf ausgewählte Merkmale, schließt aber ebenfalls – soweit möglich – einen Zeitvergleich ein.

Erstes Thema ist die Erwerbsbeteiligung bzw. Arbeitslosigkeit. Erwerbstätigkeit ist ein entscheidender Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe insgesamt, unfreiwillige Erwerbslosigkeit dafür mithin eine entscheidende Bürde. Der Erwerbsstatus ist gleichzeitig ausschlaggebende Einflussgröße für die folgenden Kapitel zum Bezug von Grundsicherungsleistungen (nach SGB II bzw. XII), zur Einkommenssituation und auch zur Wohnungsversorgung. Die drei abschließenden Themen zu Bildung, Erziehungshilfen und Gesundheit beschreiben im Schwerpunkt die Situation von Kindern und Jugendlichen als dem Potenzial für die Zukunft der Gesellschaft.

7.1 Erwerbsbeteiligung

Den Analysen zur Erwerbsbeteiligung liegen im Wesentlichen zwei Quellen zu Grunde: Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) liefert differenzierte Informationen zur Erwerbstätigkeit (mit dem Schwerpunkt sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) und zur Arbeitslosigkeit. Stichtag ist hier, soweit nicht anders genannt, der 31.12.2006. Der Mikrozensus enthält ergänzend vor allem Angaben zur Erwerbsbeteiligung insgesamt (über die Sozialversicherungspflicht hinaus)⁸⁴. Da es sich dabei um Stichprobenergebnisse handelt, sind die Werte gerundet. Als Bezugsgrößen dienen u. a. die Einwohnerzahl insgesamt und die erwerbsfähige Bevölkerung (15 bis unter 65-jährige).

Hinzuweisen ist insbesondere darauf, dass sich alle Angaben in diesem Kapitel auf den Wohnort beziehen. D.h., beschrieben sind z.B. die Erwerbstätigen, die in Dortmund wohnen, unabhängig von ihrem Arbeitsort. Es finden sich keine Aussagen zum Arbeitsplatzangebot in Dortmund.

Gesamtstadt

238.900 Erwerbstätige und 43.000 Arbeitslose Ende 2006

Von den rund 585.000 Menschen, die Ende 2006 in Dortmund mit ihrem Hauptwohnsitz gemeldet waren, waren 386.100 (=66%) im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren. Sie sind zu unterscheiden in Erwerbspersonen (das sind Erwerbstätige und Arbeitslose) und Nicht-Erwerbspersonen, also solche, die weder erwerbstätig noch arbeitslos sind. Nach den Berechnungen der Bundesagentur waren von den 386.100 15- bis 64-jährigen in Dortmund 281.900 (=73%) Erwerbspersonen⁸⁵ und entsprechend 104.200 (=27%) Nicht- Erwerbspersonen. Zu den Nicht- Erwerbspersonen zählen neben Hausfrauen, Schülern/-innen, Studenten/Studentinnen, Frührentnern/-innen etc. auch nicht arbeitslose ALG II- sowie Sozialgeld- und Grundsicherungsempfänger/innen zwischen 15 und 64 Jahren.

Von den 281.900 Erwerbspersonen waren Ende 2006 nach Abzug von 43.000 Arbeitslosen 238.900 erwerbstätig⁸⁶. Das entspricht einem Anteil von 61,9% der erwerbsfähigen Bevölkerung. Der allergrößte Teil von ihnen ist sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die BA weist im September 2006 (neuere Zahlen lagen bei Redaktionsschluss nicht vor) 167.100 solcher „klassischen“ Beschäftigungsverhältnisse aus (= 69,9% der Erwerbstätigen bzw. 43,3% der erwerbsfähigen Bevölkerung).

⁸⁴ Die Ergebnisse des Mikrozensus 2006 wurden vorab zur Verfügung gestellt und gelten bis zur Veröffentlichung als vorläufig.

⁸⁵ Genauer: „Zivile“ Erwerbspersonen.

⁸⁶ Beschäftigte über 64 Jahre sind hier nicht berücksichtigt. Der Mikrozensus ermittelt im Jahresmittel 2005 einen Wert von 234.000 Erwerbstätigen.

Zu den Erwerbstätigen außerhalb der Sozialversicherungspflicht zählen nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2006 23.000 Selbstständige und 14.000 Beamte/Beamtinnen. Hinzu kommen nach Angaben der BA weitere 36.700 Personen, die ausschließlich geringfügig beschäftigt sind (Stand: Sept. 2006).

43.000 Arbeitslose bedeuten für Ende des letzten Jahres eine Arbeitslosenquote von 15,3%. Bezogen auf alle erwerbsfähigen Personen, liegt der Anteil bei 11,1%. Damit ist jede/r neunte Dortmunder/in zwischen 15 und 65 Jahren gegen den eigenen Willen ohne Erwerbsarbeit. Für mehr als die Hälfte von ihnen hat sich die Arbeitslosigkeit verfestigt: knapp 23.000 (=53,4%) sind seit mehr als einem Jahr arbeitslos gemeldet und gelten damit als Langzeitarbeitslose. Damit gehören 5,9% der erwerbsfähigen Dortmunder Bevölkerung und somit jede 17. Person zwischen 15 und unter 65 Jahren dieser besonderen Problemgruppe an.

Frauen sind weniger erwerbstätig, aber nicht häufiger arbeitslos

Frauen sind weiterhin in geringerem Maße erwerbsbeteiligt als Männer. Nach dem Mikrozensus 2006 sind 55% der Erwerbstätigen in Dortmund Männer und nur 45% Frauen. Und Frauen sind zudem sehr viel häufiger nicht mit der vollen tariflichen Stundenzahl beschäftigt. Von den Teilzeitbeschäftigten sind nur 23% Männer, entsprechend 77% Frauen. Das Bild bestätigt sich beim Blick auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten⁸⁷. Auch das sind zu 56% Männer und zu 44% Frauen. Anders ausgedrückt: Die Beschäftigtenquote als die Relation zwischen den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Erwerbsbevölkerung (15-bis 64-jährige) liegt bei den Männern bei 47,9%, bei den Frauen bei 38,6%. Um diese Differenz auszugleichen, müssten rund 17.700 Dortmunder/innen mehr beschäftigt sein. Und auch hier gilt: Teilzeitbeschäftigung ist in den allermeisten Fällen Frauensache. 24.400 teilzeitbeschäftigten Frauen stehen 5.600 Männer gegenüber. Danach arbeitet jede dritte Frau, aber nur jeder 16. Mann zeitreduziert.

Diese Ungleichheit spiegelt sich aber nicht in einem höheren Arbeitslosenanteil bei den Frauen wider, im Gegenteil. Bezogen auf die jeweils 15 – 64-jährigen liegt die Rate bei den Männern bei 12,0%, bei den Frauen dagegen nur bei 10,2%. Daraus folgt, dass die Frauen zu deutlich höheren Anteilen nicht zu den Erwerbspersonen zählen, also häufiger weder erwerbstätig noch arbeitslos sind. Nach dem Mikrozensus 2006 beträgt diese Quote bei den Männern 22%, bei den Frauen 38%.

Tabelle 3: Erwerbsbeteiligung

Datentabelle 2006	Quelle	Stand	insg.	Männer	Frauen	Deutsche	Ausländer!	15-24 J.	25-54 J.	55-64 J.
Hauptwohnbevölkerung (HWB)	Dostat	12/06	585.045	283.801	301.244	511.215	73.830	66.349	253.556	66.241
Erw.fähige Bevölkerung (15-64 J.)	Dostat	12/06	386.146	194.341	191.805	328.536	57.610	66.349	253.556	66.241
Anteil erw.f. Bevölkerung			66,0%	68,5%	63,7%	64,3%	78,0%			
Erwerbspersonen BA	BA	06/06	281.852							
Erwerbspersonen (EP)	MZ	2006	280.000	158.000	122.000	232.000	48.000			
EP/Erwf. Bev.			72,5%	81,3%	63,6%	70,6%	83,3%			
Erwerbstätige (ET)	MZ	2006	235.000	130.000	105.000	201.000	34.000	26.000	185.000	22.000
- dar. Teilzeit	MZ	2006	71.000	16.000	55.000					
ET/Erwf.f.			60,9%	66,9%	54,7%	61,2%	59,0%			
ET/HWB			40,2%	45,8%	34,9%	39,3%	46,1%	39,2%	73,0%	33,2%
Soz.vers.pfl.Beschäftigte (SVB)	LDS	09/06	167.132	93.030	74.102	151.508	15.624	18.072		
- dar. Teilzeit	LDS	09/06	29.972	5.583	24.389	26.456	3.481	2.007	23.869	3.824
SVB/Erwf.f. Bev.			43,3%	47,9%	38,6%	46,1%	27,1%			
SVB/ET			71,1%	71,6%	70,6%	75,4%	46,0%	69,5%		
Teilzeit/SVB			17,9%	6,0%	32,9%	17,5%	22,3%	11,1%		
Selbstständige	MZ	2006	23.000							
Beamte	MZ	2006	14.000							
Geringfügig Beschäftigte	BA	09/06	47.201	18.317	28.884	40.734	6.372	7.718	28.919	6.254
GerBesch/Erwf.f. Bev.			12,2%	9,4%	15,1%	12,4%	11,1%	11,6%	11,4%	9,4%
Arbeitslose	BA	12/06	43.017	23.384	19.633	32.736	10.281	3.759	33.734	5.524
Arbeitslosenquote			15,3%							
Arbeitslose/Erwf.f. Bev.			11,1%	12,0%	10,2%	10,0%	17,8%	5,7%	13,3%	8,3%
Langzeitarbeitslose	BA	12/06	22.965							
Langzeitarbeitslose/Arbeitslose			53,4%							
Langzeitarbeitslose/Erwf.f. Bev.			5,9%							

Quelle: dortmunderstatistik

⁸⁷ Stand: 30.09.06

Ausländer sind häufiger arbeitslos und vergleichsweise selten sozialversicherungspflichtig beschäftigt

Im Hinblick auf die Erwerbsbeteiligung gibt es ganz gravierende Unterschiede zwischen Deutschen und (Pass-)Ausländer/innen. Das beginnt mit dem Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung: Während nur 64,3% der deutschen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren ist, liegt dieser Anteil bei der nicht-deutschen Bevölkerung bei 78,0%, also deutlich höher. Das hat seinen Grund darin, dass nicht nur vergleichsweise wenige Ausländer/-innen im Rentenalter hier leben, sondern seit 1999 auch der größte Teil der Neugeborenen ausländischer Eltern nach der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts als Deutsche geführt wird.

Der Unterschied setzt sich fort in der Erwerbsbeteiligung. Nicht zu den Erwerbspersonen (= Erwerbstätige plus Arbeitslose) zählen fast 30% der deutschen, aber nur 16,7% der nicht-deutschen Erwerbsfähigen. Bei den tatsächlich Erwerbstätigen gibt es diese Differenz nicht: 61,2% der Deutschen und 59,0% der Ausländer/innen zwischen 15 und 64 Jahren sind erwerbstätig. Die Differenz muss daher aus einer unterschiedlichen Arbeitslosigkeit rühren: Tatsächlich beträgt der Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen bei den Deutschen 10%, bei den Ausländern/-innen 17,8%. Menschen mit ausländischem Pass sind also von Arbeitslosigkeit in sehr viel stärkerem Maße betroffen.

Ein weiterer gravierender Unterschied liegt in der Art der Erwerbstätigkeit. Bei den Nicht-Deutschen sind weniger als die Hälfte der Erwerbstätigen (46%) sozialversicherungspflichtig beschäftigt, bei den Deutschen liegt der Anteil um mehr als die Hälfte höher (75%). Ausländer/innen sind also sehr viel weniger in traditionelle Erwerbsstrukturen eingebunden.

Erwerbsquoten bei den unter 25- und über 50-jährigen deutlich niedriger

Besonderes Augenmerk in der Arbeitsmarktdiskussion gilt den Gruppen der Jugendlichen (unter 25 Jahre), für die der Einstieg in die Erwerbstätigkeit nicht immer leicht ist, und der älteren Erwerbstätigen (ab 50 bzw. 55 Jahre) in der Phase des Ausscheidens aus dem Berufsleben.

Der Mikrozensus belegt zunächst, dass diese Randgruppen im Vergleich zur Kerngruppe der 25- bis unter 55-jährigen tatsächlich deutlich weniger erwerbstätig sind. 2006 betrug die Erwerbstätigenrate bei den unter 25-jährigen 39% und bei den 55-jährigen und Älteren 33%. Dagegen waren 73% der 25 bis 54-jährigen erwerbstätig.

Für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegen Altersangaben aktuell für den Monat Juni 2006 vor. Zu diesem Zeitpunkt waren 16.000 unter 25-jährige, 111.500 25 bis 49-jährige und 36.000 50-jährige und ältere Dortmunder/innen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Auf die jeweiligen Altersklassen bezogen sind das 24% der Jugendlichen, 52% der 25 bis 49-jährigen und 34% der Älteren.

Positive Entwicklung gerade im letzten Quartal 2006

Mit der Arbeitsmarktreform 2005 haben sich die Voraussetzungen für die Erfassung von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug grundlegend geändert. Das macht einen längeren Zeitvergleich unmöglich bzw. nicht aussagefähig, so dass der Fokus an dieser Stelle abweichend vom obligatorischen 5-Jahres-Vergleich auf der kurzfristigen Entwicklung zwischen 2005 und 2006 liegt.

Generell ist positiv festzustellen, dass sich die Beschäftigungssituation zwischen 2005 und 2006 etwas entspannt hat. Insbesondere ist die Zahl der Arbeitslosen im Jahresverlauf um rund 5.600 rückläufig. Dem stehen Zuwächse auf Seiten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (+ 1.300) und der geringfügig Beschäftigten (+1.200) gegenüber, die in der Höhe dem Rückgang der Arbeitslosigkeit noch nicht entsprechen, zumal die Zahl der Erwerbspersonen insgesamt gestiegen ist. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Beschäftigtenzahlen noch nicht für das Jahresende vorliegen, sondern nur für September. Der Arbeitslosenzahl ist aber gerade im letzten Quartal ausgeprägt rückläufig (-4.200). Für das Jahresende 2006 sind demzufolge noch bessere Beschäftigtenzahlen zu erwarten⁸⁸.

⁸⁸ Diese Tendenz hält im 1. Halbjahr 2007 weiter an. Die Zahl der Arbeitslosen ist bis Juni nochmals um knapp 3.000 auf 40.110 zurückgegangen.

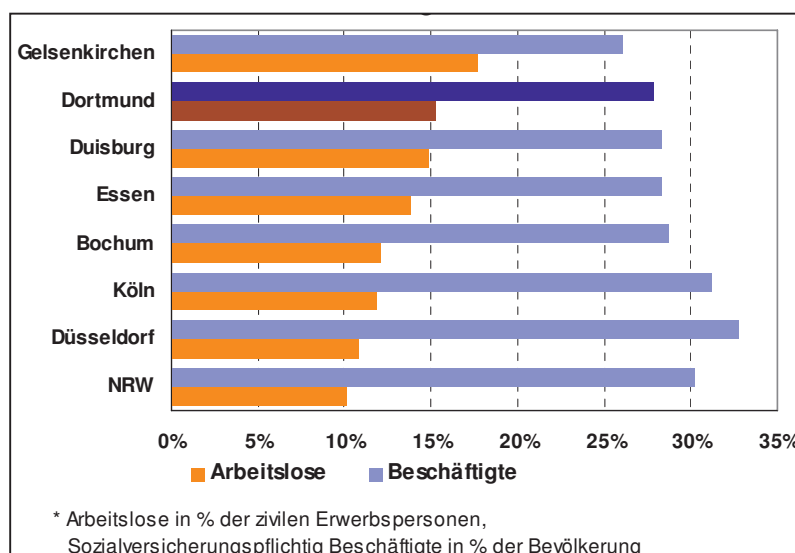
Im Städtevergleich ist die Arbeitslosenquote hoch und der Beschäftigtenanteil niedrig

Sowohl was die Quote der Erwerbstätigen als auch die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten anbelangt, bleibt Dortmund hinter dem Landeswert für Nordrhein-Westfalen spürbar zurück. Nach den (vorläufigen) Ergebnissen des Mikrozensus 2006 liegt der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung (amtliche Einwohnerzahl) in NRW bei 43,2%, in Dortmund bei 40,0%. Um die Landesquote zu erreichen, müsste die Zahl der erwerbstätigen Dortmunder/innen um rund 19.000 höher liegen.

Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist der Abstand (NRW: 30,3%; Dortmund: 27,8%) nicht wesentlich geringer. Hier zeigt sich, dass Dortmund auch in Relation zu anderen Großstädten NRWs vergleichsweise schlechter abschneidet. Lediglich in Gelsenkirchen ist der Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung mit 26,1% noch geringer, dagegen weisen insbesondere Köln (31,3%) und Düsseldorf (32,7%) deutlich höhere Anteile auf. Die Düsseldorfer Quote entspräche mehr als 28.000 zusätzlicher sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in Dortmund.

Die Arbeitslosenzahlen bestätigen diese Unterschiede. Nicht nur im Vergleich zum Land (10,2%), sondern mit Ausnahme von Gelsenkirchen (17,1%) auch im Vergleich zu den anderen Großstädten ist die Dortmunder Arbeitslosenquote von 15,3% hoch. Am günstigsten schneidet Düsseldorf mit 10,9% ab, gefolgt von Köln (11,9%) und Bochum (12,1%). Der Düsseldorfer Wert würde für Dortmund fast 13.000 weniger Arbeitslose bedeuten.

Abbildung 19: Arbeitslosenquote und Beschäftigtenanteil im Städtevergleich*



Quelle: dortmunderstatistik

Sozialräume⁸⁹

Zwischen 34% und 56% Erwerbstätige und zwischen 5% und 24% Arbeitslose

Ein vollständiger Überblick über die Erwerbstätigkeit bzw. Arbeitslosigkeit, der sich schon auf der Ebene der Gesamtstadt schwierig gestaltete, ist auf der Ebene der städtischen Teilräume noch weniger möglich. Gesicherte Daten aus der Statistik der BA liegen lediglich für die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Arbeitslosen vor.

Die Zahl der Selbständigen wurde darüber hinaus auf der Basis der Verteilung im Ergebnis der kleinräumigen Einkommensteuer-Statistik 2001 näherungsweise geschätzt⁹⁰.

⁸⁹ Aus technischen Gründen weichen die Sozialraumbezeichnungen in den entsprechenden Grafiken der Kapitel 7.2 und 7.3 teilweise ab.

⁹⁰ Basis für die Verteilung ist die Zahl der Steuerpflichtigen, die laut kleinräumiger Einkommensstatistik 2001 keine Einkünfte aus abhängiger Tätigkeit hatten. Es wird also unterstellt, dass sich die anteilige Verteilung dieses Personenkreises innerhalb der Sozialräume zwischen 2001 und 2005 nicht verändert hat. Verteilungsmasse ist die Zahl der Selbständigen in Dortmund laut Mikrozensus 2005.

Keine Angaben liegen vor zur kleinräumigen Verteilung der Beamten und der geringfügig Beschäftigten – infolgedessen auch der nicht Erwerbstätigen insgesamt.

In Abbildung 20 sind die drei verfügbaren Gruppen in ihren Anteilen an der erwerbsfähigen Bevölkerung⁹¹ (sortiert nach der Erwerbstätigenquote) für die Sozialräume dargestellt. Generell zeigt sich zunächst erwartungsgemäß ein deutlicher Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit⁹² und Arbeitslosigkeit. Meist gehen also viele Erwerbstätige mit vergleichsweise wenig Arbeitslosen einher und umgekehrt. Dem widerspricht auch nicht, dass einige Sozialräume mit sehr niedrigen Arbeitslosenanteilen (etwa Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemberg, Höchsten/ Holzen/ Syburg und Menglinghausen, auch Barop/ Brünninghausen/ Hombruch) auch relativ geringe Erwerbstätigenquoten aufweisen. Hier dürfte sich das „Fehlen“ der Beamten verzerrend auswirken.

Während in den genannten Teilräumen die Arbeitslosenanteile zwischen 5% und 8% liegen, steigen sie in Hörde und Scharnhorst-Ost auf knapp ein Fünftel, in den drei Sozialräumen der Nordstadt liegen sie sogar noch höher. Am Borsigplatz und am Nordmarkt ist fast jede/r Vierte der 15 bis 64-jährigen arbeitslos. Dem Dortmunder Durchschnitt (12,1%) entsprechende Werte haben die Sozialräume Alt-Scharnhorst und Bövinghausen/ Westrich.

Die höchsten Anteile Erwerbstätiger finden sich in den Brackeler Sozialräumen (Ausnahme: Wickedede), in der südlichen Gartenstadt/ Ruhrallee/ Westfalendamm, in Brechten/ Holthausen, in Sölde/ Sölderholz und im Bereich Westfalenhalle. Hier sind in der Summe 54,8% bis 56,3% der erwerbsfähigen Bevölkerung sozialversicherungspflichtig beschäftigt oder Selbstständige. Die Differenzen zwischen den Sozialräumen sind in der oberen Hälfte nicht besonders stark ausgeprägt. Auch die „mittleren“ Sozialräume Lütgendortmund und Kaiserbrunnen/ Körne/ nördliche Gartenstadt haben noch einen Erwerbstätigenanteil von 51%. Gerade im unteren Drittel werden die Abstände zwischen den Sozialräumen größer. Das gilt wiederum besonders für die drei Teilräume der Nordstadt, die als einzige unterhalb der Schwelle von 40% Erwerbstätigen bleiben, am Nordmarkt und am Borsigplatz bleibt der Anteil sogar bei kaum mehr als einem Drittel.

Das setzt sich bei der Betrachtung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten fort. Am Borsigplatz ist dieser Anteil mit 27,6% nur noch um 2,3%-Punkte höher als der Arbeitslosenanteil. Auch der Nordmarkt (29,6%) und der Hafen (32,8%) fallen schon gegenüber dem nächstfolgenden Gebiet Scharnhorst-Ost (38,6%) deutlich ab. Nur in Asseln ist etwas mehr als die Hälfte der 15 bis 64-jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt (50,4%), Wambel (49,8%) und Brechten/Holthausen (49,4%) kommen knapp an diese Grenze heran. Dem Dortmunder Mittel von 43,2% am nächsten liegt Deusen/ Huckarde mit 43,4%.

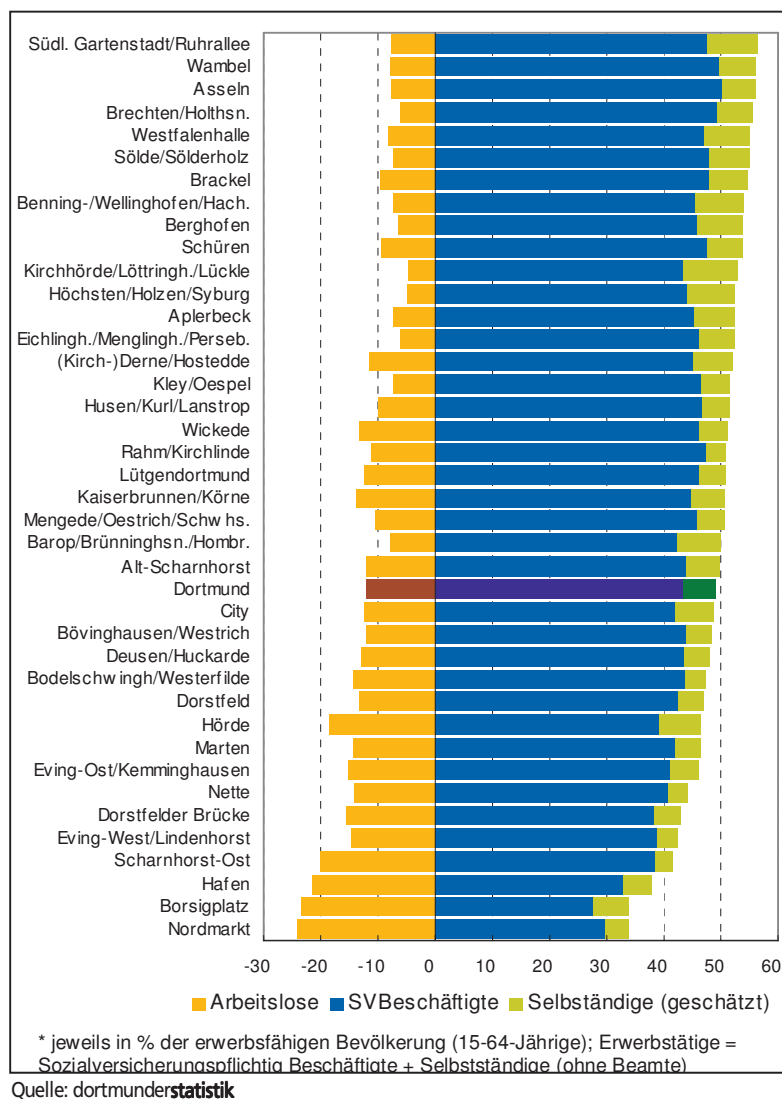
Der Selbstständigen-Anteil zeigt keinen sehr ausgeprägten Zusammenhang mit dem Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter, eher bestätigt sich, dass hohe Selbstständigen-Anteile mit niedrigen Arbeitslosenanteilen einhergehen. Umgekehrt gilt das in der Tendenz auch, hier muss man die Nordstadt jedoch ausnehmen, wo – wohl nicht zuletzt aufgrund der Existenzgründungen von Migranten/Migrantinnen – z.B. am Borsigplatz der Anteil der Selbstständigen sogar über dem Dortmunder Mittel von 6,0% liegt. Am Ende der Skala liegen hier mit Anteilen zwischen 3% und 4% Scharnhorst-Ost, Nette, Bodelschwingh/ Westerfild, Lindenhorst/Eving II und Rahm/ Kirchlinde.

Den höchsten Selbstständigen-Anteil weist mit 9,2% Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemberg auf, dahinter folgen mit je knapp 9 % die südliche Gartenstadt/Ruhrallee/Westfalendamm und Benninghofen/ Hachene/ Wellinghofen/ Wichlinghofen.

⁹¹ Da die Anteile auf die Gesamtpopulation der 15 bis 64-jährigen bezogen sind, liegen sie niedriger als etwa die bekannte Arbeitslosenquote, die den Anteil an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) beschreibt.

⁹² Der Begriff „Erwerbstätigkeit“ beschreibt in diesem Kapitel aus den erwähnten Gründen nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Selbstständige.

Abbildung 20: Anteile Erwerbstätiger und Arbeitsloser 2006*



Generelle Tendenz zu mehr Beschäftigung gilt auch für die allermeisten Sozialräume

Wie in der Gesamtstadt ist auch auf der Ebene der Sozialräume aus den erwähnten Gründen nur der Vergleich des Jahres 2006 mit dem Jahr 2005 (jeweils September) möglich.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 2006 spiegelt sich in generell höheren Beschäftigungs- und niedrigeren Arbeitslosenanteilen wider.

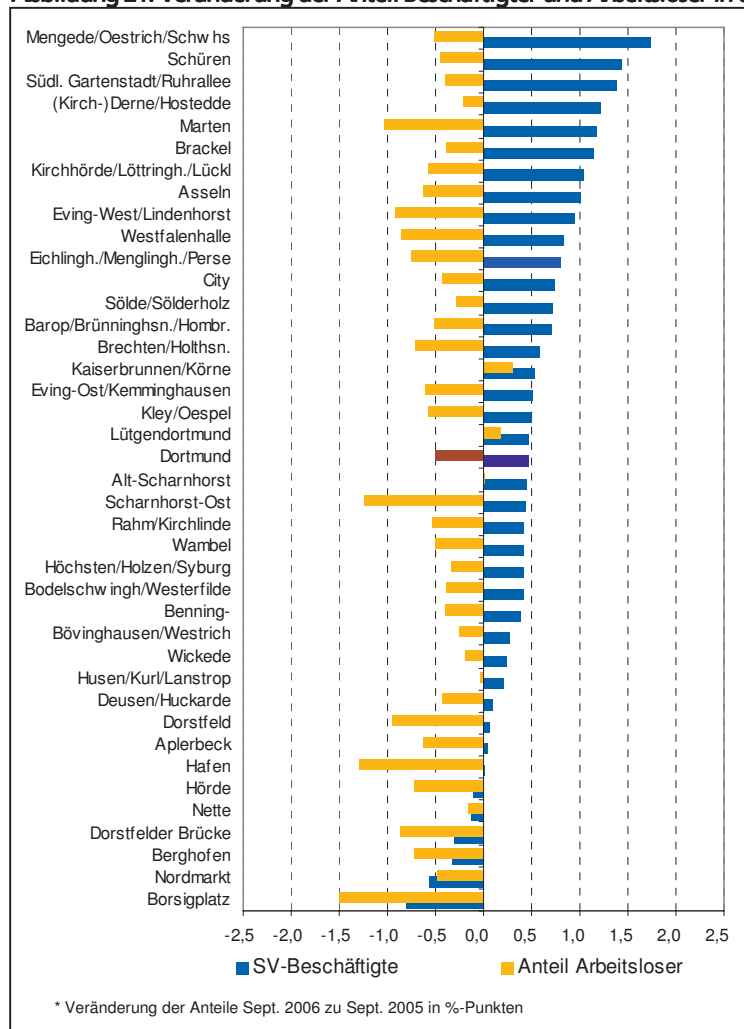
Diese Tendenz gilt, wenn auch in unterschiedlichem Maße, für die allermeisten Sozialräume. Die Anteile sozialversicherungspflichtig Beschäftigter sind insbesondere in Mengede/ Oestrich/ Schwieringhausen (+1,7%-Punkte), in Schüren und im Bereich südliche Gartenstadt/Ruhrallee/Westfalendamm (je +1,4%-Punkte) gestiegen. Insgesamt korreliert der Beschäftigungszuwachs leicht positiv mit dem Ausgangsniveau, d.h., dort wo der Beschäftigtenanteil schon 2005 hoch war, sind auch die relativen Zuwächse in der Tendenz höher und umgekehrt.

Die deutlichsten Rückgänge der Arbeitslosenanteile (zwischen 1%- und 1,5%-Punkte) finden sich am Borsigplatz, am Hafen, in Scharnhorst-Ost und in Marten, allesamt Sozialräume mit einem hohen Ausgangsniveau.

Einige Sozialräume folgen nicht der Regel „mehr Beschäftigte, weniger Arbeitslose“. So sind im Bereich Kaiserbrunnen/ Körne/ nördliche Gartenstadt und Lütgendortmund neben den Beschäftigten- auch die Arbeitslosenanteile gestiegen,

umgekehrt sind insbesondere in den Sozialräumen Dorstfelder Brücke, Berghofen, Nordmarkt und Borsigplatz neben den Arbeitslosen- auch die Beschäftigtenanteile rückläufig. Von Berghofen abgesehen, sind das Teilbereiche, in denen das Beschäftigungsniveau sehr niedrig ist. Sozialräume, in denen 2006 die Arbeitslosigkeit gestiegen und die Beschäftigtenzahlen gesunken wären gibt es nicht (s. Abb. 21).

Abbildung 21: Veränderung der Anteil Beschäftigter und Arbeitsloser in den Sozialräumen 2006/2005*



Quelle: dortmunderstatistik

7.2 Empfänger/innen von Leistungen nach SGB II und SGB XII

Neben der Frage der Erwerbstätigkeit stellt sich die Frage danach, wie viele Dortmunder/innen nicht die Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt mit eigenen Mitteln zu gestalten, sondern auf (meist staatliche) Unterstützung angewiesen sind. Diese Unterstützung erfolgt im Wesentlichen nach dem SGB II (ALG II, Sozialgeld), das im Zuge der Arbeitsmarktreform seit 2005 die ehemalige Sozialhilfe weitgehend abgelöst hat, sowie nach dem SGB XII (Grundsicherung für Ältere, verbleibende Sozialhilfe).

Als beitragsfinanzierte Leistung ist auch das Arbeitslosengeld I zu nennen.

Wichtigste Quelle ist die Statistik der Bundesagentur für Arbeit zum Bezug von SGB II-Leistungen (Arbeitslosengeld II, Sozialgeld) und von Arbeitslosengeld I. Ergänzend sind die kommunalen Statistiken zur Grundsicherung nach dem SGB eingeflossen. Stand ist jeweils Dezember 2006.

Exkurs: Veränderte Rahmenbedingungen in der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) und Sozialhilfe (SGB XII)

Die Abgrenzung in früheren Jahren war geprägt von den Begriffen „Arbeitslosengeld,“ „Arbeitslosenhilfe und „Sozialhilfe.“ Unter dem Begriff Sozialhilfe war häufig oder überwiegend die Hilfe zum Lebensunterhalt inhaltlich angesprochen, sprich: die Menschen, die auf Grund von finanzieller Bedürftigkeit staatlicher Unterstützungsleistungen bedurften. Arbeitslosengeld (Versicherungsleistung) und Arbeitslosenhilfe (nach dem Prinzip der Bedürftigkeit, aber mit Höchstgrenzen anhand des ehemaligen Erwerbseinkommens) waren die Leistungsinstrumente der Arbeitsverwaltung.

Durch die Gesetzgebung über moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ist es zu neuen Begrifflichkeiten und Inhalten gekommen.

Zunächst wurde 2003 die Grundsicherung für Ältere und dauerhaft erwerbsgeminderte Personen (GSiG) geschaffen, die personenbezogen und antragsabhängig angelegt ist. Sie erhielten diese Leistungen anstelle der „Sozialhilfe“ oder genauer: Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem damaligen BSHG (Bundessozialhilfegesetz, 1960). Es erfolgte somit eine Trennung der betreuten Menschen in unter und über 65-jährige (bis auf die dauerhaft, vom Rententräger anerkannten, Erwerbsgeminderten). Auswirkung auf die Inanspruchnahme hatte die Neuregelung dadurch, dass ein Unterhaltsrückgriff für den Regelfall ausgeschlossen ist.

Im Jahr 2005 wurde dann das alte BSHG als SGB XII modifiziert in das Sozialgesetzbuch übernommen und die ehemalige Hilfe zum Lebensunterhalt dort als Kapitel 3 fortgeschrieben.

Zeitgleich wurde die Reform „Hartz IV“ als SGB II in Kraft gesetzt. Danach sind alle Erwerbsfähigen unter 65 Jahren anspruchsberechtigt, die mehr als 3 Stunden arbeitstäglich erwerbstätig sein können und keinen Anspruch auf die beitragsfinanzierte Versicherungsleistung ALG 1 aufgrund des SGB III haben. Im SGB II werden alle Bedarfsgemeinschaftsmitglieder betreut, nichterwerbsfähige Personen erhalten „Sozialgeld“. Faktisch erfolgte hier die Zusammenlegung der alten „Sozialhilfe“, der Hilfe zum Lebensunterhalt mit der alten Arbeitslosenhilfe.

Bei der Anspruchsprüfung von Personen wird somit unterschieden in:

über 65-jährige oder dauerhaft Erwerbsunfähige	SGB XII, Kapitel 4
unter 65-jährige unter 3 Std. arbeitsfähig	SGB XII, Kapitel 3
unter 65-jährige arbeitslos (ALG 1)	SGB III (versicherungsfinanziert)
unter 65-jährige arbeitslos (ALG 2)	SGB II (steuerfinanziert).

In der Zeitreihenbetrachtung ist eine plausible Darstellung auf kommunaler Ebene nicht möglich, da früher teilweise nur die anspruchsberechtigte Person dargestellt wurden (ALG, ALHi, die Familien/ Haushaltsgröße spielte eine untergeordnete Rolle). Heute ist es so, dass im versicherungsfinanzierten Bereich des Arbeitslosengeldes 1 (ALG 1) die versicherten Personen dargestellt werden. Im SGB XII, Kapitel 4, der Grundsicherung für Ältere wird ebenfalls die individuelle Person betrachtet. Dagegen wird im Bereich des ALG 2 (SGB II) und der Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII, Kapitel 3) immer die gesamte Bedarfsgemeinschaft mit ihren bedürftigen Personen betreut und dargestellt. Leistungen erfolgen nur bei Bedürftigkeit und nach den Grundsätzen der Nachrangigkeit.

Gesamtstadt

Die Bundesagentur für Arbeit weist für Dezember 2006 in Dortmund insgesamt 85.600 SGB II- Leistungsempfänger/innen⁹³ aus. Hinzu kommen 7.000 Grundsicherungs-, 900 Sozialhilfeempfänger/innen und 1.200 Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen. In der Summe liegt der Anteil der Hilfeempfänger/innen also bei rund 94.700, das entspricht 16,2% der Bevölkerung. Rechnet man die 8.700 Empfänger/innen von Arbeitslosengeld I hinzu, ergeben sich 103.400 Hilfeempfänger/innen (= 17,7% der Bevölkerung). Damit ist mehr als jede sechste Dortmunder Person auf Transferleistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes angewiesen.

⁹³ Es handelt sich hier um „endgültige“ Zahlen (= Ergebnisse nach einer Wartezeit von drei Monaten). Die BA veröffentlicht vorweg monatlich auch vorläufige Zahlen, die aber, da die aktuellen Bearbeitungsfälle nicht berücksichtigt werden können, meist deutlich niedriger liegen.

Männer sind häufiger auf SGB II-Leistungen angewiesen als Frauen

Gemessen am Bezug von SGB II- bzw. SGB XII-Leistungen sind Frauen in Dortmund nicht stärker von Armut betroffen als Männer. 47.300 Männer (16,7%) und 47.400 Frauen (15,7%) bekommen entsprechende Transfers. Vor allem bei den SGB II-Leistungen ist der Bevölkerungsanteil bei den Männern mit 15,3% höher als bei den Frauen mit 14,1%. Nur auf Grundsicherung im Alter sind Frauen (4,5% der Frauen im Alter von 65 und mehr Jahren) stärker angewiesen als Männer (3,7%).

Ausländer/innen sind in deutlich stärkerem Maße von Transferleistungen abhängig als Deutsche

Das Risiko, von staatlicher Unterstützung abhängig zu werden, ist für Ausländer/innen in Dortmund ungleich größer als für Deutsche. Mehr als jede/r dritte Dortmunder/in ohne deutschen Pass bekommt Leistungen zur Grundsicherung nach SGB II oder SGB XII, bei den Deutschen liegt der Anteil bei lediglich 13%, also bei kaum mehr als einem Drittel dieses Wertes. Die Differenz ist bei SGB II-Leistungen (32,3% gegenüber 12,1%) wie bei der Grundsicherung nach SGB XII (3,2% gegenüber 0,9%, jeweils bezogen auf die Gesamtbevölkerung) ähnlich ausgeprägt.

Kinder häufig von Armut betroffen

Unterschiedliche Altersgruppen sind in unterschiedlichem Maße auf Hilfe angewiesen. Besonders hoch ist die Quote bei den Kindern unter 15 Jahren. Rund 23.000 Kinder bezogen Ende des letzten Jahres Sozialgeld (also SGB II-Leistungen für nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige). Rechnet man geschätzt 500 Kinder mit Grundsicherungsanspruch und rund 400 Asylbewerber/innen hinzu, ergibt sich eine Hilfeempfänger/innen-Quote von 30,2%. Drei von zehn Dortmunder Kindern leben also in Familien ohne oder ohne ausreichendes Erwerbseinkommen.

Auch die erwerbsfähige Bevölkerung ist zu beträchtlichen Teilen auf Hilfe angewiesen. So bezogen insgesamt 62.600 15 bis unter 65-jährige SGB II-Leistungen. Fast alle sind als erwerbsfähige Hilfebedürftige eingestuft, auch wenn nur jede/r Zweite (31.300) arbeitslos gemeldet war. Zu beachten ist, dass rund 9.200 Dortmunder/innen als Erwerbstätige SGB II-Leistungen in Anspruch nehmen (müssen), also ein Einkommen haben, das – gemessen an der Grundsicherung – für den Lebensunterhalt nicht ausreicht⁹⁴. Das betrifft zu etwa 40% sozialversicherungspflichtige und zu 60% geringfügige Beschäftigungsverhältnisse. Unter Berücksichtigung von 900 nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen verbleiben 21.200 erwerbsfähige, aber nicht erwerbstätige Hilfebedürftige. Auf Hilfen angewiesen sind des Weiteren 1.500 Grundsicherungs- und 800 Sozialhilfeempfänger/innen nach dem SGB XII sowie 800 Asylbewerber/innen. Addiert man dazu schließlich die 8.700 Arbeitslosen mit Bezug von Arbeitslosengeld I, ergeben sich in der Summe rund 74.400 Personen im erwerbsfähigen Alter mit Transferbezug. Das entspricht 19,3 % der 15 bis 64-jährigen Dortmunder/innen.

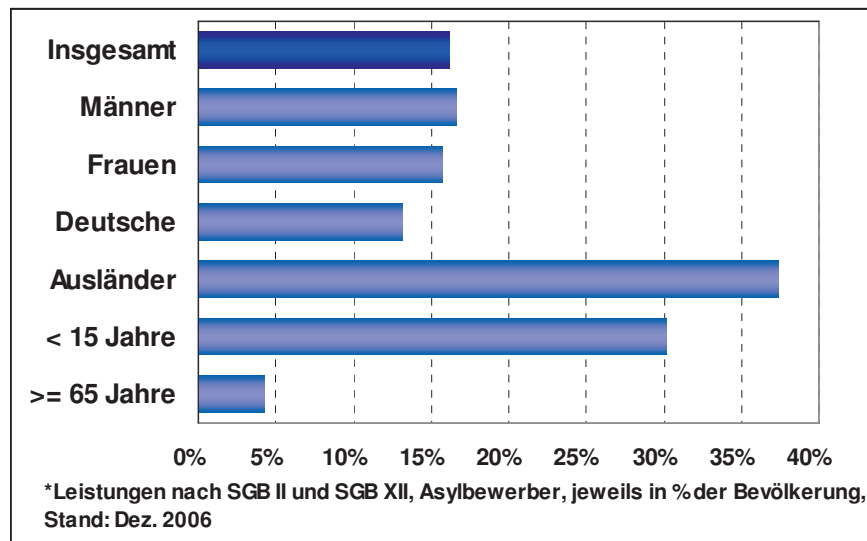
Im Vergleich dazu spielen Unterstützungsleistungen für ältere Menschen gegenwärtig eine geringere Rolle. Nicht mehr als rund 5.000 über 64-jährige (=4,2% der Altersgruppe) erhielten Ende 2006 Leistungen zur Grundsicherung im Alter⁹⁵. Angesichts verbreiteter prekärer Arbeitsverhältnisse und ungenügender sozialer Absicherung der heute Erwerbstätigen warnen aber Fachleute schon heute vor der Gefahr, dass die Altersarmut zukünftig wieder ansteigt – einmal mehr insbesondere für Frauen⁹⁶.

⁹⁴ Dieser Wert ist geschätzt aufgrund einer Analyse, die von der BA für den Monat Mai 2006 vorgelegt wurde. Die Werte wurden analog zur Entwicklung der Gesamtzahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen hochgerechnet.

⁹⁵ Möglicherweise ist damit das Ausmaß der Altersarmut nicht hinreichend beschrieben. Es bleibt offen, inwieweit gerade ältere Menschen auch weiterhin ihr Anrecht auf finanzielle Unterstützung nicht in Anspruch nehmen (Dunkelziffer).

⁹⁶ So z.B. der Sozialbericht NRW 2007, S. 276

Abbildung 22: Empfängerquoten für Teilgruppen*



Quelle: dortmunderstatistik

2006 mehr Personen, aber weniger Bedarfsgemeinschaften im SGB II-Bezug als im Vorjahr

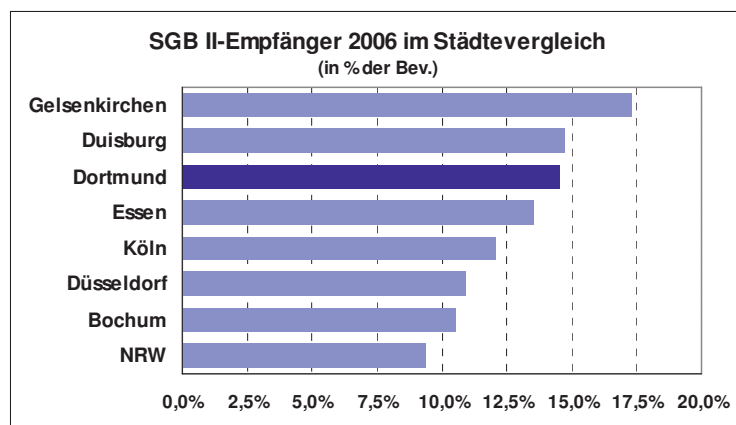
Die Anzahl der Transferleistungsempfänger/innen hat 2006 in allen Segmenten leicht zugenommen. Die Steigerungsraten liegen beim SGB II-Bezug bei 0,4% (+2.100), bei der Sozialhilfe bei 0,03% (+200) und bei der Grundsicherung bei 0,1% (+500). Insgesamt wurden also Ende 2006 rund 2.800 mehr Dortmunder/innen unterstützt als ein Jahr vorher (ohne Leistungen für Asylbewerber/innen). Das bedeutet einen Anstieg um 0,5%-Punkte auf 16,0% der Bevölkerung. Strukturelle Unterschiede, die auf eine besondere Betroffenheit einzelner Gruppen schließen ließen, sind nicht zu beobachten.

Auffällig ist, dass trotz der gestiegen Personenzahl die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im SGB II-Bezug 2006 in einer Größenordnung von 2000 zurückgegangen ist. Das geht allein zu Lasten der Einpersonenhaushalte (-3.200); dem gegenüber steht ein Anstieg bei den drei- und mehr Personenhaushalten (+1.300). Die Erschwerung des Auszugs lediger Kinder könnte sich hierin widerspiegeln.

9,4% der Bewohner/innen Nordrhein-Westfalens beziehen Leistungen nach dem SGB II. Die Werte für die Großstädte liegen ausnahmslos und zum Teil deutlich über dieser Quote. Gelsenkirchen, wo 17,3% der Bevölkerung auf eine entsprechende Unterstützung angewiesen sind, liegt am untersten Ende der Skala. Unter Berücksichtigung der Grundsicherung nach SGB XII dürfte mehr als jede/r fünfte Einwohner/in Gelsenkirchens Grundsicherungsleistungen erhalten. In der Rangliste der SGB II-Empfänger/innen folgen Duisburg mit 14,7% und Dortmund mit 14,6%.

Nach Essen (13,6%) folgen die rheinischen Großstädte Köln (12,6%) und Düsseldorf (11,9%). Von den hier betrachteten Großstädten schneidet Bochum mit einem Anteil von 10,5% am besten ab. Um eine solche Quote zu erreichen, müsste Dortmund rund 24.000 SGB II-Empfänger/innen abbauen, schon der Essener Anteil bedeutete rund 6.000 Unterstützte weniger (s. Abb. 23).

Abbildung 23: SGB II-Empfänger/innen 2006 im Städtevergleich (in % der Bevölkerung)



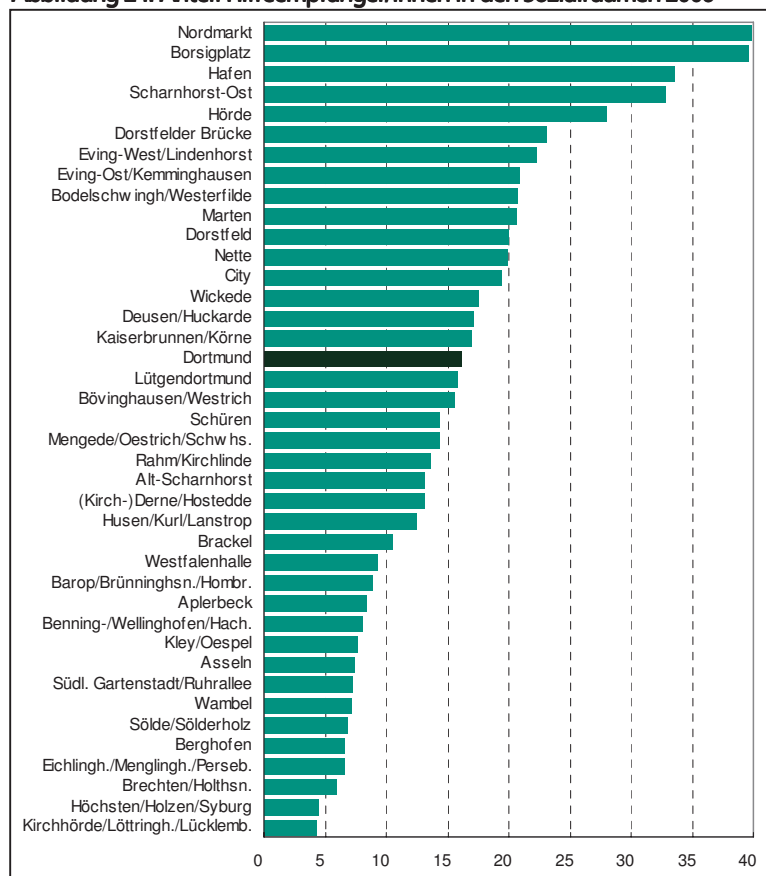
Quelle: dortmunderstatistik

Sozialräume

Anteil der Hilfeempfänger/innen schwankt in Sozialräumen zwischen 4% und 40%

Die Anteile dieser Hilfeempfänger/innen, die in Abbildung 24 dargestellt sind, sind ein weiterer Beleg für das große Gefälle im materiellen Lebensunterhalt zwischen den Sozialräumen. Während in Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemberg und Höchsten/ Holzen/ Syburg nur je 4% der Bevölkerung Unterstützungsleistungen beziehen, sind das am Borsigplatz und am Nordmarkt mit je 40% zehn Mal so viele. Die über Jahre verfestigte Arbeitslosigkeit wirkt sich hier nachdrücklich aus.

Abbildung 24: Anteil Hilfeempfänger/innen in den Sozialräumen 2006*



* SGBII (ALG II, Sozialgeld) + Grundsicherung + Hilfe zum Lebensunterhalt (SGBXII, Asylbewerber), in % der Bevölkerung, Stand: Dez. 2006

Nicht viel besser sieht es in Scharnhorst-Ost und am Hafen aus, wo jeweils jede dritte Person entsprechend unterstützt wird. Auch Hörde liegt mit einem Anteil von 28% weit über dem Durchschnitt, den etwa die Teilräume Wickede, Deusen/ Huckarde, Kaiserbrunnen/ Körne/ nördliche Gartenstadt und Lütgendortmund mit Anteilen zwischen 16% und 17% repräsentieren. Zwölf Sozialräume von Brechten/Holthausen bis Westfalenhalle liegen mit Anteilen von 6% bis 9% vergleichsweise günstig.

In den allermeisten Teilräumen ist die Zahl der Leistungsempfänger /innen 2006 gestiegen

Der Anstieg der Quote der Transferempfänger/innen von 15,7% auf 16,2% im letzten Jahr spiegelt sich auch in den allermeisten Sozialräumen wider.

Nur in vier der 39 Teilräume sind die Anteile 2006 rückläufig, am deutlichsten in Bövinghausen/ Westrich mit einem Rückgang um 1,5 %-Punkte auf 15,5%. Auch Marten, Deusen/Huckarde und Brechten/Holthausen verzeichnen eine leicht positive Entwicklung. Die Steigerungsraten in den übrigen Sozialräumen sind zum überwiegenden Teil moderat und weichen nicht sehr vom städtischen Wert ab.

Sieben Sozialräume allerdings weisen Steigerungsraten um mehr als 1%-Punkt auf. Mit Ausnahme von Schüren, das mit einem Anstieg um 2%-Punkte die relativ größte Veränderung verzeichnet, handelt es sich dabei um Teilräume, die schon ein überdurchschnittliches Ausgangsniveau von 20% oder mehr aufweisen. Es sind dies die City, Nette, Bodelschwingh / Westerfilde und auch die drei Sozialräume der Nordstadt.

Ungeachtet dessen ist der Zusammenhang zwischen Ausgangsniveau und Veränderung insgesamt nur mäßig ausgeprägt.

7.3 Einkommen

Angaben zur Höhe der Einkommen liegen aus verschiedenen Quellen vor. So wird im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR)⁹⁷ das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ermittelt. Es erlaubt aufgrund der bundesweit einheitlichen Methodik zuverlässige Zeit- und Regionalvergleiche, liegt aber nur mit einem Zeitverzug von etwa 20 Monaten vor, die Ergebnisse für 2005 sind Ende Juli 2007 veröffentlicht worden⁹⁸.

Einen noch größeren Zeitverzug gibt es – u. a. aufgrund der langen Erklärungsfristen – bei der Auswertung der Lohn- und Einkommensteuerstatistik. Der aktuelle Datenstand ist hier 2001, dafür liegen die Daten kleinräumig vor, erlauben also die Unterscheidung etwa nach Sozialräumen. Die versteuerten Einkommen sind lückenlos erfasst, dagegen fehlen nicht zu versteuernde Einkünfte etwa in Form von Transferzahlungen. Diese Transferzahlungen sind wiederum, jedenfalls soweit es das SGB II betrifft, detailliert und zeitnah durch die Bundesagentur erfasst und werden ebenfalls kleinräumig zur Verfügung gestellt.⁹⁹

Als letzte wesentliche Quelle für Hinweise zum Einkommen ist der Mikrozensus zu nennen. Die Ergebnisse liegen vergleichsweise aktuell, aber nur bis zur Ebene der Gesamtstadt, vor. Zudem sind die Einkommen in der Tendenz systematisch untererfasst (bewusst oder unbewusst verschwiegene Nebeneinkommen). Unter der Annahme, dass die Einkommensverteilung zuverlässig abgebildet wird, können die Werte zur Berechnung relativer Größen, wie etwa Armuts(risiko)- und Reichtumsquoten, verwendet werden.

⁹⁷ Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung enthält im Wesentlichen die Berechnung des Bruttoinlandsproduktes, der Erwerbstätigenzahlen und der Einkommen. Sie wird jährlich von einem Arbeitskreis des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter erstellt. Daten für Kreise und kreisfreie Städte liegen mit einem Zeitverzug von etwa 15 (Erwerbstätige) bis 20 (Einkommen) Monaten vor.

⁹⁸ Die Berechnung der verfügbaren Einkommen für die privaten Haushalte im Rahmen der VGR ist für 2005 (auch rückwirkend) revidiert worden. Die ermittelten Werte liegen z.T. im zweistelligen Prozentbereich niedriger als die bisher veröffentlichten Angaben.

⁹⁹ Die kleinräumige Datenbereitstellung für Stadtteile setzt eine sog. abgeschottete Statistikstelle nach § 16 des Bundesstatistikgesetzes voraus. Geplant ist für diese Statistikstellen (gegen Entgelt) die Bereitstellung anonymisierter Einzeldaten.

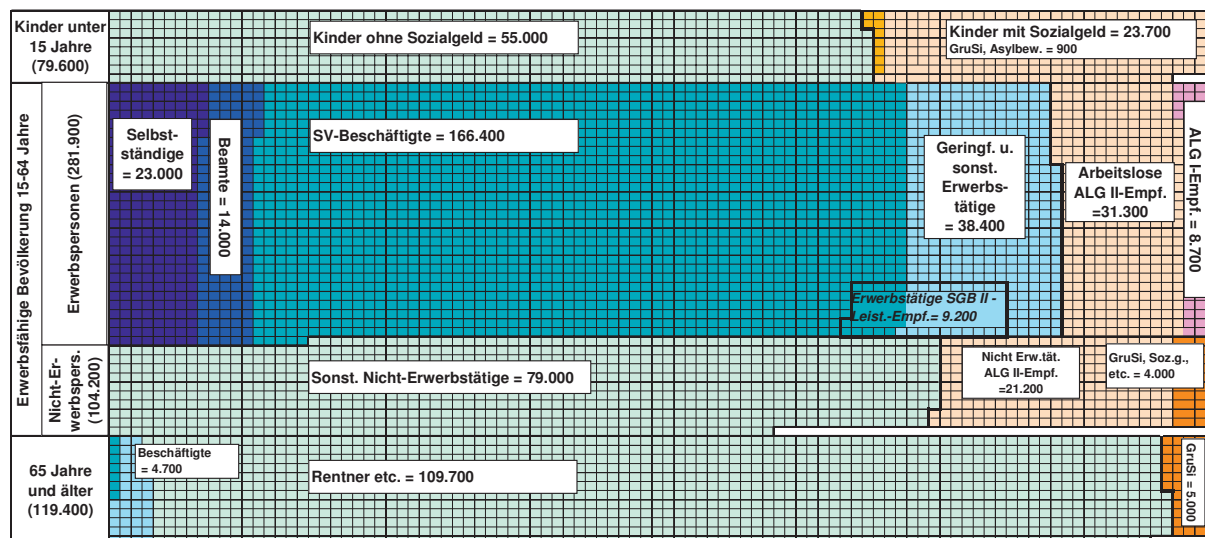
Eine Übersicht zum Lebensunterhalt

Bevor die Einkommenssituation beschrieben wird, ist in der folgenden Übersicht noch einmal dargestellt, wie die Dortmunder/innen ihren Lebensunterhalt bestreiten. Sie bildet die Mengenverhältnisse zwischen den einzelnen Gruppen, wie etwa den Transfer- und Nicht-Transferbeziehern realistisch ab (1 Kästchen entspricht 100 Personen).

Diese Darstellung fasst die Analysen der vorherigen Kapitel 9.1 und 9.2 zusammen. Demnach lässt sich für Ende 2006 feststellen:

- 238.900 Dortmunder/innen waren erwerbstätig (darunter 167.100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie etwa 23.000 Selbstständige und 14.000 Beamte). Das entspricht 40,8 % der Bevölkerung.
- 103.500 Dortmunder/innen waren auf staatliche oder beitragsfinanzierte Transferleistungen (ohne Renten) angewiesen (u.a. 85.700 SGB II, 8.700 ALG I). Das entspricht 17,7 % der Bevölkerung. Bei den unter 15-jährigen Kindern lag dieser Anteil bei 30,2% (ohne Kinder in ALG I-Haushalten).
- 9.200 Dortmunder/innen waren erwerbstätig, mussten aber aufgrund niedriger Einkommen zusätzlich SGB II-Mittel in Anspruch nehmen.
- In der Bilanz ergeben sich danach rund 242.600 Personen (=41,5 %), die weder erwerbstätig noch Transferbezieher/innen waren. Dazu gehören neben 55.200 Kindern und rund 110.000 Rentner/innen knapp 80.000 Menschen im erwerbsfähigen Alter, die zu großen Teilen ihren Lebensunterhalt durch Angehörige, zu kleineren Teilen auch durch Vermögen bestreiten dürften.

Abbildung 25: Dortmunder/innen und ihr Lebensunterhalt



Dortmunder/innen haben 2005 fast 10 Mrd. Euro verfügbares Einkommen

Die aktuelle Berechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) weist für die privaten Haushalte in Dortmund im Jahr 2005 ein Durchschnittseinkommen von 16.400 Euro pro Einwohner aus (verfügbares Einkommen)¹⁰⁰. Berücksichtigt sind dabei Erwerbs-, Vermögens- und Transfereinkommen. In der Summe verfügen die Dortmunder/innen damit über ein Jahreseinkommen von 9,64 Milliarden Euro.

¹⁰⁰ Als verfügbares Einkommen wird das Einkommen aus Erwerb und Vermögen bezeichnet, dass den privaten Haushalten nach Saldierung der geleisteten (Steuern etc.) und der empfangenen (Transferzahlungen etc.) Leistungen für Verbrauch und Ersparnis zur Verfügung steht.

Aussagekräftiger als die generellen Werte (auf die sich die VGR beschränkt) sind Angaben zur Einkommensverteilung. Wie viele Dortmunder/innen verdienen verhältnismäßig viel – und wie viele eher wenig? Anknüpfend an den vorherigen Abschnitt steht hier die letztgenannte Gruppe am Anfang.

Die Beschreibung der von staatlichen Transferleistungen abhängigen Personengruppen in Dortmund erlaubt bereits wesentliche Rückschlüsse auf die Zahl der Dortmunder/innen, die nur vergleichsweise geringe Einkommen haben. Danach verfügten Ende letzten Jahres rund 94.000 Betroffene über nicht mehr als eine notwendige Grundabsicherung, rund 8.700 weitere liefen als ALG I-Empfänger/innen Gefahr, ebenfalls in diese Lage zu geraten. Das sind in der Summe 17,6% der Bevölkerung, eine erste „Armuts(risiko)quote“ für Dortmund.

Angaben zur Höhe der Einkünfte liegen für die Empfänger/innen von SGB II-Leistungen (ALG II, Sozialgeld) vor. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit belief sich das Gesamtvolumen der SGB II-Leistungen in Dortmund im Dezember 2006 auf rund 41 Mio. Euro. Das bedeutet durchschnittliche Leistungen von 947 Euro pro Bedarfsgemeinschaft bzw. 479 Euro pro Person. Die größten Teilleistungen sind dabei das Arbeitslosengeld II mit 371 Euro (=39,2%) und die Kosten für Unterkunft mit 341 Euro (=36,0%) pro Bedarfsgemeinschaft.

LDS: Armutsrisiko in Dortmund zwischen 14,5% bis 17,4%

Eine Sonderauswertung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NRW auf Basis des Mikrozensus 2005 ermittelt für Dortmund in Abhängigkeit von den zu Grunde liegenden Annahmen¹⁰¹ Armutsrisikoquoten zwischen 14,5% und 17,4%, orientiert jeweils am Dortmunder Einkommensniveau. Gemessen am insgesamt höheren Einkommensniveau auf Landesebene ergeben sich sogar Armutsrisikoquoten zwischen 17,1% und 20,5%. Nach diesem Maßstab wäre also jede/r fünfte Dortmunder/in arm oder von Armut bedroht.

Nach der am weitesten verbreiteten Berechnung¹⁰² liegen die Armutsschwellen in Dortmund u. a. für einen Einpersonenhaushalt bei 584 Euro, für einen Zweipersonenhaushalt bei 992 Euro und für einen Vierpersonenhaushalt mit zwei minderjährigen Kindern bei 1.576 Euro. 16,1% der Dortmunder/innen leben in Haushalten, in denen die Schwellenwerte nach dieser Berechnung unterschritten werden. Das sind rund 94.000 Personen, die Zahl liegt damit etwas höher als die der Empfänger/innen von Leistungen nach SGB II bzw. XII Ende 2005 (91.800).

Die Auswertung des LDS NRW zeigt auch, dass das Risiko, arm zu werden, nicht auf Erwerbslose beschränkt ist: auch in Haushalten mit mindestens einer erwerbstätigen Person liegt das Armutsrisiko bei etwa 10%. Erwerbstätigkeit schützt also nicht in jedem Fall vor Armut. Darauf hatten ja auch rund 9.000 Erwerbstätige mit zusätzlichen SGB II-Leistungen bereits hingedeutet (s. Übersicht Lebensunterhalt).

In einem engen Zusammenhang mit Armut steht auch das Problem der Überschuldung bzw. der Privatsolvenz als deren extremer Ausprägung. 2005 hat es in Dortmund 830 Verbraucherinsolvenzen gegeben, fast sechs Mal mehr als noch fünf Jahre zuvor (148). Auch der Privatverschuldungsindex der SCHUFA deutet auf hohe Verschuldungsrisiken hin: unter den 439 Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland belegt Dortmund lediglich den 388. Rang¹⁰³. 5,9% der Dortmunder/innen wird ein hohes Verschuldungsrisiko zugeschrieben¹⁰⁴.

¹⁰¹ Dabei spielen mehrere Variablen eine Rolle. Das sog. Haushaltsäquivalenzeinkommen, das die Abhängigkeit der Lebenshaltungskosten von der Haushaltsgröße berücksichtigt, kann aufgrund unterschiedlicher Gewichte für die einzelnen Haushaltsmitglieder errechnet werden (Personen ab 14 J. 0,7 bzw. 0,5, Personen unter 14 J. 0,5 bzw. 0,3). Als Bezugsgröße sind 50% des arithmetischen Mittels oder 60% des Medians (mittlerer Wert einer aufsteigend sortierten Folge von Messwerten) gebräuchlich. Schließlich sind unterschiedliche regionale Bezugsgrößen (Stadt, Land, Bund) möglich.

¹⁰² 50% des arithmetischen Mittels, Gewichtung Personen ab 14 J. 0,7, < 14 J. 0,5, Dortmunder Einkommensniveau

¹⁰³ SCHUFA Holding AG 2006, S. 85 (<http://www.schulden-kompass.de/deutschlandkarte/index.php>, 14.05.07)

¹⁰⁴ ebenda

Angaben zum Einkommen insbesondere der Erwerbstätigen erlaubt die Auswertung der Lohn- und Einkommensteuerstatistik¹⁰⁵. Sie liefert für die Städte und Gemeinden vergleichsweise differenzierte Aussagen zur Einkommenssituation der Steuerzahler/innen. Dazu gehört eine Aufschlüsselung nach Einkommensklassen. Danach hatten 2001 von insgesamt 197.400 Steuerpflichtigen¹⁰⁶ fast ein Drittel (63.000) Einkünfte von nicht mehr als 15.000 Euro. Diese Gruppe ist aber sicherlich nicht pauschal als „arm“ einzustufen, da es sich zumindest teilweise um Aushilfsjobs von Schülern/-innen, Studenten/Studentinnen etc. handeln dürfte, die deren Lebensunterhalt nicht vollständig abdecken müssen. Zwischen 15.000 und 25.000 Euro haben 2001 fast 36.500 Steuerzahler/innen (=18,5%) verdient, zwischen 25.000 und 50.000 Euro der größte Teil mit 67.100 (= 34%).

¹⁰⁵ Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS NRW) 2001a

¹⁰⁶ Zu bedenken ist, dass Steuerpflichtige nicht identisch mit Personen sind. Gemeinsam veranlagte Ehegatten sind ein Steuerpflichtiger. Die Personenzahl liegt etwa um die Hälfte höher als die der Steuerpflichtigen.

Exkurs: Schuldnerberatung

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Schuldnerberatung sind im Zusammenhang mit der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) und im Rahmen der Sozialhilfegewährung im Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) festgelegt.

Anspruchsgrundlage für Leistungsberechtigte nach dem SGB II ist § 16 Abs. 2 SGB II. Unter Berücksichtigung dieser Rechtsgrundlage **kann** Schuldnerberatung erbracht werden, wenn sie zur Eingliederung des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in das Erwerbsleben erforderlich ist.

Für die Leistungsberechtigten nach dem SGB XII richtet sich der Anspruch auf Schuldnerberatung nach § 11 Abs. 5 SGB XII. Bei diesem Personenkreis ist zunächst auf die Beratung und Unterstützung von Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, von Angehörigen der rechtsberatenden Berufe und von sonstigen Stellen hinzuweisen. Ist darüber hinaus die weitere Beratung durch eine Schuldnerberatungsstelle oder andere Fachberatungsstellen geboten, ist auf ihre Inanspruchnahme hinzuwirken. Angemessene Kosten einer Beratung **sollen** übernommen werden, wenn eine Lebenslage, die Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt erforderlich macht oder erwarten lässt, sonst nicht überwunden werden kann. In anderen Fällen **können** die Kosten übernommen werden.

Zusätzlich sichern zahlreiche spezialgesetzliche Regelungen den Schuldnerschutz, so z.B.

- die Zivilprozessordnung (ZPO) oder
- die Insolvenzordnung über Bestimmungen
 - zu Pfändungsfreigrenzen,
 - zur Verbraucherinsolvenz und
 - zum Kontopfändungsschutz.

Der Gesetzgeber plant eine Verbesserung des Kontopfändungsschutzes; zukünftig sollen Kontoguthaben in Höhe des maßgeblichen Pfändungsfreibetrages nicht mehr der Pfändung unterliegen.

Diese umfassende Absicherung führt dazu, dass im Leistungsbereich des SGB XII in den zuständigen Sozialbüros praktisch kaum Schuldnerberatung nachgefragt wird. Das liegt auch an den angeführten gesetzlichen Voraussetzungen. Schuldnerberatung unter dem Dach der Sozialhilfe kommt nur in Betracht, wenn dadurch die bestehende Hilfebedürftigkeit beseitigt werden kann. Das wird bei dem aktuellen Spektrum der Leistungsberechtigten faktisch nicht möglich sein.

Für die erforderlichen Beratungen im Leistungsbereich des SGB II gibt es in Dortmund Vereinbarungen mit Schuldnerberatungsstellen bis zum Jahr 2009, wonach die erforderlichen Beratungen vom Diakonischen Werk, dem Sozialdienst katholischer Männer und dem Planerladen in Kooperation mit der JobCenter ARGE durchgeführt werden.

Die Finanzierung der nach den gesetzlichen Bestimmungen erforderlichen Schuldnerberatung erfolgt aus Mitteln der Stadt Dortmund sowie einer komplementären Beteiligung des Sparkassenfonds NRW und der Sparkasse Dortmund.

„Reiche“ gibt es auch – aber nur 5% bis 8%

Verlässlichere Angaben als zu den wenig Verdienenden liefert die Einkommensstatistik zu den besser Verdienenden, da davon auszugehen ist, dass diese Gruppe (nahezu) vollständig erfasst ist. So weist die Statistik knapp 28.000 (14,2%) Dortmunder Steuerzahler/innen mit Einkünften (brutto) zwischen 50.000 und 125.000 Euro aus, weitere 2.800 (1,4%) hatten sogar noch mehr Einkünfte zu versteuern und dokumentieren, dass auch eine nennenswerte Zahl von Haushalten mit höheren Einkommen in Dortmund lebt.

Anteile vergleichsweise reicher Menschen lassen sich analog zu den Armutsquoten auch auf Basis des Mikrozensus berechnen. Üblicherweise werden als „reich“ die Personen in Haushalten eingestuft, die über ein Einkommen verfügen, das mehr als doppelt so hoch wie der Durchschnitt ist. In Dortmund führt das je nach Berechnung der Haushaltsäquivalenzeinkommen zu Anteilen von 5 bis 8% (bzw. Monatseinkommen von mehr als 2.000 bis 2.688 Euro je Haushalt).

Nominal leichter Anstieg der Durchschnittseinkommen in den letzten fünf Jahren

Eine Differenzierung der Einkommensangaben nach Strukturmerkmalen (Alter, Staatsangehörigkeit etc.) ist nicht möglich. Da der Anteil der SGB II- bzw. SGB XII-Empfänger/innen aber als zuverlässiger Indikator für prekäre Einkommenssituationen gelten kann, ist sicher anzunehmen, dass Kinder, Frauen und Nicht-Deutsche in besonderem Maße von Armut betroffen bzw. bedroht sind (vgl. Kap. 9.2), auch wenn die Einkommensunterschiede zu den Vergleichsgruppen in ihrer Höhe nicht beschrieben werden können.

Ein Zeitvergleich kann zunächst auf der Basis der VGR erfolgen. Danach ist das verfügbare Einkommen der Dortmunder/innen zwischen 2000 und 2005 pro Kopf von 15.289 auf 16.400 Euro, also um 7,3% (bzw. 635 Mio. Euro), gestiegen. Auch der Mikrozensus ermittelt in der Tendenz steigende Einkommen. Zwischen 2000 und 2005 ist danach der Anteil von Haushalten mit einem Einkommen unter 900 Euro von 20,4% auf 16,9% zurück gegangen, in gleichem Maße, von 18,6% auf 22,3%, gestiegen ist der Anteil der Haushalte mit einem Einkommen von mehr als 2.600 Euro. Mit diesen nominalen Anstiegen gehen aber steigende Lebenshaltungskosten einher. So sind die Verbraucherpreise in NRW zwischen 2000 und Mitte 2005 um 7,9% gestiegen, also sogar etwas stärker als die Einkommen¹⁰⁷.

Die SGB II-Leistungen waren im Dezember 2006 um etwa 350.000 Euro niedriger als im gleichen Vorjahresmonat, pro Bedarfsgemeinschaft sind die Leistungen aber um 35 Euro gestiegen. 80% dieses Zuwachses entfallen auf höhere Kosten für die Unterkunft.

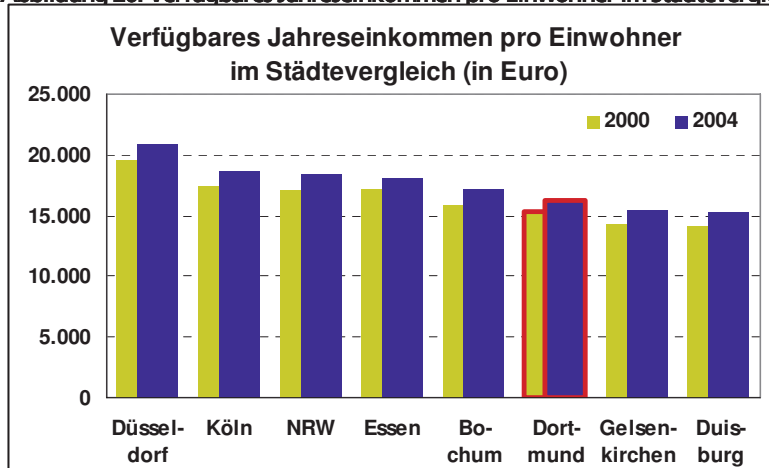
Das Dortmunder Einkommensniveau liegt unter dem von Düsseldorf, Köln und Essen, aber höher als in Gelsenkirchen und Duisburg

Auch für den Städtevergleich können zunächst die verfügbaren Einkommen aus der VGR betrachtet werden. Danach lag das Pro-Kopf-Einkommen in Dortmund 2005 um 12% unter dem Landesdurchschnitt, auch der Anstieg seit 2000 ist in NRW mit 9,4% höher als in Dortmund mit 7,3%. Von Gelsenkirchen und Duisburg abgesehen, ist das Einkommensniveau in den Vergleichsstädten ebenfalls höher. Das gilt insbesondere für die Düsseldorfer, die 2005 im Durchschnitt mehr als 21.000 Euro verdient haben, fast 30% mehr als die Dortmunder/innen.

Zwischen 2000 und 2005 sind die Pro-Kopf-Einkommen in den Städten um 1.100 bis 1.700 Euro gestiegen. Den geringsten verzeichnet Essen, den maximalsten Bochum. Dortmund reiht sich mit einem Plus von 1.111 Euro eher am unteren Ende und noch hinter Duisburg und Gelsenkirchen ein (s. Abb. 26).

¹⁰⁷ Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS NRW), Verbraucherpreisindex

Abbildung 26: Verfügbares Jahreseinkommen pro Einwohner im Städtevergleich (in Euro)



Die Steuerstatistik bestätigt diese Ergebnisse. Im Durchschnitt verfügten die Dortmunder Steuerpflichtigen 2001 über Einkünfte in Höhe von 30.972 Euro. Der Vergleichswert für Düsseldorf liegt bei 41.263 Euro, also um ein Drittel höher. In Köln lagen die durchschnittlichen Einkünfte um 19%, in Essen um 14% höher als in Dortmund. Nur über geringere Einkünfte verfügten die Steuerpflichtigen in Gelsenkirchen (-6%) und Duisburg (-12%). Die Steuerstatistik belegt zudem nicht nur, dass es zum Beispiel in Düsseldorf sehr viel mehr Steuerpflichtige mit hohen Einkünften (3,6 % mit mehr als 125.000 Euro, Dortmund zum Vergleich 1,4%) gibt, sondern dass diese „Reichen“ mit rund 300.000 Euro im Mittel auch noch um 40.000 Euro höhere Einkünfte haben als die Dortmunder Vergleichsgruppe. Es gibt also in Düsseldorf, Köln oder Essen nicht nur mehr „Reiche“, sondern sie sind auch noch „reicher“.

Armutsrisikoquoten liegen vergleichbar aus dem neuen Sozialbericht NRW 2007¹⁰⁸ vor. Danach lag das Armutsrisiko 2005 in NRW bei 14,3%. Der analog ermittelte Wert für Dortmund liegt bei 16,1%, also knapp 2%-Punkte höher. Gemessen am – höheren – NRW-Einkommensniveau läge das Armutsrisiko in Dortmund sogar bei 18,6%.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen ist in Dortmund höher als in den Vergleichsstädten. Mit 141 Fällen je 100.000 Einwohner/innen (2005) liegt der Wert etwa doppelt so hoch wie in Essen und drei Mal so hoch wie in Duisburg. Das NRW-Mittel liegt bei 90 Fällen/100.000 EW. Diese Vergleichswerte sind aber nur bedingt aussagekräftig, da das Ausmaß der Insolvenzen stark von örtlichen Besonderheiten, etwa von Art und Umfang der Schuldnerberatung, abhängig ist. In der SCHUFA-Rangliste zur Privatverschuldung liegt Dortmund (388. von 439 Kreisen und kreisfreien Städten) hinter Köln (270.), Düsseldorf (300.) und Bochum (372.), aber vor Essen (396.), Gelsenkirchen (416.) und Duisburg (434.)¹⁰⁹

Sozialräume

Großes Einkommensgefälle zwischen den südlichen Bereichen (Hombruch, Hörde und Aplerbeck) und insbesondere der Nordstadt

Ausgehend von einem Wert von 26.812 Euro (2001) für Dortmund schwanken die durchschnittlichen Einkommen nach der Steuerstatistik in den Sozialräumen zwischen rund der Hälfte und dem Doppelten dieses Wertes. Eine steuerpflichtige Person in Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemborg verdient im Mittel fast vier Mal mehr als eine steuerpflichtige Person am Borsigplatz.

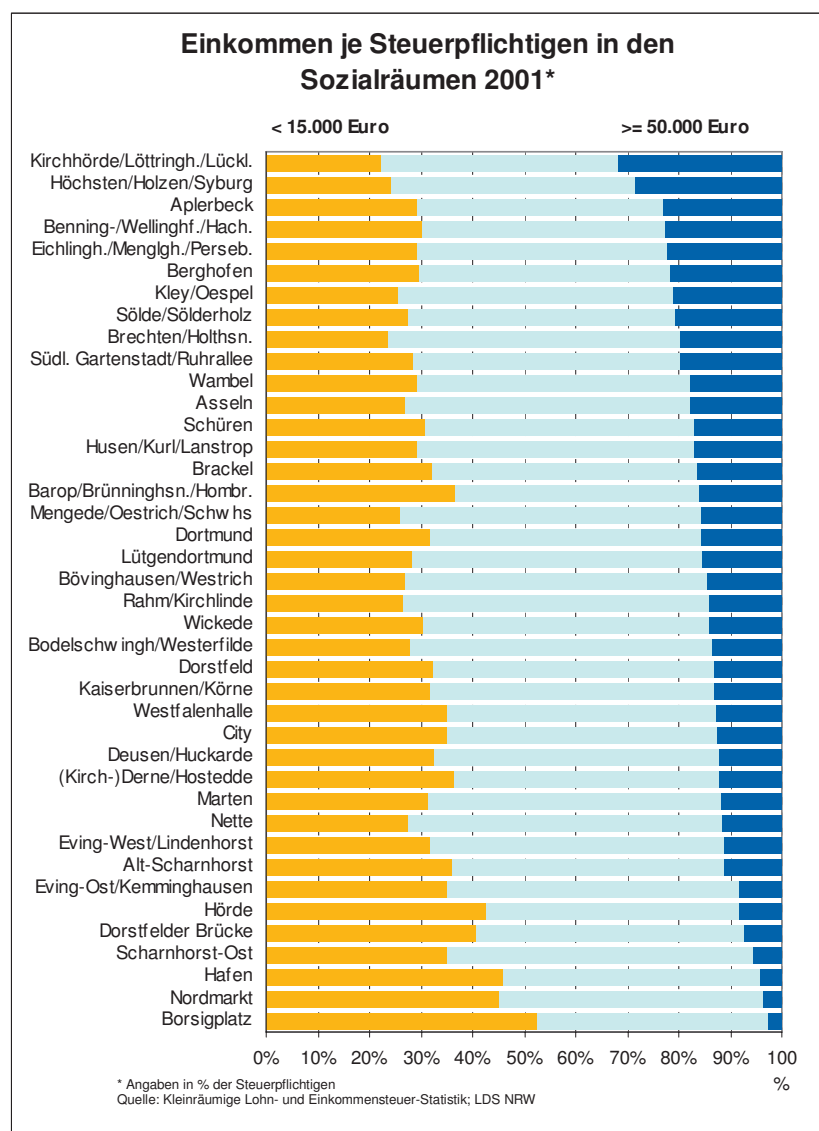
¹⁰⁸ Ministerium für Arbeit, Gesundheit und soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) 2007 Kurzfassung S. 9

¹⁰⁹ SCHUFA Holding AG 2006, Schuldenkompass 2006, S. 82-87. (<http://www.schulden-kompass.de/deutschlandkarte/index.php>, 14.05.07)

Abbildung 27 zeigt in einer Übersicht die Verteilung der steuerpflichtigen Einkommen 2001 nach den Klassen unter 15.000 Euro, 15.000 bis 50.000 Euro und 50.000 Euro und mehr. Dabei dürften die hohen Einkommen (nahezu) vollständig abgebildet sein, während das untere Einkommenssegment die Transferbezieher eher nur zu kleineren Teilen (sofern sie im Laufe des Jahres auch steuerpflichtige Einkünfte hatten) berücksichtigt. Der Anteil der Steuerpflichtigen mit einem Jahreseinkommen von mindestens 50.000 Euro liegt in Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemberg als dem Sozialraum mit den auch durchschnittlich höchsten Einkommen knapp über, in Höchsten/ Holzen/ Syburg knapp unter 30%. Der Abstand zu den sechs folgenden Sozialräumen, wo die entsprechenden Anteile etwas über 20% liegen, ist schon deutlich. Das Gros der Sozialräume (23) liegt zwischen 10% und 20% Einkommen über 50.000 Euro. Sieben Sozialräume haben nicht mehr als 8% Steuerpflichtige mit einem entsprechend hohen Einkommen. Es sind dies Eving I/ Kemminghausen, Hörde, Dorstfelder Brücke, Scharnhorst-Ost und am Schluss wiederum mit Anteilen von lediglich 3 bis 4% die drei Teilbereiche der Nordstadt.

Zu den Sozialräumen, die durch einen vergleichsweise hohen Anteil mittlerer Einkommen (15.000 bis 50.000 Euro) gekennzeichnet sind, gehören zunächst Nette mit 61%, aber auch Scharnhorst-Ost, Rahm/ Kirchlinde, Bodelschwingh/ Westerfilde, Bövinghausen/Westrich und Mengede/ Oestrich/ Schwieringhausen mit je 59%. Am Ende steht hier Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemberg mit (aufgrund der vielen hohen Einkommen) nur weniger als 46%. In Barop/ Brünninghausen/ Hombruch umgekehrt ist dieser Wert ähnlich niedrig, hier aber aufgrund vieler niedriger Einkommen.

Abbildung 27: Einkommen je Steuerpflichtigen in den Sozialräumen 2001*



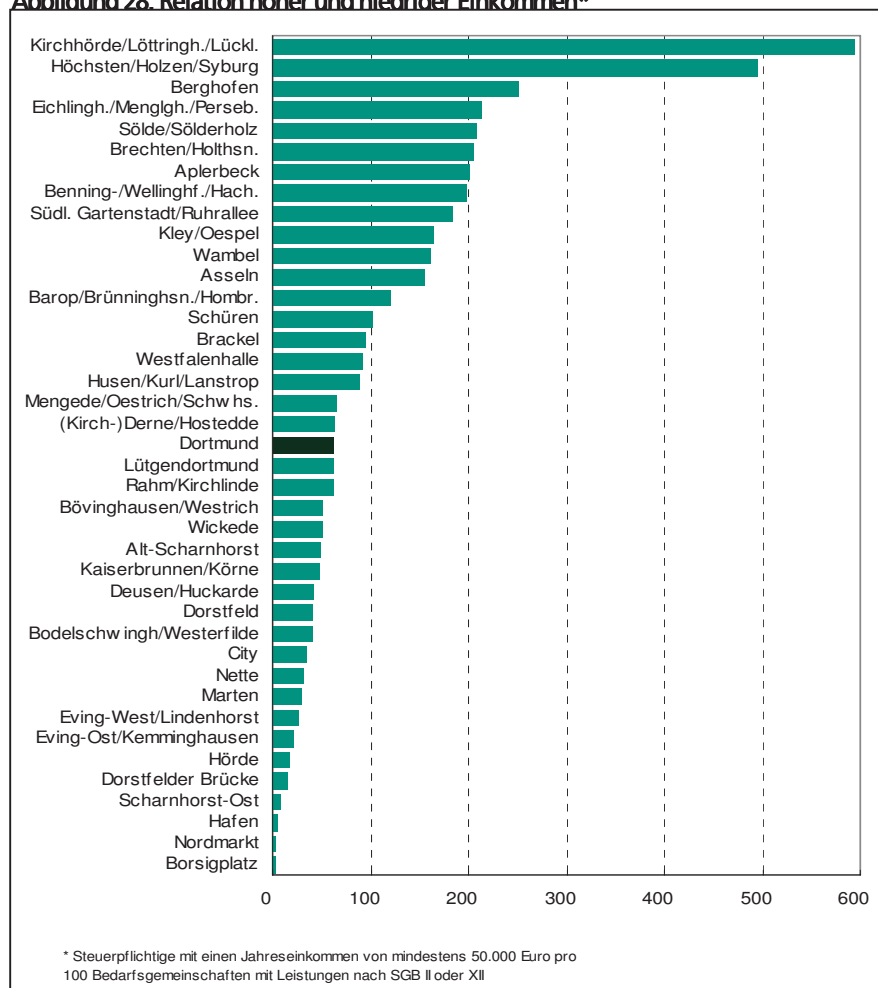
Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass mit höheren Einkommen auch höhere Steuerzahlungen einhergehen. So lag das Einkommensteueraufkommen in der Nordstadt 2001 lediglich bei 27,4 Mio. Euro, das in Hombruch dagegen bei 189,2 Mio. Euro. Umgekehrt fließen (2006) vier bis fünf Mal mehr SGB II-Mittel in die Nordstadt als nach Hombruch. Die SGB II-Mittel pro Bedarfsgemeinschaft schwanken zwischen 844 Euro im Bereich Westfalenhalle und 1.046 Euro in Scharnhorst-Ost. Ausschlaggebend für die Unterschiede können etwa unterschiedliche Größen der Bedarfsgemeinschaften oder unterschiedliche Wohnkosten in den Stadtteilen sein.

Auch die Relation zwischen hohen und niedrigen Einkommen spiegelt Nord-Süd-Gefälle wider

Da die Steuerstatistik die niedrigen Einkommen nicht zuverlässig abbildet, sind zur Beschreibung der Relation zwischen hohen und niedrigen Einkommen die Steuerpflichtigen mit einem Einkommen über 50.000 Euro den SGB II- Bedarfsgemeinschaften¹¹⁰ gegenübergestellt. (s. Abb. 28) Die Schnittmenge (im selben Jahr hohes Einkommen und Grundsicherungsbezug) dürfte gering sein. Da keine Kenntnis über die Gesamtzahl der Haushalte vorliegt, können aber keine Quoten gebildet werden, sondern nur eine Verhältniszahl.

Insgesamt sind die Steuerpflichtigen mit Einkommen über 50.000 Euro mit 63 gegenüber 100 Bedarfsgemeinschaften in der Unterzahl. In zwei von drei Sozialräumen ist das ebenso, besonders ausgeprägt wiederum in der Nordstadt, wo drei begüterten Steuerpflichtigen rund 100 Bedarfsgemeinschaften gegenüberstehen. In Scharnhorst-Ost, Dorstfelder Brücke, Hörde und Eving I/Kemminghausen ist die Situation nicht wesentlich besser. Erst mit Schüren (102 zu 100) beginnen die 14 Sozialräume mit einem Übergewicht von Einkommensstärkeren. Das Verhältnis wird dann schnell größer und erreicht mit der südlichen Gartenstadt/ Ruhrallee/ Westfalendamm, Benninghofen/ Hachene/ Wellinghofen/ Wichlinghofen, Aplerbeck, Brechten/ Holthausen, Sölde/Sölderholz und Menglinghausen die Sozialräume mit rund zwei Begüterten pro Transfergemeinschaft. In Berghofen ist die Relation noch günstiger, bleibt aber gegenüber den beiden Spitzenwerten für Höchst- Holz- Syburg mit 496 und Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemburg mit 595 Begüterten je 100 Bedarfsgemeinschaften noch deutlich zurück.

Abbildung 28: Relation hoher und niedriger Einkommen*



7.4 Wohnen

„Wohnen“ ist ein zentraler Aspekt für die Beschreibung der Lebenssituation und der Lebenslage der Dortmunder/-innen. Der Lebensalltag und die Lebensverhältnisse werden entscheidend durch die Wohnverhältnisse mitbestimmt. Von besonderer Bedeutung sind bedarfsgerechte und nachfrageorientierte Wohnungsangebote.

Der Dortmunder Wohnungsmarkt kann zurzeit in allen Teilmärkten als ausgeglichen bis entspannt bezeichnet werden. Aufgrund der stabilen Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung ist mit einer gleichbleibenden quantitativen Wohnungsnachfrage zu rechnen. Diese stabile Situation ist auf die erfolgreiche, zweigleisige Wohnungspolitik der vergangenen zehn Jahre zurückzuführen, das Wohnangebot sowohl durch Neubauvorhaben als auch durch Bestandsentwicklung vielfältig und attraktiv zu gestalten. Doch allein die Anzahl der zur Verfügung stehenden Wohnungen reicht nicht aus, um eine angemessene Versorgung zu garantieren. Die Angebote am Wohnungsmarkt müssen hinsichtlich der Wohnungsgröße (Zunahme der Singlehaushalte, Zunahme von Ansprüchen) und ihrer Kostenstruktur (Zunahme ärmerer Bevölkerungsteile) der Nachfrage entsprechen. Das Hauptaugenmerk ist in diesem Teilabschnitt auf die soziale Wohnraumförderung gerichtet.

Damit wird vor allem die Wohnsituation benachteiligter und einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen näher betrachtet. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und zunehmender räumlicher und sozialer Polarisierung hat insbesondere die Sicherung von stabilen Wohnverhältnissen für diese Bevölkerungsgruppen eine zentrale Bedeutung.

Gesamtstadt

Zum Stichtag 31.12.2005 belief sich der Wohnungsbestand in Dortmund auf 306.577¹¹¹ Wohnungen. Davon sind etwa 180.000 freifinanzierte und rund 42.000¹¹² öffentlich geförderte Mietwohnungen. Den Rest bilden selbst genutzte und vermietete Eigentumsmaßnahmen (Ein- und Zweifamilienhäuser und Eigentumswohnungen).

Zahl der Haushalte und wirtschaftliche Entwicklung bestimmen die Wohnungsnachfrage

Der Wohnungsmarkt wird durch die Bevölkerungsentwicklung, im Wesentlichen aber durch die Entwicklungen der Zahl der Haushalte bestimmt. Die Zahl der Haushalte ist zwischen 2000 und 2005 von 290.000 auf 287.000 gesunken.¹¹³ Die durchschnittliche Haushaltsgröße beträgt in Dortmund 2,05 Personen im Jahr 2005, bis 2015 wird ein Rückgang auf 1,93 Personen prognostiziert.¹¹⁴ Obwohl derzeit die Haushaltsgröße stagniert, kann in den nächsten Jahren ein Rückgang der Haushaltsgröße erwartet werden, der trotz leichtem Bevölkerungsrückgang zu einer Zunahme der Haushalte und damit auch zu einer steigenden Wohnungsnachfrage führen wird.

Zudem spielt die wirtschaftliche Entwicklung eine entscheidende Rolle für die Wohnungsnachfrage. Durch den Strukturwandel in Dortmund von einer ehemals industriell geprägten Wirtschaft hin zu einem profilierten Dienstleistungsstandort profitieren Teile der Bevölkerung durch wachsende Einkommen und sichere Zukunftsaussichten. Dadurch entsteht eine Klientel mit steigenden Wohnansprüchen – auf der anderen Seite bleibt die Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum für untere Einkommensschichten weiterhin hoch.¹¹⁵

Verbunden mit der wirtschaftlichen Entwicklung und der Entwicklung der Haushaltsgröße hin zu Ein- und Zwei-Personen-Haushalten steigt die zur Verfügung stehende Pro-Kopf-Wohnfläche. 2005 standen jedem Dortmunder Einwohner im Schnitt 38,1 m² Wohnfläche zur Verfügung, 1,8 Quadratmeter mehr als noch im Jahr 2000 (36,3m²). Mit 38,1m² liegt die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner in Dortmund knapp unter dem nordrhein-westfälischen Durchschnitt (39,4 m²).

Soziale Wohnraumförderung seit 1980er Jahren rückläufig

¹¹¹ Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

¹¹² 31.12.2006 nur noch ca. 38.000

¹¹³ Mikrozensus

¹¹⁴ Stadt Dortmund 2005, S. 46

¹¹⁵ ebenda, S. 50

Seit der Nachkriegszeit wird der soziale Wohnungsbau zur Überwindung der Wohnungsnot und zur Schaffung preiswerten Wohnraums gefördert. Für benachteiligte Bevölkerungsgruppen stellt die soziale Wohnraumförderung¹¹⁶ auch heute das wichtigste Marktsegment im Wohnungswesen dar.

In Dortmund sind seit 1949 rund 100.000 öffentlich geförderte Wohnungen gebaut worden. Für die Beschäftigten der Montanindustrie wurde in den 1950er und 1960er Jahren eine große Anzahl an subventionierten Wohnungen erschlossen. Eine besondere Rolle spielte in den 1960er Jahren der Bau der Großwohnsiedlung in Scharnhorst-Ost. Hier entstanden 5250 Wohnungen, die insbesondere kinderreichen Familien zur Verfügung gestellt wurden. Ende der 1960er Jahre waren so 50% des gesamten Wohnungskontingents Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus. Ein weiterer Bau-Boom erfolgte in den 1970er Jahren.

Der Anteil der Sozialwohnungen ist jedoch seit den 1980er Jahren, aufgrund von Tilgungen und vorzeitigen Rückzahlungen der öffentlichen Mittel und dem damit im Zusammenhang stehenden Ablauf der Sozialbindungen sowie durch eine geringere Neubautätigkeit im öffentlich geförderten Wohnungsbau, rückläufig. Im Jahr 2000 waren in Dortmund lediglich noch 52.923 des gesamten Wohnungsbestandes Sozialwohnungen. Bis 2006 hat sich die Zahl nochmals auf 37.827 Mietwohnungen verringert.

Insgesamt muss davon ausgegangen werden, dass die Zahl der Mietwohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung bis zum Jahr 2016 auf ca. 21.000 zurückgehen wird.

Unternehmerische Ziele der Wohnungsunternehmen nach Auslauf der Mietpreis- und Belegungsbindungen

Dieser erhebliche Rückgang hat das Amt für Wohnungswesen veranlasst, gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Dortmunder Wohnungsunternehmen im Frühjahr 2006 einen Fragebogen zu erarbeiten – mit dem Ziel, Informationen über unternehmerische Ziele der Wohnungsunternehmen nach Auslauf der Mietpreis- und Belegungsbindungen zu erhalten.

An der Umfrage beteiligten sich 13 Wohnungsunternehmen. Danach verfügten die Unternehmen am 01.01.2006 über einen Wohnungsbestand von rd. 74.000 Wohnungen. Knapp 27.000 dieser Wohnungen galten zu diesem Zeitpunkt als öffentlich gefördert. Rund 10.000 davon werden bis zum 31.12.2010 keinen sozialen Bindungen mehr unterliegen.

Ein wichtiges Ergebnis dieser Umfrage ist die Erkenntnis, dass der überwiegende Teil der Wohnungsunternehmen die aus der Mietpreis- und Belegungsbindung entfallenden Sozialwohnungen auch weiterhin in ihrem Wohnungsportfolio behalten wollen. Ein Verkauf dieser Wohnungen ist zum derzeitigen Zeitpunkt nicht geplant. Mieterhöhungsmöglichkeiten nach dem BGB werden nur sehr moderat an die Mieter/innen weitergegeben. Rund die Hälfte der Wohnungsunternehmen versucht durch umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen des Wohnungsbestandes den heutigen Wohnansprüchen gerecht zu werden.

Wohnraum für große Familien

Mit Unterstützung des ‚Kundenbereiches Wohnraumversorgung‘ konnten im Berichtsjahr 2006 insgesamt 3.879 Haushalte eine geförderte Wohnung beziehen. Die Zahl der vorgemerkten Wohnungssuchenden ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen. Am 31.12.2006 waren 1.419 Haushalte wohnungssuchend gemeldet.

„Diese Wohnungssuchenden sind oft nicht in der Lage, sich selbst angemessen mit Wohnraum zu versorgen und daher dringend auf Unterstützung des Amtes für Wohnungswesen angewiesen.“¹¹⁷ Die Hälfte (51%) der Wohnungssuchenden bezieht Transferleistungen.

¹¹⁶ Die soziale Wohnraumförderung bezieht sich auf die Zielgruppe der Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind. Private Investoren und kommunale Wohnungsunternehmen werden dabei unterstützt, preiswerte Mietwohnungen für Haushalte mit Zugangsschwierigkeiten am Wohnungsmarkt bereitstellen zu können. Bund und Länder stellen im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung insbesondere Fördermittel für den Wohnungsneubau und die Modernisierung von vorhandenem Wohnraum sowie für den Erwerb bestehenden Wohnraum zur Verfügung, um Haushalten bei der Bildung von selbst genutztem Wohneigentum zu helfen. Sie unterstützen außerdem den Erwerb von Belegungsrechten. (Wohnraumförderungsgesetz – WoFG).

¹¹⁷ Stadt Dortmund, Amt für Wohnungswesen (Hg.) 2006, S. 57

Vor allem im Bereich der größeren Wohnungen gibt es Probleme mit der Selbstversorgung. Gerade für kinderreiche Familien ist es in Dortmund nach wie vor besonders schwierig, geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden.¹¹⁸

Im Jahr 2006 wurde der Neubau von 163 Wohnungen und acht Wohnheimplätze mit öffentlichen Mitteln gefördert. 64 dieser geförderten Wohnungen sind dabei für Familien vorgesehen, wovon wiederum 18 Wohnungen speziell für Familien mit drei und mehr Kindern errichtet wurden.

Wohnen im Alter: Zunehmende Nachfrage nach entsprechenden Wohnungen

Die Neubautätigkeit im öffentlich geförderten Wohnungsbau in Dortmund richtet sich zudem auch auf die Bedarfe neuer Zielgruppen. Im Zuge der demografischen Alterung (vgl. Kapitel 6) ergeben sich neue Anforderungen an die Wohnungsmarktpolitik. Das Wohnen im Alter erfordert altersgerechte Wohnungen, die u. a. den Standards der Barrierefreiheit entsprechen sollten. Notwendig sind aber auch Angebote im Bereich ‚Service-Wohnen‘, um den besonderen Bedürfnissen der älteren Generationen gerecht zu werden. „Die heutige Generation im fortgeschrittenen Alter erfreut sich einer zunehmenden Vitalität, die sich von früheren Generationen unterscheidet. Hierdurch entsteht bei diesen Menschen der Wunsch nach Selbstständigkeit bis ins hohe Alter“.¹¹⁹

Mit der Gründung des ‚Seniorenbüro Wohnen‘ am 15.12.2005 wurde der demografischen Entwicklung in Dortmund Rechnung getragen und ein spezieller Service für Seniorenhaushalte angeboten. Neben der Vermittlung von Wohnungen sieht das Büro seine Hauptaufgaben in der Beratung, Koordination und Kontaktvermittlung für Seniorinnen und Senioren. Bis zum 31.12.2006 hatten sich bereits 241 Haushalte in der Wohnungssuchendendatei vormerken lassen. Insgesamt 79 Seniorenhaushalte haben adäquate Wohnungen bezogen.

Von den 163 im Jahr 2006 geförderten Wohnungen sind 97 Wohnungen hinsichtlich ihrer Ausstattung und Größe für ältere Menschen geeignet. 53 dieser Wohnungen bieten zudem die Möglichkeit des betreuten Wohnens. Rollstuhlfahrer/innen sind acht Wohnungen vorbehalten.

Neben der Neubautätigkeit wurde zudem im Bestand die barrierefreie Anpassung von 48 Wohnungen gefördert. Außerdem sind zwei Wohnheime zu 83 altengerechten Mietwohnungen umgebaut und die Anpassung von 80 Pflegeplätzen in einem Altenpflegeheim gefördert worden.

Auswirkungen von „Hartz IV“: Befürchtete Umzugswelle blieb aus

Der in der Presse bundesweit angegebene Trend des Mietanstiegs im Teilmarkt der kleinen, einfach bis mittel ausgestatteten Wohnungen, die verstärkt von Arbeitslosengeld II-Beziehern nachgefragt werden, kann für Dortmund derzeit nicht bestätigt werden.

Im Zusammenhang mit der „Hartz IV“-Reform wurde eine Häufung von Zwangsumzügen erwartet, da nur angemessene Kosten der Unterkunft in die Bedarfsberechnung des Arbeitslosengeldes II einfließen dürfen und viele Städte diesbezüglich eine genaue Überprüfung aller Fälle vornehmen. Eine Umzugswelle blieb in Dortmund aber dank einer zwischen ARGE, Stadt Dortmund, Politik und Mietervereinen ausgehandelten Toleranzregelung aus. Nur diejenigen Bedarfsgemeinschaften, die die festgelegten Angemessenheitskriterien wesentlich überschreiten – dies betraf bisher ca. 3,5 % aller Bedarfsgemeinschaften – werden aufgefordert, innerhalb von sechs Monaten die Unterkunftskosten zu senken (z. B. durch Umzug oder Untervermietung). Wie viele Haushalte davon tatsächlich umziehen müssen, wird jeweils einzelfallbezogen geprüft. Dabei werden neben wirtschaftlichen Erwägungen auch soziale Aspekte berücksichtigt.

¹¹⁸ ebenda: S. 58

¹¹⁹ ebenda: S.47

Sozialräume

Dortmund gehört zu den Kommunen, die seit einigen Jahren intensiv an der Entwicklung einer kleinräumigen Wohnungsmarktbeobachtung arbeiten. Die in diesem Rahmen entwickelten methodischen Überlegungen werden 2007 zunächst in einem Quartier in der Praxis erprobt.

Eine kleinräumige Analyse ist notwendig, da in Zeiten entspannter Wohnungsmärkte Probleme nicht gesamtstädtisch, sondern in Teilräumen sichtbar werden. Ziel der quartiersbezogenen Betrachtung ist es, den steigenden Informationsbedarf aller am Wohnungsmarkt Beteiligten zu decken. Hierzu gehört auch, die Entwicklungspotenziale der Quartiere frühzeitig zu erkennen und bewerten zu können.

In enger Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und der Wohnungswirtschaft wird eine Arbeitshilfe entwickelt, die es der Verwaltung ermöglichen soll, in ausgewählten Quartieren die jeweiligen Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken zu analysieren. Ein wesentlicher Bestandteil der Arbeitshilfe ist die Darstellung von Indikatoren, wie z. B. der Bevölkerungsstruktur, der Wanderungsbewegungen und der Gebäude- und Wohnungsbestände. Neben diesen messbaren Indikatoren werden auch die Stärken und Schwächen des Quartiers betrachtet. Hierzu wurde im Rahmen eines Studienprojekts der Ruhr-Universität Bochum in enger Kooperation mit der Dortmunder Wohnungswirtschaft ein Analysemodell entwickelt.

Darüber hinaus fließen Fakten und Erkenntnisse aus dem Portfoliomanagement der Wohnungsunternehmen in diese kleinräumige Analyse ein.

Seit dem Sommer 2007 ist die Stadt Dortmund als ein Modellvorhaben an dem bundesweiten ExWoSt-Forschungsfeld¹²⁰ „Kommunale Konzepte: Wohnen“ beteiligt und entwickelt hier eine qualitativ orientierte Quartiersanalyse (s. Kapitel 10. Perspektiven).

Die hier im Weiteren verwendeten kleinräumigen Auswertungen können von den zu erwartenden methodischen Fortschritten noch nicht profitieren. Da für die kleinräumige Ebene im Bereich ‚Wohnen‘ nur wenige Daten zur Verfügung stehen, kann hier nur auf recht allgemeine Information über die Wohnflächenversorgung in den Dortmunder Sozialräumen zurückgegriffen werden. Die ‚durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner in m²‘ ist allerdings für sich allein genommen vergleichsweise wenig aussagekräftig. Bei der Bewertung dieser Kennzahl sind vielmehr unterschiedliche Einflussfaktoren zu berücksichtigen wie etwa die Art der Bebauung, die Qualität der Wohnungen, Umfeldbedingungen und die Haushaltsgröße.

Wichtigster Einflussfaktor ist dabei die Haushaltsgröße. Ein Mehrpersonenhaushalt hat in der Regel eine geringere Pro-Kopf-Wohnfläche als ein Einpersonenhaushalt. In den Sozialräumen Scharnhorst-Ost und Nordmarkt, in denen die Wohnfläche am geringsten ist, leben vergleichsweise viele Kinder bzw. Familien mit Kindern (vgl. Kapitel 8.2). Für eine genauere Analyse wären u.a. Daten über die Wohnfläche verschieden großer Haushalte notwendig, die jedoch nicht zur Verfügung stehen.

Forschungsergebnisse belegen außerdem, dass finanziell benachteiligte Bevölkerungsgruppen unabhängig von Haushaltsgröße über Wohnungen schlechterer Qualität und minderer Größe verfügen. Vor allem für Kinder aus armen Familien ergeben sich daraus oft Entwicklungsnachteile durch fehlende Kinderzimmer oder beengte Wohnverhältnisse.

Neben der Wohnfläche wird die Verteilung der Sozialwohnungen im Stadtgebiet betrachtet.

Wohnfläche: Sozialräumliche Unterschiede, im Schnitt aber mehr Wohnraum

Hinter der durchschnittlichen personenbezogenen Wohnfläche von 38,1m² verbirgt sich eine räumlich ungleiche Verteilung.

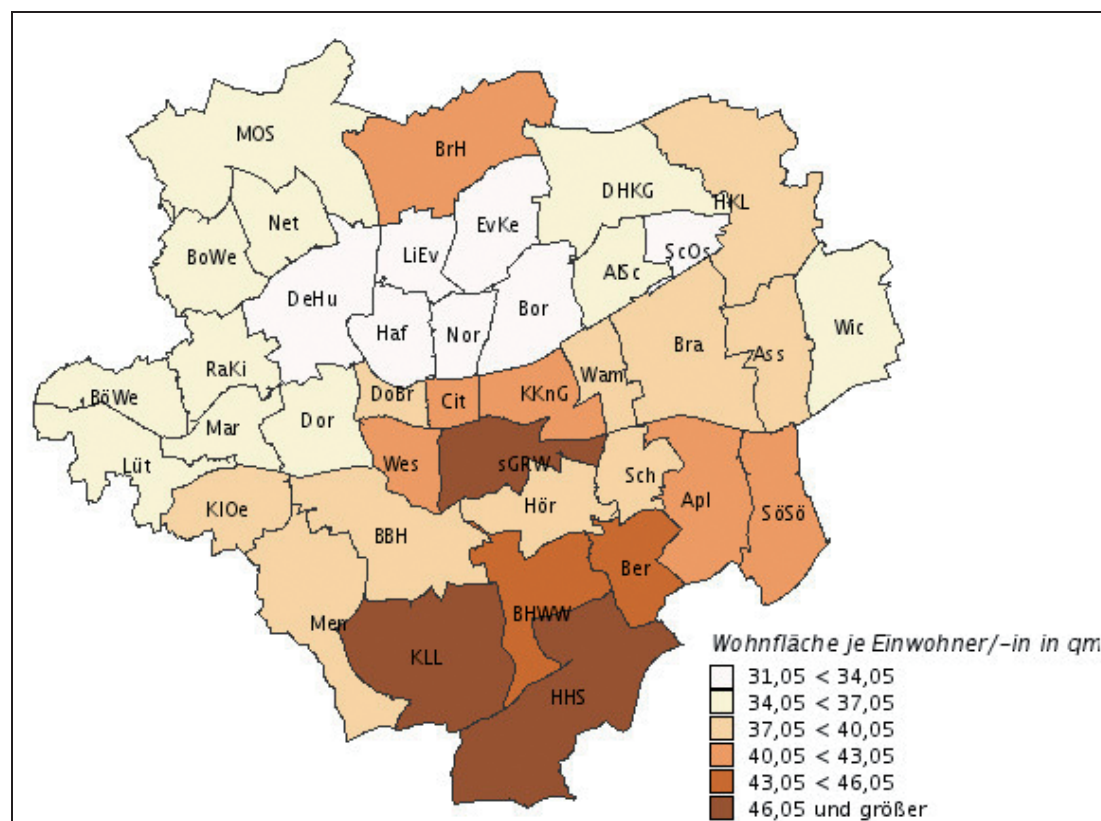
¹²⁰ Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt). Mit dem Forschungsprogramm Experimenteller Wohnungs- und Städtebau „ExWoSt“ fördert der Bund in Form von Forschungsfeldern, Studien und Initiativen innovative Planungen und Maßnahmen zu wichtigen städtebau- und wohnungspolitischen Themen. Aus den Erfahrungen sollen Hinweise für die Weiterentwicklung der Städtebau- und Wohnungspolitik abgeleitet und der Wissenstransfer unterstützt werden. Das Forschungsprogramm „ExWoSt“ ist ein Programm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und wird vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) betreut.

Die Einwohner der Sozialräume Scharnhorst-Ost, Nordmarkt, Eving I/ Kemminghausen, Lindenhorst/ Eving II, Borsigplatz, Deusen/ Huckarde, Hafen, Alt-Scharnhorst, Rahm/ Kirchlinde und Nette verfügten 2005 über weniger als 35 m², in den drei Erstgenannten sogar über weniger als 32 m². Dagegen ist die Wohnflächenversorgung je Einwohner/in in den Sozialräumen Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemberg (49,0 m²), südliche Gartenstadt/Ruhrallee/Westfalendamm (48,5 m²) und Höchsten/ Holzen/ Syburg (47,5 m²) am höchsten. Im Sozialraum Scharnhorst-Ost stehen jedem Einwohner damit durchschnittlich fast 18 m² weniger Wohnfläche zur Verfügung als in Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemberg, dem Sozialraum mit der großzügigsten Wohnflächenversorgung (s. Abb. 29).

Dass die Notwendigkeit einer Verbesserung der Wohnqualität und der damit einher gehenden Stabilisierung der Quartiere von der Wohnungswirtschaft erkannt worden ist, zeigt sich auch und gerade an den konzertierten Initiativen der wohnungsmarktpolitischen Akteure im Sozialraum Scharnhorst. Seit Ende des Jahres 2004 engagieren sich die Wohnungsunternehmen DOGEWO21, LEG Wohnen Dortmund, Ruhr-Lippe Wohnungsgesellschaft und der Spar- und Bauverein gemeinsam mit der Stadt Dortmund in einer Kooperation für die Weiterentwicklung der Großsiedlung Scharnhorst-Ost. Im Zuge dieser Kooperation haben die beteiligten Wohnungsunternehmen nach dem Ende der Finanzierung des Stadtteilbüros durch das Land NRW zum 31.05.2006 die Trägerschaft des Stadtteilbüros übernommen. Darüber hinaus haben sich die Kooperationspartner nach einer Bewohnerbefragung auf eine gemeinsame Modernisierungsoffensive geeinigt. Mit den ersten umfassenden Arbeiten, die bei den beteiligten Wohnungsunternehmen mit einem Investitionsvolumen von mehr als 50 Mio. Euro veranschlagt sind, wurde im vergangenen Winter begonnen.

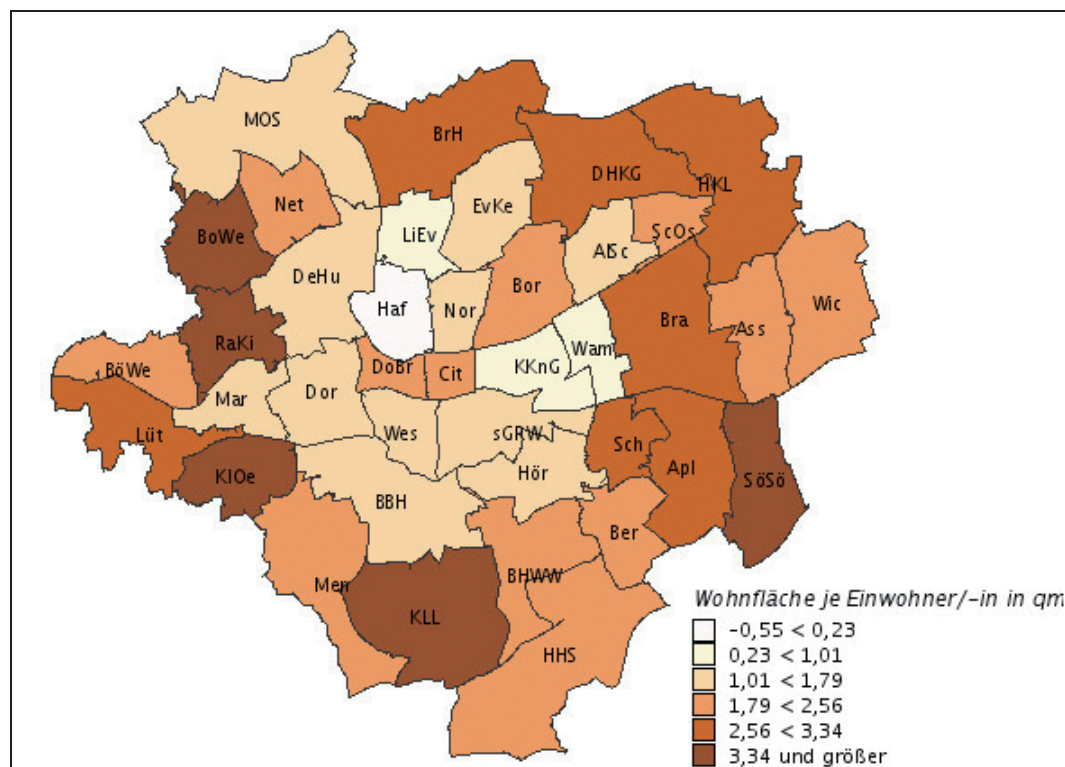
Beide Beispiele zeigen, dass durch eine gelungene Kooperation von Wohnungswirtschaft und Stadt Dortmund die Zukunftsfähigkeit von Wohnstandorten gesichert und die Zufriedenheit von Bewohnerinnen und Bewohnern verbessert werden kann. Diese Form der Zusammenarbeit ist richtungsweisend für zukünftige Kooperationsprozesse mit den Wohnungsmarktakteuren in anderen Wohnquartieren der Stadt.

Abbildung 29: Wohnfläche je Einwohner/in 2005



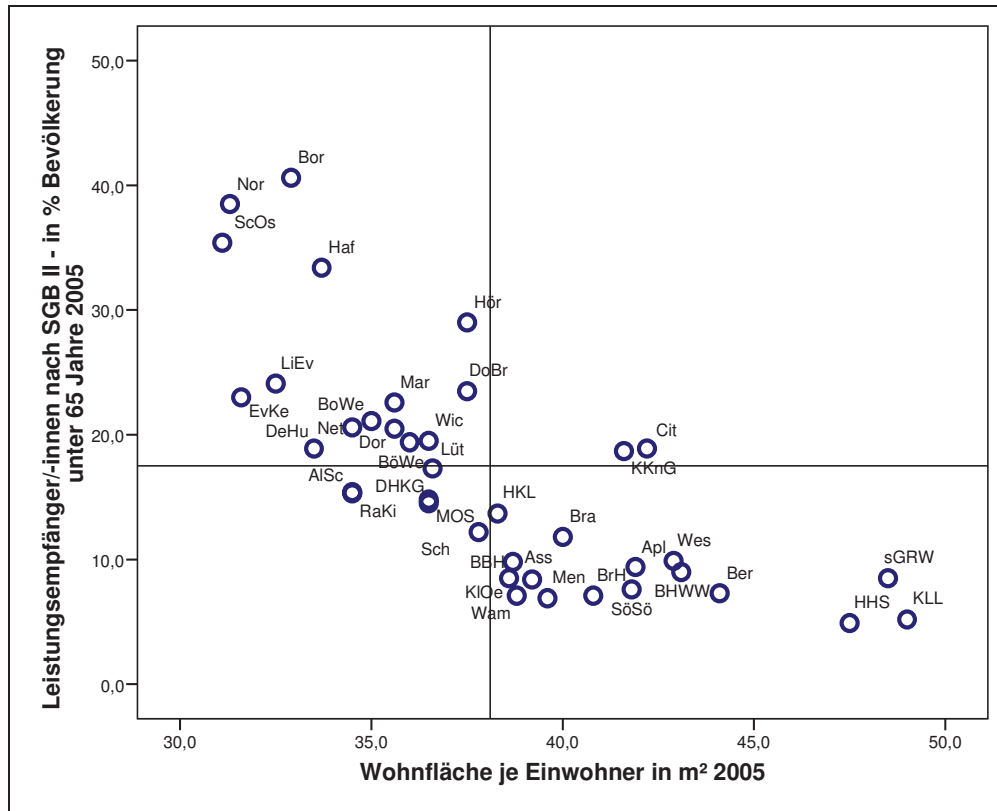
Im Zeitvergleich hat sich die Wohnfläche in Dortmund von 2000 bis 2005 insgesamt um 1,8 m²/Person erhöht. Auch kleinräumig hat die individuelle Wohnfläche fast in allen Sozialräumen zugenommen. Ausnahme ist der Sozialraum Hafen. Hier stehen jedem Einwohner 2005 durchschnittlich 0,5 m² weniger zur Verfügung als im Jahr 2000. Die höchste Zunahme von 30,4 m² auf 34,5 m² hat in Rahm/ Kirchlinde stattgefunden. Der zweithöchste Wert kann in Bodelschwingh/ Westerfilde festgestellt werden. Hier hat sich die Wohnfläche um 3,7 m² erhöht. Beides sind Sozialräume, die im Jahr 2000 eher eine geringe durchschnittliche individuelle Wohnfläche auswiesen. Trotz der positiven Entwicklung liegen diese jedoch auch weiterhin unter dem gesamtstädtischen Niveau (s. Abb. 30).

Abbildung 30: Entwicklung der Wohnfläche je Einwohner 2005 im Vergleich zu 2000



Der Vergleich der Wohnfläche mit dem sozialen Status der Sozialräume, gemessen an dem Anteil der Leistungsempfänger/innen nach SGB II, zeigt einen deutlichen Zusammenhang dieser beiden Variablen. In den Sozialräumen mit einer hohen SGB II-Quote ist die durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche die geringste (u. a. Scharnhorst-Ost, Nordmarkt, Borsigplatz, Eving I/ Kemminghausen). Umgekehrt ist in den Sozialräumen, in denen nur ein geringer Anteil der Bevölkerung auf Transferleistungen nach SGB II angewiesen ist, die Wohnflächenversorgung die großzügigste, das ist beispielsweise in den Sozialräumen Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemburg, südliche Gartenstadt/ Ruhrallee/ Westfalendamm und Höchsten/ Holzen/ Syburg der Fall (s. Abb. 31).

Abbildung 31: Vergleich der Wohnfläche je Einwohner/in mit der SGB II-Quote 2005

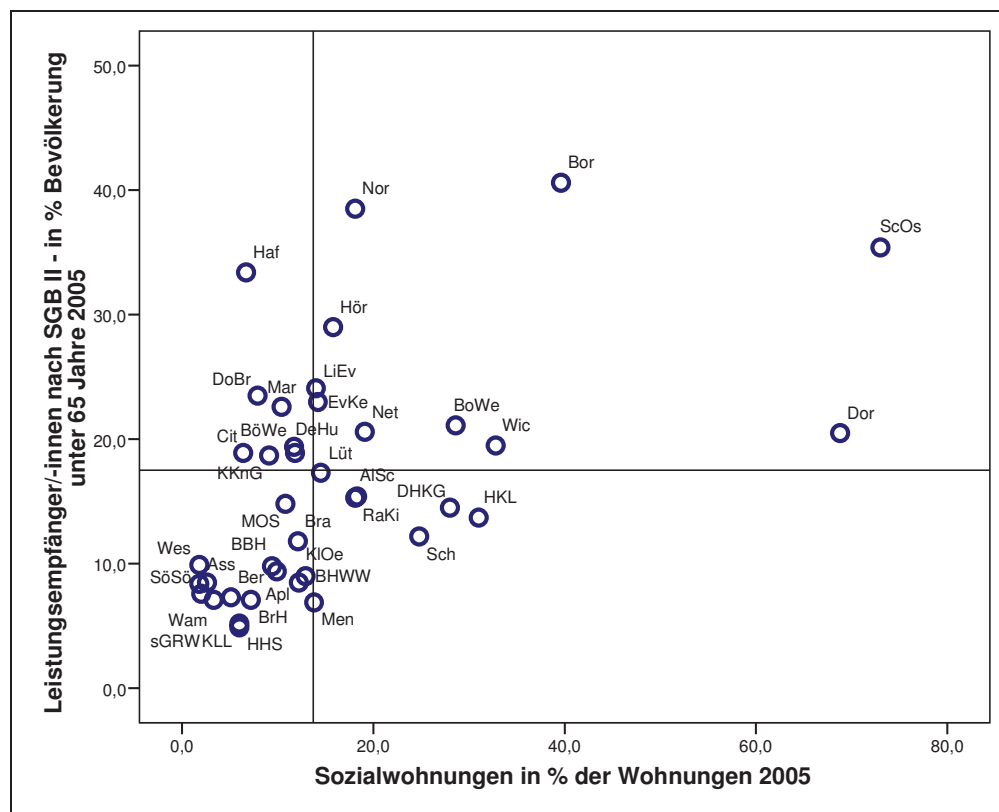


Wohnraumförderung in den Sozialräumen: Kein Zusammenhang zwischen Anzahl der Sozialwohnungen und Leistungsempfänger/-innen-Quote

Vor dem Hintergrund der ungleichen Sozialstruktur im Dortmunder Stadtgebiet ist die innerstädtische Verteilung von Sozialwohnungen von Interesse. Der Anteil der Sozialwohnungen am jeweiligen Wohnungsbestand variiert unter den Sozialräumen gravierend zwischen 1,8% im Sozialraum Westfalenhalle und 73,0% in Scharnhorst-Ost. Der auffällig hohe Wert in Scharnhorst-Ost ist insbesondere durch die dortige Großwohnsiedlung zu erklären. (Hier steht den Einwohnern durchschnittlich auch die geringste Pro-Kopf-Wohnfläche zur Verfügung; s. o.)

Die Abbildung 32 zeigt, dass der Anteil der Sozialwohnungen in den weniger belasteten Sozialräumen (u. a. Höchsten/Holzen/ Syburg, Wambel, Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemberg und Sölde/ Sölderholz) in der Regel gering ist. Darüber hinaus lässt sich ein statistischer Zusammenhang zwischen den Anteilen an Sozialwohnungen und der Quote der Leistungsempfänger/-innen jedoch nicht erkennen. So zeichnet sich Scharnhorst-Ost durch einen sehr hohen Anteil von Sozialwohnungen und SGB II – Empfänger/-innen aus; in Nordmarkt und Borsigplatz, Sozialräumen mit noch höheren SGB II – Quoten, haben Sozialwohnungen hingegen nur eine geringe Bedeutung.

Abbildung 32: Anteil der Sozialwohnungen und SGB II-Quote 2005



7.5 Bildung

Nicht erst seit Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse ist in Deutschland die wissenschaftliche und politische Auseinandersetzung über Bildungsbenachteiligung und -armut zu beobachten. Die Bildungsexpansion der 1970er Jahre führte zu einer kontinuierlichen Höherqualifizierung der Bevölkerung. Geschlechtsspezifische Unterschiede der Bildungsbeteiligung konnten so weitestgehend abgebaut werden. Allerdings erweisen sich herkunftsbedingte Chancenunterschiede als äußerst beständig. Die Bildungsforschung belegt, dass die Wahl der Schulform und der Bildungserfolg bzw. Misserfolg nach wie vor in einem engen Zusammenhang mit der sozialen und ethnischen Herkunft steht.¹²¹ Eltern höherer sozialer Schichten fördern in der Regel die Entwicklung und Motivation der Kinder stärker, da sie über größere finanzielle, kulturelle und zeitliche Ressourcen verfügen. Kinder, deren Eltern nicht über diese Ressourcen verfügen, haben es in der Regel schwerer, einen höheren Bildungsabschluss zu erzielen.¹²² Dies trifft in besonderem Maße auf Migrantenkinder (einzelner) Nationalitäten zu.

Neben den schichtspezifischen Sozialisationsvoraussetzungen wirken soziale Auslesemechanismen in den Schulen, u. a. bei den Empfehlungen für den Besuch weiterführender Schulen („Institutionelle Diskriminierung“).

Mit den vorliegenden Statistiken (Amtliche Schulstatistik des Landesamtes für Datenverarbeitung [gesamstädtische Ebene] und Statistik Nordrhein-Westfalen/ eigene Erhebungen der Stadt Dortmund [kleinräumige Ebene]) lassen sich die genannten Zusammenhänge im Weiteren allerdings nur andeuten.

¹²¹ Baumert, J. et al. (Hg.) 2006

¹²² Geißler, R. 1996 249ff

Gesamtstadt

Maßgeblich für einen erfolgreichen Einstieg in das Berufsleben ist das Niveau der Schulausbildung. Der Wechsel von der Grundschule auf eine der verschiedenen weiterführenden Schulformen ist einer der entscheidenden Schritte für die Bildungslaufbahn jedes einzelnen Schülers.

Übergangsquoten

Im Schuljahr 2004/2005¹²³ sind 5.258 Schüler/innen in Dortmund zu einer weiterführenden Schule gewechselt. Davon haben 35,1% nach der Primarstufe ein Gymnasium gewählt, 27,1% der Kinder wechselten zur Realschule und 25,4% zur Gesamtschule. Die Hauptschule hatte lediglich einen Anteil von 11,7%.

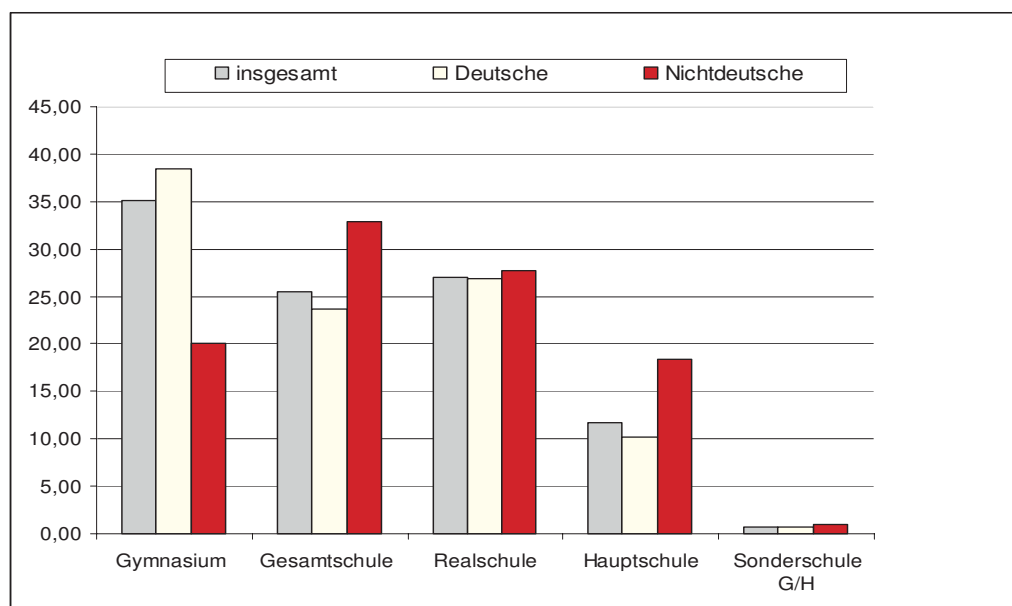
Nichtdeutsche wechseln deutlich seltener zum Gymnasium und häufiger zur Hauptschule

Die Bildungsbeteiligung der nichtdeutschen Bevölkerung unterscheidet sich deutlich von der Beteiligung der Deutschen. Es zeigt sich, dass Nichtdeutsche deutlich seltener zu einem Gymnasium, aber wesentlich häufiger zur Hauptschule und zur Gesamtschule wechseln als deutsche Schüler.

Nichtdeutsche wechseln mit 32,9% am häufigsten zur Gesamtschule. 27,8% wählten die Realschule und erst danach folgt mit einer Übergangsquote von 20,1% das Gymnasium. Schlusslicht bildet auch unter den Nichtdeutschen die Hauptschule. Mit 18,3% liegt die Übergangsquote der Nichtdeutschen zur Hauptschule jedoch weit über der durchschnittlichen Übergangsquote zur Hauptschule.

Deutsche Übergänger bevorzugen mit 38,5% das Gymnasium. Damit liegt die Übergangsquote der Deutschen zum Gymnasium um 18,4 Prozentpunkte über der Quote der Nichtdeutschen. An zweiter Stelle folgt unter den deutschen Schülern die Realschule mit 26,9%, gefolgt von der Gesamtschule mit 23,8%. Zur Hauptschule wechseln hingegen lediglich 10,2% der deutschen Übergänger. Im Verhältnis zu den Nichtdeutschen liegt die Übergangsquote der Deutschen zur Hauptschule somit um 8,1 Prozentpunkte niedriger (s. Abb. 33).

Abbildung 33: Übergangsquoten insgesamt und nach Staatsangehörigkeit 2004/2005 (15.10.)



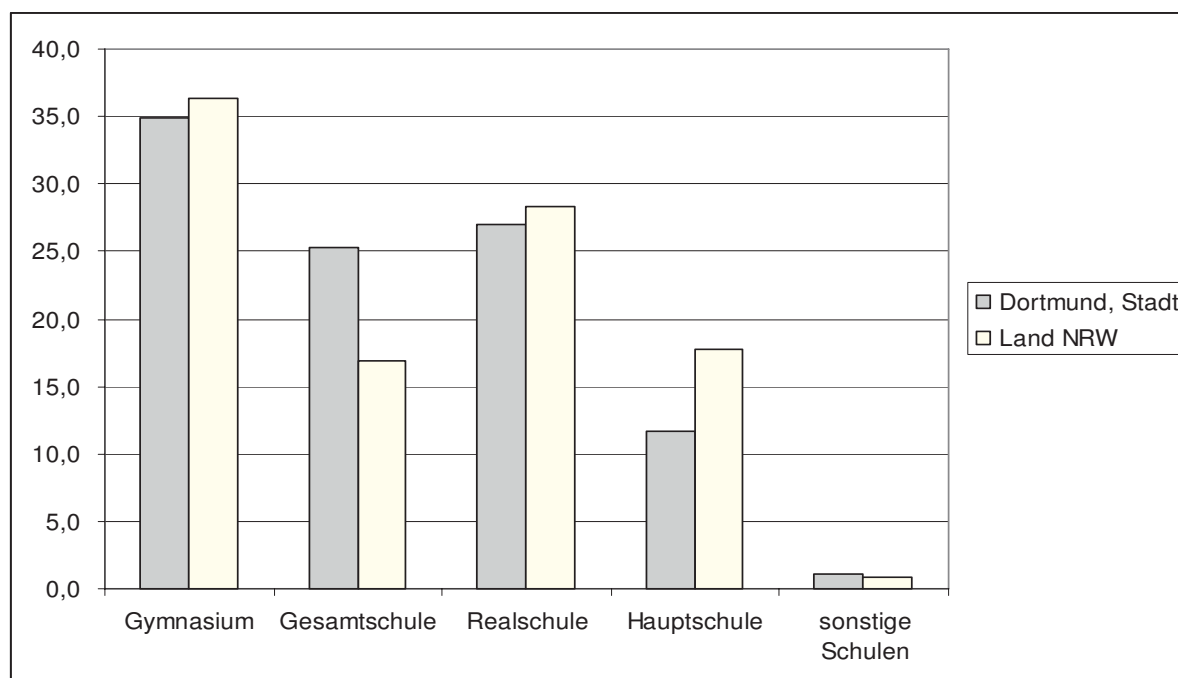
¹²³ Zahlen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

Übergangsquoten in Dortmund im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen

Im Unterschied zu Dortmund weist Nordrhein-Westfalen eine etwas abweichende Reihenfolge der gewählten Schulformen auf.

Ähnlich wie in Dortmund liegt mit 37,8% auch hier das Gymnasium an der Spitze. An zweiter Stelle folgt mit einer Übergangsquote von 28,3% die Realschule. Deutliche Unterschiede zeigen sich bei Haupt- und Gesamtschule. Im Vergleich zu NRW ist der Hauptschulanteil in Dortmund zugunsten der Gesamtschule verschoben. Während landesweit 17,7% der Grundschüler/innen auf die Hauptschule wechseln, ist der Anteil vor Ort um ein Drittel niedriger. Umgekehrt besucht jedes vierte Dortmunder Kind nach der Grundschule eine Gesamtschule. Im Landesdurchschnitt beträgt die Übergangsquote zur Gesamtschule nur 16,3% (s. Abb. 34).

Abbildung 34: Übergangsquoten Dortmund im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen 2004/2005 (15.10.)



Schuljahr 2004/2005: 30,3% erreichen Hochschulzugangsberechtigung, 8,9% ohne Schulabschluss

Die Art des erworbenen Schulabschlusses hat eine zentrale Bedeutung für den Eintritt in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und damit für die Zuweisung von Berufs- und Lebenschancen. Deutliche Diskrepanzen zeigen sich zwischen deutschen und nichtdeutschen Schulabgängern.

Im Schuljahr 2004/2005¹²⁴ sind in Dortmund 6.140 Schüler/innen von einer allgemein bildenden Schule entlassen worden. Der größte Anteil entfiel mit 38,7% auf den Realschulabschluss. 26,0% haben die allgemeine Hochschulreife und 4,3% die Fachhochschulreife erlangt. Somit haben in Dortmund insgesamt 30,3% aller Abgänger/innen eine Hochschulzugangsberechtigung erworben. Mit einem Hauptschulabschluss verlassen 22,2% das allgemein bildende Schulsystem. Überhaupt keinen Schulabschluss machen 8,9% der Abgängerinnen und Abgänger in Dortmund.

¹²⁴ Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

Nichtdeutsche mit tendenziell niedrigeren Abschlüssen

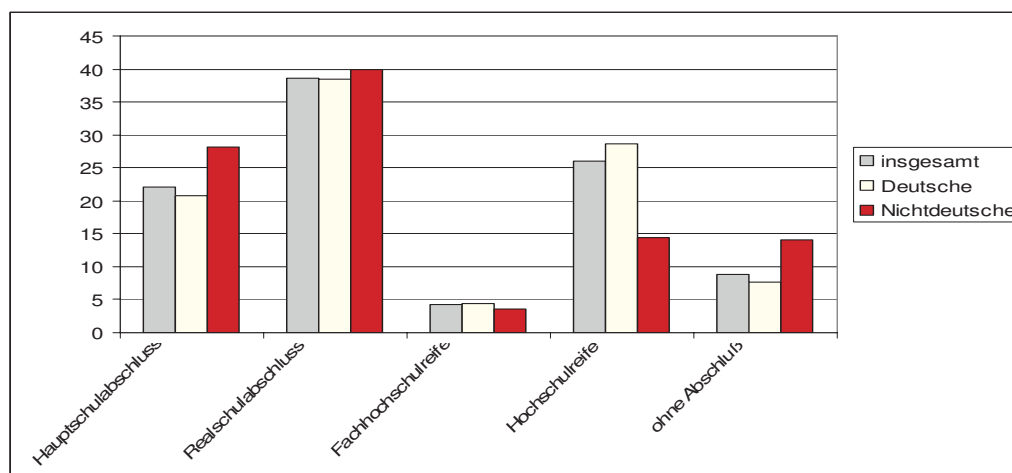
Auch bei den Schulabschlüssen spielen die Abgänger/innen mit nichtdeutscher Herkunft eine besondere Rolle. Nichtdeutsche Schulabgänger/innen erlangen im Durchschnitt deutlich niedrigere Abschlüsse als deutsche Abgänger/innen. Bei den Nichtdeutschen ist der Realschulabschluss mit 39,9% der häufigste erreichte Abschluss. Im Gegensatz zu den deutschen Abgängern folgt an zweiter Stelle jedoch der Hauptschulabschluss. 28,2% der Nichtdeutschen verlassen die Schule mit diesem Abschluss. Überproportional viele Nichtdeutsche 13,0% (Deutsche 7,7%:) verlassen zudem die Schule ohne einen Schulabschluss. Auf der anderen Seite erreichen lediglich 14,3% das Abitur.

Von den deutschen Abgänger/innen verlassen hingegen doppelt so viele die Schule mit dem Abitur (28,6%). Insgesamt erlangen 33,0% der Deutschen die ‚Eintrittskarte‘ zu einer Hochschule (inkl. Fachhochschulreife). Bei den Nichtdeutschen sind dies lediglich 17,9%. Die häufigste Abschlussart unter den Deutschen ist mit 38,4% ebenfalls der Realschulabschluss. Während dieser Wert etwa dem der nichtdeutschen Abgänger/innen entspricht, beenden Deutsche seltener die Schullaufbahn mit einem Hauptschulabschluss (20,8%) oder ohne jeden Abschluss (7,7%).

Wie bei den Übergangsquoten in die Sekundarstufe I ergibt der Vergleich der Schulabschlüsse ein deutlich schlechteres Ergebnis auf Seiten der nichtdeutschen Abgänger/innen. Während bei den Deutschen die Tendenz zu höherwertigen Abschlüssen festgestellt werden kann, dominieren bei den Nichtdeutschen niedrigere Schulabschlüsse.

Allerdings bietet die Staatsangehörigkeit allein keine Erklärung. Entscheidende Faktoren sind auch hier der soziale Status der Eltern (Bildungsgrad, Beruf, Einkommensverhältnisse) und die konkreten Lebensumstände vor Ort in den Sozialräumen¹²⁵ (s. Abb. 35).

Abbildung 35: Schulabschlüsse insgesamt und nach Staatsangehörigkeit 2004



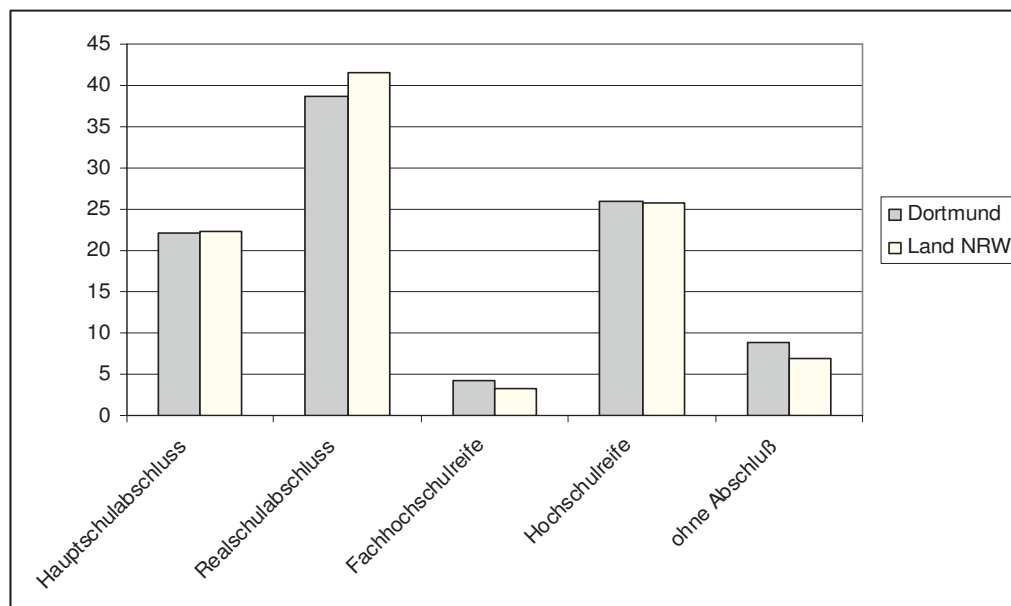
Schulabgänger/innen in Dortmund im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen

In Dortmund liegt der Anteil der Abgänger/innen, die ohne einen Schulabschluss aus dem Schulsystem aussteigen um zwei Prozentpunkte über dem nordrhein-westfälischen Durchschnitt. Außerdem liegt der Anteil der Abgänger/innen mit einem Realschulabschluss in Nordrhein-Westfalen um drei Prozentpunkte höher als in Dortmund.

Davon abgesehen unterscheidet sich die Verteilung der Schulabschlüsse in Dortmund von der in Nordrhein-Westfalen nur wenig (s. Abb. 36).

¹²⁵ Deutsches Jugendinstitut 2006

Abbildung 36: Vergleich der Schulabschlüsse in Dortmund und Nordrhein-Westfalen 2004



Sozialräume

Eine erfolgreiche Schulausbildung ist eine wichtige ‚Eintrittskarte‘ für gesellschaftliche Positionen. Jedoch werden abhängig vom Wohnort der Kinder unterschiedliche ‚Eintrittskarten‘ verteilt. Die durch die soziale Herkunft bedingte ungleiche Bildungsbeteiligung (Stichwort: PISA) schlägt sich auch in den Sozialraumstrukturen nieder. Schulen agieren innerhalb einer Stadt unter ganz unterschiedlichen Standortbedingungen und Problemlagen. Bildungschancen und Bildungserfolge verteilen sich systematisch entlang von Grenzen sozialer und sozialräumlicher Ungleichheit, wodurch letzteres noch weiter verstärkt werden kann.¹²⁶

Das Übergangsverhalten kann auf gesamtstädtischer Ebene mit statistischen Daten des Landes, den Übergangsquoten, gemessen werden. Die kleinräumige Betrachtung gelingt auf der Grundlage kommunaler Erhebungen, hier wird auf die Anmeldequoten¹²⁷ zurückgegriffen.

Übergangsverhalten von Grundschule zu weiterführenden Schulen sozialräumlich deutlich unterschiedlich ausgeprägt

Während im Schuljahr 2004/2005¹²⁸ auf der gesamtstädtischen Ebene der größte Anteil der Schüler/innen nach der Grundschule auf ein Gymnasium wechselt, ist dies kleinräumig nur in 17 Sozialräumen der Fall. In neun Sozialräumen wird primär die Realschule gewählt und in den restlichen 13 Sozialräumen die Gesamtschule. In zehn Sozialräumen steht das Gymnasium erst an dritter Stelle hinter der Gesamtschule und der Realschule. Im Sozialraum Dorstfelder Brücke liegt sogar noch die Anmeldequote zur Hauptschule über der zum Gymnasium (vgl. Tab. 4).

¹²⁶ Strohmeier, K.P.; Kersting, V. 2002

¹²⁷ Die kleinräumigen Daten zum Schulwahlverhalten stammen abweichend zu den gesamtstädtischen Werten aus eigenen Erhebung der Stadt Dortmund (Schulverwaltungsamt/Amt für Statistik und Wahlen).

¹²⁸ Die kleinräumigen Daten zur Bildungsbeteiligung stammen abweichend zu den gesamtstädtischen Werten vom Amt für Statistik der Stadt Dortmund

Tabelle 4: Anmeldequoten zu weiterführenden Schulen 2004/2005

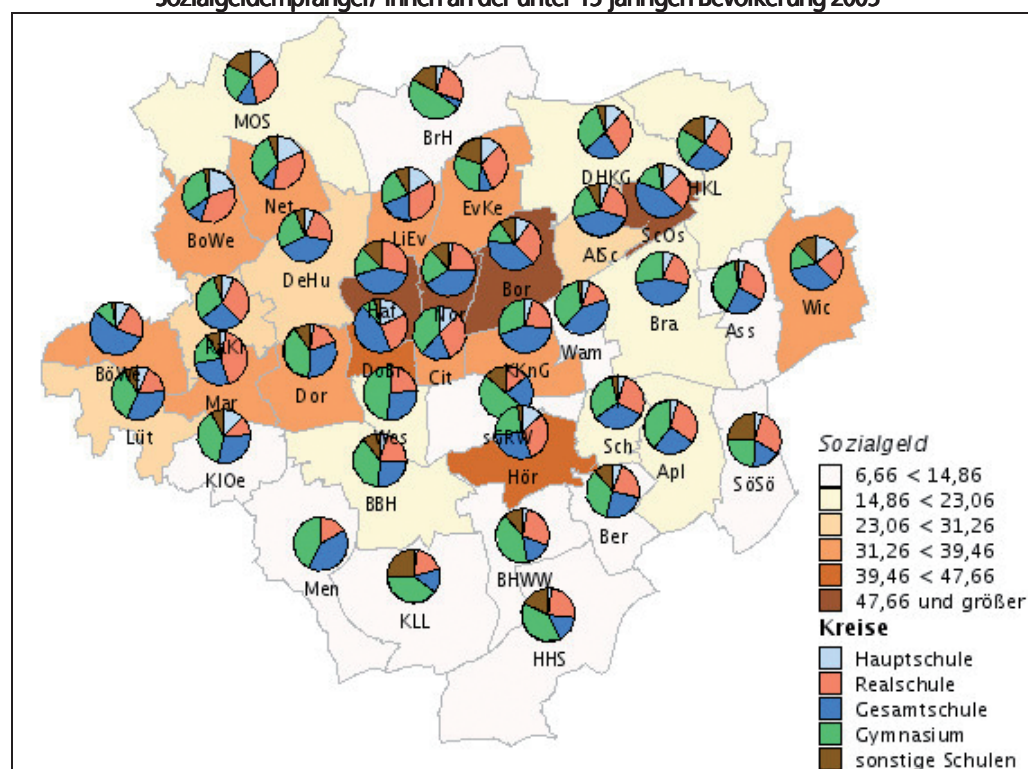
Kennziffer	Sozialräume	Hauptschule	Realschule	Gesamtschule	Gymnasium
01/1	City	12,8	30,8	17,9	38,5
01/2	Westfalenhalle	0,8	23,0	29,5	49,2
01/3	Dorstfelder Brücke	18,0	26,0	44,0	8,0
01/4	Dorstfeld	2,4	17,1	31,1	39,6
02/1	Hafen	1,1	27,8	41,1	17,2
02/2	Nordmarkt	2,2	23,0	40,7	22,0
02/3	Borsigplatz	9,8	28,0	39,0	13,4
03/1	Kaiserbrunnen/Körne	4,6	22,6	43,6	30,8
03/2	Südl. Gartenstadt/Ruhrallee	0,9	13,3	21,8	50,2
04/1	Brechten/Holthausen	4,8	25,3	4,8	48,2
04/2	Lindenhorst/Eving II	16,3	32,5	20,0	22,5
04/3	Eving I /Kemminghausen	12,0	31,3	8,3	28,6
05/1	Derne/Hostedde/Kirchderne	11,2	29,9	22,4	31,3
05/2	Kurl/Husen/Lanstrop	9,1	25,2	27,3	22,4
05/3	Alt-Scharnhorst	5,4	24,3	40,5	21,6
05/4	Scharnhorst-Ost	12,1	24,3	44,5	16,2
06/1	Asseln	4,0	29,3	24,2	39,4
06/2	Brackel	7,1	22,7	44,0	28,4
06/3	Wambel	4,9	14,8	42,0	35,8
06/4	Wickede	13,8	23,4	33,8	16,6
07/1	Aplerbeck	4,5	30,7	26,3	40,2
07/2	Berghofen	5,8	23,1	25,0	34,6
07/3	Schüren	5,0	27,5	32,5	31,3
07/4	Sölde/Sölderholz	4,8	28,6	17,1	24,8
	Benninghofen/Hacheney/				
08/1	Wellinghofen/Wichlinghofen	2,9	28,2	16,1	41,4
08/2	Hörde	13,3	30,8	29,4	23,8
08/3	Holzen/Syburg	2,0	24,8	15,8	39,6
09/1	Barop/Brünninghausen/ Hombruch	4,6	21,1	24,9	38,8
09/2	Menglinghausen	0,0	17,2	42,2	43,8
	Kirchhörde/Löttringhausen/				
09/3	Lücklemberg	2,2	18,4	14,7	39,7
10/1	Lütgendortmund	6,3	17,0	33,6	34,1
10/2	Marten	3,4	41,6	27,0	19,1
10/3	Bövinghausen/Westrich	8,3	22,2	55,6	11,1
10/4	Kley/Oespel	12,0	12,0	29,3	38,7
11/1	Deusen/Huckarde	6,2	22,0	39,0	26,6
11/2	Jungferntal/Kirchlinde	7,0	30,8	26,9	29,9
12/1	Bodelschwingh/Westerfilde	19,8	35,1	9,9	32,1
	Mengede/Oestrich/				
12/2	Schwieringhausen	13,0	33,7	12,5	23,9
12/3	Nette	18,1	34,9	8,4	32,5

Die höchsten Anmeldequoten zum Gymnasium zeigen sich in der südlichen Gartenstadt/ Ruhrallee/ Westfalendamm (50,2%), Westfalenhalle (49,2%) und Brechten/ Holthausen (48,2%). Hier geht etwa die Hälfte der Schüler/innen nach der Grundschule auf ein Gymnasium, nur wenige besuchen eine Haupt- oder Gesamtschule. In den Sozialräumen Dorstfelder Brücke, Bövinghausen/Westrich und Borsigplatz hingegen wechseln lediglich zwischen 8,0% und 13,4% der Schüler/innen auf ein Gymnasium. Hier besucht der größte Anteil eine Gesamtschule. In Bövinghausen/Westrich sind das mehr als die Hälfte der Schüler/innen (55,6%). Dort ist zudem die Anmeldequote zur Hauptschule am höchsten. Jedes fünfte Kind (19,8%) führt hier seine Schullaufbahn auf einer Hauptschule weiter. Darüber hinaus hat in Nette (18,1%), Dorstfelder Brücke (18,0%) und Lindenhorst/ Eving II (16,2%) die Hauptschule eine hohe Bedeutung. Im Gegensatz dazu hat in Menglinghausen kein Schüler und keine Schülerin auf eine Hauptschule gewechselt und auch in Westfalenhalle und südlicher Gartenstadt/ Ruhrallee/ Westfalendamm spielt mit einer Quote von unter 1,0% der Wechsel auf eine Hauptschule eine untergeordnete Rolle. Auffallend gering ist die Anmeldequote zur Hauptschule außerdem in den Sozialräumen Hafen (1,1%) und Nordmarkt (2,2%). Beides sind Sozialräume, in denen die soziale Lage äußerst prekär ist. Der größte Teil der Schüler/innen wechselt in beiden Sozialräumen zur Gesamtschule (über 40%).

Sozialer Kontext: Unterschiede im Schulwahlverhalten hängen kleinräumig mit Anteil der Empfänger/innen von Sozialgeld zusammen

In den wenig von Armut betroffenen Räumen (u. a. südliche Gartenstadt/ Ruhrallee/ Westfalendamm, Westfalenhalle und Brechten/ Holthausen) geht der größte Teil der Kinder nach der Grundschule auf ein Gymnasium. In den Sozialräumen mit hoher Armutsquote zeigen sich hingegen sehr geringe Anmeldequoten zum Gymnasium (s. Abb. 37). Betrachtet man hingegen den Wechsel zur Hauptschule, so kann hier kein eindeutiger Zusammenhang festgestellt werden. Wie bereits weiter oben erwähnt, ist die Anmeldequote zur Hauptschule in Nordmarkt und Hafen trotz sozial benachteiligter Struktur sehr gering. Das kann darauf zurückzuführen sein, dass viele der Kinder in diesen Sozialräumen die ortsnahe Gesamtschule wählen.

Abbildung 37: Anmeldequoten zu weiterführenden Schulen 2004/2005 und Anteil der Sozialgeldempfänger/-innen an der unter 15-jährigen Bevölkerung 2005



Der Wechsel auf eine Hauptschule schränkt die Möglichkeiten, einen höheren Bildungsabschluss zu erreichen, grundsätzlich nicht ein, da auch an der Hauptschule direkt Abschlüsse bis zur Fachoberschulreife (mit Qualifikation zum Besuch der gymnasialen Oberstufe) erreicht werden können. Die realen Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sind mit einem Hauptschulabschluss allerdings eingeschränkt. Kinder, die in einem geringeren Maße auf ein Gymnasium bzw. eher zur Hauptschule wechseln (u. a. aus den Sozialräumen Dorstfelder Brücke, Bodelschwingh/ Westerfilde, Borsigplatz und Scharnhorst-Ost), haben damit deutlich schlechtere Ausgangsbedingungen, auf direktem Wege die Allgemeine Hochschulreife zu erreichen, als beispielsweise Kinder aus der südlichen Gartenstadt/ Ruhrallee/ Westfalendamm, Westfalenhalle und Brechten/Holthausen, wo etwa die Hälfte der Kinder an einem Gymnasium angemeldet wird, während Haupt- und Gesamtschulen praktisch keine Rolle spielen.

7.6 Erziehungshilfen

Der gesellschaftliche Wandel stellt Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern vor neue Anforderungen, die häufig zu Belastungen innerhalb der Familie führen. Die Ursachen liegen oft in der schwierigen wirtschaftlichen Situation von Familien mit Kindern, erodierenden sozialen Netzwerken und neuen wachsenden Anforderungen an die Erziehungskompetenz der Eltern. Hinzu kommt, dass sich der Anteil der Kinder, die heute nur mit einem Elternteil zusammenleben, erhöht hat. Diese Konstellationen führen dazu, dass die Organisation des Familienalltags erschwert wird.¹²⁹ Gerade in Erziehungsfragen stoßen Eltern immer häufiger an ihre Grenzen und es entsteht ein zunehmender Beratungs-, Unterstützungs- und Betreuungsbedarf durch Fachkräfte.

Sozialpolitische Aufgabe und die Aufgabe gesellschaftlicher Institutionen ist es daher, für die Gruppe sozial Benachteiligter Rahmenbedingungen zu schaffen, die gewährleisten, dass alle Bevölkerungsgruppen, unabhängig von Alter, Herkunft und sozialem Status, die Möglichkeit erhalten, gleichermaßen an gesellschaftlichen Entwicklungen partizipieren zu können. Junge Menschen müssen auf zukünftige Anforderungen vorbereitet werden. Dabei hat insbesondere der Ausgleich von sozial bedingten ungleichen Entwicklungschancen eine zentrale Bedeutung.

Gesamtstadt

Hilfen in schwierigen und krisenhaften Lebenssituationen reichen von ambulanten Hilfen innerhalb der Familie, wie beispielsweise der sozialpädagogischen Familienhilfe, bis zu stationären Hilfen außerhalb der Familie¹³⁰ (z.B. der Heimunterbringung). Erziehungsberechtigte haben nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) einen Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung für sich und ihr Kind, „wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist“.¹³¹

Insgesamt wurde 2006 in Dortmund in 3.161 Fällen eine solche Hilfe gewährt, d.h. 27,1 je 1.000 der in Dortmund lebenden Kinder und Jugendlichen unter 21 Jahren erhielten Hilfen zur Erziehung. 1.480 Hilfen wurden ambulant (46,8%) und 1.681 (53,2%) in stationärer Form bewilligt.

Hilfen zur Erziehung: Inanspruchnahme für Jungen häufiger und mit wachsender Tendenz

Die Analyse der geschlechtsspezifischen Inanspruchnahme von Leistungen der Hilfen zur Erziehung zeigt, dass die männliche Klientel mit einem Anteil von 56,9% an allen Leistungen überrepräsentiert ist. Im Jahr 2006 haben von 1.000 Jungen und jungen Männern im Alter von unter 21 Jahren 30,2 diese Leistung in Anspruch genommen. Bei den unter 21-jährigen Mädchen und jungen Frauen waren es 23,9.

Der höhere Anteil der männlichen Jugendlichen ist insbesondere auf die hohe Inanspruchnahme von ‚Hilfen innerhalb der Familie‘ zurückzuführen. Hier ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern besonders deutlich. 15,8 von 1.000 unter 21-jährigen Jungen und jungen Männern nahmen 2006 diese Leistung in Anspruch, während es bei den Mädchen und jungen Frauen lediglich 9,5 waren.

Bei Hilfen ‚außerhalb der Familie‘ ist das Verhältnis der Inanspruchnahme zwischen weiblicher und männlicher Klientel (14,4 je 1.000) ausgeglichen (vgl. Tab. 5).

Tabelle 5: Hilfen zur Erziehung in Dortmund 2006

Bevölkerungsgruppe	Insgesamt		Jungen		Mädchen	
	absolut	je 1.000*	absolut	je 1.000*	absolut	je 1.000*
Hilfen zur Erziehung insgesamt	3.161	27,1	1.798	30,2	1.363	23,9
Ambulant	1.480	12,7	940	15,8	540	9,5
Stationär	1.681	14,4	858	14,4	823	14,4

*je 1.000 der jeweiligen Bevölkerung im Alter von unter 21 Jahren.

¹²⁹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) : 12. Kinder und Jugendbericht der Bundesregierung. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland.

¹³⁰ s. auch Glossar im Datenanhang „Sozialstrukturatlas 2005“

¹³¹ §27 Abs. 1 KJHG/SGB VIII

Die Zahl der Erziehungshilfen ist 2006 im Vergleich zu 2005 deutlich angestiegen. 2006 sind 420 Fälle mehr registriert worden als 2005. Das bedeutet eine Steigerung von 15,3 %. Der Anteil der unter 21-jährigen, die Hilfen zur Erziehung erhalten, hat sich von 23,3 je 1.000 auf 27,1 ebenfalls erhöht.

Der Anstieg ist insbesondere durch die Zunahme der ambulanten Hilfen begründet. Diese sind um 254 Fälle bzw. 20,7% gestiegen. Allerdings hat auch die Zahl der stationären Hilfen mit 11,0% erheblich zugenommen. (vgl. Tab. 6)

Jungen haben nicht nur häufiger Erziehungshilfen in Anspruch genommen, die Zahl der Fälle ist von 2005 zu 2006 auch deutlicher gestiegen als bei den Mädchen. 2006 wurden für die Jungen 247 Fälle mehr registriert, das entspricht einem prozentualen Anstieg von 15,9%. Bei den Mädchen gab es eine Steigerung der Fälle um 14,5% (173 Fälle).

Bei Mädchen wie Jungen ist die Zahl der ambulanten Hilfen stärker als die der stationären gestiegen. Die Zahl der *ambulant* Hilfen ist bei den Mädchen allerdings stärker angezogen. Sie hat sich um ein Viertel von 429 auf 540 Fälle erhöht, bei den Jungen hingegen „nur“ um 17,9%. Die Entwicklung der *stationären* Hilfen verlief entgegengesetzt: Die Zunahme bei den Jungen (13,8%) war deutlich höher als bei den Mädchen (8,1%), (s. Tab. 6).

Tabelle 6: Hilfen zur Erziehung insgesamt und nach Geschlecht

Hilfen zur Erziehung	Insgesamt				Jungen				Mädchen			
	2005	2006	2005/ 2006	2005/ 2006	2005	2006	2005/ 2006	2005/ 2006	2005	2006	2005/ 2006	2005/ 2006
	Absolut		absolut	In %	absolut		absolut	In %	Absolut		absolut	In %
insgesamt	2.741	3.161	420	15,3	1.551	1.798	247	15,9	1.190	1.363	173	14,5
ambulant	1.226	1.480	254	20,7	797	940	143	17,9	429	540	111	25,9
stationär	1.515	1.681	166	11,0	754	858	104	13,8	761	823	62	8,1

Erhöhte Inanspruchnahme durch Fortentwicklung des Angebotes einerseits und belastete Lebenslagen andererseits

Für die Zunahme der Hilfen zur Erziehung ist ein ganzes Bündel von Ursachen verantwortlich.

So sind beispielsweise durch die Einführung des Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetzes – KICK – Ende 2005 vermehrte Meldungen von Kindeswohlgefährdungen und die Übernahme von Fällen seelisch behinderter junger Menschen – die bisher durch den Landschaftsverband betreut wurden - mit erfasst worden.

Die Zunahme der ambulanten Hilfe ist insbesondere auf den bewussten Ausbau ambulanter sozialpädagogischer Maßnahmen zurückzuführen. Ein weiterer Grund für den Anstieg der ambulanten Hilfe ist in einem positiven Imagewandel der Leistungen des Jugendamtes zu sehen. „Familienunterstützende Hilfen zur Erziehung erlangen aus der Sicht der jungen Menschen und deren Familien zunehmend den Status einer geeigneten Option zur familiären bzw. individuellen Krisenbewältigung in Fragen von Erziehung und Sozialisation.“¹³²

Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die Belastung der sozioökonomischen Lebenslagen von jungen Menschen und deren Familien ein Grund für das Ansteigen der Inanspruchnahme der Hilfen ist, denn die Zunahme von belastenden sozialstrukturellen Lebensbedingungen für junge Menschen und deren Familien erzeugen grundsätzlich einen Bedarf an Leistungen der Hilfen zur Erziehung. [...]“¹³³

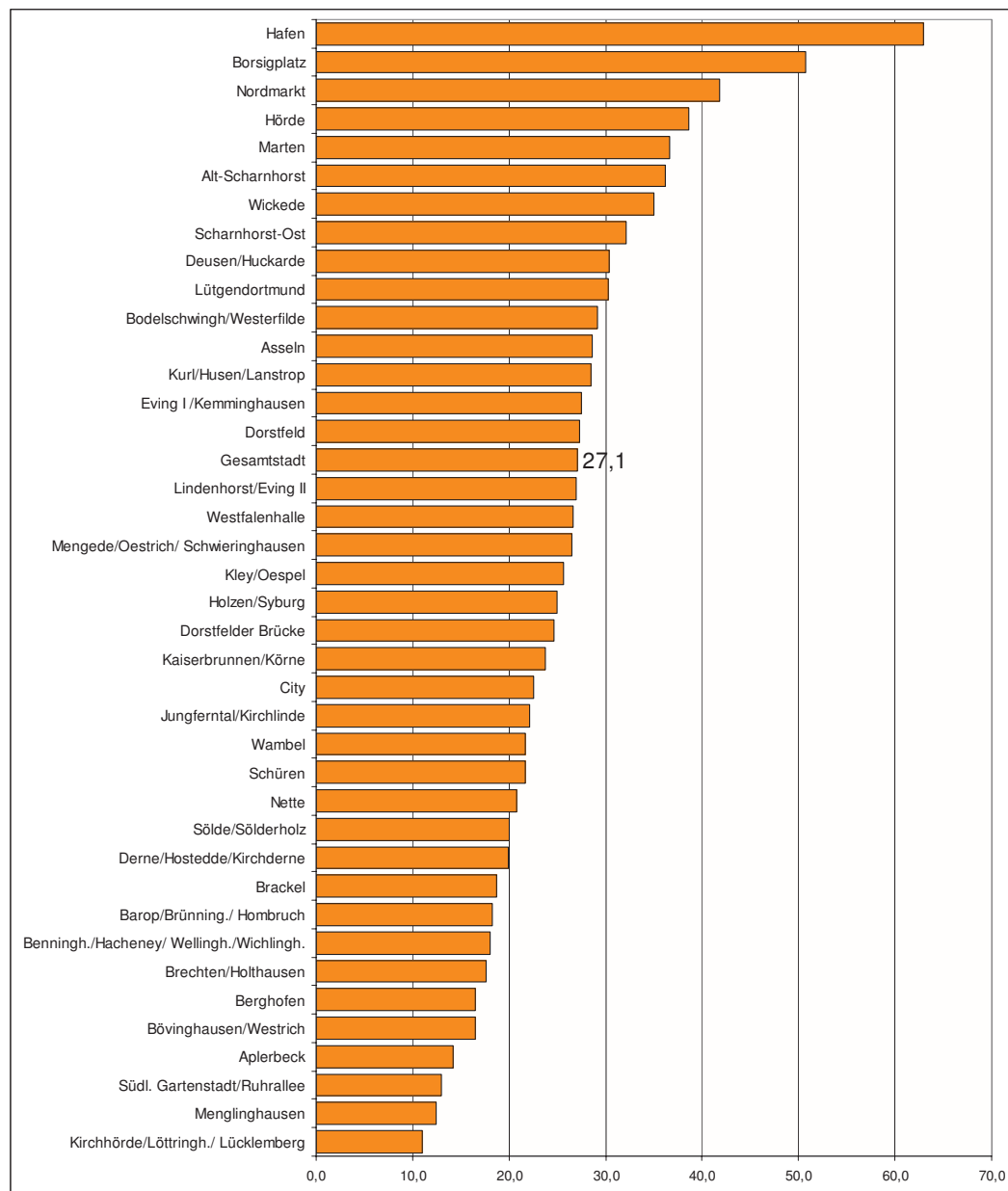
¹³² Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen (MSJK) (Hg.) 2005, S. 167

¹³³ ebenda

Sozialräume

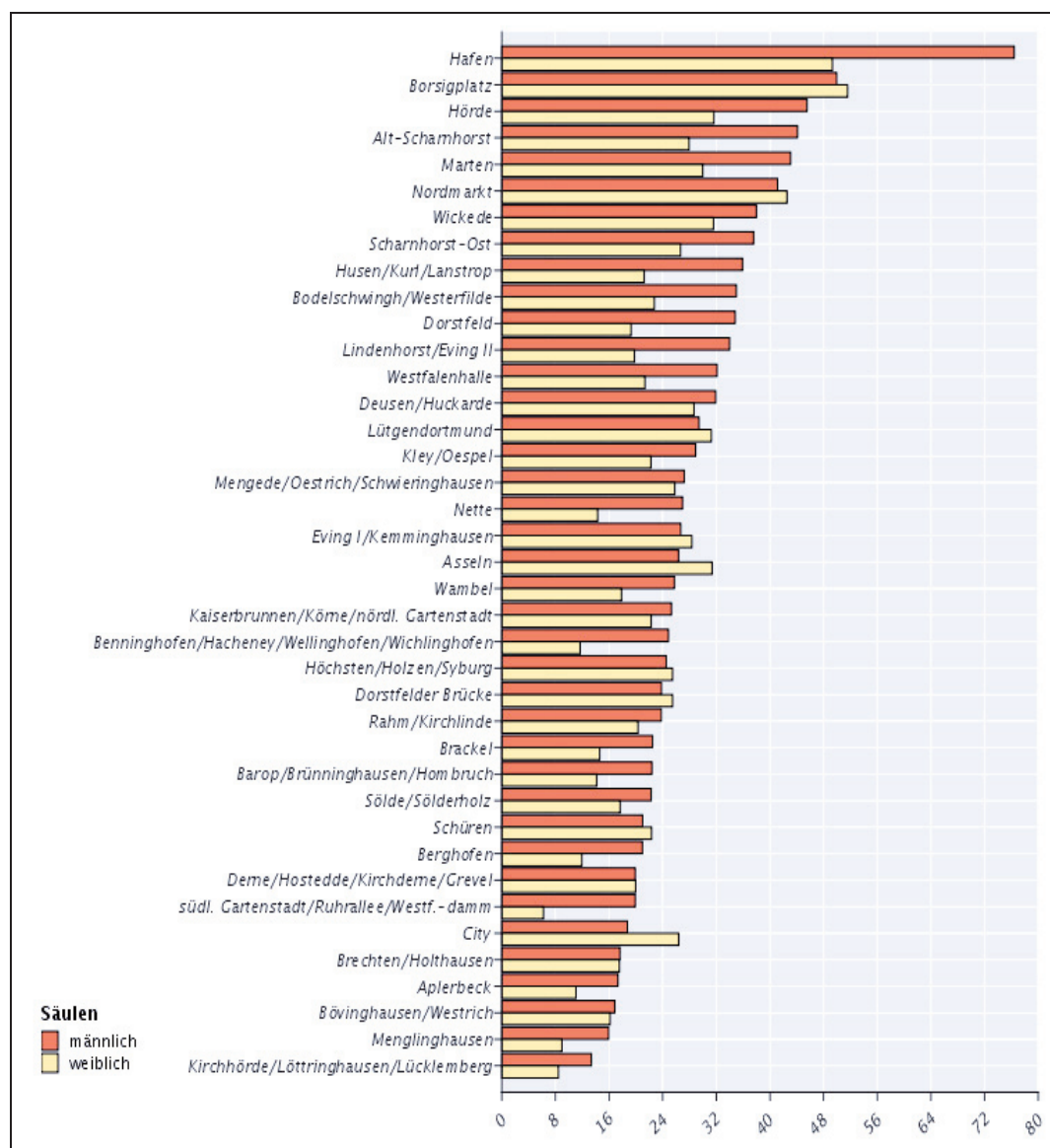
Die Inanspruchnahme von Erziehungshilfen unterscheidet sich gravierend zwischen den 39 Dortmunder Sozialräumen. So wird die durchschnittliche Zahl der registrierten Fälle von 27,1 je 1.000 jungen Menschen im Alter von unter 21 Jahren insbesondere im Sozialraum Hafen extrem überschritten. Hier haben 63,0 je 1.000 dieser Altersgruppe Erziehungshilfe in Anspruch genommen. Ebenfalls sehr hohe Werte finden wir am Borsigplatz (50,7%), Nordmarkt (41,8%) und Hörde (38,6%). Im Gegensatz dazu ist die Inanspruchnahme u. a. in Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemborg (11,0%), Menglinghausen (12,5%), südliche Gartenstadt/Ruhrallee/Westfalendamm (13,0%) und Aplerbeck (14,2%) am geringsten (s. Abb. 38).

Abbildung 38: Hilfen zur Erziehung für junge Menschen je 1.000 im Alter von unter 21 Jahren (2006)



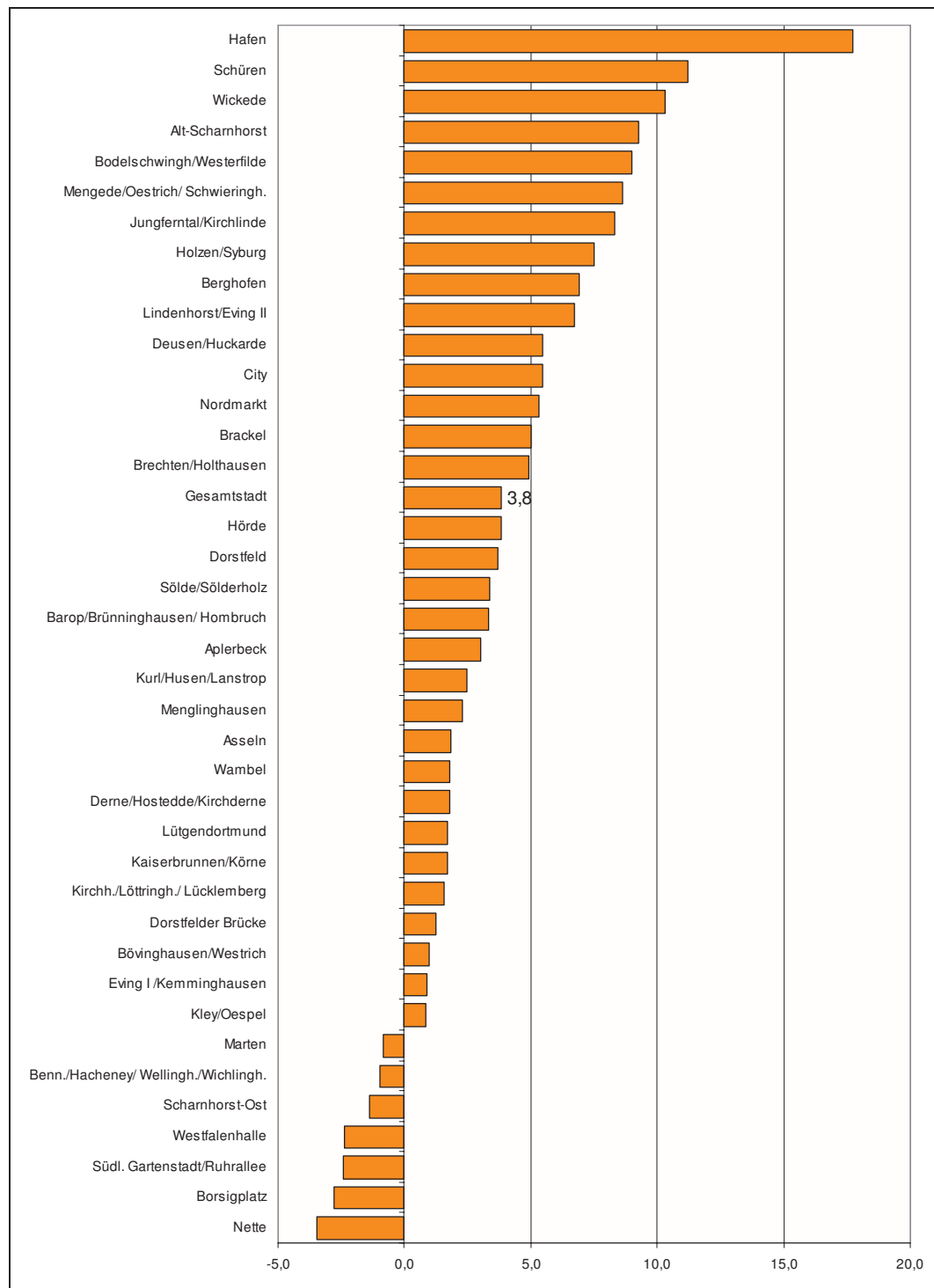
In den meisten Sozialräumen nehmen Jungen häufiger als Mädchen Hilfen zur Erziehung in Anspruch. Lediglich in den Sozialräumen City und Asseln übertrifft die Zahl der Erziehungshilfen je 1.000 Mädchen im Alter von unter 21 Jahren die der Jungen. In weiteren zehn Sozialräumen ist das Verhältnis in etwa ausgeglichen. Besonders hoch ist die Inanspruchnahme seitens der Jungen mit 76,4 je 1.000 im Sozialraum Hafen. (s. Abb. 39)

Abbildung 39: Hilfen zur Erziehung insgesamt und nach Geschlecht 2006



Die Zahl der Inanspruchnahme von Erziehungshilfen hat sich von 2005 auf 2006 in den sieben Sozialräumen Nette, Borsigplatz, südliche Gartenstadt/Ruhrallee/Westfalendamm, Westfalahalle, Scharnhorst-Ost, Benninghofen/Hacheney/Wellinghofen/Wichlinghofen und Marten reduziert, in den anderen Sozialräumen dagegen erhöht. Besonders stark zugenommen haben die Fälle im Sozialraum Hafen. 2005 wurden in diesem Sozialraum 45,2 Fälle je 1.000 der unter 21-jährigen gezählt, während im Jahr 2006 die Zahl um 17,7 Promillepunkte auf 63,0% gestiegen ist (s. Abb. 40).

Abbildung 40: Hilfen zur Erziehung für junge Menschen 2006 im Vergleich zu 2005



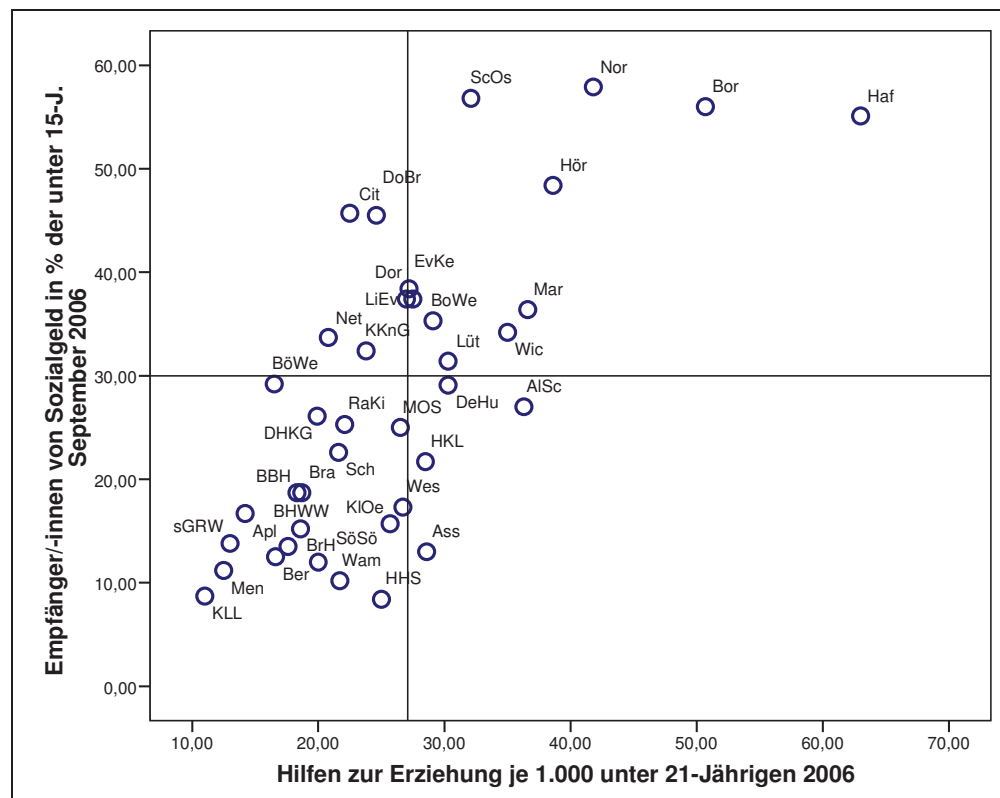
Deutlicher Zusammenhang: Erziehungshilfefälle und Bezug von Sozialgeld

Betrachtet man die Wahrnehmung von Hilfen zur Erziehung im sozialräumlichen Kontext, so zeigt sich ein signifikanter Zusammenhang zum **Bezug von Sozialgeld**. Die Grafik (Abb. 41) zeigt: Je höher der Anteil der Kinder mit Bezug von Sozialgeld, desto höher ist in der Tendenz auch die Zahl der Erziehungshilfefälle.

Die im unteren linken Quadranten platzierten Sozialräume zeichnen sich durch eine unterdurchschnittliche Ausprägung beider Merkmale aus. Dazu gehören Höchsten/ Holzen/ Syburg, Wambel, Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemborg, Menglinghausen und Berghofen.

Im Feld oben rechts finden sich hingegen die Sozialräume, die sowohl einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Sozialgeldempfänger/innen im Alter von unter 15 Jahren als auch die höchste Anzahl der Erziehungshilfefälle aufweisen. Hierzu zählen insbesondere die Sozialräume Hafen, Borsigplatz, Nordmarkt, Hörde und Scharnhorst-Ost.

Abbildung 41: Hilfen zur Erziehung 2006 im Vergleich zum Anteil der Sozialgeldempfänger/innen 2005



7.7 Gesundheit

Die Gesundheit von Kindern ist ein wichtiges Anliegen, das es zu bewahren und zu sichern gilt.

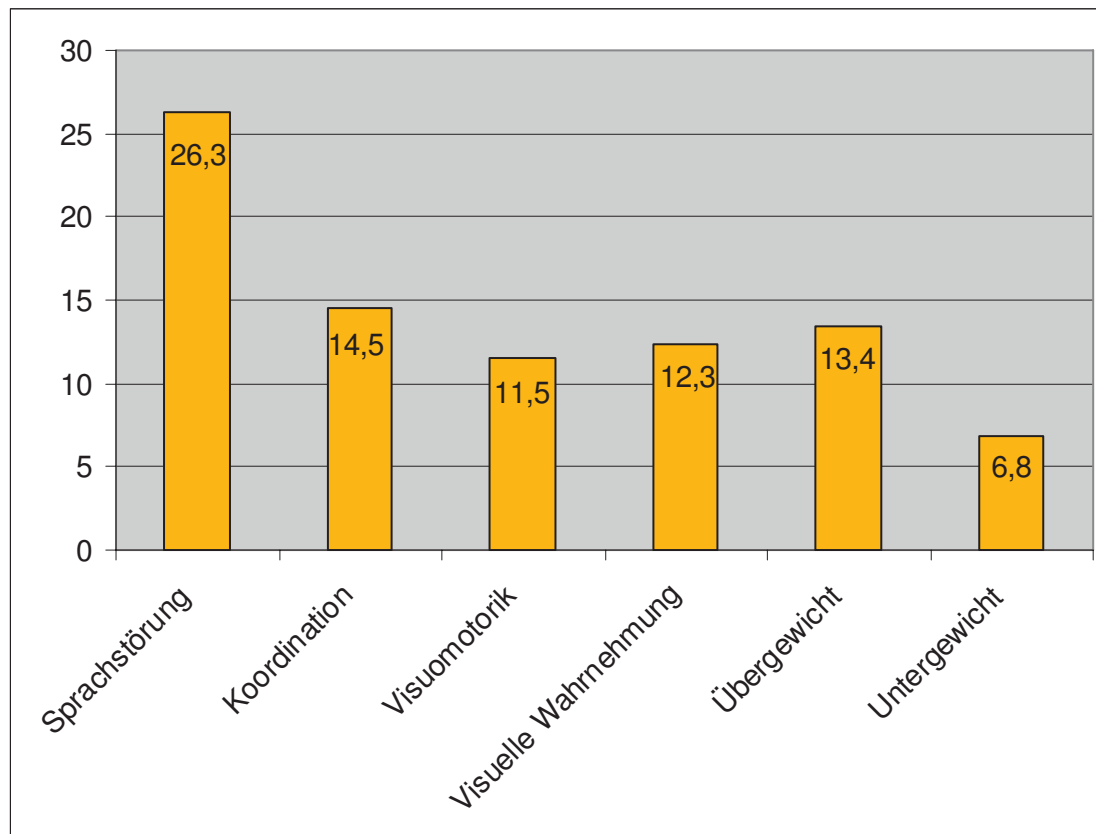
Durch medizinische Fortschritte haben zahlreiche akute Krankheiten bei Kindern stark an Bedeutung verloren. So sind typische Kinderkrankheiten, wie Masern, Mumps, Röteln oder Kinderlähmung aufgrund erfolgreicher Impfprogramme und Verbesserung der Lebensumstände deutlich zurückgegangen und nur noch für einen geringen Teil der Erkrankungen im Kindesalter verantwortlich. Die aktuellen Maserinfektionsfälle sind vermutlich auf eine „Impfmüdigkeit“ der Eltern zurückzuführen. Stattdessen gewinnen andere gesundheitliche Beeinträchtigungen und Entwicklungsdefizite im Kindesalter an Bedeutung.

Die sozialen Verhältnisse, unter denen Kinder aufwachsen, beeinflussen den Gesundheitszustand, die Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten. Kinder, die in Armut, in instabilen Familien leben oder Vernachlässigung erfahren, verfügen in der Regel über weniger Bewältigungsressourcen und sind gesundheitlichen Belastungen stärker ausgesetzt. Gesundheitliche Beeinträchtigungen und Entwicklungsstörungen im Kindesalter haben Folgen für spätere Lebensphasen. Aus diesem Grund ist eine frühe Diagnose von besonderer Bedeutung. Die jährlichen Schuleingangsuntersuchungen liefern dazu einige Hinweise. Die Schuleingangsuntersuchung ist eine Pflichtuntersuchung, die alle Kinder im Schuleintrittsalter individualmedizinisch nach schulrelevanten Gesundheits- und Entwicklungsaspekten erfasst. Beeinträchtigungen sollen früh erkannt werden, um diese zeitnah durch fördernde und kompensatorische Maßnahmen auszugleichen.

Gesamtstadt

An der Schuleingangsuntersuchung haben in Dortmund 2005 insgesamt 5.271 Kinder im schulfähigen Alter teilgenommen. Einige Befunde der Dortmunder Schuleingangsuntersuchung sind in der folgenden Abbildung 42 dargestellt.

Abbildung 42: Häufige Befunde der Schulanfänger/innen in Dortmund 2005



Jedes vierte untersuchte Kind hat Sprachstörungen

Sprechfähigkeit, Koordination und Visuomotorik¹³⁴ gehören zu den basalen Fähigkeiten, die Kinder als Voraussetzung für die Einschulung benötigen. Entwicklungsstörungen können erhebliche Beeinträchtigungen im Bereich des Lern- und Leistungsverhaltens bewirken und somit ein Risiko für den Schulerfolg und die weitere Entwicklung sein. Durch Behandlung und kompensatorische Maßnahmen können diese Probleme jedoch gelöst oder vermindert werden. Bei den Dortmunder Schulanfängern wurden von den ausgewählten Befunden Sprachstörungen am häufigsten festgestellt. Jedes vierte untersuchte Kind hatte diesen Befund (1.385, 26,3%). Jedes siebte Kind zeigte koordinative Probleme. Zudem hatten mehr als 10% der Kinder Störungen im Bereich der visuellen Wahrnehmung (12,3%) und der Visuomotorik (11,5%) (s. Abb. 42).

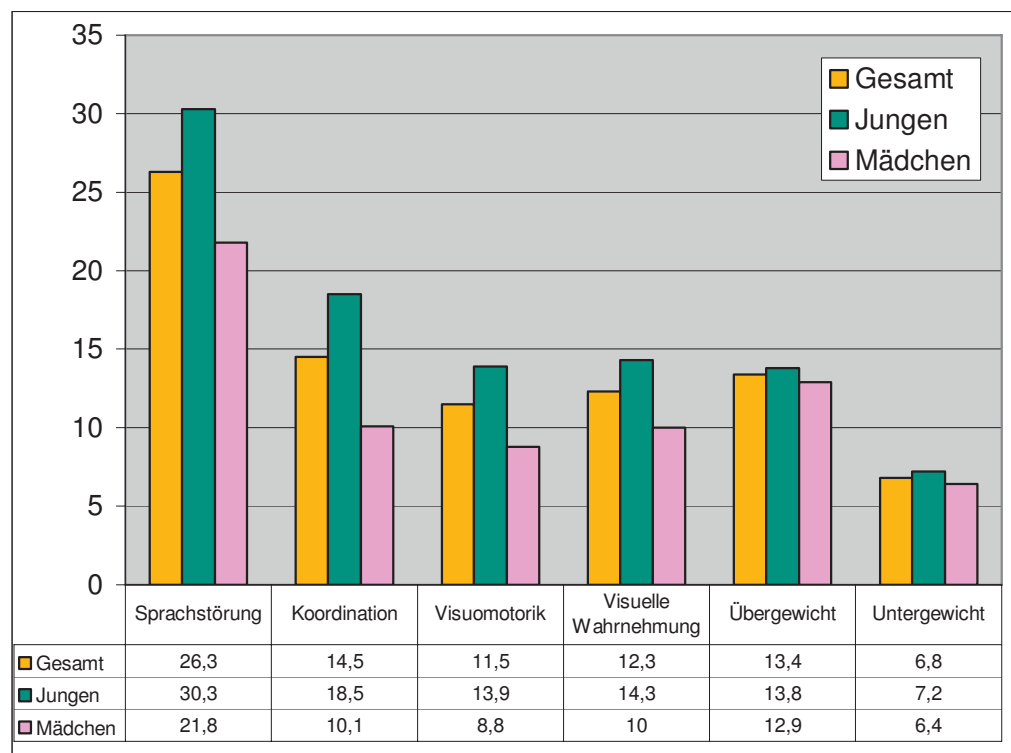
¹³⁴ Unter Visuomotorik versteht man die Aufnahme und Verarbeitung visueller Symbole sowie die Fähigkeit, das Wahrgenommene handmotorisch umzusetzen.

Auffällig ist auch die hohe Zahl der Kinder mit Gewichtsproblemen. 6,8% der untersuchten Kinder waren untergewichtig und 13,4% übergewichtig. Insgesamt zeigten somit 1.056 (20,2%) der Kinder auffällige Abweichungen vom Normalgewicht.¹³⁵ Übergewicht zählt zu den größten gesundheitlichen Problemen in den Industrieländern. So ist Übergewicht in der Kindheit häufig Grundlage vieler Folgeerkrankungen wie Diabetes mellitus, Bluthochdruck, koronare Herzkrankheiten und vorzeitiger Sterblichkeit im Erwachsenenalter (s. Abb. 42).

Signifikante Unterschiede im Gesundheitszustand von Jungen und Mädchen

Von Sprachstörungen, Koordinationsstörungen sowie Auffälligkeiten in der Visuomotorik und der visuellen Wahrnehmung sind Jungen deutlich häufiger betroffen als Mädchen: So wurde bei gut 20% der Mädchen aber bei 30% der Jungen eine Sprachstörung diagnostiziert. Noch deutlicher fallen die Unterschiede in der Koordination aus: Während hier bei ca. 10% der Mädchen Defizite zu verzeichnen waren, galt dies für über 18% der Jungen. Bei der Verbreitung von Gewichtsproblemen sind dagegen keine geschlechtsspezifischen Unterschiede zu erkennen (s. Abb. 43).

Abbildung 43: Häufige Befunde der Schulanfänger/innen in Dortmund nach Geschlecht 2005



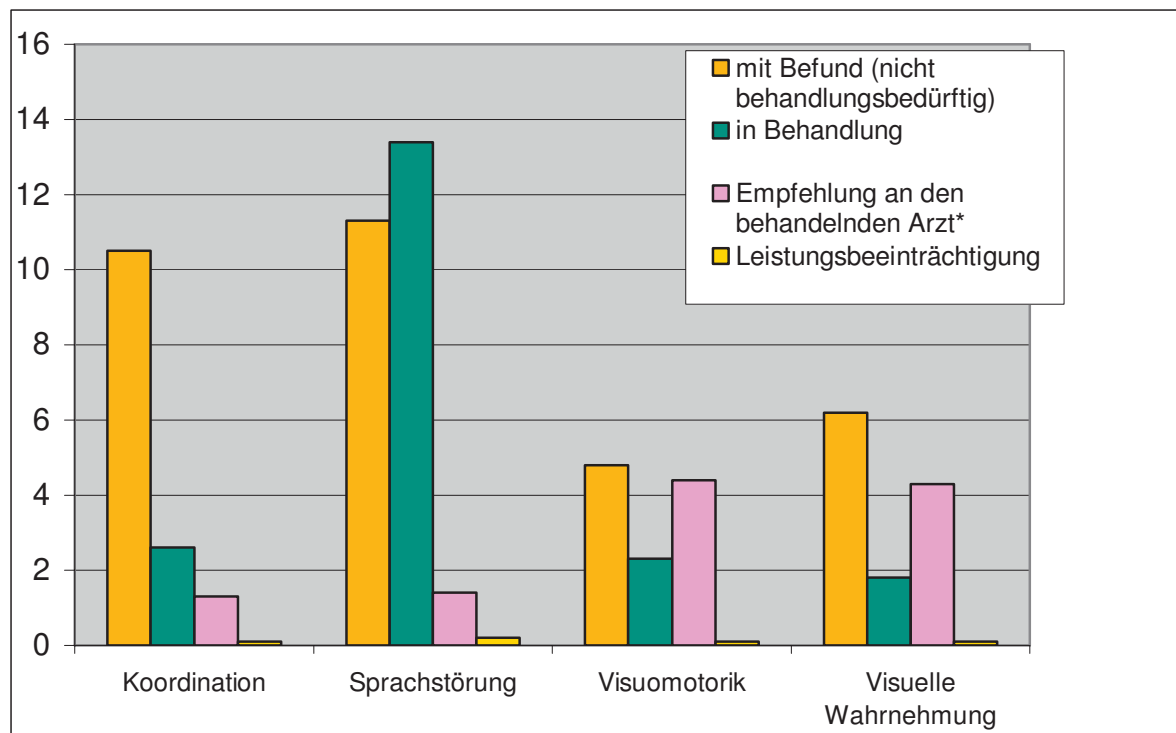
Viele Befunde werden bereits behandelt

Im Rahmen der Dokumentation der Schuleingangsuntersuchung nach dem sogenannten „Bielefelder Modell“ werden zugleich auch Informationen über die medizinische Versorgung der festgestellten Befunde festgehalten. Demnach wird ein großer Teil der bei der Schuleingangsuntersuchung festgestellten Befunde bereits ausreichend behandelt oder gilt als nicht behandlungsbedürftig. So befinden sich insbesondere die meisten Kinder mit einer Sprachstörung bereits in logopädischer Behandlung.

¹³⁵ Der BMI gilt für Erwachsene etwa ab dem 18. Lebensjahr, für Kinder und Jugendliche gelten die BMI-Werte der Erwachsenen nicht. Bei ihnen verändert sich der normale Fettanteil ständig, je nach Alter und Geschlecht. Daher hat man für Kinder und Jugendliche Normalwertkurven – so genannte Perzentilkurven – für den BMI entwickelt. Anhand des Alters und des BMI kann man von den Perzentilkurven ablesen, in welchem Bereich sich der Wert befindet.

Defizite in der gesundheitlichen Versorgung der Kinder bestehen dagegen noch in den Bereichen Visuomotorik und visuelle Wahrnehmung. Hier ist der größte Teil der Kinder mit behandlungsbedürftigen Befunden noch nicht ausreichend versorgt, so dass der Schularzt eine Empfehlung für den Kinderarzt bzw. den behandelnden Hausarzt aussprechen musste (s. Abb. 44).

Abbildung 44: Häufige Befunde der Schulanfänger/innen in Dortmund nach der medizinischen Versorgung 2005



*Empfehlung des Schularztes an den Kinderarzt bzw. den behandelnden Hausarztes.

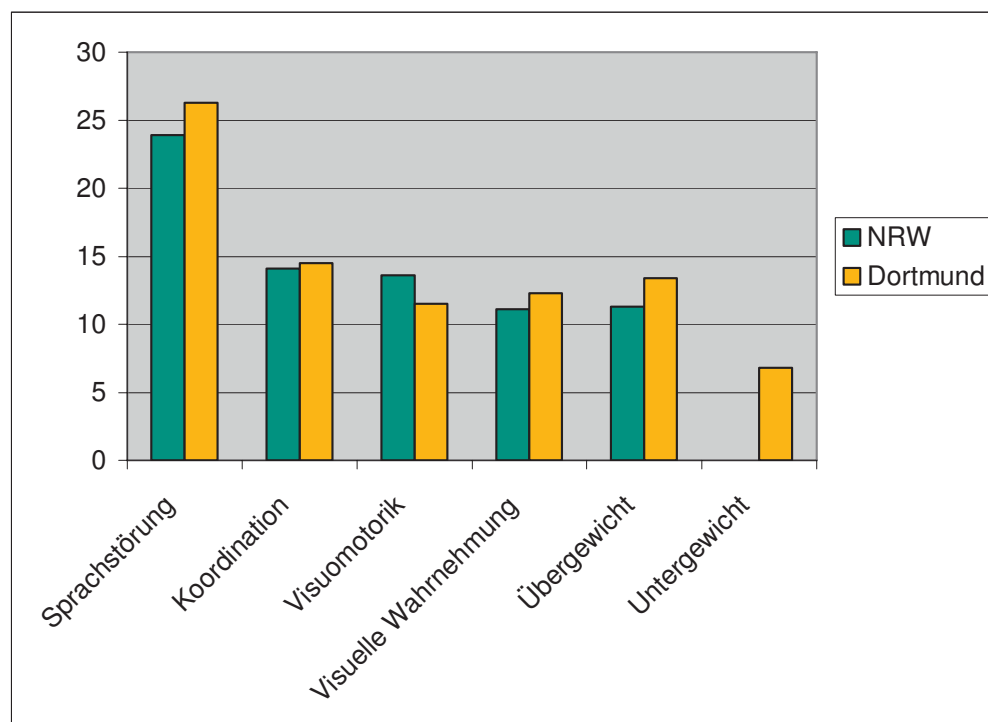
Kinder in Dortmund häufiger entwicklungsauffällig als in Nordrhein-Westfalen

Vergleicht man die Häufigkeit der in Dortmund festgestellten Befunde mit den nordrhein-westfälischen Durchschnittswerten, so fallen die Einschüler/innen in der Stadt Dortmund durch eine überdurchschnittliche Verbreitung von Sprachstörungen und von Übergewicht sowie häufigere Probleme in der visuellen Wahrnehmung auf.

Diese Unterschiede dürften zu einem großen Teil auf die bereits erwähnten Zusammenhänge zwischen der sozialen Lage und dem Gesundheitszustand zurückzuführen sein. Hier wirkt sich der höhere Anteil von sozial benachteiligten Kindern in Dortmund aus. In der Visuomotorik schneiden die Dortmunder Einschüler/innen dagegen besser ab ¹³⁶ (s. Abb. 45).

¹³⁶ Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst NRW (LögD) 2006

Abbildung 45: Häufige Befunde der Schulanfänger/innen in Dortmund und in Nordrhein-Westfalen 2005



Jedes zehnte Kind nimmt nicht an der Früherkennungsuntersuchung U7 teil – Teilnahmequote leicht unter dem NRW-Schnitt

Die Früherkennungsuntersuchungen für Kinder werden seit 1971 kostenlos von den Krankenkassen angeboten. Zu dieser Maßnahme gehören neun Einzeluntersuchungen (U1 bis U9), die altersabhängig zu festgelegten Terminen bis zum sechsten Lebensjahr durchgeführt werden. Ziel dieser Untersuchung ist das frühzeitige Erkennen von Störungen und Fehlentwicklungen beispielsweise des Skelettsystems oder der Sinnensorgane.¹³⁷

Zur Einschulungsuntersuchung wurden in Dortmund von den Eltern 4.483 Vorsorgehefte vorgelegt. Das entspricht einem Anteil von 85,1% aller Kinder. Bei 15% der Kinder kann bezüglich der durchgeführten Vorsorgeuntersuchungen keine Aussage getroffen werden, es ist jedoch zu vermuten, dass zumindest bei einem Teil der Kinder keine U9 bzw. frühere Vorsorgeuntersuchungen durchgeführt wurden.

Die Früherkennungsuntersuchung U7 wurde von 91,3% (4.091) der Kinder, die ihr Vorsorgeheft vorgelegt haben, wahrgenommen. Damit blieb die Teilnahmequote in Dortmund etwas unter dem Landesdurchschnitt (92,6%).

Bei der letzten durchzuführenden Untersuchung U9 haben lediglich 85,3% (3.823) der Kinder mit Vorsorgeheft teilgenommen. Die geringe Teilnahme an der U9 entspricht in etwa dem nordrhein-westfälischen Vergleichswert (85,1%).

Eine Reihe von gesundheitlichen Beeinträchtigungen könnte bei frühzeitiger Behandlung positiv beeinflusst werden und somit beispielsweise den Schuleinstieg und -erfolg der Kinder begünstigen. Eine frühe Förderung u. a. in logopädischer, psychotherapeutischer oder pädagogischer Hinsicht ist je nach Bedarf für betroffene Kinder daher von besonderer Bedeutung.

Für gezielte Interventionen sind jedoch weitaus differenziertere Ergebnisse als die hier vorliegenden notwendig. Nicht nur Daten zum Gesundheitszustand, sondern u. a. auch Daten zur sozialen und ethnischen Herkunft der Kinder wären hilfreich. Diesen Differenzierungsgrad liefert die Schuleingangsuntersuchung in Dortmund zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht. Dokumentiert wird in der Dortmunder Schuleingangsuntersuchung aber, in welchen Sozialraum die Kinder wohnen. Durch diese Information ist ein Vergleich der gesundheitlichen und sozialen Lage auf der kleinräumigen Ebene möglich.

¹³⁷ Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen 1998

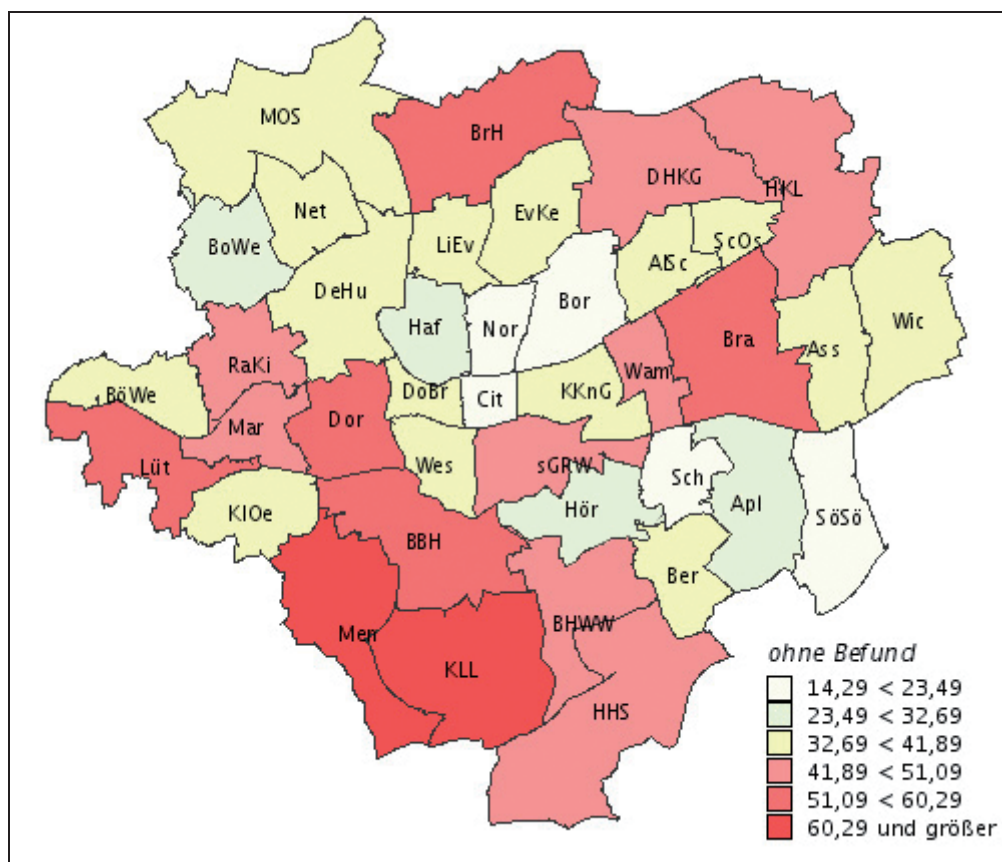
Sozialräume

Mit der Schuleingangsuntersuchung liegt ein Datensatz vor, mit dem es möglich ist, den Gesundheitszustand aller Kinder im Schuleintrittsalter einer Stadt nach schulrelevanten Gesundheitsaspekten auch kleinräumig zu erfassen. Neben den Befunden der schulärztlichen Untersuchung wird in Dortmund die Schule, die das Kind besuchen wird, erfasst. Dies macht einen kleinräumigen Vergleich von Gesundheitsindikatoren und die Beschreibung räumlicher Unterschiede möglich. Die Informationen können für spezifische Interventionsmaßnahmen in den Quartieren genutzt werden.

Kinder ohne Befund: Gravierende sozialräumliche Unterschiede

Betrachtet werden zunächst nur die Kinder, bei denen der Schularzt keinen Befund in den Bereichen Sehen und Hören, Verhalten, Koordination, Visuomotorik¹³⁸, visuelle Wahrnehmung, Sprache, zerebrale Anfallsleiden und Bewegungsstörungen, geistige Behinderung und Lernbehinderung festgestellt hat. Hierzu wurde ein Indikator ‚Kinder ohne Befund‘ gebildet, der die eben aufgezählten Befunde zusammenfasst. Gesamtstädtisch haben 39,9% aller untersuchten Kinder demnach keinen Befund. Im Vergleich der Sozialräume zeigen sich jedoch gravierende Unterschiede. Im Sozialraum Borsigplatz haben lediglich 14,1% der Kinder keinen Befund, in Sölde/Sölderholz (17,1%), Schüren (17,5), Nordmarkt (22,6%), City (22,9%) und Hafen (26,5%) konnten ebenfalls weit unterdurchschnittliche Werte festgestellt werden. Im Kontrast dazu weisen in Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemberg 69,5% der untersuchten Kinder keine Auffälligkeiten auf. Zudem sind in Menglinghausen, Barop/ Brünninghausen/ Hombruch, Brechten/ Holthausen und Brackel fast zwei Drittel der Kinder ‚gesund‘ (s. Abb. 46).

Abbildung 46: Kinder ohne Befund¹³⁹ in der Schuleingangsuntersuchung 2005



¹³⁸ Unter Visuomotorik versteht man die Aufnahme und Verarbeitung visueller Symbole sowie die Fähigkeit, das Wahrgenommene handmotorisch umzusetzen.

¹³⁹ Berücksichtigt sind hierbei die Befunde: Seh-, Hör-, Verhaltens-, Sprach- und Koordinationsstörungen, Visuomotorik, visuelle Wahrnehmung, zerebrale Anfalls- und Bewegungsleiden, geistige Behinderung und Lernbehinderung.

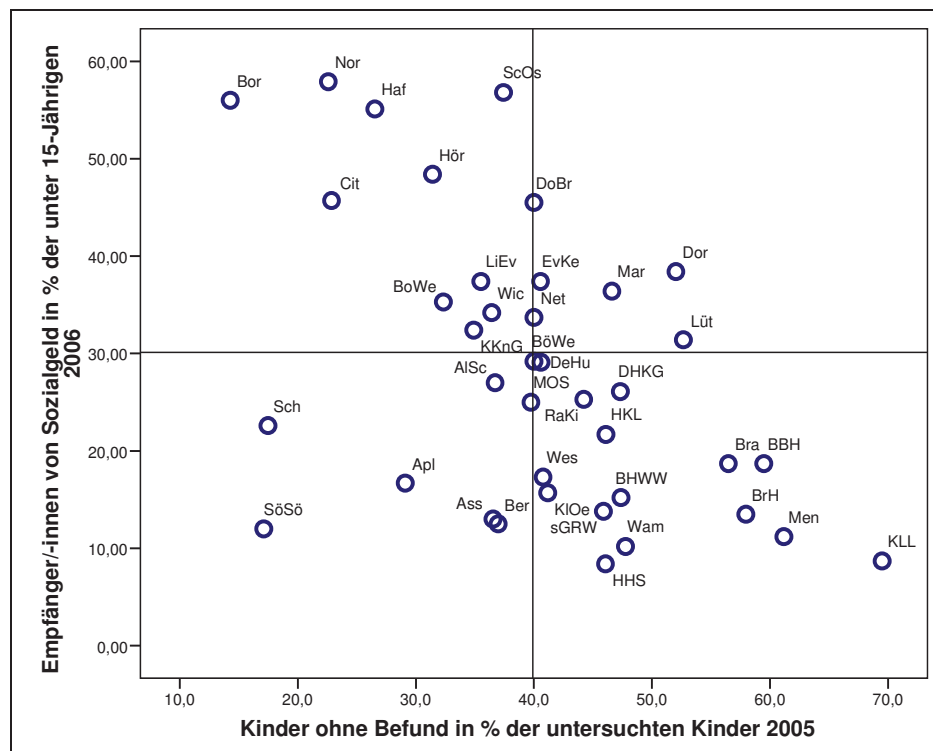
Kinder aus sozial benachteiligten Sozialräumen seltener ohne Befund

Einen deutlichen Hinweis auf den Zusammenhang zwischen der sozialen und gesundheitlichen Lage der Kinder auf der räumlichen Ebene bietet die folgende Karte (Abb. 47). Sie zeigt den Anteil der Kinder ohne Befund, kombiniert mit dem Anteil der Empfänger/innen von Sozialgeld in den Sozialräumen.

Es ist klar erkennbar, dass in den ärmeren Sozialräumen Borsigplatz, Nordmarkt, Hafen, Scharnhorst-Ost und Hörde, Sozialräume, in denen zudem ein hoher Anteil Kinder lebt, nur ein geringer Anteil von Kindern ohne Befund zu finden ist. Die Anteile liegen hier unter 37,4%.

In den besser situierten Sozialräumen, u.a. Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemborg, Menglinghausen, Brechten/ Holthausen und Barop/ Brünninghausen/ Hombruch, hingegen sind über die Hälfte der Kinder gesund („ohne Befund“).

Abbildung 47: Kinder ohne Befund 2005 und Anteil¹⁴⁰ der Empfänger/innen von Sozialgeld 2006



Aufgrund der niedrigen Fallzahlen auf der Ebene der Sozialräume werden im Folgenden die Befunde visuomotorische Störungen, Sprachstörungen und die Teilnahme an der Früherkennungsuntersuchung U7 abweichend auf der Ebene der Bezirke dargestellt.

Verteilung der Befundhäufigkeiten in den Dortmunder Stadtbezirken zeigt deutliche räumliche Unterschiede

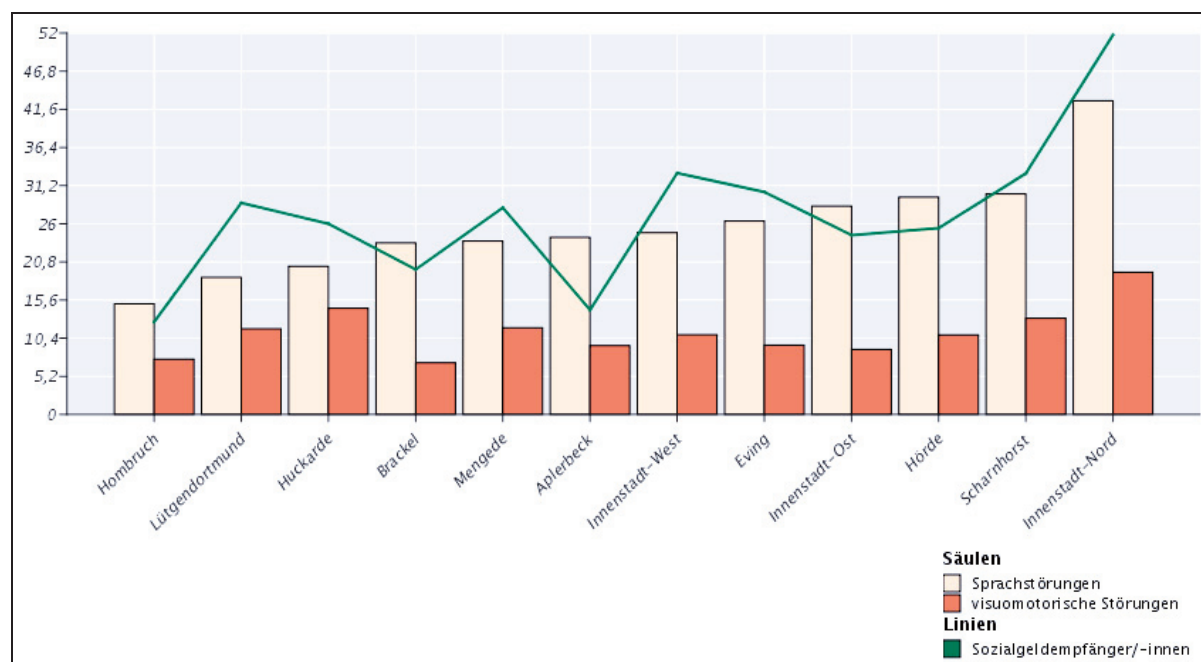
Bei den visuomotorischen Störungen liegen die Werte zwischen 7,0% in Brackel und 19,4% in Innenstadt-Nord. Am weitesten verbreitet sind Sprachstörungen. Der Anteil der Kinder mit Sprachstörungen variiert dennoch in erheblichem Maße zwischen 15,1% in Hombruch und 42,8% im Stadtbezirk Innenstadt-Nord. Hohe Anteile bestehen zudem in den Stadtbezirken Hörde und Innenstadt-Ost (s. Abb. 48).

¹⁴⁰ In Prozent der Bevölkerung im Alter von unter 65 Jahren

Auffällig ist, dass im Stadtbezirk Innenstadt-Nord beide Befundarten hohe bis höchste Ausprägungen haben. Das Gegenbeispiel ist der Stadtbezirk Hombruch mit eher geringen Ausprägungen.

Betrachtet man die Befundhäufigkeit im Vergleich zum Anteil der Sozialgeldempfänger/innen in den Stadtbezirken, so zeigen sich Parallelen. In Hombruch finden wir den geringsten Anteil an Empfänger/innen von Sozialgeld und zugleich im Bereich der Sprache und Visuomotorik seltener einen auffälligen Befund, während im Stadtbezirk Innenstadt-Nord erheblich mehr Kinder mit Auffälligkeiten im Bereich der Sprache und Visuomotorik als auch ein höherer Anteil Sozialgeldempfänger/innen zu verzeichnen sind (s. Abb. 48).

Abbildung 48: Ausgewählte Befunde der Schuleingangsuntersuchung 2005 und Anteil Empfänger/innen von Sozialgeld 2005 in den Dortmunder Stadtbezirken



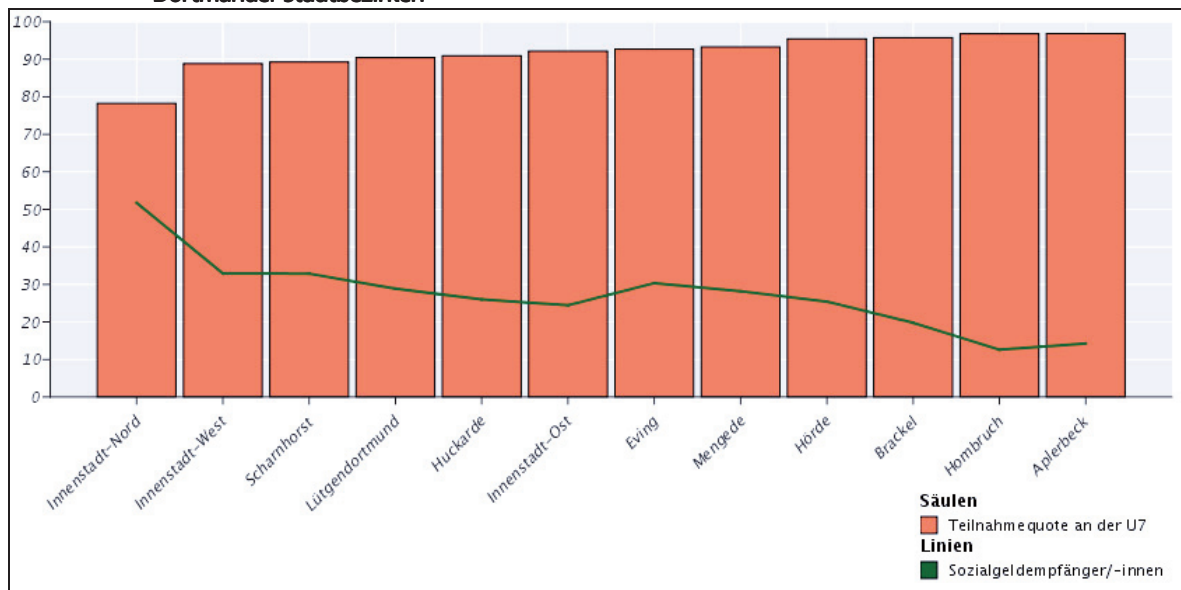
Teilnahme an der Früherkennungsuntersuchung: relevante Unterschiede auf Stadtbezirksebene

Die Früherkennungsuntersuchung U7 wurde in Dortmund bei 91,3% der Schulanfänger durchgeführt. In Innenstadt-Nord nehmen die wenigsten Kinder diese Leistung in Anspruch: Lediglich 78,2% der Kinder wurden hier untersucht.

Anders sieht die Situation in Horde, Brackel, Hombruch und Aplerbeck aus. Hier haben mehr als 95% der Kinder an der U7 teilgenommen (s. Abb. 49).

Erkennbar ist auch hier ein Zusammenhang zwischen der Teilnahme an der U7 und der Armut in den Stadtbezirken. Vergleicht man die Werte der Teilnahme mit der SGB II-Quote in den Stadtbezirken (vgl. Abb. 49), so zeigt sich, dass in Hombruch und Aplerbeck der Anteil der Leistungsempfänger/innen nach SGB II am geringsten, gleichzeitig aber die Teilnahme an der Früherkennungsuntersuchung U7 am höchsten ist. Im Stadtbezirk Innenstadt-Nord, dem Stadtbezirk mit der höchsten Inanspruchnahme von SGB II-Leistungen (37,3%), ist die Teilnahme an der U7 hingegen am geringsten.

Abbildung 49: Teilnahme an der Vorsorgeuntersuchung U7 und Anteil Empfänger/innen von Sozialgeld 2005 in den Dortmunder Stadtbezirken



Da das Ziel dieser Untersuchungen die frühe Erkennung von gesundheitlichen Problemen und Entwicklungseinschränkungen ist, ist es wichtig, alle Kinder zu erreichen. Denn je früher Störungen erkannt werden, desto besser können Kinder behandelt und gefördert werden.

8. Sozialraumtypisierung

Die zunehmende soziale und sozialräumliche Polarisierung und Segregation stellt vor allem Großstädte wie Dortmund vor neue große Herausforderungen. Der Begriff Segregation bezeichnet die Ungleichverteilung bestimmter Bevölkerungsgruppen im städtischen Raum. Sie ist die Verbindung von sozialer und räumlicher Ungleichheit. Dabei ist Segregation nicht per se als negativ zu bewerten. Als problematisch wird Segregation vor allem dann angesehen, wenn damit soziale Ungleichheit verfestigt oder sogar verstärkt wird. Bei der Bewertung von Segregation wird zudem zwischen einer freiwilligen und einer unfreiwilligen Segregation unterschieden. Konzentrieren sich beispielsweise sozial benachteiligte Gruppen oder die Angehörigen ethnischer oder religiöser Minderheiten unfreiwillig in bestimmten Räumen, so kann dies zusätzlich benachteiligende Effekte mit sich bringen. Eine unzureichende Infrastruktur, ein negatives Image und die Herausbildung benachteiligender sozialräumlicher „Milieus“¹⁴¹ können die Folge sein.

Kleinräumige Segregationsmuster lassen sich entlang der Dimensionen demografischer, ethnischer und sozialer Segregation beschreiben. Segregation stellt dabei ein mehrdimensionales Phänomen dar. Empirische Befunde belegen, dass es heute in den Städten häufig zu einer Kombination demografischer, ethnischer und sozialer Segregation kommt. „In Stadtteilen, wo heute die meisten ‚Ausländer‘ leben, leben auch die meisten armen ‚Inländer‘, und dort gibt es mittlerweile auch die meisten Kinder“.¹⁴²

Das Feld der Methoden und Konzepte zur Analyse innerstädtischer Strukturen ist sehr vielfältig und heterogen. Die Sozialraumanalyse als Ansatz zur Messung sozialer Differenzierung innerhalb der Stadt findet ihren Ursprung in den 1950er Jahren. Sherry und Bell begründeten diesen Ansatz am Beispiel der Stadt Los Angeles und entwickelten damit ein Instrument, das der Klassifikation von städtischen Teilräumen dient. In Anlehnung an Arbeiten der klassischen Sozialökologie befasst sich dieses Verfahren mit der Frage, in welchem Ausmaß in der Großstadt homogene Teilräume bestehen und wie diese beschrieben werden können.¹⁴³

Seit Beginn der 1970er Jahre fanden aufbauend auf dem Konzept der Sozialraumanalyse computergestützte statistische Verfahren und quantitative Methoden ihren Einsatz. Die Anwendung so genannter multivariater statistischer Verfahren wie Faktoren- und Clusteranalyse ist auch heute noch kennzeichnend für quantitative Stadtforschung. Die Clusteranalyse wird auch im Rahmen dieses Berichtes für die Typisierung der 39 Dortmunder Sozialräume verwendet. Ziel ist es, das Ausmaß der Segregation und ihre Struktur zu erfassen und so die sozialräumliche Differenzierung der Stadt Dortmund transparent zu machen. Darüber hinaus soll der Frage der räumlichen Konzentrationen von Problemlagen nachgegangen werden. Die Typisierung kann mit dazu dienen, Handlungsschwerpunkte und Prioritäten (neu) zu definieren.

8.1 Methodik der Clusteranalyse

Nachdem im Kapitel 7 eine Vielzahl von Einzelmerkmalen und ihre Ausprägung im Stadtgebiet vorgestellt wurde, sollen die Ergebnisse im Folgenden verdichtet und eine übergreifende zusammenfassende Typisierung der 39 Dortmunder Sozialräume vorgenommen werden.

Zur Typisierung der Dortmunder Sozialräume nach sozialstrukturellen Merkmalen bietet sich das Verfahren der Clusteranalyse an. Eine Typisierung auf Basis einer Clusteranalyse hat den Vorteil, dass die verwendeten Merkmale nicht durch mitunter komplizierte und schwer nachzuvollziehende Kennziffern (Indices, Faktoren etc.) ersetzt werden, sondern erhalten bleiben.¹⁴⁴

¹⁴¹ vgl.: Gestring, N.; Janssen, A. 2002

¹⁴² Strohmeier, K. P.; Kersting, V. 2003a

¹⁴³ Friedrichs, J. 1983

¹⁴⁴ Alisch, M.; Dangschat, J. 1993, S. 113.

Mittels der Clusteranalyse werden Raumeinheiten mit ähnlichen Ausprägungen hinsichtlich mehrerer – im Vorfeld ausgewählter – Merkmale zu Typen (Cluster) zusammengefasst. Das Ergebnis ist die eindeutige Zuordnung jeder Raumeinheit zu genau einem Cluster. Die in einem Cluster gruppierten Sozialräume sind hinsichtlich der verwendeten Merkmale möglichst ähnlich, die Cluster untereinander hingegen möglichst verschieden.

Für die Berechnungen wurde eine hierarchische Clusteranalyse durchgeführt. Diese hat den Vorteil, dass die Anzahl der Cluster nicht im Vorhinein bestimmt werden muss. Bei dem Verfahren der hierarchischen Clusteranalyse wird zu Beginn jeder Sozialraum als ein Cluster angesehen. Im ersten Schritt werden die beiden Fälle zu einem Cluster vereinigt, die sich am ähnlichsten sind. Sukzessive werden die einzelnen Cluster zu größeren Gruppen zusammengefasst. Das Verfahren wird beendet, wenn eine dem Zweck entsprechende Anzahl von Clustern gebildet worden ist. Das zugrunde gelegte Fusionierungsverfahren ist die Ward-Methode.¹⁴⁵

Für die Clusteranalyse wurden die Variablenwerte standardisiert. Dadurch nimmt der jeweilige städtische Durchschnitt den Wert 0 an und die durchschnittliche Streuung der einzelnen Sozialraumwerte um diesen Mittelwert (Standardabweichung) beträgt 1. Nach dieser Transformation beträgt beispielsweise der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Sozialraum Scharnhorst-Ost 1,8 (original Anteil 47,8 %). Das heißt, der Wert ist etwa doppelt so hoch wie die durchschnittliche Abweichung.

8.2 Indikatorenauswahl

Aus den Themenfeldern der Kapitel 8 und 9 wurden acht aussagekräftige Indikatoren ausgewählt, mit denen die Clusteranalyse durchgeführt worden ist. Diese querschnittsorientierte Auswahl von Merkmalen aus den Bereichen Demografie, Soziales, Erwerbstätigkeit, Bildung, Erziehung und Gesundheit ermöglicht eine mehrdimensionale Abbildung der Dortmunder Lebensräume und verdichtet die Ergebnisse der vorangegangenen Kapitel. Folgende Indikatoren wurden berücksichtigt:

- **Bevölkerung unter 18 Jahre 2006 (31.12.)** (Anteil der unter 18-jährigen an der Gesamtbevölkerung)
- **Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2006 (31.12.)** (Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Prozent der Gesamtbevölkerung)
- **SGB II-Beziehende 2006 (31.12.)** (Anteil der Leistungsempfänger/innen von Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) an der Bevölkerung im Alter von unter 65 Jahren)
- **Einkommensindex 2001** (durchschnittliches Einkommen je Steuerpflichtigen in den Sozialräumen im Verhältnis zum durchschnittlichen Einkommen in der Gesamtstadt; Stadtwert = 100)
- **Anmeldungen zum Gymnasium 2005 (15.10.)** (Anteil der Anmeldungen zum Gymnasium an allen Anmeldungen zu weiterführenden Schulen)
- **Hilfen zur Erziehung 2006 (31.12.)** (Zahl der Hilfen zur Erziehung insgesamt je 1.000 der Bevölkerung im Alter von unter 21 Jahren)

¹⁴⁵ Bei dieser Methode werden nicht – wie bei den anderen Methoden („Single-Linkage“ und „Complete-Linkage“, vgl. Backhaus et al. 2000, S. 355ff.) – diejenigen Objekte zusammengefasst, die die geringste Distanz aufweisen, sondern die Objekte, die den geringsten Varianzzuwachs in einer Gruppe ergeben. Das Ziel ist es, demnach die Objekte zu vereinigen, die die Streuung in einem Cluster möglichst wenig erhöhen. Auf diese Weise werden im Gegensatz zu den anderen Methoden relativ homogene Cluster gebildet. (Backhaus et al. 2000, S. 365f., Steinhausen et al. 1977, S. 73ff) Das diesem Verfahren zugeordnete Abstandsmaß ist die quadrierte Euklidische Distanz.

- **Übergewichtige Kinder 2005** (Kinder mit einem Gewicht über der 90. Perzentile in Prozent aller untersuchten Kinder bei der Schuleingangsuntersuchung)
- **Beschäftigte 2005** (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in % der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren)

Als Indikator für die demografische Struktur wird der Indikator ‚Anteil unter 18-jähriger‘ herangezogen. So kann ein Cluster mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil als familiengeprägter angesehen werden.

Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gibt Auskunft über das Ausmaß der ethnischen Segregation in den Teilräumen.

Als Maß für die ökonomische Benachteiligung wird die ‚SGB II-Quote‘ verwendet. Einen hohen Anteil an Empfängern/-innen von Grundsicherung für Arbeitssuchende sehen wir als Indiz für eine prekäre soziale Situation an. Dieser Indikator ersetzt damit die bisher in der Sozialberichterstattung als Armutsindikator meist zugrunde gelegte ‚Sozialhilfedichte‘¹⁴⁶. Zusätzlich verwenden wir den Indikator ‚Einkommensindex‘. Ausgehend vom Dortmunder Durchschnittseinkommen je Steuerpflichtigen wird mit dem Einkommensindex die Abweichung vom städtischen Mittelwert abgebildet.

Die Indikatoren ‚Anmeldequote zum Gymnasium‘, ‚Zahl der Hilfen zur Erziehung‘ und ‚Anteil übergewichtiger Kinder‘ liefern zudem über die finanzielle Lage hinausgehend Hinweise über die Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen in den Sozialräumen. Alle drei Indikatoren stehen in einer engen Beziehung zur Inanspruchnahme von Transferleistungen.

Die Beschäftigtenquote am Wohnort informiert über den Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 15 bis unter 65 Jahren, die einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, und ist eine wichtige Kenngröße für die Beteiligung der Bevölkerung auf dem Arbeitsmarkt.

8.3 Ergebnis der Clusteranalyse

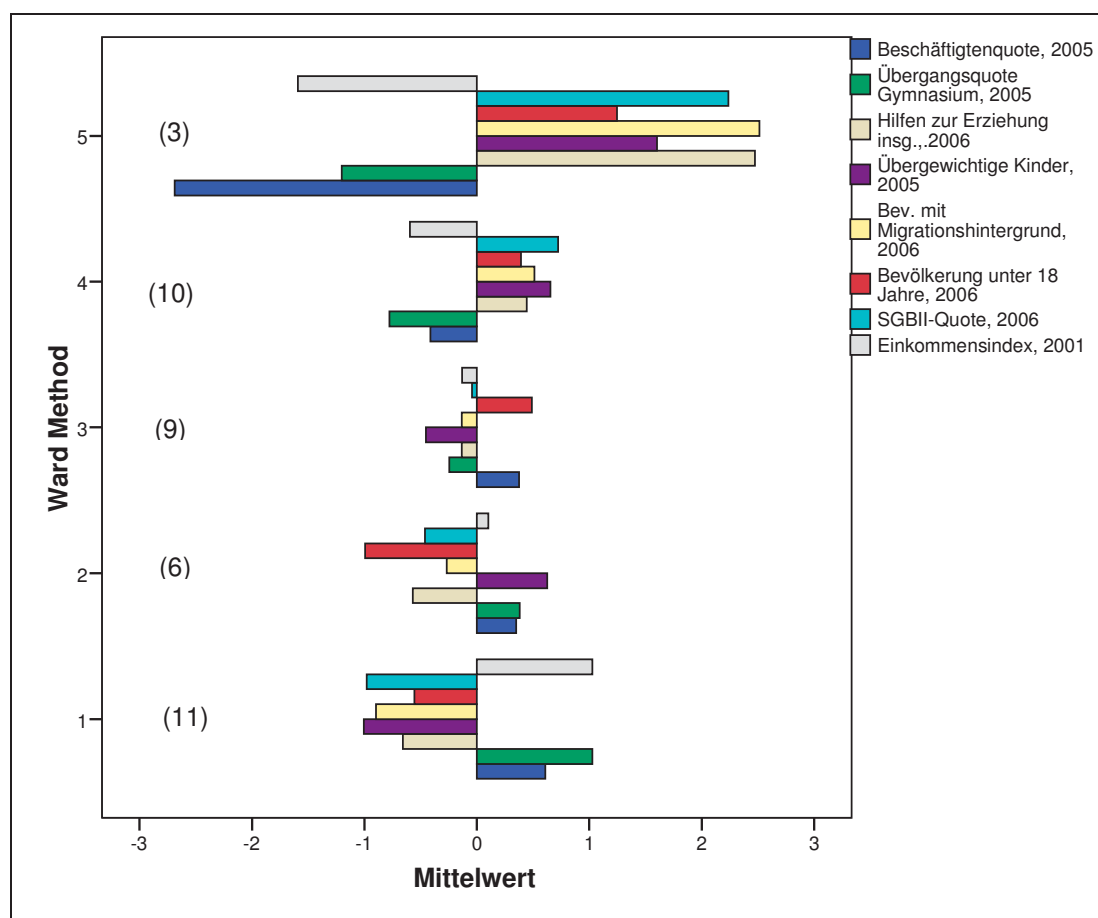
Die Clusteranalyse wurde auf der Ebene der 39 Dortmunder Sozialräume mittels der oben aufgeführten Indikatoren durchgeführt. Es wurden fünf Cluster ermittelt, denen die 39 Sozialräume zugeordnet sind. Cluster 1 und 5 lassen sich als die beiden Pole der sozialen Rangskala beschreiben. Cluster 1 bildet die sozial stabilsten und Cluster 5 die am stärksten benachteiligten Sozialräume ab.

Die fünf Cluster werden inhaltlich anhand der Merkmalsausprägungen im Folgenden näher beschrieben. Dabei geben die Ausprägungen die Abweichung der Clustermittelwerte von den Gesamtmittelwerten an.

Abbildung 50 veranschaulicht, welche Merkmalsausprägungen für die jeweiligen Cluster charakteristisch sind.

¹⁴⁶ Anteil der Empfänger/-innen von Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Abbildung 50: Merkmalsausprägungen der fünf Cluster



Die Gemeinsamkeiten der Sozialräume innerhalb der Cluster sowie die Unterschiede zwischen den Clustern werden so deutlich. Dies zeigt auch Tabelle 7.

Tabelle 7: Mittelwerte der Cluster

Cluster	Anzahl der Sozialräume	Bevölkerung unter 18 Jahre 2006	Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2006	SGB II-Quote 2006	Einkommensindex 2001	Anmeldequote zum Gymnasium 2005	Zahl der Hilfen zur Erziehung 2006	Übergewichtige Kinder	Beschäftigtenquote 2005
1	11	15,2	10,1	8,2	123,7	41,4	19,4	8,7	46,7
2	6	13,8	18,9	13,2	99,7	34,5	20,3	15,5	45,4
3	9	18,5	20,8	17,2	93,7	27,8	24,8	11,0	45,4
4	10	18,2	29,8	24,5	81,7	22,1	30,8	15,6	41,3
5	3	20,8	57,7	39,0	55,8	17,6	51,8	19,6	30,0
Insgesamt	39	16,9	22,6	17,6	97,1	30,4	26,2	12,9	43,5

Im Einzelnen können die fünf ermittelten Cluster wie folgt beschrieben werden:

Cluster 1

Das Cluster 1 wird aus 11 Sozialräumen gebildet und ist damit das größte der fünf ermittelten Cluster. Es zeichnet sich durch den geringsten Anteil an Leistungsempfängern/-innen von Grundsicherung für Arbeitssuchende (8,2%) aus. Gleichzeitig weist dieses Cluster den geringsten Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und den geringsten Anteil übergewichtiger Kinder auf. Außerdem ist die Quote der Hilfen zur Erziehung im Durchschnitt am geringsten. Lediglich jede(r) zehnte Einwohner/in hat einen Migrationshintergrund. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen und somit die Familienprägung ist hier unterdurchschnittlich. Auf der anderen Seite finden wir in diesem Cluster den durchschnittlich höchsten Einkommensindex, die höchste Beschäftigtenquote und die höchste Anmeldequote zum Gymnasium. Der Einkommensindex liegt im Cluster 1 bei 123,7. Das Cluster 1 kann als das sozial stabilste Cluster bezeichnet werden.

Zugeordnete Sozialräume: Westfalahalle, südliche Gartenstadt/ Ruhrallee/ Westfalendamm, Brechten/ Holthausen, Asseln, Aplerbeck, Sölde/ Sölderholz, Benninghofen/ Hacheney/ Wellinghofen/ Wichlinghofen, Höchsten/ Holzen/ Syburg, Menglinghausen, Kirchhörde/ Löttringhausen/ Lücklemberg, Kley/ Oespel

Cluster 2

Das Cluster 2, gebildet aus sechs Sozialräumen, kann mit Ausnahme des Anteils der unter 18-jährigen als Abstufung des 1. Clusters angesehen werden. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen ist in diesem Cluster mit 13,8% am geringsten. Deutlich höher als im 1. Cluster ist hier der Anteil der übergewichtigen Kinder. Im Durchschnitt sind 15,5% der untersuchten Kinder in diesem Cluster übergewichtig. Auch die Teilräume dieses Clusters können – im Vergleich zur Gesamtstadt – als sozial stabil charakterisiert werden.

Zugeordnete Sozialräume: City, Kaiserbrunnen/Körne/nördliche Gartenstadt, Brackel, Wambel, Berghofen, Barop/ Brünninghausen/ Hombruch

Cluster 3

Das Cluster 3 umfasst neun Sozialräume. Die Clustermittelwerte der Variablen zeigen meist nur geringe Abweichungen vom Gesamtmittelwert. Im Vergleich zum Cluster 2 ist der Anteil der unter 18-jährigen (18,5%) höher und der Anteil der übergewichtigen Kinder (11,0%) geringer. Die überwiegend durchschnittlichen Werte sprechen für dem Cluster zugehörige vergleichsweise ‚unauffällige‘ Sozialräume.

Zugeordnete Sozialräume: Dorstfeld, Derne/ Hostedde/ Kirchderne/ Grevel, Husen/ Kurl/ Lanstrop, Schüren, Lütgendortmund, Bövinghausen/ Westrich, Deusen/ Huckarde, Rahm/ Kirchlinde, Mengede/ Oestrich/ Schwieringhausen.

Cluster 4

Das Cluster 4 besteht aus zehn Sozialräumen. Hinsichtlich der untersuchten Merkmale bildet dieses Cluster das Spiegelbild des Cluster 1. Kennzeichnend ist eine überdurchschnittlich hohe Ausprägung der Merkmale SGB II-Quote, Bevölkerung mit Migrationshintergrund, übergewichtige Kinder und die Zahl der Hilfen zur Erziehung. Andererseits liegen der Einkommensindex, die Anmeldequote zum Gymnasium und die Beschäftigtenquote in diesem Cluster deutlich unter den städtischen Mittelwerten (vgl. Tab. 7).

Zugeordnete Sozialräume: Dorstfelder Brücke, Lindenhorst/ Eving II, Eving I/ Kemminghausen, Alt-Scharnhorst, Scharnhorst-Ost, Wickede, Hörde, Marten, Bodelschwingh/ Westerfild, Nette.

Cluster 5

Das Cluster 5, bestehend aus drei Sozialräumen, kann als Steigerung des Cluster 4 beschrieben werden. Die drei Sozialräume des Cluster 5 zeichnen sich durch hohe Homogenität hinsichtlich der einbezogenen Merkmale aus, die Sozialräume sind sich folglich sehr ähnlich. Sämtliche berücksichtigten Merkmale sind in diesem Cluster besonders stark ausgeprägt. Die Werte der einzelnen Sozialräume liegen jeweils deutlich über dem städtischen Mittelwert.

Der Anteil der Leistungsempfänger/innen von Grundsicherung für Arbeitssuchende schwankt zwischen extrem hohen 35,2% und 40,9%. Die Bevölkerungsmehrheit hat einen Migrationshintergrund (57,7%). Das durchschnittliche Einkommen je Steuerpflichtigen, die Anmeldequote zum Gymnasium und die Beschäftigtenquote ist am geringsten. Der Einkommensindex beträgt lediglich 55,8%. Darüber hinaus ist die Familienprägung, gemessen am Anteil der Kinder und Jugendlichen, in diesem Cluster am größten. Der durchschnittliche Anteil der unter 18-jährigen liegt bei 20,8%.

Zugeordnete Sozialräume: Hafen, Nordmarkt, Borsigplatz

Insgesamt befinden sich 17 der 39 Dortmunder Sozialräume in den beiden sozial stabileren Cluster 1 und 2. Neun Sozialräume weisen als Ergebnis der Typisierung eher durchschnittliche Merkmalsausprägungen auf (Cluster 3) und bei 13 Sozialräumen kann eine Kumulation von negativen Ausprägungen der untersuchten Merkmale festgestellt werden (Cluster 4 und 5).

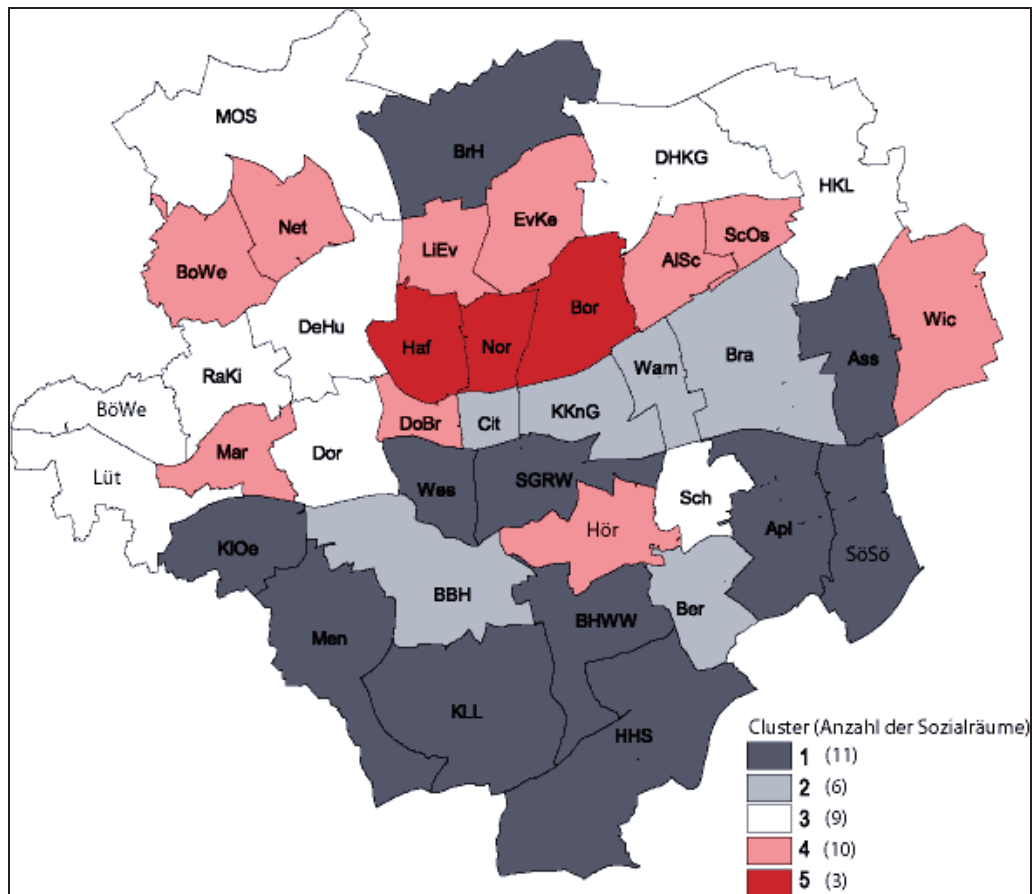
Tabelle 8 zeigt die Zuordnung aller Sozialräume zu den fünf Clustern. Abbildung 51 veranschaulicht zudem die räumliche Verteilung der Cluster über das Dortmunder Stadtgebiet.

Tabelle 8: Zuordnung der Sozialräume¹⁴⁷

Kennziffer	Sozialraum	Cluster
01/2	Westfaltenhalle	1
03/2	Südliche Gartenstadt/Ruhrallee/Westfalendamm	1
04/1	Brechten/Holthausen	1
06/1	Asseln	1
07/1	Aplerbeck	1
07/4	Sölde/Sölderholz	1
08/1	Benninghofen/Hacheney/Wellinghofen/Wichlinghofen	1
08/3	Höchten/Holzen/Syburg	1
09/2	Menglinghausen	1
09/3	Kirchhörde/Löttringhausen/Lücklemberg	1
10/4	Kley/Oespel	1
01/1	City	2
03/1	Kaiserbrunnen/Körne/nördliche Gartenstadt	2
06/2	Brackel	2
06/3	Wambel	2
07/2	Berghofen	2
09/1	Barop/Brünninghausen/Hombruch	2
01/4	Dorstfeld	3
05/1	Derne/Hostedde/Kirchderne/Grevel	3
05/2	Husen/Kurl/Lanstop	3
07/3	Schüren	3
10/1	Lütgendortmund	3
10/3	Bövinghausen/Westrich	3
11/1	Deusen/Huckarde	3
11/2	Rahm/Kirchlinde	3
12/2	Mengede/Oestrich/Schwieringhausen	3
01/3	Dorstfelder Brücke	4
04/2	Lindenhorst/Eving II	4
04/3	Eving I/Kemminghausen	4
05/3	Alt-Scharnhorst	4
05/4	Scharnhorst-Ost	4
06/4	Wickede	4
08/2	Hörde	4
10/2	Marten	4
12/1	Bodelschwingh/Westerfild	4
12/3	Nette	4
02/1	Hafen	5
02/2	Nordmarkt	5
02/3	Borsigplatz	5

¹⁴⁷ Die Reihenfolge der Sozialräume innerhalb der Cluster orientiert an der Kennziffer der Sozialraumssystematik (vgl. Tabelle 2), nicht am Rang des Sozialraumes innerhalb des Clusters.

Abbildung 51: Verteilung der Cluster im Dortmunder Stadtgebiet



Die insgesamt 13 Sozialräume der sozial prekären Cluster 4 und 5 liegen überwiegend im Zentrum und im nördlichen Teil der Stadt Dortmund. Dabei handelt es sich um ethnisch stark segregierte Sozialräume mit einer gleichzeitig hohen Armutsverdichtung. Dies trifft insbesondere auf die im Zentrum lokalisierten Sozialräume Hafen, Borsigplatz und Nordmarkt des Cluster 5 zu. In beiden Clustern können neben einem hohen Anteil an Transferleistungsempfängern starke Bildungsdefizite sowie erheblich Erziehungs- und Gesundheitsprobleme der nachwachsenden Generation festgestellt werden. Dies wiegt umso schwerer, weil vor allem in den Sozialräumen des Clusters 5 besonders viele Familien mit Kindern leben, und sie damit einen wesentlichen Teil der ‚Familienzone‘ der Stadt Dortmund bilden. Die Erwerbsbeteiligung der erwachsenden Bevölkerung – gemessen an der Beschäftigtenquote – ist ebenfalls sehr gering. Die Werte aller drei Sozialräume liegen mit etwa 30% deutlich unterhalb des städtischen Durchschnitts (43,3%).

Die Sozialräume des Clusters 3 mit einer ‚durchschnittlichen‘ sozialen Situation liegen meist am Dortmunder Stadtrand und zeichnen sich insbesondere durch einen hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen (18,5%) aus. Die sozial unproblematischen und ökonomisch besser gestellten Cluster 1 und 2 liegen im südlichen Teil des Dortmunder Zentrums und im Süden der Stadt. Eine Ausnahme stellen die Sozialräume Brechten/ Holthausen und Asseln dar.

Diese beiden Cluster weisen eine geringe Ausprägung der SGB II-Quote auf – bei gleichzeitig höchstem Einkommensindex und im Vergleich zu den anderen Clustern deutlich geringeren Problemen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Erziehung und können daher als im Wesentlichen ‚unauffällig‘ und ‚stabil‘ bezeichnet werden.

Der Vergleich der fünf Cluster zeigt, dass das Stadtgebiet erheblich sozialräumlich polarisiert ist.

Es wird deutlich, dass auf der Sozialraumebene Armut und ethnische Segregation stark zusammenhängen. Die Armut ist dort am höchsten, wo auch der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund hoch ist und in diesen Clustern ist zudem auch der Anteil der Kinder unter 18 Jahren am höchsten.

Zugleich werden hier Benachteiligungen in den Bereichen Bildung, Erziehungshilfen und Kindergesundheit sichtbar, während diese in den besser situierten Clustern eher eine untergeordnete Rolle spielen. Die Ausprägungen der Beschäftigtenquote zeigen ebenfalls ein soziales Gefälle. Mit steigender sozialer Belastung der Cluster nimmt die Beschäftigtenquote ab. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen ist insbesondere in dem sozial benachteiligten Cluster 5 hoch, gefolgt von den überwiegend am Stadtrand verorteten Sozialräumen des Clusters 3.

9. Perspektiven

Auf der Grundlage der vorliegenden Analysen aus dem Bericht zur sozialen Lage soll ein Verständigungsprozess über die Weiterentwicklung der kommunalen Sozialpolitik eingeleitet werden.

Eine ausgewogene Sozialplanung und Sozialpolitik zwischen öffentlichen Aufgaben einerseits und Formen der Selbsthilfe andererseits braucht einen Prozess breiter Verständigung und Vernetzung mit den beteiligten Akteuren.

Entwicklung eines Aktionsplanes „Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Dortmund“

Geleitet durch die nun vorliegenden Erkenntnisse und die zeitnahe Aktualisierung der Datenbestände in einem internetgestützten Rauminformationssystem soll gemeinsam mit den Akteuren in den hier beschriebenen Handlungsfeldern, ihren Verbänden und Organisationen und den Bürgerinnen und Bürgern ein Aktionsplan „Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Dortmund“ für die nächsten Jahre entwickelt werden. Bestandteil dieses Prozesses soll auch die Entwicklung sozialräumlicher und quartiersbezogener Konzepte sein. Dabei sollen die Zielsetzungen der Ausgestaltung der sozialen Stadt durch Beteiligung als Leitlinie dienen (vgl. Kapitel 2.2 Leitbild „Soziale Stadt Dortmund“).

Im „Europäischen Jahr der Bekämpfung von Ausgrenzung und Armut 2010“ soll ein Resümee zur Umsetzung der im Aktionsplan festzulegenden Handlungsschritte gezogen werden.

Es wird vorgeschlagen, die folgenden Schwerpunkte in den Fokus der gemeinsamen Entwicklung eines Aktionsplanes zu nehmen:

Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsentwicklung

Herausforderungen des demografischen Wandels

Der demografische Wandel wird in vielfältiger Form die einzelnen Handlungsfelder sozialer Arbeit berühren. Die Verwaltung plant, diese Herausforderungen in einem gesonderten Bericht darzustellen, der federführend vom Fachbereich Statistik erarbeitet werden soll.

Bei der Arbeit im Rahmen des Prozesses zur Erstellung des Aktionsplanes „Stärkung des sozialen Zusammenhalts“ werden die Auswertungen der Bevölkerungsstatistik eine wesentliche Grundlage bei der Entwicklung von Handlungsvorschlägen sein. Ziel ist ein strategisches und ressortübergreifendes Konzept zur Gestaltung des demografischen Wandels.

Erwerbsbeteiligung

Zugang zur Arbeitswelt

Auf der Grundlage zielgruppenspezifischer Förderketten wurden im Jahr 2006 rund 29.000 Fördermaßnahmen umgesetzt. Diese reichten von einfachen betrieblichen Praktika bis hin zur Förderung einer beruflichen (Erst-) Ausbildung. Arbeitsmarktpolitische Erfolge und Wirkungen sind jedoch ganz entscheidend vom regionalen Beschäftigungspotenzial und den damit verbundenen Integrationsmöglichkeiten für Arbeitslose abhängig.

Trotz der aktuell positiven konjunkturellen Entwicklung zeigt sich, dass für an- und ungelernte Dortmunderinnen und Dortmunder eine dauerhafte Integration ins Erwerbsleben trotz entsprechender Förderketten nicht in allen Fällen möglich ist. Aus diesem Grund unterstützt die ‚JobCenter ARGE Dortmund‘, parallel zum Konzept der Förderstufen, die bundesweiten Bemühungen um die Einrichtung eines dauerhaften öffentlich geförderten Arbeitsmarktes. Insbesondere für Bewerber mit multiplen Vermittlungshemmnissen besteht hier die Möglichkeit, sich wieder sinnvoll in die gesellschaftlichen Arbeitsprozesse zu integrieren.

Die im Oktober 2006 begonnene Dortmunder Initiative gegen Langzeitarbeitslosigkeit (DOGELA) kommt den aktuellen Überlegungen zum Sozialen Arbeitsmarkt und den bundesweiten Ansätzen der Politik bereits sehr nahe. In diesem Projekt erhalten Arbeitgeber, die ungelernten Langzeitarbeitslosen einen neuen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen, einen degressiv verlaufenden Pauschalzuschuss über zwei Jahre. Darüber hinaus haben Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber/innen die Möglichkeit, die Begleitung und Unterstützung eines Job-Coaches oder gegebenenfalls ergänzende Qualifizierungen in Anspruch zu nehmen. Dieses Angebot wird insbesondere von den Betrieben positiv bewertet.

Durch das Projekt DOGELA konnten zwischenzeitlich rund 500 neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Dortmund geschaffen werden. In einem seit Jahren stark rückläufigen Beschäftigungssegment für un- und angelernte Kräfte kann nach einer ersten vorsichtigen Einschätzung zumindest die weitere Erosion dieser Arbeitsplätze aufgehalten werden. Eine wissenschaftliche Begleituntersuchung wird die mittel- und langfristigen Effekte des Programms eingehender untersuchen.

Auch die Erfahrungen dieses Dortmunder Modellprojektes sind bei der Ausgestaltung der zu erwartenden Förderprogramme des Bundes berücksichtigt worden.

Ab Oktober 2007 wird durch das Bundesprogramm „Jobperspektive“ der Einstieg in den sozialen Arbeitsmarkt/Kombi-Lohn Realität werden. Bei der Einstellung von Personen, die neben der Langzeitarbeitslosigkeit weitere Vermittlungshemmnisse wie fehlende berufliche Qualifikationen oder gesundheitliche Einschränkungen aufweisen, kann das Arbeitsverhältnis mit einem Lohnkostenzuschuss von bis zu 75% gefördert werden. Die Förderdauer beträgt in der Regel 24 Monate, kann aber bei Bedarf auch verlängert werden. Ebenfalls sind – wie beim Dortmunder Modell – begleitende Qualifizierungen und in Einzelfällen auch weitergehende Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten förderfähig. Die Beschäftigungsmöglichkeiten können sowohl in gemeinnützigen und zusätzlichen Beschäftigungsfeldern als auch von der Privatwirtschaft genutzt werden. Aufgrund notwendiger EU-rechtlicher Prüfung des Beihilferechts werden die Beschäftigungsmöglichkeiten bis April 2008 zunächst auf den Bereich der gemeinnützigen Beschäftigung beschränkt. Bis Ende 2009 können bundesweit rund 100.000 zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die Dortmunder Initiative gegen Langzeitarbeitslosigkeit (DOGELA) könnte somit ab April 2008 reibungslos in das neue Förderprogramm übergehen.

Für den Bereich des sozialen Arbeitsmarktes in gemeinnützigen und zusätzlichen Beschäftigungsfeldern liegen aktuell ebenfalls tragfähige Konzepte vor, so dass mit der Gesetzesänderung ab 1. Oktober 2007 auch hier ein Einstieg möglich ist.

Ab 1. Oktober 2007 werden außerdem die Fördermöglichkeiten für junge Erwachsene unter 25 Jahren weiterentwickelt. Für Jugendliche, die nicht über eine Berufsausbildung verfügen, wird ein Qualifizierungszuschuss gewährt, ein Eingliederungszuschuss verbessert die Situation junger Erwachsener mit Ausbildung.

Mit den vorliegenden Konzepten und den neuen gesetzlichen Möglichkeiten werden die Zugänge zur Arbeitswelt auch für solche Personen erheblich erleichtert, die bisher nur geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt hatten.

Wohnen

Entwicklung eines Kommunalen Wohnraumversorgungskonzeptes

Im Rahmen der Weiterentwicklung des Masterplan Wohnen wurde das Thema „Kommunales Wohnraumversorgungskonzept“ vom Rat der Stadt als Schwerpunktthema für das Jahr 2007 beschlossen.

Ziel eines inhaltlich weit über die Zielgruppen des Wohnraumförderungsgesetzes hinausgehenden kommunalen Wohnraumversorgungskonzeptes soll es sein, durch Steuerungs- und Kooperationsprozesse sowie breit abgestimmte Handlungskonzeptionen den Strukturwandel auf dem Wohnungsmarkt aktiv und nachhaltig zu gestalten.

Zur Erreichung dieses Ziels bedarf es im Vorfeld einer Auseinandersetzung mit der Thematik und der Ausrichtung eines solchen Konzeptes, mögliche Inhalte bzw. Handlungsfelder müssen sowohl innerhalb der Verwaltung als auch mit den beteiligten Wohnungsmarktakteuren diskutiert werden.

Dieser Diskussionsprozess muss frühzeitig initiiert werden, d. h., dass die Vertreterinnen und Vertreter der lokalen Wohnungspolitik und die Akteure der Wohnungswirtschaft von Anfang an aktiv in den Prozess eingebunden werden, um so eine breite Basis für das Konzept und die darin entwickelten Maßnahmen herzustellen.

Entwicklung einer kleinräumigen Wohnungsmarktbeobachtung

Grundlage für die Erarbeitung von quartiersbezogenen Handlungsempfehlungen ist die kleinräumige Wohnungsmarktbeobachtung. Ein Ergebnis des Masterplan Wohnen 2006 war daher, dass neben wohnungspolitischen Maßnahmen für die Gesamtstadt kleinräumige Handlungskonzepte zu entwickeln seien, um den Besonderheiten und Funktionen einzelner Quartiere gerecht zu werden. Diese sollen jedoch nicht mit der Betrachtung quantitativer Daten enden: Es sind möglichst viele qualitative Informationen einzubeziehen, um zu einer Quartiersanalyse mit aussagekräftigen Ergebnissen zu gelangen, auf deren Basis dann die gewünschten Handlungsempfehlungen entwickelt werden können.

Das Amt für Wohnungswesen der Stadt Dortmund wurde nach einem Forschungsauftrag der Bundesanstalt für Bauwesen und Raumplanung (BBR) neben sieben anderen Städten des Bundesgebietes Anfang Mai 2007 in das Ex-WoSt-Forschungsfeld „Kommunale Konzepte: Wohnen“ mit der Projektbezeichnung „Die Dortmunder Quartiersanalyse“ aufgenommen.

Das Projekt zielt darauf, die Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken eines Quartiers zu analysieren und darauf aufbauend die quartiersspezifischen Entwicklungsperspektiven zu identifizieren. Das Aufzeigen der Stärken und Entwicklungspotenziale wirkt dabei der Stigmatisierung von Problemgebieten entgegen. Dies gelingt vor allem dann, wenn der Prozess frühzeitig initiiert wird, bevor sich das Gebiet in einer „Abwärtsspirale“ befindet. Dabei soll eine möglichst breite Akteursgruppe (Wohnungsunternehmen, Genossenschaften, Einzeleigentümer, zivilgesellschaftliche Netzwerke, Experten aus dem Quartier) in den Prozess eingebunden werden. Dies ist für die Informationsgewinnung und für die anschließende Umsetzungsebene von zentraler Bedeutung. Nur die auf einer breiten Basis entwickelten Konzepte werden langfristig ein Quartier funktionsfähig und lebenswert gestalten.

Neben dem Ausbau der Kooperation mit der Wohnungswirtschaft, der Aktivierung von Einzeleigentümern und der Analyse der Stärken und Schwächen eines Quartiers unter Einbeziehung der beteiligten Akteure ist die Erstellung eines praxistauglichen und fortschreibbaren Leitfadens Ziel des Modellvorhabens. Er soll die Ergebnisse der vorangegangenen Arbeitsschritte zusammenfassen und eine Anleitung für die Mitarbeiter/innen der Verwaltung zur Durchführung einer qualitativen Quartiersanalyse sein.

Das Forschungsprojekt läuft von Juli 2007 bis Juli 2009.

Bildung

Aufbau eines regionalen Bildungsberichtes

Die regionale Bildungsberichterstattung zielt auf die Identifizierung aktueller Handlungsbedarfe und daraus abzuleitender Maßnahmenplanungen. Sie wird deshalb neben den quantitativen verstärkt auch die sozialen und qualitativen Aspekte des Bildungsangebots und der Bildungsbeteiligung beleuchten.

Der Entwurf des ersten regionalen Bildungsberichts wird bis zum Ende des Jahres 2007 vorliegen und im Frühjahr 2008 in die politischen Gremien eingebracht. Er wird in drei Bereichen Informationen zu folgenden Themen beinhalten (Stand der Konzeptentwicklung 04/2007):

1. Grunddaten der Schulentwicklung

- Bevölkerungsentwicklung
- Aktuelle Bildungsbeteiligung in allgemein bildenden Schulen
- Entwicklung der Bildungsbeteiligung in allgemein bildenden Schulen
- Übergänge in die berufliche Bildung
- Aktuelle Situation auf dem Ausbildungsmarkt
- Entwicklungen in der beruflichen Bildung

2. Aktuelle Aspekte der Bildungsplanung

- Entwicklung eines schulbezogenen Sozialindexes für Dortmunder Schulen

3. Berichte aus aktuellen Handlungsfeldern

- Regionales Bildungsbüro als Beratungs- und Unterstützungssystem
- Modellprojekt „Selbstständige Schule“ / Modellvorhaben „Eigenständige Schule“
- Schulentwicklungsfond als Anreizsystem
- Bildungspartnerschaften Schule – Wirtschaft
- Medienentwicklungsplanung ¹⁴⁸

Erziehungshilfen

Kinder alkoholkranker Eltern

Im Rahmen seines Beschlusses zur Erstellung des vorliegenden Berichtes hat der Rat am 22.09.05 auch entschieden, das Projekt zur Unterstützung von Kindern mit alkoholkranken Eltern in die Tat umzusetzen. Während einer Laufzeit von 15 Monaten wurden ein Arbeitskreis gegründet, Patenschaften eingerichtet und die aufsuchende Elternberatung integriert.

Vertreter/innen unterschiedlichster beteiligter Organisationen initiierten in dem eingerichteten Arbeitskreis die Vernetzung vorhandener und die Einrichtung erforderlicher weiterer Hilfen. Mitarbeiter/innen aus den beteiligten Einrichtungen wurden sensibilisiert und fortgebildet, Beratungsangebote und Seminare eingerichtet, Fachveranstaltungen und Fachveröffentlichungen organisiert und umgesetzt. Die erprobten Patenschaften bewirkten eine deutliche Verbesserung der Situation der betroffenen Jugendlichen. Auch die aufsuchende Elternarbeit, die zum Teil bereits vor der Geburt des Kindes stattfindet, führte zu deutlichen Verbesserungen. Bisher unbekannte Familien können durch eine intensivierte Kooperation aller beteiligten Stellen erreicht werden.

Die Projektergebnisse bestätigen den vermuteten Handlungsbedarf und legen die Fortsetzung der Projektidee nah. Auf dieser Grundlage beabsichtigt das Jugendamt, das Projekt zunächst kostenneutral in die Ambulanten Dienste des Jugendamtes zu integrieren. Längerfristiges Ziel ist es, noch fehlende Hilfsangebote wie z.B. spezielle pädagogische Beratung, Begleitung alkoholkranker Eltern in die Therapie oder Elternbildungsarbeit, aufzubauen. Vor allem aber soll die Zielgruppe um Jugendliche mit eigener Suchtproblematik und drogenkranke Eltern mit zusätzlicher Alkoholproblematik erweitert werden.

Gesundheit

Gezielte Projekte für Kinder im Vorschulalter

Die Erkenntnisse aus den Schuleingangsuntersuchungen bieten eine einmalige Chance, auf der Grundlage einer Vollerhebung der gewonnenen Daten aller Kinder vor der Einschulung gezielt Projekte für diese Altersgruppe zu entwickeln.

Im Herbst 2007 wird ein Bericht erscheinen, der die Schuleingangsuntersuchungen der Jahre 2004 bis 2006 abbildet.

In diesen Gesamtzusammenhang ist auch das vom Bund geförderte Projekt „Dortmunder Kinder. Besser essen. Mehr bewegen.“ einzuordnen. Hier ist in den nächsten Jahren zu entscheiden, wie die Projektinhalte nach dem Projektende im Jahr 2010 fachlich weitergeführt werden können.

¹⁴⁸ weitere Informationen: www.schulverwaltungsamt.dortmund.de

Entwicklung einer qualifizierten Datenanalyse

Seitens des Gesundheitsamtes ist außerdem geplant, im Rahmen der Berichterstattung die Daten aus dem Betreuungswesen näherer aufzubereiten und die Todesursachenstatistik differenziert auszuwerten.

Sozialräumliche Orientierung: Sozialraumschwerpunkte (untere Cluster)

Durch die Stadterneuerungsprogramme sind auf der Grundlage der integrierten Handlungskonzepte bedeutsame Erfolge unter anderem bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung erzielt worden. Es sind insbesondere in den Sozialräumen, die den Clustern 4 und 5 zugeordnet sind, weitere Anstrengungen erforderlich. Aufbauend auf den Potenzialen der Stadtteile müssen integrierte Handlungskonzepte erstellt oder weiterentwickelt werden.

Bedingt durch die Größe der Sozialräume und ihre zum Teil uneinheitliche Struktur ist im weiteren Verfahren außerdem eine differenziertere Betrachtung einzelner Teilräume erforderlich.

Es müssen Handlungsschwerpunkte festgelegt und Prioritäten gesetzt werden. In den Sozialräumen mit Integrationsdefiziten ist insbesondere die Unterstützung von Netzwerkbildungen bedeutsam.

Die nun anstehenden Förderprogramme 2007 bis 2013 müssen genutzt werden, die soziale Stabilität insbesondere der Sozialräume zu stützen, die über die statistischen Auswertungen in den unteren beiden Clustern eher den benachteiligten Stadtbereichen zugeordnet werden müssen.

Weitere von Trägerkreis „Armut in Dortmund“, Verbänden und Organisationen eingebrachte Schwerpunkte

Jugendliche mit Migrationshintergrund ohne Ausbildung

Die soziale Problemlage der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ohne Ausbildung in Dortmund wird stadtweit an vielen Stellen bearbeitet. Auch die örtliche Politik und Verwaltung richten ihren Fokus auf diese Thematik, dies zeigt die Initiierung von Projekten wie „Zeitgewinn“ und „Regionales Übergangsmanagement“. Durch diese beiden im Regionalen Bildungsbüro des Schulverwaltungsamtes miteinander vernetzten Projekte werden die vielfältigen Aktivitäten zentral gebündelt.

Die Koordination der schulbezogenen Handlungsansätze in der ‚Regionalen Bildungslandschaft Dortmund‘ und der bereits vorhandenen Kooperationsstrukturen sind daher Schwerpunkte des Projekts „Zeitgewinn“.

In einer bereichsübergreifenden Verantwortungsgemeinschaft von Schule, Jugendhilfe und Wirtschaftsförderung sowie in Zusammenarbeit mit den vielfältigen regionalen Partnern/-innen in Schule und Ausbildung werden die Voraussetzungen für die Verbesserung der Integration Jugendlicher in das Berufsleben geschaffen.

Im laufenden Masterplanprozess wird zudem das Thema „Übergang Schule/Beruf“ im Jahr 2007 schwerpunktmäßig bearbeitet. Experten und Expertinnen erarbeiten in eigens dazu eingerichteten Projektgruppen Handlungsempfehlungen, die neue Impulse in der Gestaltung des Übergangs Schule/Beruf setzen und die Chancen Jugendlicher mit Migrationsgeschichte in Ausbildung und Beruf erhöhen sollen.

Sprachkompetenz bei der Einschulung

Sprachkompetenz bei der Einschulung ist ein wesentlicher Bestandteil des Projektes „Frühkindliche Bildung“. Sie wird zudem im Rahmen des „Masterplan Integration“ bearbeitet. Auch im Zuge der Optimierung frühkindlicher Bildungsprozesse durch kontinuierliche Bildungs- und Förderkette soll unter Ausschöpfung der vorhandenen Potenziale jedes Kind frühestmöglich und entsprechend seinen individuellen Möglichkeiten in seiner Entwicklung gefördert werden. Dazu gehört auch die sprachliche Förderung.

Die Sprachförderung für Kinder ab drei Jahren wird von entsprechend qualifizierten Beschäftigten der Tageseinrichtungen auf der Grundlage vorhandener und evaluierter Sprachförderkonzepte durchgeführt.

Die systematische Sprachstandserhebung wird ab dem Schuljahr 2007/08 außerdem bereits bei Kindern ab dem vierten Lebensjahr geprüft. So können festgestellte Defizite also über eine Zeitspanne von zwei Jahren vor der Einschulung in eigens dafür entwickelten Angeboten ausgeglichen werden. Es ist beabsichtigt, die Förderangebote über ein entsprechendes Multiplikator/innensystem Schritt für Schritt flächendeckend auszuweiten.

Obdachlose/Anzahl besonders hilfsbedürftiger Obdachloser, Wanderarbeiter, besonders Arme

Zur sozialen Situation der insbesondere von den Armutsprojekten unter dem Begriff „Obdachlose“ definierten Gruppen wird eine eingehendere qualitative Untersuchung angeregt. Dabei soll das Angebot aus den „Armutsprojekten“ und von den Trägern der freien Wohlfahrtspflege angenommen werden, die ihnen zur Verfügung stehenden Unterlagen und Daten einzubeziehen und ihre Expertise über Leitfadengespräche einzubinden.

Als ein besonderer Aspekt sollen das abhängige Leben in (geschlossenen) Subsystemen und die Möglichkeiten des Ausstiegs untersucht werden. Zunehmend leben Personen von und in verschiedenen Hilfeinrichtungen (wie z.B. Suppenküche, Dortmunder Tafel usw.). Die Hilfemöglichkeiten zum Ausstieg sollen in einem gemeinsamen Austausch mit den „Armutsprojekten“ erörtert werden.

Erwerbsunfähigkeit junger Menschen

Erwerbsunfähige junge Menschen sind Zielgruppe sozialer Arbeit des örtlichen und des überörtlichen Sozialhilfeträgers, zum Teil auch der unteren Gesundheitsbehörde. Zur besonderen Lebenssituation dieser Bevölkerungsgruppe regt die Verwaltung beim behindertenpolitischen Netzwerk an, in einer Arbeitsgruppe zunächst die Lebensumstände erwerbsunfähiger junger Menschen in Dortmund genauer zu beschreiben.

Arbeit und Armut von Frauen ab 50

Speziell für erwerbslose Frauen ab 50 hat die Arbeitsgemeinschaft Beschäftigungsförderungsmaßnahmen entwickelt, die vor dem Renteneintritt sinnvolle Beschäftigung und ein über das Transfereinkommen hinausgehendes Einkommen und nach dem Renteneintritt eine über dem Grundsicherungsniveau liegende Rente sicherstellt. Die Arbeitsgemeinschaft wird über dieses besondere Maßnahmepakete fortlaufend in den Ratsgremien berichten.

Sexuelle Orientierung in der Pubertät

Die Probleme junger Menschen in der Pubertät, die entweder homosexuell sind oder sich über ihre sexuelle Orientierung unklar sind, ist Gegenstand eines Konzepts der schwul-lesbischen Jugendarbeit, das vom schwul-lesbischen Arbeitskreis Dortmund (Slado) und dem Jugendring Dortmund erarbeitet wurde. Diese Probleme führen bei jungen homosexuellen Frauen und Männern zu Verzögerungen oder Schwierigkeiten bei der Berufswahl, beim Einstieg in die Ausbildung und der Ablösung vom Elternhaus.

Das Konzept zur schwul-lesbischen Jugendarbeit befindet sich in der Phase der Umsetzung. Es zielt darauf, lesbische, schwule und bisexuelle Jugendliche in ihrer Entwicklung zu einem selbstbestimmten und von der Gesellschaft akzeptierten Leben zu fördern, sie vor Diskriminierung zu schützen und vor Benachteiligung und Isolation zu bewahren.

Kernpunkt des Konzeptes ist der Aufbau einer auf Dauer angelegten schwul-lesbischen Jugendeinrichtung für Dortmund. Sie soll einerseits Anlaufstelle und Freizeitstätte für schwule Jungen und lesbische Mädchen anbieten, andererseits Information, Beratung und Veranstaltungen zum Thema anbieten. Die Eröffnung ist für Ende 2007 im Fritz-Henßler-Haus vorgesehen. Darüber hinaus ist die Einrichtung einer psychosozialen Fachberatungsstelle für schwule Dortmunder und die Absicherung des bestehenden Angebots für lesbische Dortmunderinnen geplant.

Soziale Auswirkungen Suchtkrank (-legal, -illegal) als Folge sozialer Desintegration

Das Thema „Soziale Auswirkungen Suchtkrank (-legal, -illegal) als Folge sozialer Desintegration“ wird im Zusammenhang mit dem Thema „Situation wohnungsloser Menschen“ weiter bearbeitet.

10. Literaturverzeichnis

- Alisch, M.; Dangschat, J. (1993). Die solidarische Stadt. Ursachen von Armut und Strategien für einen sozialen Ausgleich. Darmstadt
- Backhaus, K.; et al. (2000): Multivariate Analysemethoden. Eine anwenderorientierte Einführung. Berlin u.a.
- Bartelheimer, P.; Schultz, A.; Kersting, V. (2005): Expertise zur Neukonzeptionierung der Sozialberichterstattung des Landes Nordrhein-Westfalen (Typoskript). Bochum/Göttingen
- Baumert, J. et al. (Hg.) (2006): Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungsbereich. Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000. Wiesbaden
- Becker, I. (2006): Armut in Deutschland. Bevölkerungsgruppen unterhalb der Alg II-Grenze. Frankfurt a.M.
- Becker, U. (2006): Armut und Reichtum – ein diakonischer Zwischenruf. (http://www.ekd.de/synode2006/kurzreferat_becker.html (21.07.07))
- Brennecke, J.; Knap, K. (2001): Soziale Strukturen und Verläufe bei EmpfängerInnen von Hilfe zum Lebensunterhalt in Wiesbaden
- Brülle, H. / Reis, C. (Hg.): Neue Steuerung in der Sozialhilfe. Neuwied, S. 79-101, Luchterhand
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (1995): 5. Familienbericht. Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) : 12. Kinder und Jugendbericht der Bundesregierung. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland
- Deutsches Jugendinstitut (DJI) (2006): Bulletin 76. Jugend und Migration
- Friedrichs, J. (1983): Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft. Opladen
- GdW (Hrsg.) (1998): Überforderte Nachbarschaften. Zwei sozialwissenschaftliche Studien über Wohnquartiere in den alten und den neuen Bundesländern. In: GdW Schriften 48. Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V. Köln und Berlin
- Geißler, R. (1996): Die Sozialstruktur Deutschlands. Opladen
- Gestring, N.; Janssen, A. (2002): Sozialraumanalysen aus stadtsoziologischer Sicht. In: Riege, M./Schubert, H. Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis, Opladen
- Hanesch, W. (1990): Armut und Armutsberichterstattung in Kommunen, in: Otto, H.-U./Karsten, M.-E. (Hg.): Sozialberichterstattung. Lebensräume gestalten als Strategie kommunaler Sozialpolitik, Weinheim/München, S. 58 – 76
- Huster, E.-U. (2005): Der diskrete Reichtum. (<http://www.ruhr-uni-bochum.de/sozialreformen/downloads/RUB%201%20-%202005.pdf> (21.07.07))
- Institut für soziale Arbeit e.V. (ISA) (Hg.) (2001): Expertise Sozialraumorientierte Planung, in: Institut für soziale Arbeit e.V., Münster

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW); Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung der Ruhr-Universität Bochum (ZEFIR) (2003): Sozialraumanalyse. Soziale, ethnische und demografische Segregation in den nordrhein-westfälischen Städten. In: ILS NRW Schriften 201. Dortmund

Schöning, W. (2003): Weniger, älter, bunter. Konsequenzen des demografischen Wandels für die Kommunalpolitik. Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (Hg), Nr. 26, Wesseling

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS NRW) (2001): „Großverdiener“ und „Einkommensmillionäre“ in NRW 2001; Lohn- und Einkommensteuerstatistik (http://www.lids.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2005/pdf/76_05.pdf (21.07.07))

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS NRW) (2001a): Lohn- und Einkommensteuer in Nordrhein-Westfalen 2001

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS NRW) (2005a): Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes. Düsseldorf

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS NRW) (2005b): Statistik der allgemeinbildenden Schulen. Düsseldorf

Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst NRW (Lögd) (2006): Schulärztliche Untersuchungen in Nordrhein-Westfalen. Jahresbericht 2005, Bielefeld

Mardorf, S. (2006): Methoden und Konzepte von Sozialberichterstattung - eine empirische Analyse kommunaler Armuts- und Sozialberichte (Dissertation). Wiesbaden, VS-Verlag

Merchel, J. (1999): „Sozialräumliche Jugendhilfeplanung im Stadtbezirk Lütgendortmund“ – Projektbericht

Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (MASSKS) (1999): Sozialbericht 1998 für das Land Nordrhein-Westfalen, Kurzfassung, Düsseldorf

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (MGSFF) (2003): Landessozialbericht 2003. Menschen in NRW in prekärer Lebenslage. Düsseldorf

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen 2004: Landessozialbericht 2004. Armuts- und Reichtumsbericht. Düsseldorf

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) (2007): Sozialbericht 2007. Armuts- und Reichtumsbericht. Düsseldorf

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) (2007): Sozialbericht 2007. Armuts- und Reichtumsbericht. Kurzfassung. Düsseldorf

Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen (MSJK) (Hg.) (2005): Kinder und Jugendliche fördern. Bildung und Erziehung als Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe. Kommentierter Datenband zum 8. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung NRW, Düsseldorf

Paritätischer Wohlfahrtsverband; Martens, R. (2006): Expertise - Der Vorschlag des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für einen sozial gerechten Regelsatz als sozialpolitische Grundgröße Neue Regelsatzberechnung 2006, Berlin

Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Enquetekommission "Zukunft der Städte in Nordrhein-Westfalen (Hg.) (2004): Zukunft der Städte: Bericht der Enquetekommission des Landtags von Nordrhein-Westfalen / Landtag NRW. Dortmund

Renn, H.T; Schoch, D. (2005): Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II): das neue Sozialleistungsrecht für hilfebedürftige erwerbsfähige Personen. Baden-Baden: Nomos

SCHUFA Holding AG (2006): Schuldenkompass 2006

Stadt Dortmund (Hg.) (2005): Wohnungsmarktbericht 2005. Dortmund

Stadt Dortmund, Amt für Wohnungswesen (Hg.) (2006): Geschäftsbericht Wohnen. Dortmund

Stadt Dortmund (Hg.) (2006): Geschäftsbericht Wohnen, S. 58, Dortmund

Stadt Dortmund, Amt für Statistik und Wahlen (Hg.) (2006a): Dortmunder Bevölkerung. In: Dortmunder Statistik, Nr. 178, Dortmund

Stadt Dortmund, Amt für Statistik und Wahlen (2006b): Bevölkerungsvorausschätzung Dortmund 2005 bis 2025, Kurzin-fo. Dortmund

Statistisches Bundesamt (Hg.) (2006): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden

Steinhausen, D.; et al. (1977): Clusteranalyse. Einführung in Methoden und Verfahren der automatischen Klassifikation. Berlin

Strohmeier, K.P. (2002): Demografischer Wandel im Ruhrgebiet. Bevölkerungsentwicklung und Sozialstruktur im Ruhrgebiet. Essen (=Projekt-Ruhr)

Strohmeier, K.P.; Kersting, V. (2002): Bildung und Sozialraumstrukturen im Ruhrgebiet. In: Schulbuchinformationsdienst Ruhrgebiet. Essen

Strohmeier K. P., Kersting V., Schultz A.(2005): Gesundheitsberichterstattung NRW. Clusteranalyse mit Sozialstrukturindikatoren und Vorschlag eines modifizierten Indikatorensatzes für Kreise und kreisfreie Städte in NRW. Ruhr-Universität Bochum, Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR)

Strohmeier, K.-P.; Kersting, V. (2003): Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung in NRW. Aktualisierung des Sozialberichtes NRW, Düsseldorf

Strohmeier, K. P.; Kersting, V. (2003a): Segregierte Armut in der Stadtgesellschaft. Problemstrukturen und Handlungskonzepte im Stadtteil. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.): Soziale Benachteiligung und Stadtentwicklung. Bonn, S. 231-246 (=Information zur Raumentwicklung, H. 3)

Volkert, J.; et al. (2004): Operationalisierung der Armuts- und Reichtumsmessung. In: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hg.) (2004): Lebenslagen in Deutschland. Bonn

<http://www.bmfsfj.de/gm/wissensnetz,did=16796.html>, (20.07.2007)

<http://dip.bundestag.de/btd/15/015/1501516.pdf> (28.03.07)

http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tabellen_sosicherung.shtml#l.1 (23.03.07)

http://www.sozialpolitik-aktuell.de/docs/DPVV_%20ZumLebenzuwenig_2006.pdf (23.03.07)

http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2006-863-4-3 (23.3.07)

<http://doku.iab.de/forschungsbericht/2006/fb1906.pdf> (23.3.07)

(<https://www.landesdatenbank-nrw.de/ldb NRW/online/logon>, 08.08.2007)

Tabellenverzeichnis	Seite
Tabelle 1: Lebenslagen und Handlungsspielräume nach Nahnsen	26
Tabelle 2: Dortmunder Stadtbezirke und Sozialräume.....	40
Tabelle 3: Erwerbsbeteiligung	56
Tabelle 4: Anmeldequoten zu weiterführenden Schulen 2004/2005.....	87
Tabelle 5: Hilfen zur Erziehung in Dortmund 2006.....	89
Tabelle 6: Hilfen zur Erziehung insgesamt und nach Geschlecht	90
Tabelle 7: Mittelwerte der Cluster	106
Tabelle 8: Zuordnung der Sozialräume.....	109

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Armutsrisikoquoten*) in NRW 2005 nach sozialstrukturellen Merkmalen**)	28
Abbildung 2: Das neue System der Existenzsicherung	29
Abbildung 3: Modellrechnung des Bedarfsniveaus von Sozialhilfe und Grundsicherung für Arbeitssuchende.....	30
Abbildung 4: Sozialhilfedichte 2004 (31.12.) und Leistungsempfänger/innen nach SGB II 2007 (März) auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte NRW	31
Abbildung 5: Sozialhilfedichte der unter 18-jährigen 2004 (31.12.) und Leistungsempfänger/innen von Sozialgeld 2007 (März) auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte NRW	31
Abbildung 6: Statistiken.....	33
Abbildung 7: Dortmund, Stadtbezirke und Sozialräume.....	39
Abbildung 8: Bevölkerung nach Altersgruppen 2000 und 2006 (31.12.).....	44
Abbildung 9: Nichtdeutsche und deutsche Bevölkerung nach Altersgruppen 2006 (31.12.).....	46
Abbildung 10: Nichtdeutsche Bevölkerung nach Altersgruppen 2000 und 2006 (31.12.)	47
Abbildung 11: Bevölkerungsverteilung 2006 – in % der Stadtbevölkerung (31.12.)	47
Abbildung 12: Bevölkerungsentwicklung 2000 – 2006 (31.12.)	48
Abbildung 13: Anteil der Kinder und Jugendlichen 2006 (31.12.).....	49
Abbildung 14: Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter 2006 (31.12.)	50
Abbildung 15: Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen 2000/2006 (31.12.)	51
Abbildung 16: Jugend- und Altenquotient 2006 (31.12.)	52
Abbildung 17: Geborene und Gestorbene je 1.000 der Bevölkerung 2006.....	53
Abbildung 18: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2006 (31.12.)	54
Abbildung 19: Arbeitslosenquote und Beschäftigtenanteil im Städtevergleich*	58
Abbildung 20: Anteile Erwerbstätiger und Arbeitsloser 2006*	60
Abbildung 21: Veränderung der Anteil Beschäftigter und Arbeitsloser in den Sozialräumen 2006/2005*	61
Abbildung 22: Empfängerquoten für Teilgruppen*	64
Abbildung 23: SGB II-Empfänger/innen 2006 im Städtevergleich (in % der Bevölkerung).....	65
Abbildung 24: Anteil Hilfeempfänger/innen in den Sozialräumen 2006*	65
Abbildung 25: Dortmunder/innen und ihr Lebensunterhalt.....	67
Abbildung 26: Verfügbares Jahreseinkommen pro Einwohner im Städtevergleich (in Euro)	72
Abbildung 27: Einkommen je Steuerpflichtigen in den Sozialräumen 2001*	73
Abbildung 28: Relation hoher und niedriger Einkommen*	74
Abbildung 29: Wohnfläche je Einwohner/in 2005.....	79
Abbildung 30: Entwicklung der Wohnfläche je Einwohner 2005 im Vergleich zu 2000.....	80
Abbildung 31: Vergleich der Wohnfläche je Einwohner/in mit der SGB II-Quote 2005.....	81
Abbildung 32: Anteil der Sozialwohnungen und SGB II-Quote 2005	82
Abbildung 33: Übergangsquoten insgesamt und nach Staatsangehörigkeit 2004/2005 (15.10.).....	83
Abbildung 34: Übergangsquoten Dortmund im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen 2004/2005 (15.10.)	84
Abbildung 35: Schulabschlüsse insgesamt und nach Staatsangehörigkeit 2004.....	85
Abbildung 36: Vergleich der Schulabschlüsse in Dortmund und Nordrhein-Westfalen 2004.....	86
Abbildung 37: Anmeldequoten zu weiterführenden Schulen 2004/2005 und Anteil der	88
Abbildung 38: Hilfen zur Erziehung für junge Menschen je 1.000 im Alter von unter 21 Jahren (2006)	91

Abbildung 39: Hilfen zur Erziehung insgesamt und nach Geschlecht 2006	92
Abbildung 40: Hilfen zur Erziehung für junge Menschen 2006 im Vergleich zu 2005.....	93
Abbildung 41: Hilfen zur Erziehung 2006 im Vergleich zum Anteil der Sozialgeldempfänger/innen 2005	94
Abbildung 42: Häufige Befunde der Schulanfänger/innen in Dortmund 2005.....	95
Abbildung 43: Häufige Befunde der Schulanfänger/innen in Dortmund nach Geschlecht 2005	96
Abbildung 44: Häufige Befunde der Schulanfänger/innen in Dortmund nach der medizinischen Versorgung 2005.....	97
Abbildung 45: Häufige Befunde der Schulanfänger/innen in Dortmund und in Nordrhein-Westfalen 2005	98
Abbildung 46: Kinder ohne Befund in der Schuleingangsuntersuchung 2005	99
Abbildung 47: Kinder ohne Befund 2005 und Anteil der Empfänger/innen von Sozialgeld 2006	100
Abbildung 48: Ausgewählte Befunde der Schuleingangsuntersuchung 2005 und Anteil Empfänger/innen von Sozialgeld 2005 in den Dortmunder Stadtbezirken	101
Abbildung 49: Teilnahme an der Vorsorgeuntersuchung U7 und Anteil Empfänger/innen von Sozialgeld 2005 in den Dortmunder Stadtbezirken	102
Abbildung 50: Merkmalsausprägungen der fünf Cluster	106
Abbildung 51: Verteilung der Cluster im Dortmunder Stadtgebiet	110

Impressum

Herausgeber

Stadt Dortmund, Sozialdezernat

Stadtrat Siegfried Pogadl, Dezernent für Arbeit, Gesundheit und Soziales (verantwortlich)

Bearbeitung

Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR) der Ruhr-Universität Bochum:

Volker Kersting

Patricia Scherdin

Marion Triesch

Stadt Dortmund:

Dezernat für Arbeit, Gesundheit und Soziales – Sozialplanung

Fachbereich Statistik (Kapitel 7.1 bis 7.3)

Gesundheitsamt

Jugendamt

Schulverwaltungsamt

Sozialamt

Wohnungsamt

JobCenter ARGE Dortmund

Redaktion

Christiane Certa, Manfred Stankewitz (Dezernat für Arbeit, Gesundheit und Soziales – Sozialplanung)

Gestaltungskonzept und Titelgestaltung

Stadt Dortmund, Dortmund-Agentur

Druck

Druckerei Schmidt, An der Wethmarheide 36, 44536 Lünen

Oktober 2007